

Alina Pöge, Marzena O'Brien & Nina Scherer

Familienbefragung Brandenburg
– Winter 2022/2023 –
Ergebnisbericht

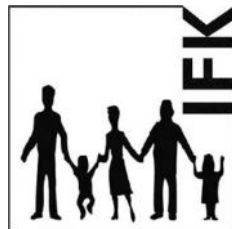
Potsdam, 2024

IEFK



Alina Pöge, Marzena O'Brien & Nina Scherer

Familienbefragung Brandenburg
– Winter 2022/2023 –
Ergebnisbericht



Potsdam, 2024

Impressum

Titel: Familienbefragung Brandenburg – Winter 2022/2023. Ergebnisbericht

Herausgeber: Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e. V.
an der Universität Potsdam (IFK)

Autoren: Dr. Alina Pöge
Marzena O’Brien
Nina Scherer

Anschrift: Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e. V.
an der Universität Potsdam (IFK)
Staffelder Dorfstraße 19
16766 Kremmen OT Staffelde
Tel.: +49 (0) 33055 – 23 91 60
Fax: +49 (0) 33055 – 23 91 03
Mail: ifk@ifk-potsdam.de
www.ifk-potsdam.de

Das dem Bericht zugrunde liegende wissenschaftliche Projekt des IFK wurde vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg gefördert.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Herausgebers verstößt gegen das Urheberrecht und wird gerichtlich verfolgt. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen jeder Art, Übersetzungen, Mikroverfilmung und die Einspeicherung in elektronische Systeme einschließlich Weiterverarbeitung.

Zitervorschlag: Pöge, A., O’Brien, M. & Scherer, N. (2024). *Familienbefragung Brandenburg – Winter 2022/2023. Ergebnisbericht*. Potsdam: Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e. V.

1. Auflage, 2024

Inhalt

1	Ausgangslage und Zielstellung	5
2	Untersuchungsanlage und methodischer Rahmen	7
2.1	Beschreibung der Stichprobe	7
2.2	Erläuterung der Auswertungsmethoden.....	12
3	Finanzielle Situation	15
3.1	Äquivalenzeinkommen	15
3.2	Armutsgefährdungsquoten.....	18
3.3	Einkommenseinbußen durch die Krisen	20
3.4	Finanzielle Rücklagen.....	21
3.5	Einsparpotentiale.....	23
3.6	Zufriedenheit mit der finanziellen Situation	25
3.7	Zwischenfazit	26
4	Berufliche Situation und Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....	27
4.1	Berufliche Situation der Eltern	27
4.2	Berufliche Situation der Mütter	30
4.3	Besondere Herausforderungen im Beruf.....	32
4.4	Veränderung der beruflichen Situation durch die Krisen	32
4.5	Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit seitens der Arbeitgeber.....	33
4.6	Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....	35
4.7	Zwischenfazit	36
5	Aufgabenaufteilung in Paarfamilien	37
5.1	Aufgabenteilung bei der Haus- und Sorgearbeit.....	37
5.2	Unterstützungsnetze und -strukturen	39
5.3	Betreuung von Vorschulkindern	40
5.4	Betreuung von Grundschulkindern	42
5.5	Unbetreute Zeiten der Kinder	42
5.6	Zufriedenheit mit der Betreuungssituation	43
5.7	Familienzeit und Paarzeit.....	43
5.8	Zufriedenheit mit der Partnerschaft	44
5.9	Empfindungen zum Elternsein.....	45
5.10	Zwischenfazit	47
6	Unterstützungnetzwerke von Alleinerziehenden	49
6.1	Unterstützungsnetze und -strukturen	49
6.2	Aufgabenteilung bei der Haus- und Sorgearbeit.....	50
6.3	Betreuung von Vorschulkindern	51
6.4	Betreuung von Grundschulkindern	52
6.5	Unbetreute Zeiten der Kinder	53
6.6	Zufriedenheit mit der Betreuungssituation	53

6.7	Familienzeit und Paarzeit.....	54
6.8	Zufriedenheit mit der Partnerschaft	54
6.9	Empfindungen zum Elternsein.....	55
6.10	Zwischenfazit	57
7	Krisen- und Belastungserleben	58
7.1	Allgemeines Bedrohungsgefühl.....	58
7.2	Sorgen im Kontext des Klimawandels.....	60
7.3	Sorgen im Kontext der Energiekrise.....	61
7.4	Veränderungen durch die Krisen	63
7.5	Belastungserleben	64
7.6	Veränderungen im Belastungserleben	66
7.7	Konflikte in der Familie.....	67
7.8	Zwischenfazit.....	68
8	Gesundheitliche Situation	70
8.1	Auswirkung der Coronapandemie auf die Kinder	70
8.2	Körperliche Beschwerden der Eltern	72
8.3	Psychische Belastungen der Eltern	75
8.4	Phasen der Regeneration.....	78
8.5	Zufriedenheit mit der gesundheitlichen Situation.....	80
8.6	Zwischenfazit.....	81
9	Unterstützungswünsche	82
9.1	Vereinbarkeit von Familie und Beruf	82
9.2	Betreuung der Kinder.....	84
9.3	Aufteilung von Haus- und Sorgearbeit	86
9.4	Gesundheitliche Situation	88
9.5	Bewältigung der Krise	90
10	Zusammenfassung und Ausblick	92
	Literatur	102
	Anhang	108

1 Ausgangslage und Zielstellung

Das Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam (IFK) führt die wissenschaftliche Begleitung des Familienbeirats des Landes Brandenburg seit seiner Berufung im Juni 2021 durch. Der Familienbeirat soll die Landesregierung in familienpolitischen Fragen beraten und auf diesem Wege dazu beitragen, die Lebenssituation von Familien im Land Brandenburg zu verbessern sowie die dafür notwendigen Infrastrukturen und Unterstützungsangebote zu optimieren. Zur Erfüllung dieser Aufgabe erarbeitet der Familienbeirat Handlungsempfehlungen an die Landesregierung anhand fundierter wissenschaftlicher Erkenntnisse. Eine zentrale Säule der wissenschaftlichen Begleitung des Familienbeirats ist daher die Aufarbeitung der empirischen Datenlage zu relevanten familienpolitischen Themen sowie die Verbreiterung dieser Datenlage anhand eigener Datenerhebungen. Auf diesem Wege soll gewährleistet werden, dass die Empfehlungen des Beirats wie auch die Maßnahmen der Landesregierung genau die Bedürfnislage der brandenburgischen Familien treffen und somit optimale Wirksamkeit entfalten können.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Familienbeirats und der diesbezüglichen Beratungstätigkeiten wurde im Jahr 2021 offenbar, dass für das Land Brandenburg zu diesem Zeitpunkt nur punktuell repräsentative Daten existierten, die belastbare Informationen über die aktuelle Situation der Familien bieten konnten.¹ Insbesondere für die Planung und Gestaltung von Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie und die nachfolgenden ökonomischen Krisen lagen nur wenige aussagekräftige Informationen über die Lebenslagen, das Belastungserleben und die Unterstützungsbedarfe der Familien vor. Schließlich fehlte auch eine systematische Erfassung der Lebenssituation der Familien im Land Brandenburg mithilfe validierter Indikatoren und eine Zeitreihen- oder gar Panelstudie, welche die Auswirkungen der Krisen hätte präzise abbilden können. Der Familienbeirat hat daher in seinen Corona-Handlungsempfehlungen der Landesregierung geraten, repräsentative systematische Datenerhebungen unter Familien im Land Brandenburg zu veranlassen.²

Vor diesem Hintergrund wurde vom IFK eine Studie für die Befragung brandenburgischer Familien konzipiert; weiterhin wurde eine Förderung für die Durchführung und Auswertung der Befragung vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MSGIV) eingeworben. Die „Familienbefragung Brandenburg“ wurde im Winter 2022/2023 mit dem Ziel durchgeführt, der Landesregierung, den Kommunen sowie dem Familienbeirat die Möglichkeit zu bieten, bei der Unterstützung von Familien auf eine aktuelle und verlässliche Datengrundlage zurückzugreifen und evidenzbasiert handeln zu können.

Da zuvor kein methodisches Instrumentarium existiert hat, mit dem die Lebenssituation der Familien im Land Brandenburg ganzheitlich abgebildet werden kann, strebt das IFK im Rahmen der „Familienbefragung Brandenburg“ auch die Entwicklung eines solchen Indikatorensystems an. Dieses Instrumentarium soll alle relevanten Lebensbereiche von Familien berücksichtigen, ohne dabei das Erfordernis der Datensparsamkeit zu missachten. Zu diesem Zweck wurde zum einen auf bereits etablierte geeignete Indikatoren aus anderen Studien zurückgegriffen; zum anderen wurden zahlreiche Indikatoren neu entwickelt. Die neuartige gesellschaftliche Situation, die sich durch die Coronapandemie, die Energiekrise und den

¹ Die letzte repräsentative Befragung der Familien in Brandenburg fand im Februar 2019 im Rahmen einer vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg beauftragten Studie statt (Klewes & Rauh, 2019).

² Familienbeirat des Landes Brandenburg, 2022.

Ukrainekrieg für Familien ergeben hatte, erforderte insbesondere die Erfassung der Krisenfolgen, des Belastungserlebens und des Bedrohungsgefühls der Bürgerinnen und Bürger. Durch die skizzierte Zusammenstellung verschiedener – bereits bewährter und neu konzipierter – Indikatoren zu einem methodischen Indikatorensystem soll eine ganzheitliche Betrachtung der Lebenssituation brandenburgischer Familien ermöglicht werden.

Die Entwicklung eines neuartigen Indikatorensystems erfordert eine umfassende Prüfung der methodischen Güte und darauf basierende Optimierungen des Erhebungsinventars. Das im Rahmen der „Familienbefragung Brandenburg“ eingesetzte und erprobte Indikatorensystem soll daher in einem nachfolgenden Schritt anhand der Erprobungsergebnisse validiert und – sofern nötig – revidiert werden.

Der vorliegende Ergebnisbericht erlaubt einen umfassenden Einblick in die Situation der Familien im Land Brandenburg. Im Rahmen der Studie wurden die Familien zu ihrer finanziellen Situation, ihrer Erwerbstätigkeit, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Aufteilung von Haus- und Sorgearbeit sowie ihren Unterstützungsnetzwerken befragt. Weiterhin war von besonderem Interesse, die Krisenerfahrungen und das Belastungserleben der Familien zu erhellen und Auskunft über die psychischen und physischen Auswirkungen dieser Belastungen zu erhalten. Abschließend wurden die Familien gebeten, zu jedem Themenfeld anzugeben, welche Unterstützung sie benötigen, um die familiären Aufgaben besser bewältigen zu können bzw. welche Maßnahmen hilfreich wären, um ihre Situation zu verbessern. Dieser Ergebnisbericht kann somit als eine Grundlage für die Planung, Ausgestaltung und Nachsteuerung familienunterstützender Maßnahmen dienen. Er stellt damit einen zentralen Baustein für eine evidenzbasierte Familienpolitik dar.

2 Untersuchungsanlage und methodischer Rahmen

Zur Realisierung einer repräsentativen Stichprobe brandenburgischer Familien wurde im Dezember 2022 in knapp 19.000 Haushalten, in denen mindestens ein Kind unter 18 Jahren gemeldet ist, je eine für dieses Kind sorgeberechtigte erwachsene Person angeschrieben. Die verwendeten Adressdaten entstammten einer Zufallsauswahl von Adressen minderjähriger Kinder der örtlichen Meldeämter. Die angeschriebenen erwachsenen Personen hatten die Möglichkeit, einen beiliegenden Papierfragebogen auszufüllen oder alternativ über einen Internetlink online an der Befragung teilzunehmen. Nach der Bereinigung der Daten stand eine Stichprobe von 4.721 Erwachsenen, die als Sorgeberechtigte mit einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt leben, für die Analysen zur Verfügung. Diese Anzahl an Antworten entspricht einer Rücklaufquote von ca. 25 Prozent.³ Für eine bestmögliche Anpassung an die Grundgesamtheit der im Land Brandenburg lebenden Familien wurde, ergänzend zur Stichprobenziehung über eine Zufallsauswahl der Adressdaten, eine Gewichtung der Daten auf Basis der amtlichen Statistik nach Geschlecht, Familienform („Paarfamilien“ und „Alleinerziehende“) und den fünf Planungsregionen durchgeführt.⁴ Alle im Folgenden dargestellten Ergebnisse basieren auf Analysen mit den gewichteten Daten.

2.1 Beschreibung der Stichprobe

Alter, Geschlecht, Familienstand

Das Durchschnittsalter der Befragten beträgt 41,7 Jahre und erstreckt sich über eine Altersspanne von 18 bis 82 Jahren. In der Stichprobe sind 58,3 Prozent der Befragten weiblich, 41,6 Prozent männlich, und 0,1 Prozent geben an, divers zu sein. Da die Anzahl der diversen Personen in der Stichprobe sehr gering ist, kann die Kategorie „Divers“ bei Analysen zum Einfluss des Geschlechtes nicht gesondert ausgewertet werden. In Bezug auf den Familienstand geben 26,6 Prozent der Befragten an, ledig zu sein, während 61,6 Prozent der Befragten verheiratet sind oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben. Ein Prozent der Befragten ist verwitwet und 10,8 Prozent sind geschieden.

Familienformen

Ein Schwerpunkt der Analyse nach Familienformen ist die Unterscheidung zwischen „Alleinerziehenden“ und „Paarfamilien“. In „Paarfamilien“ leben zwei Erwachsene als Paar zusammen in einem Haushalt mit ihrem Kind bzw. ihren Kindern. „Alleinerziehende“ leben mit ihrem Kind oder ihren Kindern allein im Haushalt. Sie können sich sehr wohl in einer Partnerschaft befinden, der Partner oder die Partnerin lebt jedoch nicht mit im selben Haushalt.⁵ Innerhalb der Kategorie „Paarfamilien“ erfolgt eine weitere Unterteilung in „Patchwork-Familien“ und „Kernfamilien“.⁶ Der Begriff „Patchwork-Familie“ umfasst alle Formen der Stieffamilie. Gemeint sind somit sowohl Familien, in denen ein oder beide Partner Kinder aus früheren Beziehungen in die Familie mitgebracht haben, als auch Familien, in denen die Paare zusätzlich noch gemeinsam ein Kinder oder mehrere Kinder bekommen

³ Eine genaue Aufschlüsselung der für die Rücklaufquote relevanten Daten, wie Angaben über die Anzahl von Leer-Rückläufen der Fragebögen aufgrund „falscher“ Adresse und Angaben zum Daten-Bereinigungsverfahren, kann beim IFK nachgefragt werden.

⁴ Im Anhang befindet sich eine Tabelle, in der die Auswirkungen der Gewichtung bezogen auf die drei Gewichtungskategorien dargestellt werden.

⁵ Diese Einteilung orientiert sich an der Einteilung im Mikrozensus.

⁶ Siehe vergleichend Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ], 2013.

haben. In Abgrenzung zur „Patchwork-Familie“ wird „Kernfamilie“ als eine Familie definiert, die aus einem Elternpaar und ihren gemeinsamen leiblichen oder adoptierten Kindern besteht. In der vorliegenden Stichprobe sind „Paarfamilien“ mit einem Anteil von 76,9 Prozent vertreten, davon sind 31,3 Prozent „Patchwork-Familien“ und 68,7 Prozent „Kernfamilien“. Der Anteil der „Alleinerziehenden“ beträgt 23,1 Prozent (siehe Tabelle 1). Teilt man die befragten Familien in diese drei Gruppen ein, ergibt sich eine prozentuale Verteilung von 23,1 Prozent „Alleinerziehenden“, 52,8 Prozent „Kernfamilien“ und 24,1 Prozent „Patchwork-Familien“ (siehe Tabelle 2).

Tabelle 1: Verteilung nach Familienformen (Alleinerziehende und Paarfamilien).

Familienform	Prozent
Alleinerziehende	23,1
Paarfamilien	76,9

Tabelle 2: Verteilung nach Familienformen (Alleinerziehende, Kernfamilien und Patchwork-Familien).

Familienform	Prozent
Alleinerziehende	23,1
Kernfamilien	52,8
Patchwork-Familien	24,1

Migrationshintergrund

Ein weiteres Analyse Kriterium ist der Migrationshintergrund der Familien. Dabei wurde in der Befragung explizit nach dem Migrationshintergrund der Befragten und dem Migrationshintergrund des Partners bzw. der Partnerin gefragt.⁷ Als „Familie mit Migrationshintergrund“ gilt jede Familie, in der mindestens eine der genannten Personen einen Migrationshintergrund besitzt. Wenn weder die befragte Person noch ihr Partner bzw. ihre Partnerin einen Migrationshintergrund angibt, gilt die Familie als „Familie ohne Migrationshintergrund“. Bei den Alleinerziehenden wird ausschließlich der Migrationshintergrund der befragten Person berücksichtigt. In der Stichprobe gelten 12,4 Prozent als „Familien mit Migrationshintergrund“ und 87,6 Prozent als „Familien ohne Migrationshintergrund“.

Wohnort

Die Lage des Wohnortes findet in der „Familienbefragung Brandenburg“ an zwei Stellen Berücksichtigung. Zum einen wurde die Verortung der Familien in den Planungsregionen zum Gegenstand im Daten-Gewichtungsprozess.⁸ Zum anderen ist die Lage des Wohnortes Grundlage für die Analyse etwaiger regionaler Disparitäten. Für die Analyse der regionalen Disparitäten werden zwei Kriterien herangezogen: Die Unterscheidung zwischen „Berliner Umland“ und „Weiterer Metropolitanraum“⁹ und die Unterteilung der Wohnorte nach ihrer Größe.

⁷ Die Abfrage orientiert sich an der Abfrage im Mikrozensus.

⁸ Siehe Anhang.

⁹ Die räumliche Aufteilung der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in „Berliner Umland“ und „Weiterer Metropolitanraum“ dient dem Zweck der raumbezogenen Analyse und Steuerung. „Das Berliner Umland umfasst den stark mit der Metropole Berlin verflochtenen Raum im Land Brandenburg. Zum Berliner Umland gehören die Landeshauptstadt Potsdam und weitere 50 Städte und Gemeinden. Der Weitere Metropolitanraum schließt an das Berliner Umland an. Er weist ausgehend von den drei Oberzentren Cottbus/Chóseubuz, Brandenburg an der Havel und Frankfurt (Oder) Verdichtungsansätze auf, ist aber in weiten Teilen ländlich geprägt“ (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg [AfS], 2024).

Im „Berliner Umland“ leben 48,5 Prozent der befragten Familien und im „Weiteren Metropolitanraum“ 51,5 Prozent. In „Landgemeinden“ mit weniger als 5.000 Einwohnern wohnen 28,5 Prozent der befragten Familien, in einer „Kleinstadt“ mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern 32,8 Prozent, in einer „Mittelstadt“ mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern 28,7 Prozent und in der „Großstadt“ mit 100.000 und mehr Einwohnern 10,0 Prozent. Zu beachten ist, dass im Land Brandenburg nur Potsdam in die Kategorie „Großstadt“ fällt, d. h. die Zuordnung zu dieser Kategorie ist gleichbedeutend mit dem Wohnort Potsdam (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Verteilung nach Größe des Wohnortes.

Ortsgröße	Prozent
Landgemeinde	28,5
Kleinstadt	32,8
Mittelstadt	28,7
Großstadt	10,0

Wohnsituation

Die Wohnsituation der Familien in der „Familienbefragung Brandenburg“ gestaltet sich wie folgt: Die überwiegende Mehrheit der Familien (63,2 %) lebt in „Einfamilienhäusern“ und etwa jede fünfte Familie (25,5 %) in „Mehrfamilienhäusern mit 2 bis 9 Wohnungen“. In „Wohnblocks mit 10 oder mehr Wohnungen“ wohnt etwa jede zehnte Familie (11,3 %, siehe Abbildung 1). Im „Berliner Umland“ (64,1 %) leben Familien etwas häufiger in „Einfamilienhäusern“ als im „Weiteren Metropolitanraum“ (61,8 %). „Mehrfamilienhäuser“ werden mit Distanz zu Berlin und „Wohnblocks“ werden in der Nähe von Berlin etwas häufiger als Wohngebäude von Familien angegeben. Die Größe des Wohnortes hat einen bedeutsamen Einfluss auf den Gebäudetyp. Je kleiner der Ort, desto größer der Wohnkomfort: Leben in „Landgemeinden“ mehr als drei Viertel der Familien in Einfamilienhäusern, sind es in der „Großstadt“ Potsdam nicht einmal 30 Prozent. Andersherum leben nur wenige Familien in „Landgemeinden“ in einem „Wohnblock“, in Potsdam sind es jedoch gut 30 Prozent.

„Paarfamilien“ (71,2 %) wohnen im Vergleich zu „Alleinerziehenden“ (36,2 %) häufiger in „Einfamilienhäusern“. „Alleinerziehende“ hingegen leben vermehrt in „Mehrfamilienhäusern mit 2 bis 9 Wohnungen“ (41,7 %) oder in „Wohnblocks mit 10 oder mehr Wohnungen“ (22,1 %). Bei der Wohnsituation von „Alleinerziehenden“ bestehen Unterschiede, wenn die räumliche Lage des Wohnortes berücksichtigt wird. „Alleinerziehende“ im „Berliner Umland“ (40,6 %) leben öfter in „Einfamilienhäusern“ als „Alleinerziehende“ im „Weiteren Metropolitanraum“ (32,7 %). Der Anteil der „Alleinerziehenden“, die in „Mehrfamilienhäusern mit 2 bis 9 Wohnungen“ wohnen, ist hingegen im „Weiteren Metropolitanraum“ (45,5 %) größer als im „Berliner Umland“ (36,9 %). Bei „Paarfamilien“ sind derartige regionale Disparitäten nicht festzustellen.

Unter den „Paarfamilien“ leben „Patchwork-Familien“ (66,5 %) seltener in „Einfamilienhäusern“ als „Kernfamilien“ (73,4 %). Diese wohnen stattdessen mit 24,5 Prozent deutlich häufiger in „Mehrfamilienhäusern mit 2 bis 9 Wohnungen“ als „Kernfamilien“ (18,9 %). In diesem Kontext ist kein Einfluss der Lage des Wohnortes festzustellen.

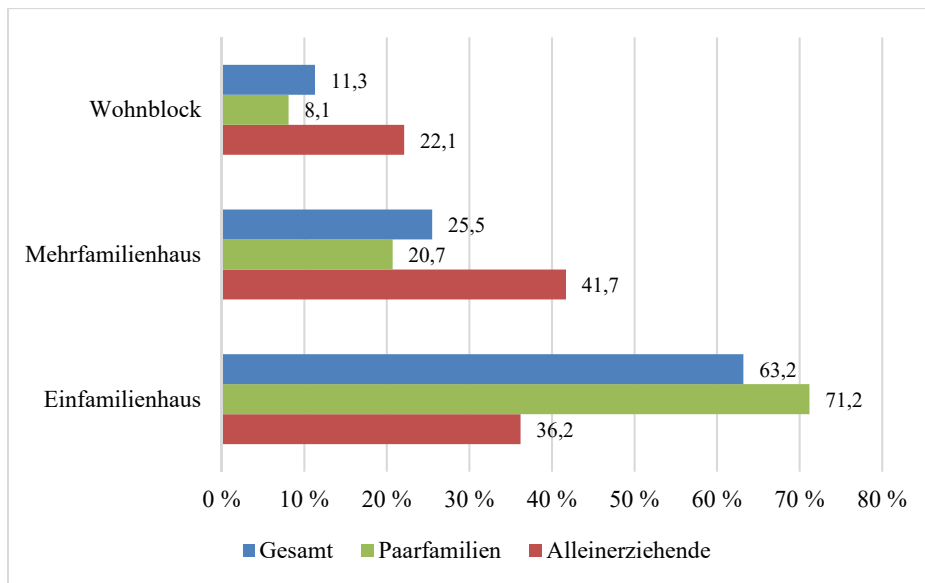


Abbildung 1: Wohngebäude nach Familienform. Angaben in Prozent.

„Familien mit Migrationshintergrund“ (43,8 %) leben weitaus seltener in „Einfamilienhäusern“ als „Familien ohne Migrationshintergrund“ (66,0 %). Im Umkehrschluss werden „Mehrfamilienhäuser mit 2 bis 9 Wohnungen“ und vor allem „Wohnblocks mit 10 oder mehr Wohnungen“ weitaus häufiger von „Familien mit Migrationshintergrund“ (32,2 % und 24,0 %) als von „Familien ohne Migrationshintergrund“ (24,0 % und 9,5 %) bewohnt. Auffällig sind auch die regionalen Unterschiede in der Wohnsituation von „Familien mit Migrationshintergrund“. Fast die Hälfte der migrantischen Familien im „Berliner Umland“ (49,5 %) wohnt in einem „Einfamilienhaus“; im „Weiteren Metropolitanraum“ sind es lediglich 37,0 Prozent. Bei den „Mehrfamilienhäusern“ und den „Wohnblocks“ dreht sich der Effekt um: Im „Weiteren Metropolitanraum“ leben „Familien mit Migrationshintergrund“ häufiger in „Mehrfamilienhäusern“ und „Wohnblocks“ als im „Berliner Umland“. Im „Weiteren Metropolitanraum“ liegt der Anteil der „Familien mit Migrationshintergrund“, die in „Wohnblocks“ wohnen, bei 27,6 Prozent und somit fast 20 Prozentpunkte über dem Anteil bei den „Familien ohne Migrationshintergrund“.

Schul- und Berufsbildung

Die Hälfte der befragten Eltern besitzt die Hochschulreife (50,2 %), 13,5 Prozent die Fachhochschulreife und 31,6 Prozent die Mittlere Reife. Nur 2,4 Prozent der Befragten geben an, den höchsten Schulabschluss an einer Hauptschule, Volkshochschule oder Polytechnischen Oberschule mit Abschluss 8. oder 9. Klasse erworben zu haben. Lediglich ein Bruchteil ist zum Zeitpunkt der Befragung noch Schüler (1,0 %) oder hat die Schule ohne Abschluss beendet (1,3 %).

Als höchsten beruflichen Abschlusses geben 39,9 Prozent der Befragten einen Hochschulabschluss und 41,6 Prozent eine abgeschlossene Berufsausbildung an. 14,6 Prozent haben einen Abschluss an einer Fachschule oder Fachakademie erworben. Nur 4,1 Prozent der Befragten besitzen keinen beruflichen Abschluss (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Schul- und Berufsabschluss.

	Prozent
Schulabschluss	
Hochschulreife	50,2
Fachhochschulreife	13,5
Mittlere Reife (Abschluss 10. Klasse)	31,6
Haupt-/Volksschule (Abschluss 8. bzw. 9. Klasse)	2,4
Noch Schüler/-in	1,0
Keinen Schulabschluss	1,3
Berufsabschluss	
Hochschule	39,9
Fachschule/Fachakademie	14,4
Ausbildung	41,6
Keinen Berufsabschluss	4,1

Zur Darstellung des Bildungsniveaus wurden die schulischen und beruflichen Abschlüsse nach der Bildungsskala der „International Standard Classification of Education“ (ISCED) in Bildungsstufen eingeteilt.¹⁰ 54,2 Prozent der Befragten haben demnach ein „Hohes Bildungsniveau“, 42,6 Prozent ein „Mittleres Bildungsniveau“ und 3,2 Prozent ein „Niedriges Bildungsniveau“ (Tabelle 5).

Tabelle 5: Bildungsniveaus nach ISCED.

ISCED	Prozent
Niedrig	3,2
Mittel	42,6
Hoch	54,2

Alter und Anzahl der Kinder

In den Haushalten der Familien, die an der „Familienbefragung Brandenburg“ teilgenommen haben, leben insgesamt 9.420 Kinder. Das Alter der Kinder liegt zwischen 0 und 28 Jahren. Das Durchschnittsalter der Kinder beträgt 9,1 Jahre.

Die befragten Familien leben im Durchschnitt mit zwei Kindern im Haushalt. Der Anteil von Haushalten mit „Einem Kind“ beträgt 28,9 Prozent (siehe Tabelle 6). Haushalte mit „Zwei Kindern“ machen 49,4 Prozent aus. Familien mit „Drei oder mehr Kindern“ sind mit einem Anteil von 21,7 Prozent vertreten. In Tabelle 6 wird die Anzahl der Kinder in den unterschiedlichen Familienformen dargestellt.

¹⁰ Siehe auch Schroedter, Lechert und Lüttinger, 2006.

Tabelle 6: Anzahl der Kinder nach Familienform und Migrationshintergrund. Angaben in Prozent.

	Ein Kind	Zwei Kinder	Drei oder mehr Kinder
Alleinerziehende	40,9	40,6	18,5
Paarfamilien	25,3	52,0	22,7
<i>Darunter</i>			
Kernfamilien	24,8	54,9	20,3
Patchwork-Familien	26,1	45,3	28,6
Familien mit Migrationshintergrund	24,2	45,4	30,4
Familien ohne Migrationshintergrund	29,5	49,9	20,6
Gesamt (alle Familien)	28,9	49,4	21,7

2.2 Erläuterung der Auswertungsmethoden

Einzelindikatoren und Skalen

Die Erfassung der Indikatoren im Fragebogen erfolgte in der Regel anhand von geradzahlig gestuften Ratingskalen, wobei jede einzelne Stufe bzw. Antwortkategorie durch eine sprachliche Formulierung umschrieben war (z. B. „Trifft nicht zu“, „Trifft eher nicht zu“, „Trifft eher zu“, „Trifft völlig zu“). Diese Formulierungen werden auch bei der vorliegenden Darstellung der Untersuchungsergebnisse aufgegriffen. Die Verwendung einer geradzahlig Anzahl von Antwortkategorien erlaubt es, die Ratingskalen so zu dichotomisieren, dass die Häufigkeiten, mit denen die jeweils einem Pol des Antwortkontinuums zugewandten Kategorien gewählt wurden, in einem einzigen Kennwert zusammengefasst werden können (z. B. Zusammenfassung von „Gar nicht zufrieden“ und „Eher nicht zufrieden“ zu „Unzufrieden“ einerseits sowie „Eher zufrieden“ und „Sehr zufrieden“ zu „Zufrieden“ andererseits). Diese in der Forschungspraxis übliche Form der Rückmeldung der Ergebnisse von Fragebogenuntersuchungen wurde auch im vorliegenden Bericht häufig gewählt.

Einige Befunde resultieren aus der Analyse von Skalen, zu welchen einzelne Indikatoren im Ergebnis testpsychologischer Analysen zusammengefasst wurden. Beispielsweise setzt sich die Skala „Depressivität“ aus insgesamt zehn Indikatoren zusammen. Die Zusammenfassung von einzelnen Antworten der Befragten zu Skalen führt zu zuverlässigeren Ergebnissen, sofern die entsprechenden Indikatoren tatsächlich den gleichen Sachverhalt abbilden, was durch Faktoren- und Konsistenzanalysen geprüft werden kann. Alle in der vorliegenden Studie genutzten Skalen wurden hinsichtlich ihrer Struktur und ihrer psychometrischen Güte analysiert; die dabei errechneten Parameter bestätigten die Güte der Skalen und die Zulässigkeit der Skalenbildungen. Die Einzelitems dieser Skalen wurden zu Mittelwertindizes zusammengefasst und in dieser Form als Skalenindizes in den Analysen weiterverwendet.

Deskriptive Analysen

Bei den folgenden Ergebnisdarstellungen werden die Verteilungskennwerte der erfassten Indikatoren deskriptiv in Form von prozentualen Häufigkeiten oder Durchschnitts- bzw. Mittelwerten dargestellt. Sofern sich die in den Tabellen und Abbildungen dargestellten Prozentsätze nicht zu 100 Prozent addieren, beruhen die Abweichungen in den meisten Fällen auf der Anwendung von Rundungsregeln. Es ist zudem keine Addition der Prozente auf 100 möglich, wenn Mehrfachantworten erlaubt waren. Bei der Berechnung von Prozentsätzen für Fragen mit mehreren Antwortmöglichkeiten, wie sie beispielsweise bei der Erfassung der Unterstützungsnetzwerke oder der Unterstützungswünsche vorkommen, geben die Prozentwerte den Anteil derjenigen wieder, die eine bestimmte Antwortmöglichkeit ausgewählt

haben. Die Prozentangaben stellen das Verhältnis der Antwortenden zur Gesamtanzahl der Befragten dar. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie auch andere Antwortmöglichkeiten gewählt haben oder nicht. Aufgrund dieser Vorgehensweise ergibt die Summe der Prozentwerte der verschiedenen Antwortmöglichkeiten nicht zwangsläufig 100 Prozent.

Gruppenvergleiche

Der Schwerpunkt der Auswertung lag – neben der Veranschaulichung der Lebenssituation der Familien im Land Brandenburg – auf dem Vergleich der Situationen der unterschiedlichen Familienformen und regionalen Gegebenheiten. Zu diesem Zweck wurden Vergleiche der prozentualen Verteilungen und der Mittelwerte zentraler Indikatoren zwischen den entsprechenden Gruppen durchgeführt. Mit Hilfe von T-Tests und Varianzanalysen (ANOVA) wurde dabei untersucht, inwiefern bzw. mit welcher Wahrscheinlichkeit Mittelwertunterschiede zwischen bestimmten Teilgruppen der Erhebungsstichprobe auch zwischen den entsprechenden Teilgruppen der Grundgesamtheit bestehen oder ob die gefundenen Unterschiede lediglich zufällige Schwankungen abbilden (Signifikanztest). Wenn es unwahrscheinlich ist, dass für eine Stichprobe ermittelte Mittelwertunterschiede nur auf Zufallseinflüsse zurückzuführen sind, spricht man von „statistisch signifikanten“ Unterschieden.¹¹ Sofern nicht anders angegeben, sind alle in den nachfolgenden Kapiteln berichteten Mittelwertunterschiede statistisch signifikant.¹² Zur Quantifizierung der Effektstärke der Mittelwertunterschiede zwischen zwei Gruppen wurde Cohens'd genutzt. Um die Stärke des Mittelwertunterschieds zwischen mehr als zwei Gruppen zu bestimmen, wurde Eta-Quadrat verwendet. Sowohl Eta-Quadrat als auch Cohens'd variiert zwischen 0 und 1, wobei höhere Werte auf eine größere Effektstärke hinweisen. Cohen (1988) schlägt folgende Interpretation der Werte vor: $d = 0,20$ „kleiner Effekt“, $d = 0,50$ „mittlerer Effekt“ und $d = 0,80$ „großer Effekt“.

Bivariate Zusammenhänge

Wenn es die inhaltliche Fragestellung erforderte, wurden bivariate Zusammenhänge von Indikatoren untersucht. Dazu wurde zunächst jeweils mit Hilfe eines Chi-Quadrat-Tests die statistische Unabhängigkeit der entsprechenden Indikatoren überprüft.¹³ Die Stärke der Zusammenhänge kann mit Hilfe von geeigneten Korrelationskoeffizienten ausgedrückt werden, wobei das Messniveau der betrachteten Indikatoren zu beachten ist. In den hier dargestellten Analysen wurde der Korrelationskoeffizient Cramérs V bei Indikatoren verwendet, die auf nominalem Messniveau erfasst wurden.¹⁴ Der Wertebereich von Cramérs V liegt zwischen 0 („kein“ Zusammenhang) und 1 („perfekter“ Zusammenhang); in der Literatur existieren unterschiedliche Auffassungen darüber, ab wann ein durch Cramérs V gemessener Zusammenhang als „stark“ zu bezeichnen ist. Gehring und Weins (2010) sprechen bei Werten zwischen 0,1 und 0,2 von „schwachen“ Zusammenhängen. Höhere Werte sprechen demzufolge für „mittlere“ und „starke“ Zusammenhänge. Liegt bei den Indikatoren, deren Zusammenhang betrachtet wird, zumindest ein ordinales Messniveau vor (d. h. die Daten lassen sich der Größe bzw. dem Rang nach ordnen), besteht darüber hinaus die Möglichkeit, die

¹¹ Bortz, 2005.

¹² Auch alle weiteren statistischen Kennwerte (z. B. Korrelationskoeffizienten und Regressionskoeffizienten) wurden auf statistische Signifikanz untersucht. Sofern nicht anders vermerkt, sind alle in den nachfolgenden Kapiteln angegebenen Koeffizienten statistisch signifikant.

¹³ Nur wenn diese Unabhängigkeit mit hinreichend großer Wahrscheinlichkeit verworfen werden kann, liegen signifikante Zusammenhänge vor. In der folgenden Ergebnisdarstellung werden, sofern nicht anders vermerkt, nur signifikante Zusammenhänge dargestellt.

¹⁴ Bei zwei dichotomen Indikatoren wurde der Koeffizient ϕ („Phi“) verwendet.

„Richtung“ eines Zusammenhangs anzugeben. Wenn zwei Merkmale gleichsinnig miteinander kovariieren, liegt ein positiver Zusammenhang vor (Maximalwert: +1.0). Kovariieren zwei Merkmale hingegen gegenläufig, handelt es sich um eine negative Korrelation (Maximalwert: -1.0). Der Wert „0“ signalisiert das Fehlen eines linearen Zusammenhangs bzw. die statistische Unabhängigkeit der betrachteten Merkmale. Als statistisches Zusammenhangsmaß für Daten auf Ordinalskalenniveau wurde im vorliegenden Ergebnisbericht der Koeffizient ρ („Rho“) nach Spearman und Kendall's τ („Tau“) ermittelt. Für Merkmale auf Kardinalskalenniveau (d. h. die Abstände zwischen verschiedenen Merkmalsausprägungen können exakt bestimmt werden) wurde der Koeffizient r nach Pearson bestimmt. Gemäß einer Faustregel nach Cohen (1988) kann in den Sozialwissenschaften ein Korrelationskoeffizient r ab einer Höhe von .10 als „klein“, ab einer Höhe von .30 als „mittel“ und ab einer Höhe von .50 als „groß“ angesehen werden. Diese Richtwerte können auch zur Orientierung bei der Beurteilung von Zusammenhängen dienen, die mit Hilfe der Korrelationskoeffizienten ρ und τ beschrieben werden. Selbstverständlich müssen bei der Interpretation der Höhe von Korrelationskoeffizienten zusätzlich auch immer inhaltliche Aspekte berücksichtigt werden. Zudem ist zu betonen, dass zwei in Korrelation stehende Variablen sich nicht direkt gegenseitig beeinflussen müssen, sondern von einer (unbekannten) dritten Variable beeinflusst werden können. Dementsprechend kann nicht in jedem Fall ein direkter inhaltlicher Schluss von der einen auf die andere Variable gezogen werden.

Regressionsanalysen

Um die Beziehung zwischen einer abhängigen („Zielvariable“) und einer oder mehreren unabhängigen Variablen („Prädiktoren“) zu untersuchen, wurden in Einzelfällen einfache und multiple lineare Regressionen gerechnet. Dabei beschreibt die einfache Regression den Effekt einer unabhängigen Variablen (z. B. „Anzahl der Kinder“) auf eine abhängige Variable (z. B. „Schlafdauer“), die multiple Regression hingegen beschreibt die Beziehungen zwischen mehreren unabhängigen Variablen und einer abhängigen Variablen.¹⁵ Bei der Analyse wird für jeden Prädiktor ein Kennwert (sogenannter „Beta“-Koeffizient; Wertebereich -1.0 bis +1.0) berechnet, der Aufschluss darüber gibt, wie stark dieser Prädiktor (bei Kontrolle der anderen Prädiktoren) zur Erklärung des interessierenden Phänomens bzw. Merkmals beiträgt. Die Stärke, mit der alle berücksichtigten Prädiktoren die unterschiedlichen Ausprägungen des betrachteten Merkmals erklären, wird durch den Koeffizienten „ R^2 “ angezeigt. Dieser Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Ein Wert von $R^2 = 1.0$ würde bedeuten, dass das Merkmal vollständig, also zu 100 Prozent, durch die Wirkung aller Prädiktoren im Regressionsmodell erklärt werden kann. Bei der Interpretation von „ R^2 “ gelten Werte zwischen .01 und .06 als „schwach“, zwischen .06 und .14 als „mittelstark“ und über .14 als „stark“.¹⁶

¹⁵ Fahrmeir et al., 2011.

¹⁶ Cohen, 1988.

3 Finanzielle Situation

Die finanzielle Situation von Familien ist ein zentraler Aspekt für das Verständnis ihrer Lebensqualität. Das Einkommen, die Ausgaben und die finanziellen Ressourcen beeinflussen maßgeblich die Möglichkeiten von Familien, ihre grundlegenden Bedürfnisse zu erfüllen und ihre Teilhabe an der Gesellschaft auszugestalten.¹⁷ Im Folgenden wird die finanzielle Situation der Familien im Land Brandenburg auf Basis des Äquivalenzeinkommens und des Vorhandenseins finanzieller Rücklagen analysiert. Vor dem Hintergrund der Einkommenseinbußen durch die Krisen werden die unterschiedlichen Herangehensweisen an mögliche Einsparpotentiale, der Einfluss der finanziellen Lage auf die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation und die Wohnsituation dargestellt.

3.1 Äquivalenzeinkommen

Das Konzept des Äquivalenzeinkommens, auch Haushaltsäquivalenzeinkommen genannt, ist für die Untersuchung der Einkommensverteilung, Einkommensungleichheit und Armut von hoher Bedeutung, da es eine präzise Beurteilung des Wohlstands der Familien ermöglicht, indem das Haushaltseinkommen unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße und der Haushaltsstruktur dargestellt wird. Das Äquivalenzeinkommen bildet das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied ab und erlaubt dadurch den Vergleich unterschiedlich großer Haushalte.¹⁸

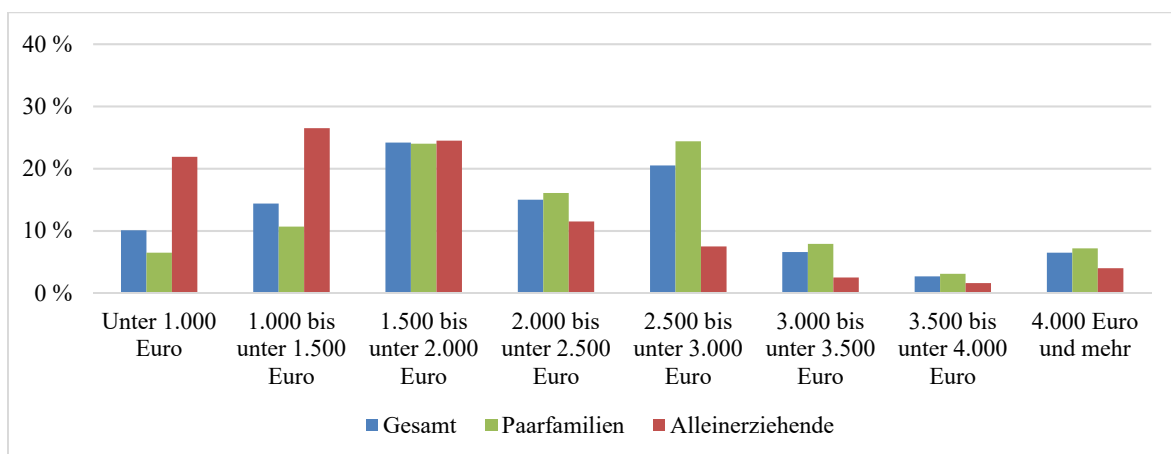


Abbildung 2: Monatliches Äquivalenzeinkommen, kategorisiert in acht Einkommensgruppen, dargestellt nach Familienform. Angaben in Prozent.

Abbildung 2 kann der prozentuale Anteil der Familien in acht auf Basis des monatlichen Äquivalenzeinkommens gebildeten Einkommensgruppen entnommen werden. Dabei wird zwischen Familien „Gesamt“, „Paarfamilien“ und „Alleinerziehenden“ unterschieden. Der größte Anteil der Familien „Gesamt“ befindet sich in der Kategorie „1.500 bis unter 2.000 Euro“. In dieser Einkommenskategorie ist die Verteilung zwischen den einzelnen Familienformen ausgeglichen (jeweils rund 24 %). In den anderen Kategorien zeigen sich hingegen große Diskrepanzen zwischen dem Äquivalenzeinkommen von „Paarfamilien“ und „Alleinerziehenden“. Die Anteile der Familien, die ein Äquivalenzeinkommen von „Unter 1.000

¹⁷ Bundesforum Familie [BFF], 2015, S. 10f.

¹⁸ Statistisches Bundesamt [StBA], 2024a.

Euro“ oder „1.000 bis 1.500 Euro“ zur Verfügung haben, sind bei den „Alleinerziehende“ weit größer als bei den „Paarfamilien“.

Ein Vergleich zwischen den unterschiedlichen Familienformen gelingt noch besser, wenn die ursprünglich acht Kategorien zu drei zusammengefasst werden (siehe Abbildung 3).¹⁹

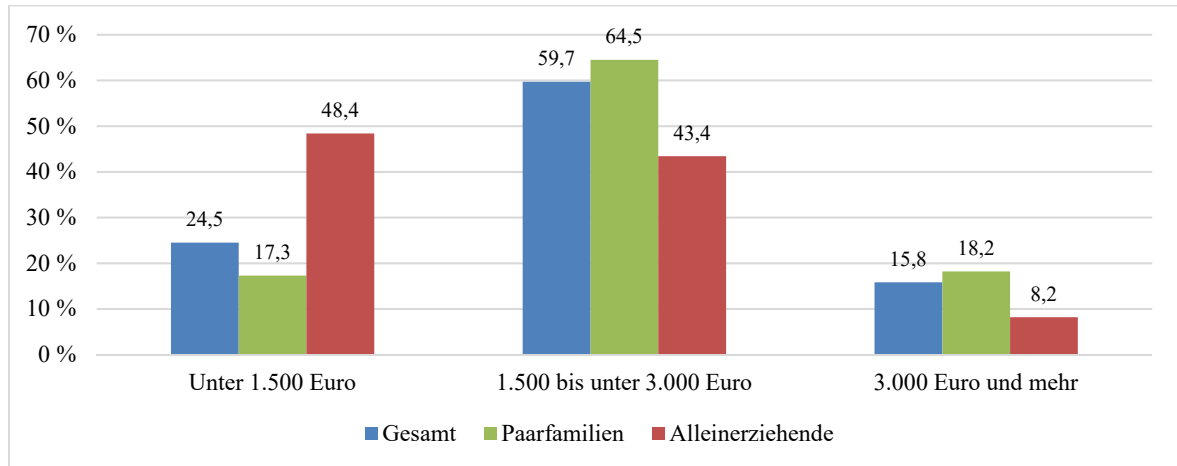


Abbildung 3: Monatliches Äquivalenzeinkommen, kategorisiert in drei Einkommensgruppen, dargestellt nach Familienform. Angaben in Prozent.

Bei dieser Form der Darstellung wird sichtbar, dass ein Viertel der brandenburgischen Familien „Gesamt“ mit einem monatlichen Äquivalenzeinkommen von „Unter 1.500 Euro“ auskommen muss. Bei den „Alleinerziehenden“ (48,4 %) trifft das auf fast die Hälfte der Familien zu, während bei „Paarfamilien“ der Anteil mit 17,3 Prozent wesentlich geringer ist. In die Kategorie „1.500 bis unter 3.000 Euro“ fallen 64,5 Prozent der „Paarfamilien“ und 43,4 Prozent der „Alleinerziehenden“ („Gesamt“: 59,7 %). In der höchsten der drei Einkommenskategorien befinden sich 18,2 Prozent der „Paarfamilien“ und nur 8,2 Prozent der „Alleinerziehenden“ („Gesamt“: 15,8 %).

Die Betrachtung des Äquivalenzeinkommens nach Familienform verdeutlicht die schwierige finanzielle Situation der „Alleinerziehenden“. Dabei ist festzuhalten, dass sich die finanzielle Lage von alleinerziehenden Müttern und alleinerziehenden Vätern stark voneinander unterscheidet: Alleinerziehende Väter stehen finanziell deutlich besser da als alleinerziehende Mütter. Konkret befinden sich 33,3 Prozent der Väter (vs. 51,5 % der Mütter) in der Einkommensgruppe „Unter 1.500 Euro“, 54,3 Prozent in der Einkommensgruppe „1.500 bis unter 3.000 Euro“ (vs. 41,1 %) und 12,4 Prozent haben ein Äquivalenzeinkommen von mindestens „3.000 Euro und mehr“ zur Verfügung (vs. 7,4 %).

Innerhalb der Paarfamilien unterscheidet sich die finanzielle Situation zwischen Familien mit und ohne Patchwork-Konstellation, wobei „Kernfamilien“ finanziell bessergestellt sind. Insgesamt 24,6 Prozent der „Patchwork-Familien“ haben monatlich ein Äquivalenzeinkommen von „Unter 1.500 Euro“ zur Verfügung, während es bei den „Kernfamilien“ lediglich 13,8 Prozent sind. Die mittlere Einkommensgruppe („1.500 bis unter 3.000 Euro“) ist mit 67,5 Prozent auch deutlich größer als bei den „Patchwork-Familien“ (59,4 %). In der höchsten Einkommensgruppe („3.000 Euro und mehr“) ist der Anteil dann noch leicht erhöht („Kernfamilie“: 18,8 % vs. „Patchwork-Familie“: 16,0 %).

¹⁹ Die Einteilung der Einkommensgruppen erfolgte in Anlehnung an Goebel, Gornig und Häußermann (2010).

Werden die Familien danach unterschieden, ob bei ihnen (nach eigenen Angaben) ein Migrationshintergrund vorliegt oder nicht, fallen ebenfalls bedeutsame Differenzen auf. Denn 45,4 Prozent der „Familien mit Migrationshintergrund“ verfügen über ein monatliches Äquivalenzeinkommen von „Unter 1.500 Euro“, während es bei den „Familien ohne Migrationshintergrund“ 21,4 Prozent sind. In die Einkommensgruppe „Zwischen 1.500 bis unter 3.000 Euro“ fallen 39,9 Prozent der „Familien mit Migrationshintergrund“. Der Anteil der „Familien ohne Migrationshintergrund“ ist in dieser Einkommensklasse hingegen wesentlich größer (62,6 %). In der höchsten Einkommensgruppe ist der Unterschied deutlich geringer. „Über 3.000 Euro“ im Monat stehen 14,7 Prozent der „Familien mit Migrationshintergrund“ und 16,0 Prozent der „Familien ohne Migrationshintergrund“ zur Verfügung.

Betrachtet man die finanzielle Situation der Familien bezogen auf die beiden regionalen Einheiten „Berliner Umland“ und „Weiterer Metropolitanraum“, fällt auf, dass die finanzielle Situation der Familien im „Weiteren Metropolitanraum“, also mit einer größeren Entfernung zur Hauptstadt, deutlich schlechter ist als im „Berliner Umland“. Von den Familien mit berlinnahem Wohnort befinden sich lediglich 18,3 Prozent in der Einkommensgruppe „Unter 1.500 Euro“. Liegt der Wohnort im „Weiteren Metropolitanraum“ beträgt dieser Anteil 29,8 Prozent. Der Anteil der Familien, die der finanziellen Mittelschicht zuzuordnen sind, beträgt unabhängig von der Distanz zur Hauptstadt rund 60 Prozent. Eine Ungleichverteilung besteht jedoch wieder in der höchsten Einkommensgruppe. Ein monatliches Äquivalenzeinkommen von „3.000 Euro und mehr“ haben 22,3 Prozent der Familien im „Berliner Umland“ und nur 9,8 Prozent im „Weiteren Metropolitanraum“ zur Verfügung.

Dieses Phänomen, dass die finanzielle Lage von der Entfernung zur Hauptstadt beeinflusst wird, verschärft sich bei Betrachtung der unterschiedlichen Familienformen. Der größte Zusammenhang zwischen diesen beiden Parametern besteht in der Gruppe der migrantischen Familien. Von den „Familien mit Migrationshintergrund“, die mit einer größeren Entfernung von Berlin im „Weiteren Metropolitanraum“ leben, haben 59,6 Prozent ein monatliches Äquivalenzeinkommen von „Unter 1.500 Euro“ zur Verfügung. Migrantische Familien im „Weiteren Metropolitanraum“ sind somit die Gruppe mit dem größten Anteil in der niedrigsten Einkommensklasse. Wohnen sie dahingegen in der Nähe von Berlin, müssen sie deutlich seltener mit diesem niedrigen Äquivalenzeinkommen zurechtkommen (32,0 %). Dementsprechend sind die mittlere und die hohe Einkommensgruppe in Berlinnähe (mittel: 48,1 %; hoch: 19,9 %) jeweils deutlich stärker vertreten als im „Weiteren Metropolitanraum“ (mittel: 31,0 %; hoch: 9,4 %).

Deutliche Zusammenhängeeffekte zwischen Wohlstand und der Entfernung zur Hauptstadt finden sich auch in allen weiteren untersuchten Gruppen („Paarfamilien“, „Patchwork-Familien“ und „Alleinerziehende“). Dabei gibt es die größten Unterschiede jeweils in den Randkategorien, d. h. beim niedrigen und hohen Äquivalenzeinkommen. Die Mittelkategorie bleibt weitestgehend konstant.

3.2 Armutsgefährdungsquoten

Die Armutsgefährdungsquote nach EU-Standard gibt den Anteil der Personen an, deren Äquivalenzeinkommen in Privathaushalten weniger als 60 Prozent des Medians der Bevölkerung beträgt.²⁰ Als einkommensarm gelten Personen in Haushalten, deren Einkommen unter dieser Schwelle liegt. Für die Berechnungen dieser Armutsschwelle und der damit in Zusammenhang stehenden Armutsgefährdungsquote werden auf Bundesebene Daten aus zwei Quellen (EU-SILC und Mikrozensus-Kernprogramm) verwendet und die Ergebnisse nebeneinander dargestellt.²¹ Die gewonnenen Ergebnisse weichen zum Teil deutlich voneinander ab, da sich die Indikatoren der beiden Datenquellen hinsichtlich der Stichprobe, des Bezugszeitraums für das Einkommen, der Einkommensmessung und der Gliederungsmerkmale voneinander unterscheiden. Mit nahezu 20 Prozentpunkten besonders gravierend sind die Abweichungen bei der Armutsgefährdungsquote für „Alleinerziehende“. Auf Basis der Berechnungen mit EU-SILC beträgt die Quote 25,5 Prozent.²² Unter Verwendung des Mikrozensus-Kernprogramms wurde eine Quote von 42,9 Prozent ermittelt.²³

Bei EU-SILC handelt es sich um die amtliche Hauptdatenquelle für die Messung von Armut und den Lebensbedingungen auf Bundesebene und in den Mitgliedstaaten der EU.²⁴ Das Mikrozensus-Kernprogramm wird von den statistischen Landes- und Bundesämtern für fachlich und räumlich tiefgegliederte Ergebnisse verwendet, da bei diesem die Stichprobe deutlich größer ist.²⁵

Die im Folgenden dargestellten Armutsgefährdungsquoten wurden im Kontext der „Familienbefragung Brandenburg“ ermittelt. Auch hier liegen Unterschiede hinsichtlich der Stichprobe, des Bezugszeitraums für das Einkommen, der Einkommensmessung und der Gliederungsmerkmale verglichen mit dem EU-SILC und dem Mikrozensus-Kernprogramm vor.²⁶ Die ermittelten und hier dargestellten Quoten bieten demnach eine dritte Perspektive auf das komplexe Konstrukt der Armutsgefährdung. Der Nutzen der Darstellung liegt vor allem in der Möglichkeit, unterschiedliche Familientypen in verschiedenen räumlichen Kontexten vergleichen zu können. Auf diese Weise kann ermittelt werden, bei welchen Familien im Land Brandenburg die Wahrscheinlichkeit am größten ist, von Armut bedroht oder betroffen zu sein.

Die Ergebnisse der „Familienbefragung Brandenburg“ zeigen ein differenziertes Bild der Armutsgefährdung in verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Regionen. Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote der Familien „Gesamt“ beträgt 15 Prozent. Bei den „Paarfamilien“ liegt die durchschnittliche Quote bei 10,5 Prozent. Leben die Paarfamilien als „Kernfamilie“ zusammen, ist die Quote mit 8,4 Prozent im Vergleich mit anderen Gruppen und Konstellationen am niedrigsten. Liegt eine Patchwork-Konstellation vor, beträgt die Quote 14,8 Prozent.

Weiterhin hat die Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, von Armut bedroht bzw. betroffen zu sein: Bei einem oder zwei Kindern

²⁰ StBA, 2024b.

²¹ Statistische Ämter des Bundes und der Länder [Statistikportal], 2024b.

²² StBA, 2023a.

²³ Statistikportal, 2024a.

²⁴ Statistikportal, 2024b.

²⁵ AfS, 2020.

²⁶ Bezüglich der Armutsgefährdungsquote wurde sich am Bundesmedian und der entsprechenden Armutsschwelle der EU-SILC-Stichprobe orientiert. Hier beträgt die Armutsschwelle Alleinlebender für das Jahr 2022 1.250 Euro (StBA, 2023b).

verändert sich die Quote nur geringfügig (11,4 % bei einem Kind; 12,4 % bei zwei Kindern). Familien mit „Drei oder mehr Kindern“ jedoch sind mit 23,7 Prozent überdurchschnittlich häufig armutsgefährdet. Bei den „Alleinerziehenden“ liegt die Quote im Durchschnitt bereits bei 28,7 Prozent. Auch in dieser Gruppe hat die Anzahl der Kinder einen bedeutsamen Effekt. Das Armutsrisiko der „Alleinerziehenden“ steigt mit der Anzahl der Kinder massiv an: Die Armutsgefährdungsquote liegt mit „Einem Kind“ bei 23,4 Prozent, mit „Zwei Kindern“ bei 30,7 Prozent und mit „Drei oder mehr Kindern“ bei 40,1 Prozent. Die am stärksten von Armut bedrohte Gruppe sind die migrantischen Familien mit einer durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote von 37,7 Prozent. Wie in allen anderen Gruppen auch, hängt die Armutsgefährdungsquote stark von der Anzahl der Kinder ab: Familien mit „Einem Kind“ weisen eine Armutsgefährdungsquote von 28,0 Prozent auf, und bei Familien mit „Zwei Kindern“ beträgt die Quote 30,4 Prozent. Besonders deutlich zeigt sich die Herausforderung bei „Familien mit Migrationshintergrund“, die „Drei oder mehr Kinder“ haben: Hier liegt die Armutsgefährdungsquote bei 53,8 Prozent. Somit ist über die Hälfte der migrantischen Familien mit „Drei oder mehr Kindern“ von Armut bedroht bzw. betroffen.

Wird die regionale Lage des Wohnortes in die Betrachtung eingebunden, zeigt sich, dass im „Weiteren Metropolitanraum“ auch ohne Berücksichtigung der Anzahl der Kinder über die Hälfte der migrantischen Familien von Armut bedroht bzw. betroffen ist. In dieser Gruppe liegt die Armutsgefährdungsquote im Durchschnitt bei 52,2 Prozent. Liegt die Quote bei „Einem Kind“ noch bei 40,0 Prozent, steigt sie bei „Zwei Kindern“ auf 44,7 Prozent. Haben die migrantischen Familien „Drei oder mehr Kinder“ und leben im „Weiteren Metropolitanraum“, so sind sie mit einer Wahrscheinlichkeit von 66,3 Prozent von Armut bedroht bzw. betroffen.

Der Einfluss, den die Nähe zu Berlin auf die finanzielle Situation der Familien hat, wurde bereits erläutert. Bei Betrachtung der Armutsgefährdungsquoten wird dieser Einfluss im vergleichbaren Ausmaß sichtbar, wie bei den „Familien mit Migrationshintergrund“ soeben beschrieben. Die Darstellung in Tabelle 7 zeigt die Armutsgefährdungsquoten der unterschiedlichen Familienformen in Abhängigkeit zur Hauptstadtnähe.

Die allgemeine Armutsgefährdungsquote der Familien „Gesamt“ liegt im „Berliner Umland“ (10,1 %) deutlich unter jener im „Weiteren Metropolitanraum“ (18,7 %). „Kernfamilien“, die in der Nähe von Berlin wohnen, haben im Gruppenvergleich mit 5,2 Prozent eine der niedrigsten Armutsgefährdungsquoten. Bei „Alleinerziehenden“ beträgt die Differenz fast 10 Prozentpunkte („Berliner Umland“: 23,2 %; „Weiterer Metropolitanraum“: 32,7 %). Der Einfluss der Nähe zu Berlin ist bei migrantischen Familien, wie bereits erwähnt, groß: Hier beträgt der Unterschied 28 Prozentpunkte („Berliner Umland“: 24,2 %; „Weiterer Metropolitanraum“: 52,2 %). „Familien ohne Migrationshintergrund“ haben im Umkehrschluss die niedrigsten Armutsgefährdungsquoten: Im „Berliner Umland“ beträgt sie lediglich 7,9 Prozent und im „Weiteren Metropolitanraum“ 14,3 Prozent.

Tabelle 7: Armutsgefährdungsquoten, Unterscheidungen nach Familienform, Migrationshintergrund, Anzahl der Kinder und regionaler Einheit. Angaben in Prozent.

	Regionale Einheit		
	Land Brandenburg	Berliner Umland	Weiterer Metropolitanraum
Alleinerziehende	28,7	23,2	32,7
Paarfamilien	10,5	6,5	13,9
<i>Darunter</i>			
Kernfamilien	8,4	5,2	11,3
Patchwork-Familien	14,8	9,1	19,3
Familien mit Migrationshintergrund	37,7	24,2	52,2
Familien ohne Migrationshintergrund	11,4	7,9	14,3
Familien mit			
1 Kind	11,4	9,0	13,3
2 Kinder	12,4	7,9	16,3
3 oder mehr Kinder	23,7	16,0	30,0
Gesamt (alle Familien)	15,0	10,1	18,7

3.3 Einkommenseinbußen durch die Krisen

Vor dem Hintergrund der aktuellen globalen Herausforderungen wie der Coronapandemie und der Energiekrise, stellt sich die Frage, inwieweit sich diese Gegebenheiten auf die finanzielle Situation der Familien im Land Brandenburg auswirken. Die Bewertung der finanziellen Situation erfolgte auf einer fünfstufigen Skala („Sehr verschlechtert“, „Eher verschlechtert“, „Gleich geblieben“, „Eher verbessert“, „Sehr verbessert“). Zum Zeitpunkt der Befragung, im Winter 2022/2023, schätzten die Familien die Folgen der Coronapandemie als deutlich weniger gravierend ein als die Auswirkungen der zu diesem Zeitpunkt dominierenden Energiekrise.

Während der Coronapandemie hat sich die finanzielle Situation bei der Mehrheit der Familien (69,0 %) nach ihren eigenen Angaben nicht verändert. Jedoch berichtet fast ein Viertel der Familien, dass sich die finanzielle Situation "Eher verschlechtert" (20,1 %) bzw. „Sehr verschlechtert“ (4,6 %) hat.²⁷ „Alleinerziehende“ (32,7 %)²⁸ erleben häufiger eine Verschlechterung der finanziellen Situation durch die Coronapandemie als „Paarfamilien“ (23,3 %). Auch „Patchwork-Familien“ (27,3 %) und „Familien mit Migrationshintergrund“ (36,6 %) sind häufiger von Einkommenseinbußen betroffen als „Kernfamilien“ (21,2 %) oder „Familien ohne Migrationshintergrund“ (23,9 %). Die größten Auswirkungen auf die finanzielle Situation hat die Coronapandemie auf einkommensschwache Familien mit einem Äquivalenzeinkommen von „Unter 1.500 Euro“ (44,1 %).²⁹ Im Gegensatz dazu geben nur 21,7 Prozent der Familien mit einem mittleren Einkommen („1.500 bis unter 3.000 Euro“) und 10,2 Prozent der Familien mit einem hohen Einkommen („3.000 Euro und mehr“) an, durch die Pandemie finanzielle Verluste erlitten zu haben. Trotz dieser Unterschiede bleibt

²⁷ Diese Befunde finden sich in vergleichbarer Weise bei Frondel et al. (2020, S. 7) sowie Hövermann und Kohlrausch (2020, S. 487).

²⁸ Die Werte für „Eher verschlechtert“ und „Sehr verschlechtert“ werden hier und im Folgenden zusammengefasst dargestellt.

²⁹ Zu ähnlichen Befunden kommen auch Beznoska, Niehues und Stockhausen (2020, S. 18f.).

die finanzielle Lage bei der Mehrheit der Familien während der Coronapandemie stabil: So berichten 52,6 Prozent der einkommensschwachen Familien, 72,8 Prozent der Familien mit einem mittleren Einkommen und 80,5 Prozent der einkommensstarken Familien, dass sich ihre finanzielle Situation durch die Coronapandemie nicht verändert hat.

Wird die Wohnortgröße betrachtet, ist festzustellen, dass sich im ländlichen Raum die Coronapandemie häufiger negativ auf die finanzielle Situation der Befragten ausgewirkt hat als in städtischen Gebieten. So bleibt die finanzielle Lage bei Familien in der „Großstadt“ (75,4 %) tendenziell stabiler als bei Familien in „Landgemeinden“ (65,5 %), wo 29,0 Prozent von einer Verschlechterung der finanziellen Situation durch die Pandemie berichten. In der „Großstadt“ geben lediglich 19,6 Prozent der Familien an, dass sich die finanzielle Situation verschlechtert hat.

Die Energiekrise hat im Gegensatz zur Coronapandemie einen deutlich spürbaren und weitreichenden Einfluss auf die finanzielle Situation der Familien. Die überwiegende Mehrheit (77,6 %) berichtet davon, dass sich die finanzielle Situation „Eher verschlechtert“ (61,8 %) oder sogar „Sehr verschlechtert“ (15,8 %) hat. Nur etwa jede fünfte Familie (21,8 %) gibt an, dass ihre Finanzlage „Gleich geblieben“ ist. Auch hier sprechen die Befunde dafür, dass „Alleinerziehende“ (81,5 %) und „Patchwork-Familien“ (79,5 %) häufiger von einer Verschlechterung betroffen sind. Befragte aus beiden Gruppen berichten signifikant häufiger, dass sich die Lage verschlechtert hat, als Befragte aus „Paarfamilien“ (76,3 %) und „Kernfamilien“ (74,7 %). Zwischen Familien mit und ohne Migrationshintergrund zeigen sich ebenfalls Unterschiede. Während 73,1 Prozent der migrantischen Familien von einer Verschlechterung ihrer Situation berichten, sind es bei den „Familien ohne Migrationshintergrund“ sogar 78,1 Prozent.

Das Einkommensniveau spielt bei den Auswirkungen der Energiekrise auf die finanzielle Situation der Familien eine entscheidende Rolle. Je niedriger das Einkommen, desto häufiger wird von negativen Auswirkungen berichtet. 65,6 Prozent der Familien mit einem hohen Äquivalenzeinkommen, 78,2 Prozent der Familien mit einem mittleren Äquivalenzeinkommen und 83,7 Prozent der Familien mit einem niedrigen Äquivalenzeinkommen sprechen davon, dass sich die finanzielle Situation durch die Energiekrise verschlechtert hat.

In ländlichen Gebieten, in Orten mit einer Einwohnerzahl von „Unter 5.000 Einwohnern“, wird häufiger (79,5 %) von einer Verschlechterung der finanziellen Situation berichtet als in städtischen Gebieten (74,2 %). Die Entfernung zu Berlin spielt hingegen keine Rolle.

3.4 Finanzielle Rücklagen

In Anbetracht der Tatsache, dass sich die finanzielle Situation der Familien durch die Energiekrise deutlich verschlechtert hat, ist es von besonderer Bedeutung, ob die Familien in Notsituationen auf finanzielle Rücklagen zurückgreifen können. Mehr als die Hälfte (57,7 %) der Familien im Land Brandenburg verfügt über derartige Rücklagen.³⁰ Diese Zahl variiert jedoch stark nach Familientyp und Region. So verfügen 62,1 Prozent der Befragten im „Berliner Umland“ und 53,8 Prozent der Befragten im „Weiteren Metropolenraum“ über finanzielle Reserven. Die Größe des Wohnortes spielt im Zusammenhang mit den finanziellen Ersparnissen keine Rolle.

³⁰ Das ING Consumer Research weist im Dezember 2022 aus, dass etwa 70 Prozent der Deutschen über finanzielle Ersparnisse verfügen (Franke, 2022).

„Alleinerziehende“ (38,3 %) verfügen deutlich seltener über finanzielle Rücklagen als „Paarfamilien“ (63,6 %).³¹ Die Entfernung zu Berlin hat bei den „Alleinerziehenden“ keinen Einfluss. Bei den „Paarfamilien“ hingegen zeigen sich regionale Unterschiede: Im „Berliner Umland“ können 68,4 Prozent auf finanzielle Rücklagen zurückgreifen, während es im „Weiteren Metropolitanraum“, fern der Hauptstadt, nur 59,1 Prozent sind. Innerhalb der „Paarfamilien“ gibt es noch weitere Differenzen: So haben nur 52,9 Prozent der „Patchwork-Familien“ finanzielle Rücklagen und 68,7 Prozent der „Kernfamilien“. Interessanterweise gibt es auch bei diesem Punkt einen Unterschied zwischen „Patchwork-Familien“ im „Berliner Umland“ (59,1 %) und „Patchwork-Familien“ im „Weiteren Metropolitanraum“ (48,1 %).

„Familien mit Migrationshintergrund“ (39,6 %) können weitaus seltener auf finanzielle Rücklagen zurückgreifen als „Familien ohne Migrationshintergrund“ (60,4 %). Mit großer Entfernung zur Hauptstadt, im „Weiteren Metropolitanraum“, haben nur etwa 31,2 Prozent der „Familien mit Migrationshintergrund“ finanzielle Rücklagen, während es im „Berliner Umland“ knapp die Hälfte (48,2 %) ist.

Betrachtet man die Rücklagen in Verbindung mit dem Äquivalenzeinkommen, so zeigt sich, dass mit steigendem gewichteten Pro-Kopf-Einkommen auch die Verfügbarkeit finanzieller Rücklagen zunimmt. Nur gut jede vierte Familie (26,7 %) mit einem monatlichen Äquivalenzeinkommen von „Unter 1.500 Euro“ gab an, finanzielle Rücklagen zu besitzen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass fast drei Viertel (73,3 %) der einkommensschwachen Familien nicht auf finanzielle Reserven zurückgreifen können. Von den Familien mit einem mittleren Einkommen, zwischen „1.500 bis unter 3.000 Euro“, hingegen sagten 63,5 % aus, finanzielle Rücklagen zu besitzen. Bei den Familien mit einem hohen monatlichen Äquivalenzeinkommen von „3.000 Euro und mehr“ sind sogar 83,6 Prozent durch finanzielle Rücklagen abgesichert. Dieser Befund entspricht den Erwartungen: Familien mit einem niedrigen Einkommen haben kaum die Möglichkeit, finanzielle Reserven für Notsituationen aufzubauen.

Ein derartiger Zusammenhang zwischen der Höhe des Äquivalenzeinkommens und der Existenz von Rücklagen besteht bei allen Familientypen. Eine besonders schwierige Situation zeichnet sich in diesem Kontext erneut für „Familien mit Migrationshintergrund“ ab: Einkommensschwache „Familien mit Migrationshintergrund“ haben nur in 13,1 Prozent der Fälle finanzielle Notreserven angespart. Verfügen die „Familien mit Migrationshintergrund“ hingegen über ein mittleres Äquivalenzeinkommen, zwischen „1.500 und bis unter 3.000 Euro“ monatlich, berichtete über die Hälfte (54,3 %) von Rücklagen. In der höchsten Einkommensgruppe („3.000 Euro und mehr“) haben auch die migrantischen Familien zu 81,9 Prozent finanzielle Reserven.

³¹ Diese Befunde decken sich mit den Ergebnissen aus anderen Studien (Aust, 2020, S. 14; Staatsinstitut für Familienforschung [ifb], 2020, S. 67f.). Selbst Alleinerziehende mit zwei Kindern, die sich nicht in materieller Armut befinden, haben eine geringe allgemeine Sparquote verglichen mit Paarfamilien mit zwei Kindern (Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung, 2019, S. 653f.).

3.5 Einsparpotentiale

Die Auswirkungen der Energiekrise zwingen viele Familien dazu, bei ihren täglichen Ausgaben zu sparen.³² Dies ist besonders dann erforderlich, wenn sie keine Rücklagen haben und/oder nur über ein geringes Einkommen verfügen.³³ Die Teilnehmer der „Familienbefragung Brandenburg“ wurden aufgefordert anzugeben, in welchen Bereichen sie bei Bedarf am ehesten sparen würden. Die Antworten sind demnach als „Einsparpotentiale“ zu interpretieren. Die dahinterliegenden Beweggründe differieren jedoch vermutlich. Für manche wird es an dieser Stelle um gedankliche Möglichkeiten gehen, für andere um eine grundsätzliche Bereitschaft und für wieder andere um eine Notwendigkeit. Vor diesem Hintergrund sind die im Folgenden dargestellten Befunde zu bewerten.

Bei den drei folgenden Posten sind die Möglichkeit, die Notwendigkeit und/oder die Bereitschaft zu sparen unter den Familien im Land Brandenburg am größten: „Restaurantbesuche und Feiern“ (82,7 %), „Energiekosten (Gas, Strom usw.)“ (74,7 %) sowie „Urlaub und Reisen“ (71,9 %).³⁴ Die Bereitschaft zur Umsetzung von Sparmaßnahmen in diesen Bereichen ist bei allen Familienformen und -konstellationen vergleichbar hoch, obwohl sich die durchschnittliche Höhe des Äquivalenzeinkommens innerhalb der Familienformen unterscheidet. Einzig im Bereich „Urlaub und Reisen“ sind die Notwendigkeit und/oder die Bereitschaft bei „Alleinerziehenden“ (76,8 %) größer als bei „Paarfamilien“ (70,4 %).

Die Angaben zum Einsparpotential in den abgefragten Bereichen variieren mit dem Einkommen der Familien. Bei „Restaurantbesuchen und Feiern“ nimmt die Bereitschaft zur Einsparung leicht ab, je höher das gewichtete Einkommen ist.³⁵ Bei „Energiekosten“ verhält es sich genau andersherum. Hier nehmen die Möglichkeit und die Bereitschaft, Einsparungen vorzunehmen, mit steigendem Einkommen zu: Familien mit „Hohem Einkommen“ (76,1 %) würden hier eher sparen als Familien mit „Mittlerem Einkommen“ (75,1 %) oder Familien mit „Niedrigem Einkommen“ (72,8 %). Regionale Aspekte wie die Entfernung zu Berlin und die Wohnortgröße stehen in keinem Zusammenhang zu den drei beliebtesten Einsparmöglichkeiten.

Das geringste Einsparpotential sehen Familien bei „Nachhilfeunterricht und Schulmaterial“ (13,5 %). Bei diesen Ausgaben ist nur ein kleiner Teil der brandenburgischen Familien bereit und in der Lage, zu sparen. Die Bereitschaft, die Möglichkeit und/oder die Notwendigkeit unterscheiden sich jedoch zum Teil deutlich zwischen den Familien, wenn deren Konstellation und das Einkommensniveau berücksichtigt werden. „Alleinerziehende“ (20,8 %), „Patchwork-Familien“ (15,1 %) und „Familien mit Migrationshintergrund“ (21,4 %) würden bei „Nachhilfeunterricht und Schulmaterial“ eher sparen als „Paarfamilien“ (11,3 %), „Kernfamilien“ (9,4 %) oder „Familien ohne Migrationshintergrund“ (12,4 %). Noch größer sind die Not oder die Bereitschaft, bei „Nachhilfeunterricht und Schulmaterial“ zu sparen,

³² Insbesondere die gestiegenen Verbraucherpreise (StBA, 2023b) und Lebensmittelpreise (StBA, 2024c) forcieren diesen Umstand.

³³ „Materielle Armut zeichnet sich dadurch aus, dass Haushalte das soziokulturelle Existenzminimum unterschreiten bzw. Teilhabe auf das Existenzminimum beschränkt bleibt, sodass selbst die Grundbedürfnisse nicht immer vollständig gedeckt werden können und Ausgaben in einem Bereich (z. B. für die Kleidung der Kinder) häufig durch Verzichte in anderen Bereichen (z. B. Ausgaben für Nahrungsmittel) oder Verschuldung erkaufte werden“ (Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung, 2019, S. 69).

³⁴ Die Angaben für „Trifft eher zu“ und „Trifft völlig zu“ wurden hier und im Folgenden zusammengefasst dargestellt.

³⁵ Bereitschaft zu Einsparungen bei „Restaurantbesuchen und Feiern“: „Unter 1.500 Euro“: 84,4 Prozent, „1.500 bis unter 3.000 Euro“: 82,7 Prozent, „3.000 Euro und mehr“: 80,6 Prozent.

in Familien mit einem geringen Einkommen (25,4 %) und in Familien, die ein niedriges Bildungsniveau aufweisen (30,8 %).³⁶

Der Anteil der Familien, die bereit sind bzw. sich gezwungen sehen, bei „Spielzeugen und Hobbys der Kinder“ zu sparen, liegt bei 30 Prozent. Erwartungsgemäß sind auch bei diesem Punkt das Äquivalenzeinkommen sowie das mit dem Einkommen korrelierende Bildungsniveau von hoher Bedeutung.³⁷ Auf die Familienform bezogen bedeutet dies, dass bei „Alleinerziehenden“ (38,2 %) der Prozentsatz höher ist als bei „Paarfamilien“ (27,5 %). Innerhalb dieser Gruppe tendieren „Patchwork-Familien“ (30,3 %) eher zu Einsparungen als „Kernfamilien“ (25,8 %). Liegt ein Migrationshintergrund vor, sehen 40,7 Prozent der Familien im Bereich „Spielzeuge und Hobbys der Kinder“ Einsparpotential. Haben sie darüber hinaus ihren Wohnsitz im „Weiteren Metropolenraum“, wo die finanzielle Situation der migrantischen Familien besonders prekär ist, beträgt dieser Anteil 45,8 Prozent.³⁸

Durch die stark gestiegenen Lebensmittelpreise haben sich auch die Ausgaben der Familien im Bereich „Nahrung und Getränke“ deutlich erhöht. Hier bestehen potentielle Einsparvorhaben bzw. -zwänge bei knapp 43 Prozent der Familien. Die Zusammenhänge mit Äquivalenzeinkommen und Bildungsniveau sowie ihren Effekten auf die Familienformen sind auch hier gegeben, allerdings bei Weitem nicht so groß. Im Bereich „Nahrung und Getränke“ kommen jedoch zum Teil bedeutsame Disparitäten hinzu, die mit der Entfernung zur Hauptstadt zu tun haben: Bezogen auf alle Familien spielt die Nähe zu Berlin zwar keine Rolle, aber innerhalb der Familienformen zeigen sich bemerkenswerte Effekte. Unter den „Alleinerziehenden“ aus dem „Weiteren Metropolenraum“ ist die Armutsgefährdung weit größer als unter denen im „Berliner Umland“. Dennoch schätzen „Alleinerziehende“ im „Berliner Umland“ (51,2 %) die Notwendigkeit und/oder die Möglichkeit, bei Lebensmitteln zu sparen, höher ein als im „Weiteren Metropolenraum“ (44,4 %). Bei migrantischen Familien kehrt sich der „Hauptstadteffekt“ um, was womöglich darauf zurückzuführen ist, dass innerhalb dieser Gruppe die Diskrepanz zwischen den Äquivalenzeinkommen von Familien in der Nähe von Berlin und solchen mit entlegeneren Wohnorten noch bedeutsamer ist. So sieht die Hälfte der „Familien mit Migrationshintergrund“ (50,6%) im „Weiteren Metropolenraum“ Einsparmöglichkeiten bzw. -nöte im Bereich „Nahrung und Getränke“. Im Vergleich dazu sind es 41,0 Prozent der migrantischen Familien im „Berliner Umland“.

Wird im Kontext der Einsparpotentiale der Einfluss der finanziellen Rücklagen betrachtet, zeigt es sich, dass die größten Zusammenhänge zwischen beiden Parametern in den Bereichen „Nachhilfeunterricht und Schulmaterial“, „Spielzeuge und Hobbys der Kinder“ sowie „Urlaub und Reisen“ bestehen. Familien, die über Rücklagen verfügen, sehen in diesen drei Bereichen deutlich weniger Einsparpotential bzw. planen deutlich seltener, hier zu sparen, als Familien ohne finanzielle Reserven. Das Vorhandensein von Rücklagen hat hingegen kaum Effekte auf die weitverbreiteten Sparvorhaben in den Bereichen „Restaurantbesuche und Feiern“ sowie „Energiekosten (Gas, Strom etc.)“. Diese zwei Bereiche werden von allen Familien als zentral angesehen bei den Überlegungen, wo gespart werden könnte, unabhängig von der Zusammensetzung, der Herkunft sowie dem Einkommens- oder Bildungsniveau der Familie.

³⁶ Bereitschaft zu Einsparungen bei "Nachhilfeunterricht und Schulmaterial": „ISCED-mittel“: 16,4 Prozent; „ISCED-hoch“: 10,0 Prozent; „Mittleres Einkommen“: 11,2 Prozent; „Hohes Einkommen“: 4,2 Prozent.

³⁷ Bereitschaft zu Einsparungen bei „Spielzeugen und Hobbys der Kinder“: „ISCED-niedrig“: 41,3 Prozent; „ISCED-mittel“: 34,2 Prozent; „ISCED-hoch“: 25,8 Prozent; „Niedriges Einkommen“: 42,1 Prozent; „Mittleres Einkommen“: 27,9 Prozent; „Hohes Einkommen“: 18,5 Prozent.

³⁸ Einen signifikanten bzw. bedeutsamen Effekt hat die Entfernung zur Hauptstadt in diesem Kontext nur bei migrantischen Familien.

3.6 Zufriedenheit mit der finanziellen Situation

Im Durchschnitt liegt die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation unter den Familien im Land Brandenburg bei 54,0 Prozent. Naturgemäß hängt die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation von den verfügbaren finanziellen Mitteln ab.³⁹ Je höher das Äquivalenzeinkommen ist, desto größer ist auch die Zufriedenheit. Bei Familien mit einem gewichteten Einkommen von „Unter 1.500 Euro“ ist lediglich jede vierte (25,2 %) damit zufrieden. Steigt das gewichtete Einkommen („1.500 bis unter 3.000 Euro“), beträgt die Zufriedenheitsrate dahingegen mehr als 57,4 Prozent. Die höchste Zufriedenheit (86,1 %) wird bei einem gewichteten Einkommen von „3.000 Euro und mehr“ verzeichnet. Aber trotz dieses hohen Äquivalenzeinkommens sind noch 13,9 Prozent der Familien unzufrieden.

Von hoher Bedeutung für die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation sind auch die finanziellen Rücklagen. So sind 76,6 Prozent der Familien zufrieden, die über Rücklagen verfügen. Im starken Kontrast dazu sind von den Familien ohne finanzielle Rücklagen lediglich 23,3 Prozent mit ihrer finanziellen Situation zufrieden und dementsprechend 76,7 Prozent unzufrieden.

Treffen Rücklagen und ein hohes Einkommen („3.000 Euro oder mehr“) zusammen, sind die Zufriedenheitswerte mit 92 Prozent erwartungsgemäß am höchsten. Auch in den anderen Einkommensklassen erhöhen vorhandene Rücklagen die Zufriedenheit. Im Umkehrschluss hat das Fehlen von Rücklagen einen bedeutsamen negativen Einfluss auf die Zufriedenheit: Besitzen die Familien mit einem hohen Einkommen keine finanziellen Rücklagen, sind nur 55,8 Prozent von ihnen mit ihrer finanziellen Situation zufrieden. Ähnlich verhält es sich bei Familien mit einem mittleren Äquivalenzeinkommen: Sind Rücklagen vorhanden, liegt der Anteil der zufriedenen Befragten bei 75,1 Prozent. Fehlen hingegen Rücklagen, beträgt der Anteil nur 26,6 Prozent. Bei einkommensschwachen Familien, die ein monatliches Familieneinkommen von „Unter 1.500 Euro“ haben, steigt die durchschnittliche Zufriedenheit beim Vorhandensein finanzieller Rücklagen von 25,2 auf 54,2 Prozent. Ist das Einkommen niedrig und fehlen Rücklagen, sinkt die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation auf 14,6 Prozent. Dieses Muster zeigt sich in allen Äquivalenzeinkommenskategorien sowohl im „Berliner Umland“ als auch im „Weiteren Metropolitanraum“. Insgesamt wird deutlich, dass finanzielle Rücklagen einen erheblichen Einfluss auf die finanzielle Zufriedenheit haben.

Übereinstimmend mit den dargestellten unterschiedlichen finanziellen Gegebenheiten je nach Familientyp und regionaler Verortung, variiert auch die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation zwischen den Familien. Familien im „Berliner Umland“ (58,8 %) scheinen tendenziell zufriedener mit ihrer finanziellen Lage zu sein als Familien im „Weiteren Metropolitanraum“ (49,6 %). „Paarfamilien“ (59,0 %) äußern im Allgemeinen eine höhere Zufriedenheit mit ihrer finanziellen Situation als „Alleinerziehende“ (37,1 %). Von den „Paarfamilien“ zeigen „Paarfamilien“ im „Berliner Umland“ (64,0 %) eine höhere Zufriedenheit als jene im „Weiteren Metropolitanraum“ (54,4 %). Bei den „Alleinerziehenden“ sind hier keine regionalen Disparitäten festzustellen. Für „Patchwork-Familien“ (52,4 %) wurde im Vergleich zu „Kernfamilien“ (62,5 %) eine geringere Zufriedenheit mit ihrer finanziellen Lage festgestellt. Bei dieser Gruppe zeigen sich erneut regionale Unterschiede, wobei „Patchwork-Familien“ im „Berliner Umland“ (59,7 %) zufriedener sind als diejenigen im „Weiteren Metropolitanraum“ (46,7 %). Ebenso lässt sich ein Einfluss des Migrationshintergrunds auf die Zufriedenheit feststellen. „Familien mit Migrationshintergrund“ (44,2 %) sind im Allgemeinen weniger zufrieden als „Familien ohne Migrationshintergrund“

³⁹ Lehner, Hohgardt & Umbricht, 2023, S. 54f.

(55,3 %). Auch hier zeigen sich – kongruent zur Einkommenssituation – regionale Unterschiede: „Familien mit Migrationshintergrund“ im „Berliner Umland“ (49,3 %) sind zufriedener als diejenigen im „Weiteren Metropolitanraum“ (39,4 %).

3.7 Zwischenfazit

Die Analyse der finanziellen Situation der Familien offenbart die großen finanziellen Herausforderungen, vor denen viele „Alleinerziehende“ – insbesondere alleinerziehende Mütter – sowie „Familien mit Migrationshintergrund“ und „Patchwork-Familien“ stehen. Das auf die Anzahl der Haushaltsmitglieder gewichtete Einkommen dieser Gruppen liegt häufig unter dem durchschnittlichen Einkommen der „Kernfamilien“, und die Armutsgefährdungsquoten sind im Vergleich zum Teil deutlich erhöht. Das Armutsrisiko nimmt mit der Anzahl der Kinder im Haushalt zu und auch die Lage des Wohnortes spielt eine wichtige Rolle: Familien, die im „Weiteren Metropolitanraum“ leben, sind finanziell schlechter gestellt als Familien im „Berliner Umland“, was sich insbesondere bei der Armutsgefährdungsquote zeigt. Da Familien im „Berliner Umland“ in der Regel einen größeren finanziellen Spielraum haben, können sie auch häufiger finanzielle Rücklagen bilden. Familien aus dem „Weiteren Metropolitanraum“ besitzen hingegen häufig keine finanziellen Reserven.

Während die finanziellen Auswirkungen der Coronapandemie insgesamt als weniger gravierend wahrgenommen wurden, führte die Energiekrise bei der überwiegenden Mehrheit der Familien zu finanziellen Einbußen. Dies gilt insbesondere für Familien mit niedrigem Einkommen. Auch in ländlichen Gebieten hat sich die finanzielle Situation stärker verschlechtert als im urbanen Raum. Einsparpotenzial in Krisenzeiten sehen die meisten Familien bei Ausgaben wie „Restaurantbesuche und Feiern“, „Energiekosten (Gas, Strom, etc.)“ sowie „Urlaub und Reisen“. Die Bereitschaft zu sparen ist bei Ausgabenposten wie „Nachhilfeunterricht und Schulmaterial“ weitaus geringer.

Trotz der finanziellen Herausforderungen ist die Mehrheit der Familien mit ihrer finanziellen Situation zufrieden. Die Zufriedenheit nimmt mit der Höhe des verfügbaren Einkommens und dem Vorhandensein finanzieller Rücklagen zu. In der Folge gibt es auch bei der Zufriedenheit regionale Unterschiede: Familien im „Berliner Umland“ verfügen im Durchschnitt über ein höheres Einkommen, besitzen häufiger Rücklagen und sind infolgedessen zufriedener mit ihrer finanziellen Situation als Familien, die im „Weiteren Metropolitanraum“ wohnen.

4 Berufliche Situation und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Für die meisten Eltern stellt eine Familiengründung die Herausforderung dar, die beruflichen und familiären Wünsche und Anforderungen unter einen Hut zu bringen und zwischen ihnen eine Balance herzustellen.⁴⁰ Im Folgenden werden die unterschiedlichen Bedingungen, zu denen die brandenburgischen Eltern einer Erwerbstätigkeit nachgehen und – nach „Paarfamilien“ und „Alleinerziehenden“ getrennt – die Aufteilung der anstehenden Aufgaben rund um die Organisation eines Familienalltags beleuchtet. Dabei wird auch auf die Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Arbeitgeber sowie die Nutzung institutioneller Kinderbetreuungseinrichtungen eingegangen.

4.1 Berufliche Situation der Eltern

Die Erwerbstätigenquote der Eltern⁴¹ in der „Familienbefragung Brandenburg“ liegt bei 91,6 Prozent und übersteigt damit sowohl den bundesweiten (76,9 %) als auch den ostdeutschen Durchschnitt (77,3 %)⁴². Dabei existieren Unterschiede zwischen den Erwerbstätigenquoten der Frauen (88,9 %) und der Männer (95,4 %).

Für die Messung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird die Erwerbsbeteiligung als realisierte Erwerbstätigkeit empfohlen, d. h. die zum Zeitpunkt der Befragung realisierte Erwerbstätigkeit ohne Einschluss von Erwerbstätigen in Mutterschutz oder Elternzeit.⁴³ Die realisierte Erwerbstätigkeit beträgt in der „Familienbefragung Brandenburg“ 87,5 Prozent. Bei dieser Betrachtungsart verschärft sich die geschlechtsspezifische Diskrepanz (Frauen: 82,4 %; Männer 94,7 %). Dies liegt zum einen daran, dass weitaus mehr Frauen (4,3 %) als Männer (0,5 %) zu Hause bleiben, um sich um den Haushalt zu kümmern. Zum anderen nehmen mehr Frauen Mutterschutz bzw. Elternzeit (7,0 %) in Anspruch als Männer (0,9 %). Insbesondere Mütter scheinen bereit zu sein, ihre Erwerbstätigkeit für das Familienleben zu reduzieren. Dies wird durch die Tatsache bestätigt, dass 25,2 Prozent der Frauen und nur 2,3 Prozent der Männer angeben, zugunsten der Kinderbetreuung weniger zu arbeiten⁴⁴. Diese Tendenz ist auch im sich stark unterscheidenden Einfluss der Kinder auf die realisierte Erwerbstätigenquote von Müttern und Vätern erkennbar (siehe Abbildung 4 und Abbildung 5). Während die realisierte Erwerbstätigenquote der Väter unabhängig vom Alter der Kinder und der Kinderanzahl konstant ist, verändert sich die Müttererwerbstätigenquote im Zusammenspiel mit der Kindersituation: Befinden sich Kinder im Alter von „Unter 3 Jahren“ im Haushalt, beträgt die Müttererwerbstätigenquote 61,7 Prozent. Gleiches gilt für die Anzahl der Kinder. Die Müttererwerbstätigenquote liegt bei nur 79,4 Prozent, wenn „Drei Kinder und mehr“ im Haushalt leben.

⁴⁰ BMFSFJ, 2021a, S. 387.

⁴¹ In der vorliegenden Analyse wurden ausschließlich Personen unter 65 Jahren betrachtet. Diese Teilstichprobe macht 99 Prozent der Gesamtstichprobe aus.

⁴² Stand 2022 (StBA, 2023c).

⁴³ Hochgürtel, 2018.

⁴⁴ Bei einem Prozentsatz von 5,7 Prozent haben beide Elternteile die Arbeitszeit zugunsten der Kinderbetreuung reduziert und für 66,9 Prozent der Familien war eine Arbeitszeitreduzierung für die Kinderbetreuung nicht nötig.

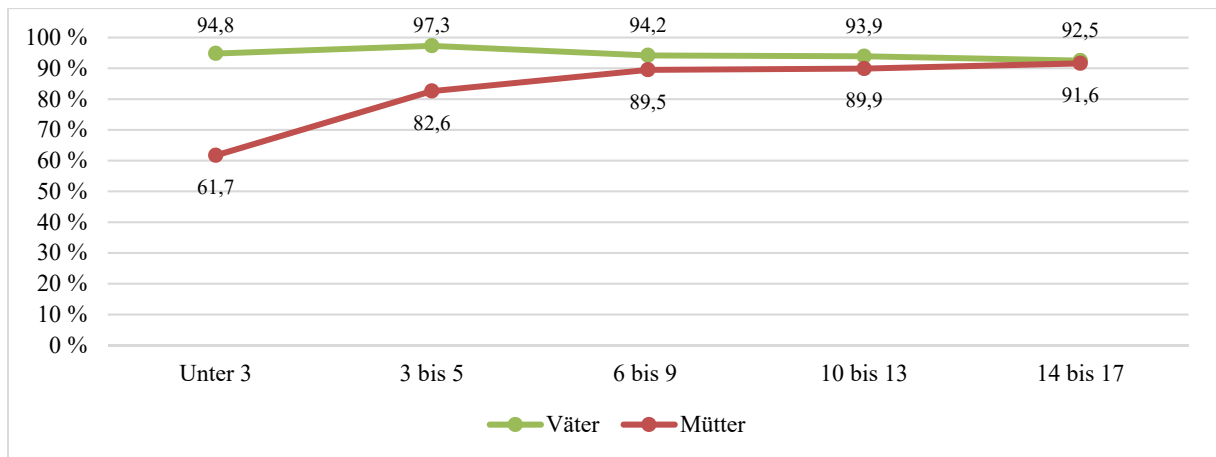


Abbildung 4: Erwerbstätigenquote von Müttern und Vätern in Abhängigkeit vom Alter der Kinder. Angaben in Prozent.

Unterschiede im Erwerbsmuster von Vätern und Müttern manifestieren sich vor allem in der Verbreitung der Teilzeiterwerbstätigkeit. Obwohl der Anteil der teilzeiterwerbstätigen Männer insbesondere in Ostdeutschland ansteigt⁴⁵, stellen teilzeiterwerbstätige Männer immer noch die Ausnahme dar.⁴⁶ Unter den erwerbstätigen Vätern im Land Brandenburg arbeiten 15,3 Prozent in Teilzeit und die Mehrheit von 84,7 Prozent in Vollzeit. Die erwerbstätigen Mütter arbeiten dagegen zu 60,9 Prozent in Teilzeit und nur zu 39,1 Prozent in Vollzeit.

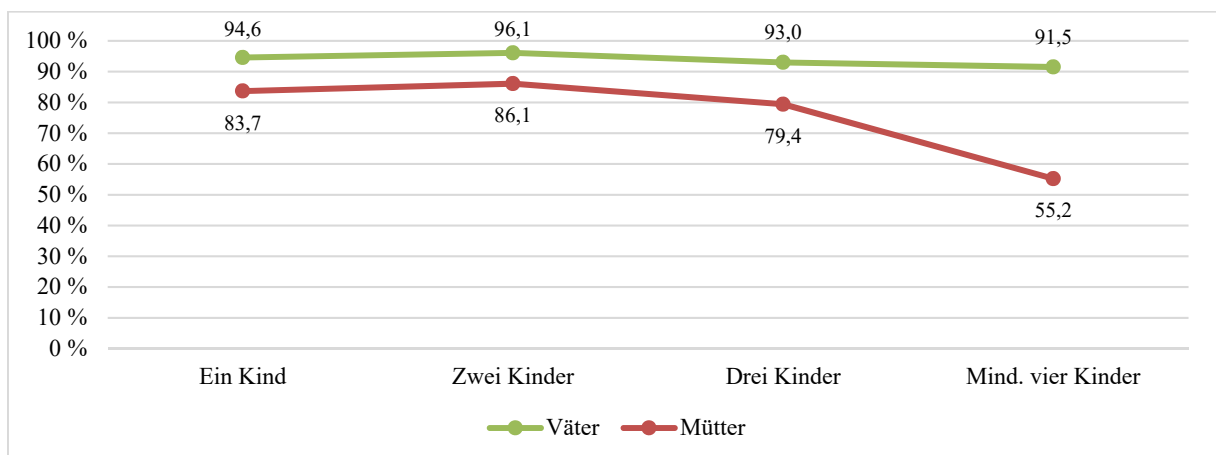


Abbildung 5: Erwerbstätigenquote von Müttern und Vätern in Abhängigkeit von der Anzahl der Kinder. Angaben in Prozent.

Das Erwerbsverhalten wird zudem durch die Familienform beeinflusst. Die Erwerbstätigenquote der „Alleinerziehenden“ (83,3 %) ist etwas geringer als die der „Paarfamilien“ (88,8 %). Vor allen Dingen unterscheidet sich der Erwerbsumfang: Erwerbstätige Eltern in „Paarfamilien“ sind häufiger in Vollzeit (63,3 %) und seltener in Teilzeit beschäftigt (36,7 %) als erwerbstätige alleinerziehende Eltern (Vollzeit: 44,7 %; Teilzeit: 55,3 %). Während das Erwerbsverhalten der Mütter in Westdeutschland stark vom Partnerschaftskontext beeinflusst wird – die Erwerbstätigenquote der Mütter in „Paarfamilien“ ist deutlich niedriger als die der alleinerziehenden Mütter – existieren in Ostdeutschland kaum Unterschiede.⁴⁷

⁴⁵ BMFSFJ, 2021a.

⁴⁶ BMFSFJ, 2023c.

⁴⁷ BMFSFJ, 2021a.

Auch in Brandenburg konnte kein unterschiedliches Erwerbsverhalten der Mütter festgestellt werden. Allerdings zeigen sich Unterschiede bei den Vätern: Die Erwerbstätigenquote der alleinerziehenden Väter (89,1 %) ist um rund fünf Prozentpunkte geringer als die Erwerbstätigenquote der Väter, die in Paarhaushalten leben (95,2 %). Dazu kommt, dass erwerbstätige alleinerziehende Väter verglichen mit erwerbstätigen Vätern aus Paarfamilien seltener in „Vollzeit“ (78,9 % vs. 85,2 %) und häufiger in „Teilzeit“ arbeiten (21,1 % vs. 14,8 %).

In Abbildung 6 werden die bundesweiten und die brandenburgischen Erwerbskonstellationen in Paarfamilien dargestellt. In dieser Gegenüberstellung wird ersichtlich, dass die häufigste Erwerbskonstellation bei Paarfamilien in Brandenburg das Zuverdienermodell mit männlichem Hauptverdiener ist, d. h. die Väter gehen einer Vollzeitbeschäftigung nach und die Mütter sind in Teilzeit erwerbstätig. Insgesamt rund 42 Prozent der „Paarfamilien“ organisieren so ihre Berufstätigkeit. Dabei ist der Stundenumfang, in dem die Frauen in diesem Zuverdienermodell arbeiten, sehr hoch: In 32,2 Prozent der „Paarfamilien“ arbeiten die Väter Vollzeit und die Mütter vollzeitnah (28 bis 36 Stunden pro Woche). Das männliche Alleinverdienermodell hat im Land Brandenburg eine sehr geringe Bedeutung. In nur 14,7 Prozent der Paarfamilien wird dieses Modell praktiziert. Auf nationaler Ebene hingegen war es im Jahr 2021 mit einem Anteil von 26 Prozent das dominante Rollenmodell.⁴⁸

Neben den geschlechtsspezifischen Unterschieden existieren im Kontext der Erwerbsbeteiligung zudem erhebliche Unterschiede bezogen auf soziodemografische Merkmale wie Bildung und Migrationshintergrund. Die Erwerbstätigenquote der Personen mit mittlerem (87,9 %) bzw. hohem Bildungsniveau (90,1 %) liegt deutlich über jener der Befragten mit niedrigem Bildungsniveau (43,3 %). Zudem weisen „Familien mit Migrationshintergrund“ (67,3 %) im Vergleich zu „Familien ohne Migrationshintergrund“ (90,4 %) eine niedrigere Erwerbstätigenquote auf. Die niedrige Erwerbstätigenquote unter den migrantischen Familien bedingt auch ihre stärkere Armutsgefährdung.⁴⁹ Besonders groß ist die Diskrepanz bei der Müttererwerbstätigkeit. „Frauen mit Migrationshintergrund“ (49,6 %) sind deutlich seltener erwerbstätig als „Frauen ohne Migrationshintergrund“ (86,0 %). Dabei ist bedeutsam, dass weit über die Hälfte (56,4 %) der nichterwerbstätigen „Frauen mit Migrationshintergrund“ ein hohes Bildungsniveau besitzt. Dies trifft nur auf 23,7 Prozent der nichterwerbstätigen „Frauen ohne Migrationshintergrund“ zu.⁵⁰ Die Erwerbstätigenquote dieser Personengruppen variiert dabei nicht hinsichtlich des Wohnortes, weder hinsichtlich der Entfernung zu Berlin noch hinsichtlich der Wohnortgröße.

⁴⁸ BMFSFJ, 2023a.

⁴⁹ StBA, 2023d.

⁵⁰ Es existiert auch eine im Vergleich höhere Qualifikation der migrantischen Männern bei einem Vergleich unter nicht-erwerbstätigen Männern.

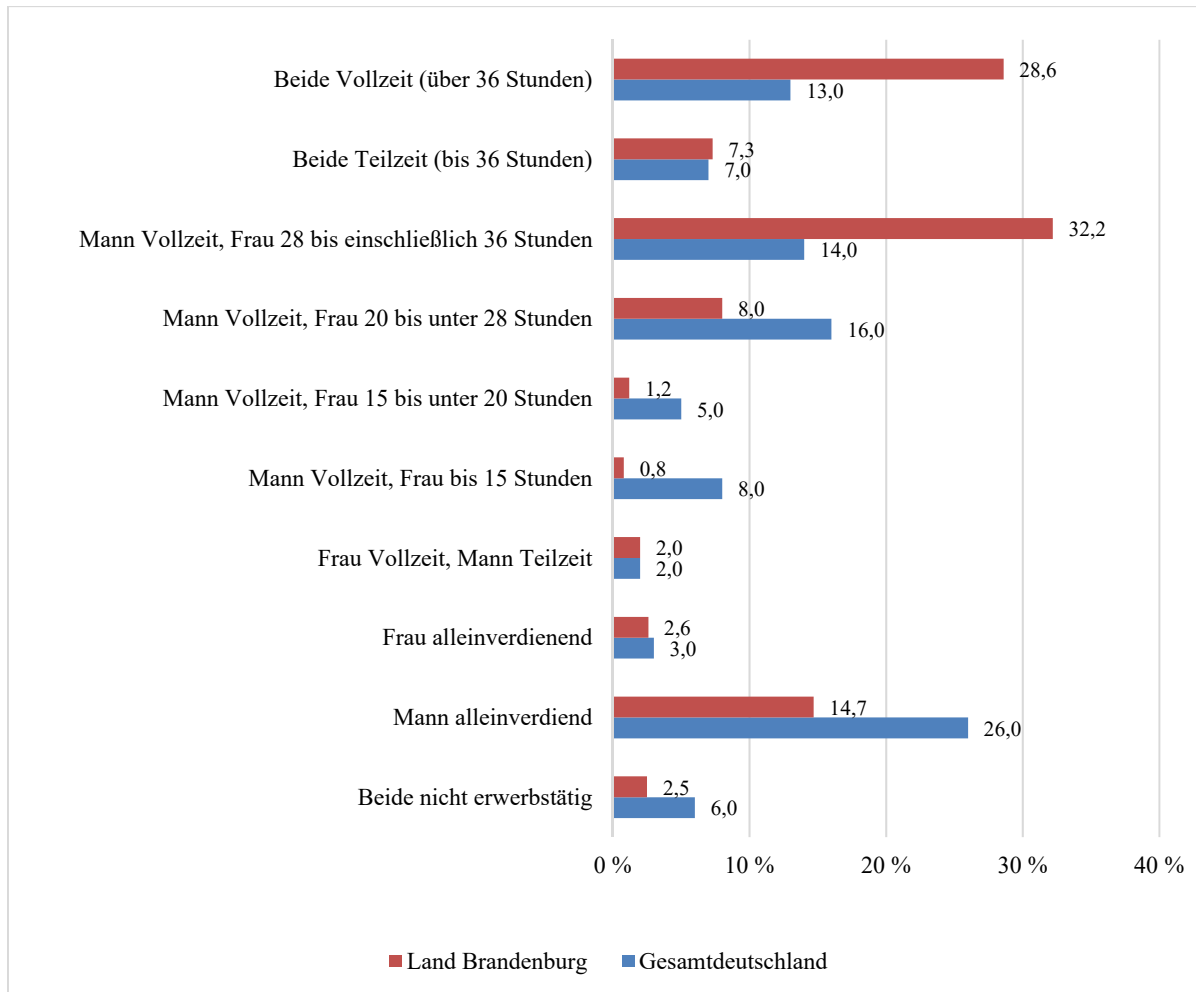


Abbildung 6: Erwerbskonstellation von Müttern und Vätern in Paarfamilien. Vergleich zwischen Familien im Land Brandenburg und Familien in Gesamtdeutschland. Angaben in Prozent.

4.2 Berufliche Situation der Mütter

Um ein detaillierteres Bild der Erwerbsbeteiligungen in Familien zu erhalten, wurde die Müttererwerbstätigkeit genauer betrachtet. Wie in Tabelle 8 ersichtlich, hängt die aktive Erwerbsbeteiligung der Mütter von vielen Faktoren ab. Es zeigt sich, dass der Anteil der Nicht-Erwerbstätigen in folgenden Gruppen besonders hoch ist: Frauen mit einem Kind „Unter 3 Jahren“, Frauen mit „Drei Kindern und mehr“ und Frauen mit „Pflegebedürftigem Kind“. In den meisten Familienformen und -konstellationen gibt es häufiger teilzeitarbeitende als vollzeitarbeitende Mütter. Der Anteil an vollzeiterwerbstätigen Müttern nimmt deutlich zu, wenn das jüngste Kind in der Familie zehn Jahre oder älter ist. Mütter in „Patchwork-Familien“ arbeiten häufiger in Vollzeit als Mütter in „Kernfamilien“. Weiterhin verändert sich die Erwerbskonstellation der Mütter in Zusammenhang mit der Lage ihres Wohnortes. Unter Müttern im „Berliner Umland“ ist die Erwerbstätigenquote höher als unter Müttern im „Weiteren Metropolenraum“. Es konnten keine Unterschiede im Zusammenhang mit der Wohnortgröße festgestellt werden.

Tabelle 8: Aktive Erwerbstätigkeit der Mütter anhand unterschiedlicher Kriterien. Angaben in Prozent.

	Nicht erwerbstätig	Teilzeit	Vollzeit
Kinderanzahl			
Ein Kind	16,6	46,9	36,5
Zwei Kinder	14,1	51,9	34,1
Drei Kinder und mehr	27,6	50,7	21,8
Jüngstes Kind			
Unter 3 Jahre	39,2	42,0	18,8
3 bis 5 Jahre	17,5	54,7	27,8
6 bis 9 Jahre	10,8	59,8	29,5
10 bis 13 Jahre	10,2	46,3	43,5
14 bis 17 Jahre	8,6	43,8	47,6
Pflegebedürftige Kinder			
Ja	32,1	45,4	22,3
Nein	16,8	50,5	32,7
Alleinerziehend			
Ja	17,7	49,7	32,6
Nein	18,4	50,6	30,9
Patchwork-Familie			
Ja	17,5	44,4	38,1
Nein	17,6	52,6	29,9
Entfernung zu Berlin			
Berliner Umland	15,1	49,9	35,0
Weiterer Metropolitanraum	20,3	50,0	29,7
Gesamt (alle Mütter)	18,0	50,0	32,0

Anmerkung: In dieser Tabelle wird der prozentuale Anteil von Nicht-, Teilzeit- und Vollzeit-Erwerbstätigen einander gegenübergestellt. Dem liegt zum Teil ein anderes N zugrunde als der reinen Unterteilung nach Erwerbstätigen vs. Nicht-Erwerbstätigen, da hier auch Angaben zum zeitlichen Umfang der Erwerbstätigkeit einfließen, die nicht von allen Befragten gemacht wurden.

4.3 Besondere Herausforderungen im Beruf

Schicht- und Wochenendarbeit stellen Eltern vor besondere Herausforderungen.⁵¹ Die Zeit mit der Familie wird eingeschränkt, und die Betreuung von Kindern durch Institutionen gestaltet sich schwerer. Von den erwerbstätigen Eltern im Land Brandenburg geben 18,7 Prozent an, in Schichten zu arbeiten, und 21,7 Prozent berichten, auch am Wochenende arbeiten zu müssen. Dabei sind Schicht- und Wochenendarbeit besonders häufig unter Eltern mit „Niedrigem Bildungsniveau“ verbreitet. Auch regionale Besonderheiten können beobachtet werden. So ist die Schicht- und Wochenendarbeit mit einer Differenz von rund sechs Prozentpunkten in „Landgemeinden“ verbreiteter als in der „Großstadt“.

Besonders, wenn der Weg zur Arbeit viel Zeit in Anspruch nimmt und dieser Zeitverlust auf Kosten der Familienzeit geht, kann der Arbeitsweg für Eltern herausfordernd sein.⁵² So sind die zeitlichen Ressourcen neben der Erwerbstätigkeit durch längere Fahrtwege eingeschränkt. Die durchschnittliche wöchentliche Zeitspanne, die brandenburgische Eltern für ihren Arbeitsweg aufwenden, umfasst 4,5 Stunden (Min = 0,06, Max = 30)⁵³. Bei einer fünf-tägigen Arbeitswoche sind sie insgesamt 54 Minuten pro Tag unterwegs, d. h. je 27 Minuten für die Hinfahrt und die Rückfahrt. Dieser Wert liegt knapp unter dem bundesweiten Durchschnitt von 30 Minuten.⁵⁴ Dabei nehmen Väter (M = 5,1) und Eltern im „Berliner Umland“ (M = 4,7) einen längeren Arbeitsweg auf sich als Frauen (M = 4,2) und Eltern, die im „Weiteren Metropolitanraum“ (M = 3,8) ansässig sind. Sind die im Haushalt lebenden Kinder älter, nehmen die Eltern einen längeren Fahrtweg zur Arbeit in Kauf.

Unter den berufstätigen Eltern nehmen 6,8 Prozent einen Arbeitsweg von 45 bis 60 Minuten pro Strecke auf sich. Weitere 13,3 Prozent benötigen mehr als 60 Minuten, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen. Analog zu den oben dargestellten Befunden, ist der Anteil der „Fernpendler“⁵⁵ unter den Männern deutlich höher als unter den Frauen. Weiterhin spielt das „Fernpendeln“ im „Berliner Umland“ (17,1 %) eine bedeutendere Rolle als im „Weiteren Metropolitanraum“ (9,4 %).

4.4 Veränderung der beruflichen Situation durch die Krisen

Die Coronapandemie hatte vielfältige Auswirkungen auf die berufliche Situation der Bürgerinnen und Bürger⁵⁶. So kam es z. B. in manchen Berufszweigen vermehrt zu Kurzarbeit, in anderen mussten Überstunden geleistet werden. Zum Zeitpunkt der „Familienbefragung Brandenburg“ im Winter 2022/2023 gaben knapp 20 Prozent der Eltern an, dass es bei ihnen zu einer Veränderung gekommen sei. Die meisten Eltern sahen die Coronapandemie (12 %) als Auslöser, nur ein knappes Prozent berichtete von einer Veränderung aufgrund der Energiekrise, und in 6,6 Prozent der Fälle wurde angegeben, dass sich die berufliche Situation durch eine Kombination aus beidem (Coronapandemie und Energiekrise) gewandelt hatte. Die häufigsten Veränderungen – sowohl im Zuge der Coronapandemie als auch durch die

⁵¹ Wiener, 2013, S. 253.

⁵² IfD, 2015.

⁵³ Da es sich beim Arbeitsweg um eine numerische Variable handelt, wird hier auf Prozentangaben verzichtet, dafür werden Mittelwerte angegeben. Hierbei handelt es sich um die durchschnittliche Stundenanzahl pro Woche. Wenn im Fragebogen keine Angaben zum Arbeitsweg gemacht wurden und die befragte Person angab, dass sie im Homeoffice arbeitet, wurde für den fehlenden Wert ein Arbeitsweg von 0 Stunden pro Woche angenommen.

⁵⁴ Statista, 2018.

⁵⁵ Als „Fernpendler“ bzw. Personen, die „Fernpendeln“, werden Menschen verstanden, die mehr als 60 Minuten Fahrtweg pro Strecke zu ihrem Arbeitsplatz in Kauf nehmen.

⁵⁶ BMFSFJ, 2021a, S. 498.

Energiekrise – waren Kurzarbeit (48,1 % bzw. 19,0 %) und ein Jobwechsel (26,2 % bzw. 52,8 %).

4.5 Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit seitens der Arbeitgeber

Ob Beruf und Familie sich erfolgreich miteinander vereinbaren lassen, hängt maßgeblich von den Arbeitsbedingungen ab. Immer mehr Arbeitgeber setzen sich für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein und implementieren familienfreundliche Maßnahmen.⁵⁷ Auch in der „Familienbefragung Brandenburg“ wurde deutlich, dass Angestellte von familienfreundlichen Angeboten profitieren können (siehe Abbildung 7).⁵⁸

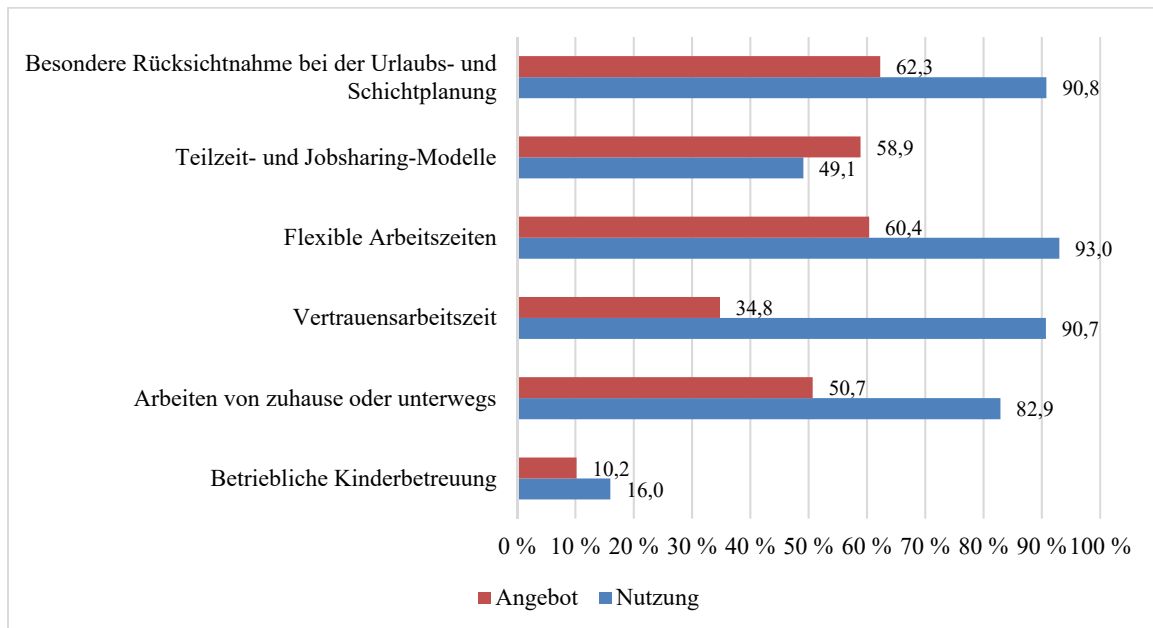


Abbildung 7: Familienfreundliche Maßnahmen des Arbeitgebers, Verbreitung und Nutzung. Angaben in Prozent.

Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf die Zustimmungswerte der Befragten („Ja“-Antworten).

Die häufigsten Maßnahmen, die Arbeitgeber den Eltern im Land Brandenburg anbieten, sind flexible Arbeitszeitregelungen (60,4 %), die Berücksichtigung individueller Wünsche bei der Urlaubs- und Schichtplanung (62,3 %) sowie die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten (50,7 %). Diese Angebote werden von den meisten Eltern großzügig in Anspruch genommen, sofern sie verfügbar sind (82,9 bis 93,0 %). Obwohl Arbeitgeber häufig Teilzeit- und Jobsharing-Modelle bereitstellen (58,9 %), macht nur die Hälfte der Eltern davon Gebrauch. Dieses Phänomen könnte auf eine niedrige Vergütung in Teilzeit- und Jobsharing-Modellen zurückzuführen sein. Andererseits besteht eine große Nachfrage nach Vertrauensarbeitszeit. Sobald diese von den Arbeitgebern angeboten wird (34,8 %), wird sie von den meisten Eltern genutzt (90,7 %). Eine betriebliche Kinderbetreuung dagegen wird kaum zur

⁵⁷ Prognos, 2020.

⁵⁸ In der vorliegenden Analyse wurden ausschließlich Personen unter 65 Jahren betrachtet, die in einem Angestelltenverhältnis beschäftigt sind. Selbständige wurden an dieser Stelle ausgenommen. Diese Teilstichprobe macht 84,2 Prozent der Gesamtstichprobe aus.

Verfügung gestellt (10,2 %) und selbst bei Vorhandensein kaum von Familien in Anspruch genommen (16,7 %).⁵⁹

Durch die notwendige Flexibilisierung und Digitalisierung in einigen Berufszweigen während der Coronapandemie hat sich die Situation bei vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nachhaltig verändert.⁶⁰ Während die Mehrheit der Eltern von einem unveränderten Zustand spricht (58,7 %), gibt jede dritte Person an, dass sich das Angebot an familienfreundlichen Maßnahmen verbessert hat (34,8 %), und rund 7 Prozent sprechen von einer Verschlechterung.

Die Daten weisen darauf hin, dass der Bewusstseinswandel in Unternehmen hin zu einer erhöhten Familienfreundlichkeit eher im Arbeitsumfeld von Personen mit höheren ökonomischen Ressourcen stattfand. Besonders Arbeitnehmende, die in Schichten bzw. am Wochenende tätig sind, nehmen mehrheitlich keine Veränderung wahr (72,7 % bzw. 76,2 %). Sie sprechen seltener von einer Verbesserung (12,2 % bzw. 10,5 %) und häufiger von einer Verschlechterung (15,1 % bzw. 13,3 %) als Personen mit normalen Arbeitszeiten. Eine Verbesserung empfinden insbesondere die Eltern mit einem mittleren (25,0 %) und hohen Bildungsniveau (43,1 %) im Vergleich zu den Eltern mit einem niedrigen Bildungsniveau (8,9 %). Die Analyse von räumlichen Bezügen im Zusammenhang mit einer Verbesserung der familienfreundlichen Angebote im Zuge der Coronapandemie ergibt, dass es im „Berliner Umland“ (42,0 %) in den Augen vieler Eltern zu einem Ausbau der Maßnahmen kam. Im Vergleich dazu berichten nur 27,6 Prozent der Eltern im „Weiteren Metropolitanraum“ von einer Verbesserung. Besonders in „Landgemeinden“ gab es kaum Veränderung im Vergleich zu „Klein-“ und „Mittelstädten“ sowie der „Großstadt“ Potsdam.

Wenige Veränderungen in der Arbeitswelt haben die Spielräume der Beschäftigten dermaßen erweitert und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wie das Recht auf Homeoffice.⁶¹ Doch nicht alle Berufsgruppen und Personen haben diesbezüglich die gleichen Chancen.⁶² Der Anteil der Personen, deren Jobs zumindest teilweise ins Homeoffice verlagert werden können, beträgt unter den Eltern⁶³ im Land Brandenburg 56,5 Prozent.⁶⁴ Somit ist der Beruf von rund jeder zweiten Person für Homeoffice geeignet, wobei dies von sozioökonomischen Faktoren beeinflusst wird. Insbesondere die Berufe von Eltern mit „Hohem Bildungsniveau“ eignen sich zumindest teilweise für das Homeoffice (69,6 %); der Prozentsatz beträgt bei Personen mit „Mittlerem Bildungsniveau“ 40,2 Prozent und bei Personen mit „Niedrigem Bildungsniveau“ nur 14,6 Prozent.⁶⁵

⁵⁹ Die geringe Nutzung der betrieblichen Kinderbetreuung könnte laut BMFSFJ (2019) darin begründet sein, dass ein beschränkter Zugang zu den Betriebskitas vorliegt und nur wenige Kinder hier aufgenommen werden können. Weiterhin wird der geringe Anteil an Personen, die angeben, dass ein Angebot vorliegt, durch eine mangelnde Kommunikation der Leistung im Unternehmen erklärt (BMFSFJ, 2019).

⁶⁰ BMFSFJ, 2021b.

⁶¹ Allmendinger & Schröder, 2023, S. 117f.; BMFSFJ, 2016.

⁶² BMFSFJ, 2019.

⁶³ In der vorliegenden Analyse wurden ausschließlich Erwerbstätige unter 65 Jahren betrachtet (Angestellte und Selbständige). Diese Teilstichprobe macht 90,2 Prozent der Gesamtstichprobe aus. Die Haupterwerbstätigkeit der Befragten ist für die Mehrheit zur Ausführung im Homeoffice ungeeignet (43,5 %) und bei einem Anteil von 18,8 Prozent können nur wenige Arbeitsprozesse von zu Hause aus erledigt werden. Jede vierte Person kann einen Großteil ihrer beruflichen Tätigkeit von zu Hause aus erledigen (25,5 %) und lediglich eine Minderheit von 12,2 Prozent findet, dass ihre Tätigkeit uneingeschränkt für das Homeoffice geeignet ist.

⁶⁴ Alipour, Falck und Schüller (2020) sprechen von einem Anteil von 54 Prozent.

⁶⁵ Diese soziale Ungleichheit wurde bereits von Lorberg und Janusch (2023) festgestellt. Die Autoren weisen darauf hin, dass Homeoffice insbesondere in den Teilen der Wirtschaft möglich sei, in dem Beschäftigte mit höherer Bildung und Einkommen arbeiten wie beispielsweise im Management, IT, Finanzen und Recht.

Einige Eltern sind mit der eingeschränkten Nutzungsmöglichkeit von Homeoffice nicht zufrieden: So geben 34,6 Prozent an, mehr im Homeoffice arbeiten zu wollen; 61,3 Prozent finden, dass die Anzahl der Tage, die sie aktuell im Homeoffice arbeiten, genau richtig ist und 4,1 Prozent würden gerne weniger im Homeoffice arbeiten. Dabei würden insbesondere Frauen „gerne mehr im Homeoffice arbeiten als derzeit“ (39,5 %); bei den Männern sind dies nur 28,8 Prozent. Zudem wünschen sich Beschäftigte mit jüngeren Kindern mehr Homeoffice: Dies gaben 38,4 Prozent der Familien mit Kindern „Unter 3 Jahren“ an. Sind die jüngsten Kinder „Zwischen 16 und 17 Jahre alt“, liegt der Anteil nur bei 31,3 Prozent. Es fällt auf, dass vor allem Beschäftigte mit „Mittlerem Bildungsniveau“ (43,6 %) das Angebot gern stärker nutzen würden als Personen mit „Hohem Bildungsniveau“ (30,6 %) oder „Niedrigem Bildungsniveau“ (24,0 %).

Von den Eltern, deren Beruf sich für Homeoffice eignet, ist nur jeder Zweite tatsächlich in dieser Arbeitsform tätig (51,2 %). Die tatsächliche Nutzung variiert speziell hinsichtlich des Geschlechts und der Familienform. Erwerbstätige Männer (55,0 %), „Paarfamilien“ (52,9 %) und Eltern in „Kernfamilien“ (55,7 %) arbeiten mehr im Homeoffice als Frauen (47,9 %), „Alleinerziehende“ (44,5 %) und Eltern in „Patchwork-Familien“ (45,6 %). Beschäftigte mit „Hohem Bildungsniveau“ nutzen Homeoffice häufiger (57,4 %) als Personen mit „Mittlerem Bildungsniveau“ (39,9 %) oder „Niedrigem Bildungsniveau“ (15,3 %). Wenn Arbeitnehmende Homeoffice nutzen, dann verbringen sie rund die Hälfte ihrer Arbeitszeit am heimischen Arbeitsplatz (52,7 %).

Tatsächlich wirkt sich Homeoffice positiv auf die Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie („Mit Homeoffice“: 79,0 %; „Ohne Homeoffice“: 65,8 %) sowie auf die Zufriedenheit mit der Betreuungssituation („Mit Homeoffice“: 85,8 %; „Ohne Homeoffice“: 81,8 %) aus. Homeoffice gilt als elementarer Baustein für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie, da es dazu beiträgt, Familienaufgaben und berufliche Pflichten partnerschaftlicher aufzuteilen.⁶⁶ Durch die Tätigkeit im Homeoffice muss keine Zeit für den Fahrtweg aufgebracht werden, und es besteht die Möglichkeit, der Erwerbstätigkeit nachzugehen und trotzdem in gewissem Umfang für Schulkinder im Haushalt da zu sein. Vor diesem Hintergrund wurde erhoben, wie oft Schulkinder zu Hause sind, während der betreuende Elternteil im Homeoffice arbeitet. In der „Familienbefragung Brandenburg“ trifft das auf 41,2 Prozent der erwerbstätigen Eltern (von Grundschulkindern unter 12 Jahren) zu.⁶⁷ Die Zeit, in der die Kinder parallel zur Homeoffice-Zeit zuhause sind, umfasst im Schnitt M = 5,7 Stunden pro Woche.

4.6 Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Insgesamt geben zwei Drittel der Familien (68,9 %) an, mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf „Eher zufrieden (57,5 %) oder „Sehr zufrieden“ (11,4 %) zu sein. Damit fällt die Zufriedenheit geringer aus als im bundesweiten Vergleich (85,9 %).⁶⁸ Die Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit ist bei „Alleinerziehenden“ etwas geringer (64,5 %) als bei „Paarfamilien“ (70,0 %) und auch das Alter des jüngsten Kindes in der Familie beeinflusst die Zufriedenheit: Berufstätige mit „Kindern unter 12 Jahren“ geben an, unzufriedener zu sein (65,7 %) als Beschäftigte mit „Kindern ab 12 Jahren“ (76,2 %). Eltern, die in Schichten bzw. am Wochenende arbeiten, sind deutlich unzufriedener mit der Vereinbarkeit (beide 55,8 %) als die

⁶⁶ BMFSFJ, 2016.

⁶⁷ Die Analyse wurde unter erwerbstätigen Personen mit mindestens einem Schulkind durchgeführt, wobei das älteste Kind unter zwölf Jahren ist. Dies betrifft 27,8 Prozent der Gesamtstichprobe.

⁶⁸ BMFSFJ, 2019.

berufstätigen Eltern ohne Schicht- oder Wochenenddienste (rund 72 %). Neben den Unterschieden im Berufs- und Familienalltag zeigen sich regionale Disparitäten: Die in der „Großstadt“ Potsdam lebenden Eltern sind etwas zufriedener mit der Vereinbarkeitssituation (75,2 %) als die Eltern aus „Landgemeinden“ (68,6 %).

4.7 Zwischenfazit

Im Vergleich zum bundesweiten und zum ostdeutschen Durchschnitt ist die Erwerbstätigenquote der Eltern im Land Brandenburg überdurchschnittlich hoch. In den meisten Haushalten von „Paarfamilien“ im Land Brandenburg arbeiten beide Elternteile. Das männliche Alleinverdienermodell spielt eine untergeordnete Rolle. Obwohl die Müttererwerbstätigkeit sehr weit verbreitet ist, sind traditionelle Geschlechterrollen weiterhin präsent. So geben weitaus mehr Mütter an, dass sie bereit sind, ihre berufliche Tätigkeit zugunsten der Familie zu reduzieren, als Väter. Die Erwerbstätigenquote der Mütter reduziert sich, wenn sich der Betreuungsaufwand für die Kinder erhöht, wie etwa wenn Vorschulkinder oder mehrere Kinder im Haushalt leben. Die Erwerbstätigenquote der Väter hingegen bleibt auch bei einem erhöhten Betreuungsaufwand unverändert. Es zeigen sich im beruflichen Kontext noch weitere geschlechtsspezifische Unterschiede: Väter sind tendenziell häufiger erwerbstätig und arbeiten mit einem höheren Stundenumfang; Mütter dagegen sind etwas seltener erwerbstätig und arbeiten weitaus häufiger in Teilzeit. „Alleinerziehende“, die mehrheitlich weiblich sind, weisen eine geringere Erwerbstätigenquote auf als Befragte aus „Paarfamilien“. Auch hier ist Teilzeitarbeit weiter verbreitet.

Die Mehrheit der Eltern gibt an, mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zufrieden zu sein. Während der Coronapandemie haben sich die familienfreundlichen Maßnahmen für rund ein Drittel der Befragten verbessert. Von einer Verbesserung profitieren dabei besonders Personengruppen mit hohen ökonomischen Ressourcen, hohem Bildungsniveau und aus städtischen Gebieten. Im Gegensatz dazu geben Schicht- und Wochenendarbeitende häufiger an, dass sich die familienfreundlichen Zustände im Zuge der Coronapandemie verschlechtert haben. Schicht- und Wochenendarbeitende sind in der Folge besonders unzufrieden mit der Vereinbarkeitssituation von Beruf und Familie.

Die Möglichkeit, zumindest einen Teil seiner Arbeitszeit im Homeoffice verbringen zu können, hat einen Einfluss auf die Zufriedenheit mit der Vereinbarkeitssituation. Berufsgruppen, deren Tätigkeiten sich nicht für Homeoffice eignen, erleben hier eine Benachteiligung, die sich in Unzufriedenheit niederschlägt.

5 Aufgabenaufteilung in Paarfamilien

Bereits im achten Familienbericht des BMFSFJ im Jahr 2012 wurde als Teil einer nachhaltigen Familienpolitik die Verteilung der Zeit in den Familien herausgearbeitet. Die Zeit ist eine elementare Ressource, die maßgeblich die Qualität des Zusammenlebens und die „familiale Leistungserbringung“ bedingt.⁶⁹ Als eines der zentralen Handlungsfelder wird die Notwendigkeit genannt, Möglichkeiten für eine andere Verteilung der Zeiten zwischen Müttern und Vätern zu schaffen.⁷⁰ Trotz der gestiegenen Müttererwerbstätigkeit ist die Verrichtung der bezahlten und unbezahlten Arbeit noch immer ungleich zwischen Müttern und Vätern verteilt. Frauen übernehmen den Hauptanteil an Haus- und Sorgearbeit.⁷¹ Den Ergebnissen der IfD-Studie zu Folge werden die Wünsche an die Aufteilung im Alltag häufig noch nicht umgesetzt.⁷²

Die Analysen zu diesem Kapitel berücksichtigen ausschließlich die Aussagen von Befragten aus „Paarfamilien“. Diese Teilstichprobe macht 76,9 Prozent der Gesamtstichprobe aus. Unter den „Paarfamilien“ in der „Familienbefragung Brandenburg“ befinden sich 3,3 Prozent gleichgeschlechtliche Paare.

5.1 Aufgabenteilung bei der Haus- und Sorgearbeit

In der „Familienbefragung Brandenburg“ wurde die Arbeitsaufteilung in fünf verschiedenen Aufgabenbereichen erhoben: „Hausarbeit“ (z. B. Waschen, Kochen, Putzen), „Versorgung und Betreuung von Kindern [Betreuung von Kindern]“, „Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger [Pflege von Angehörigen]“, „Besorgungen“ (z. B. Einkäufe, Beschaffungen und Behördengänge) sowie „Sonstige Arbeiten“ (z. B. Reparaturen und Gartenarbeit). In brandenburgischen „Paarfamilien“ ist eine egalitäre Arbeitsaufteilung in den jeweiligen Arbeitsbereichen keine Seltenheit (siehe Abbildung 8). Die Hälfte der Befragten (50,2 %) teilen sich die „Versorgung und Betreuung von Kindern“ gleichmäßig untereinander auf. Auch bei den „Besorgungen“ (z. B. Einkäufe, Beschaffungen und Behördengänge) bringen sich in 47,6 Prozent der Familien die Partner gleichermaßen ein. In 40,5 Prozent der Haushalte von „Paarfamilien“ wird auch die „Hausarbeit“ egalitär aufgeteilt. Bei „Sonstigen Arbeiten“ wie Reparaturen und Gartenarbeit findet in 38,1 Prozent der „Paarfamilien“ eine geschlechtergerechte Aufteilung statt. Im Zusammenhang mit der „Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger“ liegt die Quote nur noch bei 26,3 Prozent.

Im Einklang mit der aktuellen Studienlage verläuft in den „Paarfamilien“, in denen die Aufgaben nicht gleichberechtigt zwischen den Partnern verteilt werden, die Verteilung der alltäglichen Aufgaben, insbesondere die „Hausarbeit“ (Waschen, Kochen, Putzen), entlang bekannter Geschlechterrollen.⁷³ Auch bei der „Versorgung und Betreuung von Kindern“ übernimmt die Frau den größten Anteil, trotz des verbreiteten Wunsches der Väter nach erhöhter Beteiligung in der Kinderbetreuung.⁷⁴ Bei „Besorgungen“ bringen sich die Männer häufiger ein, und auch die „Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger“ wird zumindest bei einem Fünftel der Familien von den Männern übernommen. „Sonstige Arbeiten“

⁶⁹ BMFSFJ, 2012, S. 5.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ BMFSFJ, 2021a; Samtleben, Lott & Müller, 2020.

⁷² BMFSFJ, 2023a; IfD, 2022a.

⁷³ BMFSFJ, 2021a; BMFSFJ, 2023a.

⁷⁴ BMFSFJ, 2023a; IfD, 2020a.

wie Reparaturen und Gartenarbeit werden dem Stereotyp folgend hauptsächlich von den Männern erledigt.

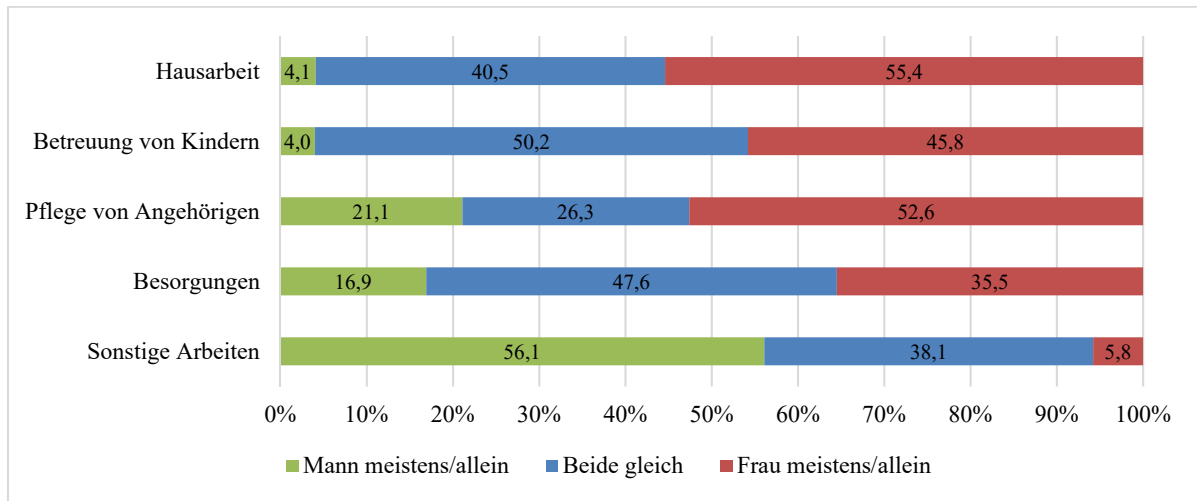


Abbildung 8: Aufteilung der Haus- und Sorgearbeit in Paarfamilien. Angaben in Prozent.

Bei steigender Anzahl der Kinder in den Familien und damit einhergehenden größeren Arbeits- und Betreuungsaufwänden erfahren die Frauen nicht mehr Unterstützung von ihren Partnern; die Hauptverantwortung der Frauen nimmt sogar zu. So erhöht sich die weibliche Hauptverantwortung bei der „Hausarbeit“, der „Pflege von Angehörigen“ und bei „Sonstigen Arbeiten“ bei steigender Kinderanzahl. Sind die Kinder „Unter 3 Jahre“ alt, ist die geschlechterspezifische Diskrepanz bei der „Betreuung von Kindern“ am größten: Der Anteil der Frauen, die bei U3-Kindern die „Versorgung und Betreuung von Kindern“ in „Paarfamilien“ allein übernehmen, beträgt unter den brandenburgischen „Paarfamilien“ 51,4 Prozent.⁷⁵

Die ungleiche Verteilung der „Hausarbeit“, der „Pflege“ und der Erledigung von „Besorgungen“ bleibt auch dann erhalten, wenn sich der realisierte Erwerbsumfang der Frauen jenem der Männer annähert bzw. ihn übersteigt.⁷⁶ Auf der anderen Seite werden die „Sonstigen Arbeiten“ wie Reparaturen und Gartenarbeiten zum Großteil allein von den Männern verrichtet, selbst wenn diese in einem höheren Erwerbsumfang tätig sind als ihre Partnerinnen. Nur bei „Versorgung und Betreuung von Kindern“ dreht sich die Verteilung der Verantwortung um, sobald die Frauen alleinverdienend oder in höherem Umfang erwerbstätig sind als ihre Partner. In diesen Fällen erhöht sich das Engagement der Männer und gleicht sich dem Anteil der Frauen an bzw. übersteigt ihn.

In den verschiedenen Familienformen finden sich unterschiedliche Aufteilungen. So sind Frauen in „Patchwork-Familien“ weitaus häufiger für die „Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger Personen“ verantwortlich als die Männer. In „Familien mit Migrationshintergrund“ ist das männliche Engagement bei der „Betreuung von Kindern“, „Besorgungen“ und „Sonstigen Arbeiten“ ausgeprägter als in „Familien ohne Migrationshintergrund“. So bleibt das männliche Engagement lediglich in der Domäne „Hausarbeit“ in Bezug auf den Migrationshintergrund unverändert. Auch regionale Disparitäten führen zu unterschiedlichen Aufteilungsmustern innerhalb der „Paarfamilien“. Der Gender Care Gap ist in allen fünf abgefragten Haus- und Sorgearbeitsbereichen in „Landgemeinden“ größer als in der

⁷⁵ Eine paritätische Verteilung findet sich in 45,5 Prozent der Familien. In 3,1 Prozent der Familien versorgt der Mann das U3-Kind allein.

⁷⁶ Siehe auch Klüdner und Meier-Gräwe, 2018.

„Großstadt“. Die größten Unterschiede sind im Zusammenhang mit der „Hausarbeit“ zu finden: Der Anteil der Frauen, die in „Landgemeinden“ die „Hausarbeit“ allein übernehmen, beträgt 59,9 Prozent. In der „Großstadt“ (Potsdam) sind es hingegen 44,6 Prozent. In Potsdam gibt es bei der „Hausarbeit“ eine egalitäre Verteilung in 50,0 Prozent der „Paarfamilien“. In „Landgemeinden“ wird nur bei 36,9 Prozent der „Paarfamilien“ die „Hausarbeit“ paritätisch aufgeteilt.

Insgesamt gibt die große Mehrheit der „Paarfamilien“ an (79,8 %), mit der Verteilung der Haus- und Sorgearbeit zufrieden zu sein.⁷⁷ Die Männer sind mit der Aufteilung zufriedener (88,3 %) als die Frauen (71,5 %). Am zufriedensten sind die Eltern in „Paarfamilien“ jedoch, wenn die Aufgabenteilung gleichberechtigt organisiert ist: Bei einer egalitären Aufteilung der „Betreuung von Kindern“ beträgt die Zufriedenheit 89,2 Prozent; wird die „Hausarbeit“ zwischen Frauen und Männern gerecht aufgeteilt, sind sogar 93,6 Prozent der Eltern zufrieden.

5.2 Unterstützungsnetze und -strukturen

Die Eltern in „Paarfamilien“ sind mit den Aufgaben, die es im Rahmen einer Familie zu erledigen gilt, nicht allein. Sie können auf familiäre und außerfamiliäre Unterstützungsnetzwerke zugreifen. Wie in Tabelle 9 ersichtlich, unterscheidet sich die Unterstützungsquote bei den unterschiedlichen Aufgaben jedoch sehr deutlich. Bei den „Besorgungen“ (90,3 %) und der „Hausarbeit“ (81,6 %) erhält der Großteil der Familien von „Niemandem“ Unterstützung und ist somit auf sich allein gestellt. Geht es um die „Versorgung und Betreuung von Kindern [Betreuung von Kindern]“ oder um die „Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger [Pflege von Angehörigen]“, stehen allen voran „Eltern und Verwandte“ den Familien zur Seite. Fast die Hälfte der brandenburgischen „Paarfamilien“ kann bei der Betreuung ihrer Kinder auf die eigenen Eltern bauen, also die Großeltern der Kinder. Jede fünfte Familie bekommt bei der Pflege von Angehörigen Unterstützung von „Eltern und Verwandten“. Bei der Versorgung und Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen nehmen viele Familien auch „Gewerbliche Anbieter“ in Anspruch. Die Rolle von „Gewerblichen Anbietern“ ist sonst recht gering. Nur ein kleiner Prozentsatz der Familien lässt sich bei der „Hausarbeit“ oder „Sonstigen Arbeiten“ professionell unterstützen (d. h. gegen Bezahlung). „Freunde und Nachbarn“ kommen bei der Versorgung und Betreuung der Kinder sowie bei Reparaturen und Gartenarbeit („Sonstige Arbeiten“) ins Spiel.

Tabelle 9: Unterstützung bei der Haus- und Sorgearbeit in Paarfamilien. Angaben in Prozent.

	Eltern/ Verwandte	Freunde/ Nachbarn	Gewerbliche Anbieter	Niemand
Hausarbeit	7,6	1,2	8,0	81,6
Betreuung von Kindern	49,8	10,3	2,0	42,0
Pflege von Angehörigen	21,9	3,6	15,5	46,9
Besorgungen	5,5	1,2	0,4	90,3
Sonstige Arbeiten	18,1	10,8	7,0	67,0

Anmerkung: Bei dieser Abfrage waren Mehrfachantworten erlaubt, daher ist keine Addition auf 100 Prozent möglich.

⁷⁷ Davon sind 58,3 Prozent „Eher zufrieden“ und 21,5 Prozent „Sehr zufrieden“. Von den 20,2 Prozent unzufriedenen Paarfamilien sind 18,6 Prozent „Eher nicht zufrieden“ und 1,6 Prozent „Gar nicht zufrieden“.

Die Unterstützungsleistung variiert mit der Kindersituation der „Paarfamilien“. Leben Vorschulkinder im Haushalt, wird ein größerer Anteil an Familien von „Eltern und Verwandten“ sowie „Freunden und Nachbarn“ bei der Betreuung der Kinder unterstützt. Der Anteil der Unterstützung bei der „Hausarbeit“ bleibt in diesem Fall unverändert. Haben die „Paarfamilien“ hingegen mehrere Kinder, erfahren sie häufiger Unterstützung bei der „Hausarbeit“. Die Unterstützungsquote bei der „Betreuung von Kindern“ ändert sich hier allerdings nicht. Wider Erwarten können „Paarfamilien“ mit einem pflegebedürftigen Kind im Haushalt nicht häufiger auf Unterstützungen zugreifen. Sie werden nur bei „Besorgungen“ häufiger unterstützt und nehmen öfter „Gewerbliche Anbieter“ für die Erledigung der „Hausarbeit“ in Anspruch. „Patchwork-Familien“ erhalten mehr Unterstützung – vor allem durch ihre „Eltern und Verwandte“ – bei der „Betreuung von Kindern“ als „Kernfamilien“. Ein Vergleich nach Migrationshintergrund ergibt, dass „Familien ohne Migrationshintergrund“ bei der „Betreuung von Kindern“ häufiger von ihren Eltern unterstützt werden als „Familien mit Migrationshintergrund“.

Die Ergebnisse zeigen, dass das Unterstützungsnetzwerk der „Paarfamilien“ mit einem geringen Einkommen vergleichsweise klein ausfällt. So erhalten Familien mit einem Gehalt von „Unter 1.500 €“ insgesamt weniger Unterstützung bei der „Betreuung von Kindern“, „Hausarbeit“ und bei „Sonstigen Arbeiten“ als besserverdienende Familien. Ein Grund dafür ist, dass sich die Familien mit einem Einkommen von „3.000 € und mehr“ weitaus häufiger „Gewerbliche Anbieter“ leisten können: Die Inanspruchnahme von „Gewerblichen Anbietern“ beträgt in dieser Einkommensklasse bei der „Hausarbeit“ 23,3 Prozent und bei „Sonstigen Arbeiten“ 16,3 Prozent.

5.3 Betreuung von Vorschulkindern⁷⁸

Neben familiären und außerfamiliären Unterstützungsnetzwerken können Eltern vor allem bei der „Betreuung von Kindern“ durch institutionelle Kinderbetreuungen entlastet werden⁷⁹. Laut amtlicher Statistik bringt im Land Brandenburg ein Anteil von 52 Prozent der Eltern mit „Kindern unter 3 Jahren“ und ein Anteil von 93,7 Prozent der Eltern von „Kindern zwischen 3 und unter 6 Jahren“ ihre Vorschulkinder in eine Kindertagesstätte.⁸⁰ Nach Analysen im Kontext der „Familienbefragung Brandenburg“ nehmen 91,4 Prozent der Familien mit Vorschulkindern die Möglichkeit einer institutionellen Kinderbetreuungen in Anspruch. Die Vorschulkinder werden dort durchschnittlich 32,1 Stunden pro Woche betreut.

Die Teilhabequote der Vorschulkinder an außerschulischen Aktivitäten wie Sportvereinen und Musikschulen beträgt in der „Familienbefragung Brandenburg“ 17,7 Prozent. Die durchschnittliche wöchentliche Teilhabedauer umfasst 1,9 Stunden.

Wie auch im bundesweiten Durchschnitt fällt sowohl die Betreuungsquote in Kitas als auch die Teilhabequote an außerschulischen Aktivitäten von „Kindern unter 3 Jahren“ geringer aus (Betreuungsquote: 85,5 %, Teilhabequote: 14,8 %) als bei Vorschulkindern im Alter zwischen drei und fünf Jahren (Betreuungsquote: 97,5 %, Teilhabequote: 20,6 %).⁸¹ Darüber

⁷⁸ Für die Analysen zu diesem Unterkapitel wurden ausschließlich Befragte aus „Paarfamilien“ mit Vorschulkindern unter sechs Jahren untersucht. Diese Teilstichprobe macht 40,2 Prozent der Gesamtstichprobe aus.

⁷⁹ Um den Umfang der Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungen in Brandenburg zu ermitteln, kann auf die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik zurückgegriffen werden, die die wöchentliche Betreuungszeit nach Altersgruppen erfasst.

⁸⁰ Vgl. das „Sozialmonitoring“ des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz [MSGIV] (2024).

⁸¹ Bertelsmann Stiftung, 2022.

hinaus verändert sich die Quote mit der Kinderanzahl in den Familien: Einzelkinder besuchen seltener Kinderbetreuungseinrichtungen bzw. außerschulische Aktivitäten (Betreuungsquote: 83,5 %; Teilhabequote: 8,1 %) als Vorschulkinder mit einem Bruder oder einer Schwester (Betreuungsquote: 96,0 %; Teilhabequote: 20,2 %). Leben „Drei oder mehr Kinder“ im Haushalt, beträgt die Betreuungsquote 89,5 Prozent und die Teilhabequote 21,0 Prozent.

Auch die Verweildauer in Kitas verändert sich mit dem Alter der Kinder und der Anzahl an Geschwisterkindern. Die Drei- bis Fünfjährigen werden in den Kinderbetreuungseinrichtungen im Schnitt zwei Stunden länger pro Woche betreut (M = 33,3 Stunden pro Woche) als die unter Dreijährigen (M = 31,0 Stunden pro Woche). Kinder aus Mehrkinderfamilien gehen im Schnitt kürzer in die Kita (M = 29,7 Stunden pro Woche) als Kinder aus Familien mit einem Kind bzw. zwei Kindern (M = 33,9 bzw. M = 32,6 Stunden pro Woche).

Die Inanspruchnahme der Kinderbetreuungseinrichtungen verändert sich in Abhängigkeit von der Einkommensklasse. Familien mit einem Haushaltsnettoeinkommen von „Unter 1.500 €“ nutzen zu 80,7 Prozent eine Kita und zu 13,3 Prozent außerschulische Angebote für ihre Kinder. Bei einem Gehalt von „1.500 € bis unter 3.000 €“ liegt die Betreuungsquote bei 93,8 Prozent und die Teilhabequote auf 17,6 Prozent. Steht der Familie ein Äquivalenzeinkommen von „3.000 € und mehr“ zur Verfügung, bringen 94,6 Prozent ihre Kinder in die Kita, 24,6 Prozent nutzen die Möglichkeiten der Teilhabe an Sportvereinen und Musikschulen. Auch die Betreuungsdauer in den Kitas variiert in den Einkommensklasse: Vorschulkinder von Geringverdienern verbringen im Schnitt rund sieben Wochenstunden weniger Zeit in den Kitas als Vorschulkinder von Besserverdienenden.

Da ein niedriges Bildungsniveau oft mit weniger finanziellen Möglichkeiten einhergeht, ist es nicht überraschend, dass die Betreuungs- und Teilhabequoten bei Familien mit niedrigem Bildungsniveau geringer ausfallen als bei Familien mit einem höheren Bildungsniveau. Auch bei „Familien mit Migrationshintergrund“ ist die Betreuungsquote niedriger (82,0 %) als bei „Familien ohne Migrationshintergrund“ (92,8 %).

Daneben können auch regionale Disparitäten beobachtet werden: Die Teilhabequote an außerschulischen Aktivitäten verändert sich im Zusammenhang mit der Größe des Wohnortes. In „Landgemeinden“ bringen 12,2 Prozent der Familien ihre Kinder zu außerschulischen Aktivitäten, in der „Großstadt“ Potsdam sind es hingegen 26,8 Prozent. Mögliche Gründe sind darin zu finden, dass der Aktionsradius und die Angebotsvielfalt für Kinder in ländlichen Gebieten kleiner sind.⁸²

⁸² Chassé, Zander & Rasch, 2010, S.153.

5.4 Betreuung von Grundschulkindern⁸³

Übereinstimmend mit der Brandenburger Betreuungsquote von 60,0 Prozent⁸⁴ verbringen 63,1 Prozent der Grundschul Kinder aus der „Familienbefragung Brandenburg“ nach dem Schulbesuch ihre Nachmittage in einem Hort; die Dauer beträgt im Schnitt 12,0 Stunden pro Woche. Weit über die Hälfte (57,2 %) der Grundschul Kinder besucht zudem im Schnitt 2,9 Stunden pro Woche außerschulische Angebote. Familien mit Kindern „Unter 10 Jahren“ nehmen den Hort deutlich häufiger in Anspruch (72,8 %) als Familien mit Kindern „Über 10 Jahren“ (17,9 %). Übereinstimmend mit den Befunden zur Betreuungssituation von Vorschulkindern gehen Einzelkinder seltener und kürzer zum Hort als Kinder aus Mehrkinderfamilien. Auf die Teilhabequote der außerschulischen Aktivitäten hat die Kinderanzahl und das Alter des jüngsten Kindes bei „Paarfamilien“ keinen Einfluss. Bei „Patchwork-Familien“ fallen sowohl Betreuungs- als auch Teilnahmequoten geringer aus als bei „Kernfamilien“; es besteht jeweils eine Differenz von zehn Prozentpunkten.

Die Inanspruchnahme von Hort und außerschulischen Aktivitäten variiert zwischen den Einkommensklassen: In Familien mit einem Äquivalenzeinkommen von „Unter 1.500 €“ liegt die Betreuungsquote bei 51,2 Prozent und die Teilhabequote bei 37,1 Prozent; stehen der Familie „1.500 € bis unter 3.000 €“ zur Verfügung beträgt die Betreuungsquote 64,1 Prozent und die Teilhabequote 60,0 Prozent; in Familien mit „3.000 € und mehr“ Einkommen steigen die Quoten auf 70,7 Prozent bei der Hort-Betreuung und auf 66,8 Prozent bei der Teilhabe an außerschulischen Aktivitäten. Damit einhergehend finden sich die niedrigsten Quoten für Teilhabe und Betreuung in Familien mit niedrigem Bildungsniveau und in „Familien mit Migrationshintergrund“.

Neben diesen sozioökonomischen Einflüssen konnten auch regionale Disparitäten beobachtet werden: Die Inanspruchnahme von Hort und außerschulischen Aktivitäten ist in der „Großstadt“ Potsdam um rund 15 Prozentpunkte höher als in „Landgemeinden“. In welcher Entfernung die Grundschul Kinder zu Berlin leben, macht lediglich einen geringen Unterschied aus, wobei tendenziell eine höhere Betreuungs- und Teilhabequote im „Berliner Umland“ besteht.

5.5 Unbetreute Zeiten der Kinder

Sind keine der oben genannten Unterstützungsstrukturen für die Betreuung der Kinder greifbar, sehen sich manche Eltern gezwungen, ihre Kinder unbetreut zuhause zu lassen. Von den „Paarfamilien“ mit ausschließlich Grundschulkindern im Alter von unter zwölf Jahren⁸⁵ geben 37,0 Prozent an, dass ihre Kinder zuweilen unbeaufsichtigt zu Hause sind. Die wöchentliche Anzahl der unbetreuten Stunden variiert zwischen 0,1 und 15,0 Stunden. Im Durchschnitt verbringen die Kinder etwa 4,3 Stunden pro Woche unbeaufsichtigt zuhause.

Der Anteil der Familien, die ihre Kinder manchmal unbetreut zuhause lassen, wird mit dem Heranwachsen der jüngsten Kinder in der Familie größer. In Familien mit unter zehnjährigen Kindern beträgt die Quote 34,0 Prozent. Leben in dem Haushalt nur Kinder, die über zehn Jahre alt sind, beläuft sich die Quote auf 68,3 Prozent. Dabei bleiben die über Zehnjährigen im Schnitt eine Stunde länger in der Woche unbetreut zuhause (M = 5,2 Stunden pro Woche)

⁸³ In der vorliegenden Analyse wurden ausschließlich „Paarfamilien“ mit mindestens einem Grundschulkind unter zwölf Jahren betrachtet. Diese Teilstichprobe macht 41,9 Prozent der Gesamtstichprobe aus.

⁸⁴ Ministerium für Bildung, Jugend und Sport [MBJS], 2023.

⁸⁵ In der vorliegenden Analyse wurden Paarfamilien mit ausschließlich Grundschulkindern unter zwölf Jahren betrachtet. Diese Teilstichprobe macht 24,8 Prozent der Gesamtstichprobe aus.

als die jüngeren Kinder ($M = 4,1$ Stunden pro Woche). Es zeigt sich außerdem, dass Einzelkinder länger unbetreut zuhause bleiben ($M = 5,6$ Stunden pro Woche) als Kinder mit Geschwistern (Familien mit „Zwei Kindern“: $M = 4,0$ Stunden pro Woche; Familien mit „Drei oder mehr Kindern“: $M = 3,8$ Stunden pro Woche).

Kinder aus „Patchwork-Familien“ (43,5 %) sind häufiger unbetreut zuhause als Kinder aus „Kernfamilien“ (35,4 %). „Familien ohne Migrationshintergrund“ (38,5 %) lassen ihre Kinder häufiger unbetreut zuhause als „Familien mit Migrationshintergrund“ (25,5 %).

5.6 Zufriedenheit mit der Betreuungssituation

Der Großteil der „Paarfamilien“ gibt an, mit der Betreuungssituation zufrieden zu sein (83,4 %); davon ist ein Anteil von 56,3 Prozent „Eher zufrieden“ und ein Anteil von 27,1 Prozent „Sehr zufrieden“.⁸⁶ In Brandenburg variiert die Zufriedenheit mit der Betreuungssituation weder mit der finanziellen noch mit der sozialen oder der regionalen Lage. Ein geringfügiger Unterschied kann lediglich im Zusammenhang mit dem Alter des jüngsten Kindes festgestellt werden: Haben die „Paarfamilien“ U3-Kinder, geht der Anteil der Familien, die mit der Betreuungssituation zufrieden sind, auf 79,4 Prozent zurück.

5.7 Familienzeit und Paarzeit

Für eine Einschätzung der Situation der Familien ist es zudem wichtig zu wissen, wie viel Zeit den Familien für gemeinsame Freizeitaktivitäten mit ihren Kindern zur Verfügung steht (die so genannte „Familienzeit“). Lediglich ein kleiner Anteil von 5,9 Prozent der Eltern gibt an, in der Woche gar keine Zeit für gemeinsame Freizeitaktivitäten zu haben. Ansonsten stehen Familien in der Woche im Durchschnitt 8,6 Stunden für gemeinsame Freizeitaktivitäten zur Verfügung. Zwischen „Patchwork-Familien“ und „Kernfamilien“ sowie zwischen „Familien mit Migrationshintergrund“ und „Familien ohne Migrationshintergrund“ gibt es keine signifikanten Unterschiede bezüglich der „Familienzeit“. Die Anzahl der Kinder in den Familien hingegen hat einen Einfluss auf die Dauer der Zeit, die den Familien für Freizeitaktivitäten zur Verfügung steht. Familien mit „Einem Kind“ haben im Durchschnitt etwas mehr Zeit für gemeinsame Freizeitaktivitäten ($M = 9,2$) als Familien mit „Zwei Kindern“ ($M = 8,4$) oder mit „Drei und mehr Kindern“ ($M = 8,3$). Das Alter des jüngsten Kindes hat ebenso einen signifikanten Einfluss auf die „Familienzeit“. Es zeigt sich, dass Familien mit älteren Kindern in der Woche tendenziell weniger Zeit für gemeinsame Freizeitaktivitäten haben. Die gemeinsam verbrachte Familienzeit nimmt insbesondere ab dem Schulalter ab. Im Gegensatz dazu sind Familien mit Kindern im Kindergartenalter und vor allem mit Kindern „Unter 3 Jahren“ häufiger während der Woche gemeinsam aktiv. Familien im „Berliner Umland“ und im „Weiteren Metropolenraum“ haben in der Woche ähnlich viel Zeit für Familienaktivitäten zur Verfügung. Dies gilt auch unabhängig von der Wohnortgröße.

Am Wochenende haben die Familien durchschnittlich 12,1 Stunden für gemeinsame Freizeitaktivitäten zur Verfügung. „Patchwork-Familien“ steht eine halbe Stunde mehr zur Verfügung ($M = 11,8$) als „Kernfamilien“ ($M = 12,3$). „Familien mit Migrationshintergrund“ haben mehr als eine Stunde weniger Zeit ($M = 11,3$) für gemeinsame Freizeitaktivitäten als „Familien ohne Migrationshintergrund“ ($M = 12,2$). Das Alter des jüngsten Kindes steht auch in einem Zusammenhang mit der Dauer der „Familienzeit“ am Wochenende: In Familien mit älteren Kindern wird tendenziell weniger Zeit für gemeinsame Freizeitaktivitäten aufgewendet, während Familien mit Kindern im Kindergartenalter und insbesondere mit

⁸⁶ Von den unzufriedenen Familien (16,6 %) sind 2,6 Prozent „Gar nicht zufrieden“ und 14,0 Prozent „Eher nicht zufrieden“.

Kindern „Unter 3 Jahren“ im Durchschnitt mehr Zeit miteinander verbringen. Interessanterweise hat die Anzahl der Kinder in den Familien keinen Einfluss auf die verfügbare Familienzeit am Wochenende. Dafür zeigen sich räumliche Disparitäten: Familien, die im „Berliner Umland“ leben, haben mit 12,4 Stunden durchschnittlich 36 Minuten mehr Zeit für gemeinsame Freizeitaktivitäten als Familien im „Weiteren Metropolitanraum“ ($M = 11,8$). Unterschiede gibt es auch in Abhängigkeit von der Wohnortgröße. Die Zeit, die Familien für gemeinsame Freizeitaktivitäten aufwenden, beläuft sich in „Landgemeinden“ auf 11,5 Stunden, in „Kleinstädten“ auf 11,9 Stunden, in den „Mittelstädten“ auf 12,3 Stunden und in der „Großstadt“ auf 12,9 Stunden.

Neben der Zeit als Familie spielt in Partnerschaften natürlich auch eine Rolle, ob und wie viel Zeit den Paaren gemeinsam – ohne ihre Kinder – zur Verfügung steht (die sogenannte „Paarzeit“). Diese „Paarzeit“ beträgt unter den „Paarfamilien“ in der Woche im Durchschnitt lediglich 2,8 Stunden. Männer ($M = 3,3$) berichten von mehr „Paarzeit“ als Frauen ($M = 2,4$). Ein Anteil von 41,5 Prozent der Befragten gibt an, in der Woche überhaupt keine Zeit für gemeinsame Freizeitaktivitäten mit ihrem Partner oder ihrer Partnerin zu haben. Es zeigen sich keine relevanten Unterschiede zwischen Paaren, die im „Berliner Umland“ leben, und Paaren im „Weiteren Metropolitanraum“. Ebenso zeigen sich auch bei „Patchwork-Familien“ und „Familien mit Migrationshintergrund“ keine signifikanten Unterschiede. Ausschlaggebend für die „Paarzeit“ ist hingegen die Anzahl der Kinder, die im Haushalt leben. Paare mit „Einem Kind“ verbringen mehr Zeit miteinander ($M = 3,2$), als Paare mit „Zwei Kindern“ ($M = 2,8$). Die gemeinsame Zeit mit dem Partner bzw. der Partnerin beträgt nur 2,4 Stunden pro Woche, wenn im Haushalt „Drei oder mehr Kinder“ leben. Auch das Alter des jüngsten Kindes beeinflusst die Zeit, die Paare in der Woche miteinander verbringen. Ist das jüngste Kind unter elf Jahre alt, steht den Eltern im Durchschnitt weniger als drei Stunden „Paarzeit“ zur Verfügung. Ab dem zwölften Lebensjahr des jüngsten Kindes ($M = 3,6$) nimmt die gemeinsam verbrachte Zeit deutlich zu. Sind die Kinder „16 Jahre oder älter“ ($M = 5,1$), haben die Eltern in der Woche deutlich mehr Zeit für ihre Partnerschaft.

Am Wochenende haben die Paare nach eigenen Angaben durchschnittlich 3,4 Stunden Zeit füreinander. Ein Anteil von 32,6 Prozent gibt an, am Wochenende keine Zeit für Freizeitaktivitäten mit dem Partner oder der Partnerin zu haben. Die Angaben zur gemeinsam verbrachten Zeit unterscheiden sich zwischen Männern ($M = 3,6$) und Frauen ($M = 3,0$) in Paarhaushalten um 36 Minuten. Räumliche Disparitäten liegen nicht vor. „Patchwork-Familien“ ($M = 3,7$) geben an, 24 Minuten mehr „Paarzeit“ zu haben als „Kernfamilien“ ($M = 3,3$). An den Wochenenden gibt es bei den Angaben zu den Freizeitaktivitäten mit dem Partner oder der Partnerin keine signifikanten Unterschiede zwischen den „Familien mit Migrationshintergrund“ und den „Familien ohne Migrationshintergrund“. Die Anzahl der Kinder in den Familien hat jedoch wieder einen Einfluss auf die Zeit, die Paare ohne Kinder für Freizeitaktivitäten zur Verfügung haben. Paare mit „Einem Kind“ geben an, mehr Zeit füreinander zu haben ($M = 3,7$), als Paare mit „Zwei Kindern“ ($M = 3,4$) bzw. „Drei oder mehr Kindern“ ($M = 2,5$). Auch am Wochenende wird die „Paarzeit“ vom Alter des jüngsten Kindes beeinflusst. Wenn das jüngste Kind unter zehn Jahre alt ist, verbringen die Eltern im Durchschnitt weniger als drei Stunden ohne ihre Kinder miteinander. Je älter das jüngste Kind ist, desto mehr Zeit steht den Paaren für gemeinsame Freizeitaktivitäten zur Verfügung.

5.8 Zufriedenheit mit der Partnerschaft

Grundsätzlich sind die Eltern in „Paarfamilien“ sehr zufrieden mit der Beziehung zu ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin. Auf einer Skala von 0 („Überhaupt nicht zufrieden“) bis 10 („Vollkommen zufrieden“) beträgt der durchschnittliche Wert 8,4 Punkte. Männer sind zufriedener ($M = 8,6$) als Frauen ($M = 8,2$). „Familien mit Migrationshintergrund“ ($M = 8,6$)

geben eine etwas höhere Zufriedenheit mit der Partnerschaft an als „Familien ohne Migrationshintergrund“ (M = 8,4). Die Zufriedenheit steht in keinem Zusammenhang damit, ob in der Familie eine Patchwork-Konstellation vorliegt, wie viele Kinder im Haushalt leben, wie hoch das Einkommen ist oder wie viel „Paarzeit“ ihnen zur Verfügung steht. Regional betrachtet gibt es kleine Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Partnerschaft bei „Paarfamilien“ aus dem „Weiteren Metropolenraum“ (M = 8,6) und „Paarfamilien“ im „Berliner Umland“ (M = 8,3).

Die Zufriedenheit mit der Partnerschaft hängt stärker mit anderen Faktoren zusammen wie z. B. der Zufriedenheit mit der Aufteilung der Haus- und Sorgearbeit und der Häufigkeit von Streit um die Verteilung von Haus- und Sorgearbeit. Eltern in „Paarfamilien“, die mit der Aufteilung der Haus- und Sorgearbeit „Nicht zufrieden“ (M = 5,5) oder „Eher nicht zufrieden“ (M = 7,5) sind, sind auch in ihrer Beziehung deutlich unzufriedener. Sind die Befragten „Eher zufrieden“ (M = 8,5), ist auch die Stimmung in der Partnerschaft deutlich besser. Gelingt die Aufgabenteilung zur vollsten Zufriedenheit („Sehr zufrieden“), wird die Partnerschaft als nahezu vollkommen wahrgenommen (M = 9,3). Ein ähnliches Muster zeigt sich beim Streit um die Verteilung von Haus- und Sorgearbeit. Befragte, die sich „Oft“ über die Aufgabenverteilung streiten, geben eine durchschnittliche Partnerschaftszufriedenheit (M = 6,4) an. Streiten die Befragten „Manchmal“, steigt die Partnerschaftszufriedenheit auf einen Durchschnittswert von 7,9 Punkten. Paare, die nur „Selten“ (M = 8,7) oder „Nie“ (M = 9,3) über die Verteilung der Haus- und Sorgearbeit streiten, sind in der Regel sehr zufrieden mit ihrer Partnerschaft.

5.9 Empfindungen zum Elternsein

Einen Familienalltag zu organisieren und den Kindern gute Bedingungen zum Aufwachsen zu ermöglichen, erfordert sehr viel Zeit, Engagement und Flexibilität seitens der Eltern. „So ist tagtäglich nicht nur eine Vielzahl von individuellen, für die Familie notwendigen Leistungen zu erbringen und in eine – häufig nicht bewusste – ‚Gesamtstrategie‘ zu integrieren, sondern es sind auch die Anforderungen aus unterschiedlichen Lebensbereichen und -logiken (Erwerbsarbeit, Familie, Freizeit, Bildung usw.) mit eigenen Bedürfnissen zu vereinbaren“.⁸⁷

Im Rahmen der „Familienbefragung Brandenburg“ wurden die Eltern gefragt, wie sie die Situation mit den Kindern im Haushalt empfinden. Der Großteil der Eltern erlebt die Zeit mit den Kindern als Ausgleich (79,8 %) und nimmt ihn als abwechslungsreich wahr (69,1 %, siehe Abbildung 9). Mehr als die Hälfte der Eltern (56,4 %) hat jedoch den Kindern gegenüber auch ein „Schlechtes Gewissen“: Die Eltern denken, sie müssten sich noch mehr um ihre Kinder kümmern. Knapp ein Drittel der Eltern (30,6 %) gibt an, sich durch ihr Kind bzw. ihre Kinder häufiger eingeschränkt zu fühlen, da Alltag oder Freizeit aufgrund der Kinder nicht frei gestaltet werden können. Ein Anteil von 41,1 Prozent der Paarfamilien muss sich „wegen der Ausgaben für das Kind/die Kinder an anderer Stelle finanziell einschränken“.

Die Empfindungen zum Elternsein unterscheiden sich nicht zwischen den Müttern und den Vätern. Das Alter des Kindes bzw. der Kinder spielt jedoch eine bedeutende Rolle. Die Situation der Befragten erscheint am angespanntesten, wenn in ihrer Familie Vorschulkinder leben. Der Anteil an Eltern, die sich persönlich eingeschränkt fühlen, ist in dieser Gruppe am größten. Im Vergleich mit anderen Eltern sprechen sie zudem seltener davon, dass sie in ihre Freizeit durch die Kinder einen Ausgleich, Abwechslung und Vielfalt erfahren. Auf der

⁸⁷ Zerle & Keddi, 2011, S. 58.

anderen Seite empfinden die Eltern von Vorschulkindern auch häufiger ein schlechtes Gewissen gegenüber den Kindern, „weil Sie das Gefühl haben, sich eigentlich noch mehr um das Kind/die Kinder kümmern zu müssen“. Die Situation entspannt sich mit dem Heranwachsen der Kinder.

„Familien mit Migrationshintergrund“ erleben die Zeit mit den Kindern seltener als Ausgleich (73,2 %) und haben ihren Kindern gegenüber seltener ein schlechtes Gewissen (49,0 %) als „Familien ohne Migrationshintergrund“ (Ausgleich: 80,7 %, Schlechtes Gewissen: 57,4 %). „Familien mit Migrationshintergrund“ sind außerdem von einer erhöhten finanziellen Einschränkung betroffen (47,0%).

Auch die Kinderanzahl der Familien beeinflusst die Bewertung hinsichtlich der finanziellen Situation. Familien mit „Drei oder mehr Kindern“ (53,3 %) müssen sich deutlich häufiger finanziell einschränken als Familien mit nur „Einem Kind“ (34,1 %). Von einer erhöhten finanziellen Einschränkung sind außerdem „Patchwork-Familien“ (46,3 %) betroffen. Das Empfinden, sich finanziell einschränken zu müssen, ist – bei einem Vergleich über alle Gruppen hinweg – erwartungsgemäß am höchsten bei Familien mit einem Äquivalenzeinkommen von „Unter 1.500 €“ (58,4 %), einem „Niedrigen Bildungsniveau“ (62,6 %) und bei nicht-erwerbstätigen Eltern (58,8%). Betrachtet man die Unterschiede zwischen den Gruppen, wird deutlich, dass mit 30 Prozentpunkten die größte Diskrepanz zwischen Familien mit „Niedrigem Bildungsniveau“ und Familien mit „Hohem Bildungsniveau“ (31,9 %) besteht. Das Bildungsniveau hängt überdies mit dem Gefühl zusammen, dass die eigene Tagesgestaltung durch die Kinder eingeschränkt wird. Insbesondere Familien mit einem „Mittleren (24,4 %)“ und „Hohen Bildungsniveau“ (35,3 %) sprechen von persönlichen Einschränkungen. Unter den Eltern mit „Niedrigem Bildungsniveau“ fühlen sich nur 18,8 Prozent durch die Kinder eingeschränkt.

Die Empfindungen zum Elternsein verändern sich mit der realisierten Erwerbstätigkeit der „Paarfamilien“ (siehe Abbildung 9). Insbesondere die „Vollzeit-Erwerbstätigen“ haben ein schlechtes Gewissen gegenüber ihren Kindern und haben das Gefühl, sich mehr kümmern zu müssen. Auf der anderen Seite ist es jedoch auch die Gruppe der „Vollzeit-Erwerbstätigen“, gefolgt von der Gruppe der „Teilzeit-Erwerbstätigen“, die die Zeit mit ihren Kindern als Ausgleich erlebt.

Die Größe des Wohnortes spielt nur im Kontext der finanziellen Belastung eine Rolle: Der Anteil an Eltern aus „Paarfamilien“, die sich durch die Kinder finanziell einschränken müssen, nimmt mit zunehmender Größe des Wohnortes ab. „Paarfamilien“ in „Landgemeinden“ berichten häufiger von finanziellen Einschränkungen durch die Kinder als „Paarfamilien“ in der „Großstadt“. Dieser Befund korrespondiert mit den Einkommensunterschieden nach Wohnortgröße.

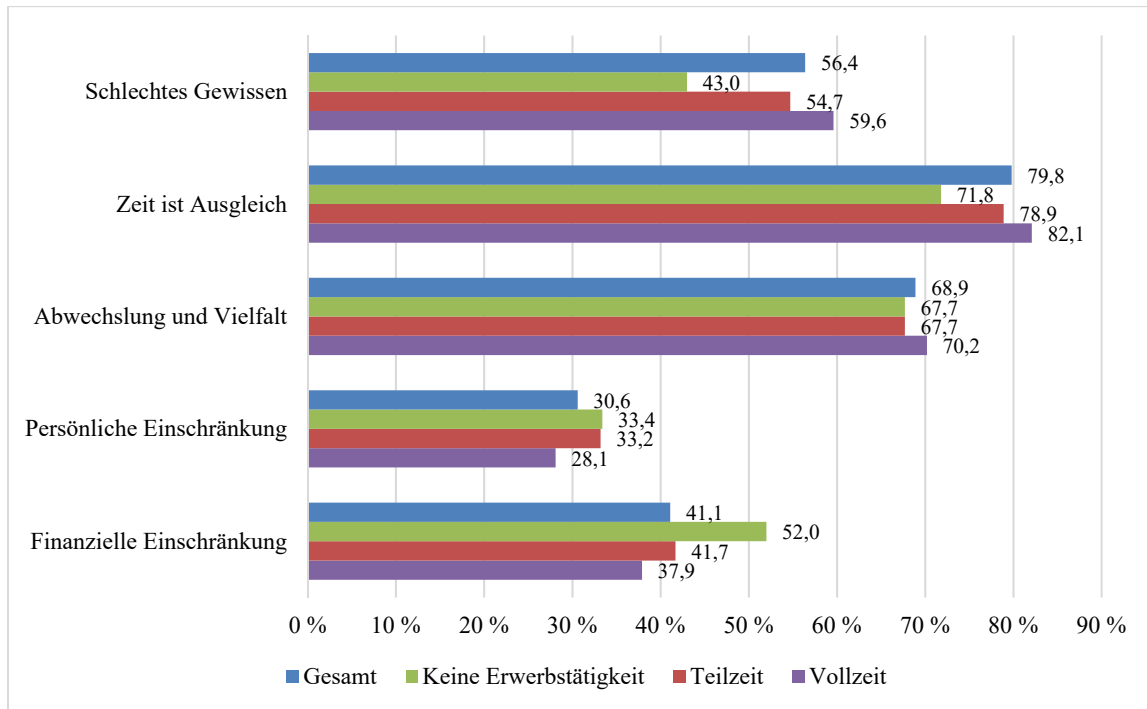


Abbildung 9: Empfindungen zum Elternsein der Paarfamilien nach Erwerbstätigkeit. Angaben in Prozent.
Anmerkung: Die Angaben für „Trifft eher zu“ und „Trifft völlig zu“ wurden zusammengefasst.

5.10 Zwischenfazit

In den brandenburgischen „Paarfamilien“ sind die Anteile von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Müttern und Vätern noch immer ungleich verteilt. Obwohl eine egalitäre Aufteilung der unbezahlten Haus- und Sorgearbeiten keine Seltenheit ist, verläuft die Aufgabenverteilung noch sehr häufig entlang traditioneller Geschlechterrollen: Die Frauen kümmern sich um die Hausarbeit und die Betreuung der Kinder, während die Männer für Gartenarbeit und Reparaturen zuständig sind. Die Betreuung der Kinder wird den Müttern auch dann nicht abgenommen, wenn der Betreuungsaufwand steigt, wie es bei mehreren, kleinen oder pflegebedürftigen Kindern der Fall ist. In Familien, in denen Frauen in einem hohen Umfang erwerbstätig sind, in denen ein Migrationshintergrund vorliegt oder die in der Stadt leben, ist das Engagement von Männern vergleichsweise groß. Trotz der ungleich verteilten Haus- und Sorgearbeit geben die meisten Eltern an, mit der Aufteilung zufrieden zu sein. Dabei ist zu beachten, dass Eltern in „Paarfamilien“ am zufriedensten sind, wenn die Aufgaben gleichmäßig aufgeteilt sind.

Die Zufriedenheit mit der Aufgabenaufteilung wirkt sich wiederum positiv auf die Zufriedenheit mit der Partnerschaft aus. Zur Bewältigung der Haus- und Sorgearbeiten können die Eltern auch auf familiäre und außerfamiliäre Unterstützungsnetzwerke zurückgreifen, hier sind es vor allem die (Groß-)Eltern und die Verwandten, die eine elementare Rolle bei der Unterstützung spielen. Eine Entlastung kann außerdem durch die Inanspruchnahme einer institutionellen Kinderbetreuung erreicht werden.

Grundsätzlich ist die Inanspruchnahme eines Kita- oder Hortplatzes im Land Brandenburg weit verbreitet. Sowohl bei Vorschul- als auch bei Grundschulkindern variiert die Inanspruchnahme jedoch in Abhängigkeit von der Einkommenssituation, dem Bildungsniveau und dem Migrationshintergrund: Familien mit einem niedrigen Einkommen oder einem „Niedrigen Bildungsniveau“ und „Familien mit Migrationshintergrund“ nehmen seltener einen Kita- oder Hortplatz in Anspruch. Insgesamt ist der Großteil der brandenburgischen

„Paarfamilien“ mit der Betreuungssituation ihrer Kinder zufrieden, unabhängig von der finanziellen Situation oder der regionalen Lage. Familien mit Kindern im Vorschulalter sind im Vergleich etwas unzufriedener mit der Betreuungssituation als Familien mit älteren Kindern.

In der Woche stehen den Familien vier Stunden weniger Zeit für gemeinsame Freizeitaktivitäten zur Verfügung als am Wochenende. Die Anzahl und das Alter der Kinder haben einen Einfluss auf die Familienzeit in der Woche. Die Familienzeit am Wochenende unterscheidet sich besonders im Zusammenhang mit der Wohnortgröße: Familien in Großstädten können zwei Stunden mehr Familienzeit aufbringen als Familien in ländlichen Regionen. Grundsätzlich weitaus weniger Zeit haben die Eltern für Zweisamkeit in der Partnerschaft, ob in der Woche oder am Wochenende. Viele Paare geben sogar an, vor allem in der Woche überhaupt keine Zeit für Zweisamkeit zu haben. Auch hier spielen die Kinderanzahl und das Alter des jüngsten Kindes eine entscheidende Rolle. Paare mit einem Einzelkind und älteren Kindern verbringen sowohl in der Woche als auch am Wochenende mehr Zeit miteinander.

Zeit ist eine kostbare Ressource, die bei Eltern nicht selten fremdbestimmt eingeteilt wird. Das führt dazu, dass jedes zweite Elternteil angibt, ein schlechtes Gewissen zu haben, weil es sich eigentlich noch mehr um das Kind bzw. die Kinder kümmern müsste. Davon sind besonders Vollzeit-Erwerbstätige betroffen. Die gemeinsam mit den Kindern verbrachte Zeit nimmt die Mehrheit positiv wahr und erlebt sie als Ausgleich bzw. als Abwechslung. Jedes dritte Elternteil gibt jedoch an, sich von seinem Kind bzw. seinen Kindern persönlich eingeschränkt zu fühlen. Finanzielle Einschränkungen erleben vor allem „Mehrkinderfamilien“, „Patchwork-Familien“ sowie Familien mit niedrigem Einkommen oder „Niedrigem Bildungsniveau“.

6 Unterstützungnetzwerke von Alleinerziehenden

Alleinerziehende sehen sich – sowohl im familiären als auch im beruflichen Kontext – mit zahlreichen speziellen Anforderungen konfrontiert.⁸⁸ Durch die überwiegende Verantwortung für die Kinder und die Notwendigkeit einer Berufstätigkeit entstehen erhebliche (zeitliche) Belastungen.⁸⁹ Nach den Studienergebnissen des IfD Allensbach befürchten rund 40 Prozent der Alleinerziehenden in Deutschland, dem Druck der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und den alltäglichen Belastungen nicht mehr standhalten zu können.⁹⁰ Umso wichtiger ist es für Alleinerziehende, auf zuverlässige Unterstützungsnetze und -strukturen zurückgreifen zu können.

In den Analysen zu diesem Kapitel werden ausschließlich die Aussagen von „Alleinerziehenden“ betrachtet. Diese Teilstichprobe macht 23,1 Prozent der Gesamtstichprobe aus. Der Anteil der Frauen unter den „Alleinerziehenden“ in der „Familienbefragung Brandenburg“ beträgt 83,0 Prozent. 16,5 Prozent der „Alleinerziehenden“ sind Männer, 0,1 Prozent divers und 0,4 Prozent haben keine Angabe zu ihrem Geschlecht gemacht.

6.1 Unterstützungsnetze und -strukturen

Viele „Alleinerziehende“ im Land Brandenburg sind nicht völlig auf sich allein gestellt, wenn es um die Bewältigung ihrer Aufgaben geht. Übereinstimmend mit den Befunden zu den Unterstützungsnetzwerken der „Paarfamilien“, sind „Eltern und Verwandte“ in nahezu allen Bereichen die größten Unterstützer der „Alleinerziehenden“. Fast jede dritte Person bekommt elterliche Unterstützung bei der „Betreuung ihrer Kinder“ oder der „Pflege von Angehörigen“ (siehe Tabelle 10). Auch bei der „Hausarbeit“ (6,6 %) und den „Sonstigen Arbeiten“ wie Gartenarbeiten und Reparaturen (18,1 %) erhalten die „Alleinerziehenden“ vor allem Unterstützung von „Eltern und Verwandten“. Der aktuelle Partner bzw. die Partnerin steht den „Alleinerziehenden“ am häufigsten bei den „Sonstigen Arbeiten“ (10,0 %) zur Seite. Er bzw. sie springt in manchen Familien auch bei der Kinderbetreuung (7,1 %) ein und macht „Besorgungen“ wie Einkäufe, Beschaffungen und Behördengänge (5,9 %). Bei der „Hausarbeit“ (4,4 %) bringen sich aktuelle Partner bzw. Partnerinnen nur selten ein.⁹¹

Die leiblichen Eltern der Kinder helfen den „Alleinerziehenden“ nur in 17,3 Prozent der Fälle bei der Versorgung und Betreuung der gemeinsamen Kinder. Bei der „Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger“ (5,4 %) und bei „Sonstigen Arbeiten“ (6,5 %) nehmen „Alleinerziehende“ auch „Gewerbliche Anbieter“ in Anspruch, wobei die Rolle der außerfamiliären Unterstützung insgesamt recht gering ist. „Freunde und Nachbarn“ stehen in erster Linie bei der Betreuung der Kinder helfend zur Seite (10,0 %). Es gibt Aufgabenbereiche, in denen viele „Alleinerziehende“ von „Niemandem“ Unterstützung erfahren. Allen voran sind das „Hausarbeit“ (72,3 %) und „Besorgungen“ (72,0 %).

Das Unterstützungsnetzwerk der „Alleinerziehenden“ verändert sich mit dem Alter der im Haushalt lebenden Kinder. „Alleinerziehende“ mit einem U3-Kind erhalten häufiger Unterstützung als „Alleinerziehende“ mit älteren Kindern. Der Anteil, der von „Niemandem“ Unterstützung erhält, ist in der Gruppe der „Alleinerziehenden“ mit U3-Kind demnach geringer und beträgt beispielsweise bei der „Hausarbeit“ 50,9 Prozent und bei der „Betreuung von

⁸⁸ IfD, 2020a.

⁸⁹ BMFSFJ, 2012.

⁹⁰ IfD, 2020a, S.5.

⁹¹ Hier wird der sehr hohe Frauenanteil unter den „Alleinerziehenden“ eine Rolle spielen.

Kindern“ 17,3 Prozent. Die Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder hingegen hat keinen Einfluss auf das Vorhandensein eines Unterstützungsnetzes.

Tabelle 10: Unterstützungsnetzwerk der Alleinerziehenden nach Aufgabenbereichen. Angaben in Prozent.

	Leibliches Elternteil des Kindes	Aktuelle/r Partner/-in	Eltern/ Verwandte	Freunde/ Nachbarn	Gewerbl. Anbieter	Niemand
Hausarbeit	1,6	4,4	6,6	1,6	1,6	72,3
Betreuung von Kindern	17,3	7,1	30,3	10,0	1,3	37,3
Pflege von Angehörigen	3,2	0	29,7	5,5	5,4	38,7
Besorgungen	2,6	5,9	5,5	3,0	0	72,0
Sonstige Arbeiten	3,0	10,0	18,1	6,5	6,5	46,7

Anmerkung: Bei dieser Abfrage waren Mehrfachantworten erlaubt, daher ist keine Addition auf 100 Prozent möglich.

Das monatliche Einkommen hängt – ähnlich wie bei den „Paarfamilien“ – mit dem Unterstützungsnetzwerk der „Alleinerziehenden“ zusammen. Familien mit einem gewichteten Einkommen von „3.000 € und mehr“ erhalten deutlich mehr Unterstützung als Familien mit einem Haushaltsnettoeinkommen von „Unter 1.500 €“. Bezogen auf die „Hausarbeit“ liegt zwischen diesen Einkommensgruppen ein Unterschied von rund 20 Prozentpunkten. Bei der „Betreuung von Kindern“ macht die Differenz 15 Prozentpunkte aus. Im Kontext der „Hausarbeit“ liegt ein Grund darin, dass die Familien mit einem Einkommen von „3.000 € und mehr“ weitaus häufiger „Gewerbliche Anbieter“ (11,2 %) in Anspruch nehmen als Familien mit einem Einkommen von „1.500 € bis unter 3.000 €“ (1,3 %) und „Unter 1.500 €“ (0,3 %). Bei der „Betreuung von Kindern“ bringen sich bei „Alleinerziehenden“ in der höchsten Einkommensklasse häufiger „Freunde und Nachbarn“ ein.⁹²

6.2 Aufgabenteilung bei der Haus- und Sorgearbeit

Auch wenn viele Alleinerziehende phasenweise auf Unterstützung zurückgreifen können, bewältigen sie die alltäglichen familiären Anforderungen in der Regel allein; nur selten werden die anfallenden Aufgaben paritätisch mit einer anderen Person geteilt oder sogar ganz von einer anderen Person übernommen. Wie in Abbildung 10 dargestellt, übernehmen die „Alleinerziehenden“ vor allem die „Hausarbeit“ (93,4 %), die „Betreuung von Kindern“ (91,5 %) und die „Besorgungen“ (93,5 %) meistens oder immer allein. Eine Entlastung durch andere erfahren die „Alleinerziehenden“ am ehesten bei der „Versorgung und Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen“ sowie den „Sonstigen Arbeiten“ wie Reparaturen und Gartenarbeit.

Alleinerziehende Väter erfahren mehr Entlastung als alleinerziehende Mütter. Die alleinige Bewältigung der „Hausarbeit“ (Männer: 84,3 %; Frauen: 94,9 %) und der „Betreuung von Kindern“ (Männer: 80,6 %; Frauen: 93,4 %) fällt bei den alleinerziehenden Vätern geringer aus. Dagegen müssen alleinerziehende Mütter (70,7 %) die „Sonstigen Arbeiten“ seltener

⁹² „Alleinerziehende“ mit Haushaltsnettoeinkommen von „3.000 € und mehr“ erhalten mehr Unterstützung von ihren „Freunden und Nachbarn“ („3.000 € und mehr“: 17,6 %; „Unter 1.500 €“: 9,1 %; „1.500 € bis unter 3.000 €“: 9,6 %).

allein erledigen als die alleinerziehenden Väter (88,9 %). Auch hier scheinen Geschlechterstereotype eine gewisse Rolle zu spielen.

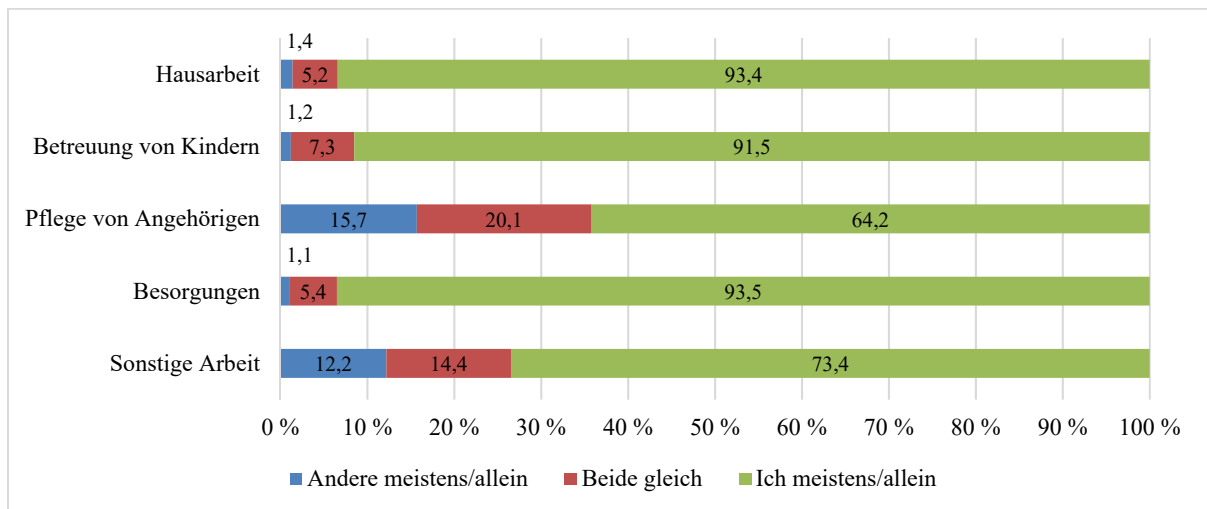


Abbildung 10: Aufteilung der Haus- und Sorgearbeit bei Alleinerziehenden. Angaben in Prozent.

Übereinstimmend mit den Befunden bei den „Paarfamilien“, nach denen die Mütter mit kleinen Kindern nicht auf größere Unterstützung durch ihre Partner zurückgreifen können, bleiben die „Alleinerziehenden“ mit Kindern „Unter 3 Jahren“ und „Zwischen 3 und 5 Jahren“ mit der „Hausarbeit“ und der „Betreuung von Kindern“ allein: Über 90 Prozent der „Alleinerziehenden“ geben an, diese Aufgaben meistens bzw. ausschließlich allein zu bewältigen. Die Aufgabenteilung bleibt auch bei „Alleinerziehenden“ mit mehreren Kindern gleich. Selbst bei einer höheren Erwerbsbeteiligung und dadurch knapper werdenden zeitliche Ressourcen, verändert sich der Anteil der alleinigen Bewältigung in keinem der Aufgabenbereiche.

Vor diesem Hintergrund überrascht es, dass über die Hälfte der „Alleinerziehenden“ mit der Aufteilung der Haus- und Sorgearbeit zufrieden sind („Eher zufrieden“: 45,1 %; „Sehr zufrieden“: 7,6 %).⁹³ Unter den „Alleinerziehenden“, die eine andere Person im Unterstützungsnetz haben, mit der sie sich die „Betreuung von Kindern“ (71,5 %) oder die „Hausarbeit“ (90,4 %) egalitär teilen können, ist der Anteil der Zufriedenen noch deutlich größer.

6.3 Betreuung von Vorschulkindern

Alleinerziehende sind in besonderem Maß auf institutionelle Betreuungsangebote für ihre Kinder angewiesen. Da ein fehlendes Angebot dazu führen kann, dass die Alleinerziehenden nicht oder kaum erwerbstätig sein können, gilt ein Rechtsanspruch auf eine institutionelle Kinderbetreuung auch von Seiten der deutschen Familienpolitik als chancen- und sicherheitsgebend⁹⁴. Nach Analysen im Kontext der „Familienbefragung Brandenburg“ bringen 91,0 Prozent der „Alleinerziehenden“ mit Vorschulkindern⁹⁵ ihre Kinder in Kitas, zur Kindertagespflege oder zu Tagesmüttern bzw. -vätern. Hier halten sich die Vorschulkinder durchschnittlich 32,7 Stunden pro Woche auf.

⁹³ Von den unzufriedenen „Alleinerziehenden“ (47,3 %) sind 11,5 Prozent „Gar nicht zufrieden“ und 35,8 Prozent „Eher nicht zufrieden“.

⁹⁴ BMFSFJ, 2021a.

⁹⁵ In der vorliegenden Analyse wurden ausschließlich „Alleinerziehende“ mit Vorschulkindern betrachtet. Diese Teilstichprobe macht 4,3 Prozent der Gesamtstichprobe aus.

Die Teilhabequote der Vorschulkinder in außerschulischen Aktivitäten wie Sportvereinen oder Musikschulen beträgt 15,4 Prozent. Die durchschnittliche wöchentliche Teilhabedauer umfasst 2,2 Stunden. Weder bei der Betreuungs- noch bei der Teilhabequote bestehen Unterschiede zwischen den „Alleinerziehenden“ und den „Paarfamilien“. So fällt bei den „Alleinerziehenden“ die Betreuungs- und Teilhabequote der Kinder „Unter 3 Jahre“ geringer aus (Betreuungsquote: 81,9 %; Teilhabequote: 13,4 %) als bei den Vorschulkindern im Alter „Zwischen 3 und 5 Jahren“ (Betreuungsquote: 95,6 %; Teilhabequote: 16,5 %). Den Ergebnissen der „Familienbefragung Brandenburg“ zu Folge gehen die U3-Kinder der „Alleinerziehenden“ im Schnitt jedoch eine Stunde länger pro Woche zu außerschulischen Aktivitäten (M = 2,9 Stunden pro Woche) als die U3-Kinder von „Paarfamilien“ (M = 1,7 Stunden pro Woche). Mit der Kinderanzahl verändern sich die Teilhabe- und Betreuungsquoten der „Alleinerziehenden“ nicht.

Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Kita-Betreuungsquote und der realisierten Erwerbstätigkeit der „Alleinerziehenden“: Alle in Vollzeit erwerbstätigen „Alleinerziehenden“ nehmen Kitas in Anspruch; bei den „Teilzeit-Erwerbstätigen“ liegt die Betreuungsquote bei 95,4 Prozent und bei den „Nicht-Erwerbstätigen“ bei 76,3 Prozent. Auch die Betreuungsdauer unterscheidet sich zwischen den Erwerbstypen: „Nicht-Erwerbstätige“ nutzen die Kinderbetreuungen im Schnitt 21,0 Stunden pro Woche, „Teilzeit-Erwerbstätige“ 35,4 Stunden pro Woche und „Vollzeit-Erwerbstätige“ 39,1 Stunden pro Woche.

Das gewichtete Haushaltsnettoeinkommen der „Alleinerziehenden“ beeinflusst weder die Inanspruchnahme der Kinderbetreuungen noch der außerschulischen Aktivitäten. Auch regionale Disparitäten konnten im Kontext der Betreuung von Vorschulkindern nicht festgestellt werden.

6.4 Betreuung von Grundschulkindern⁹⁶

Wie bereits erwähnt, erfordert der Übergang von der Kita in die Grundschule eine Neuorganisation der Betreuungssituation der Kinder. Unter den „Alleinerziehenden“ aus der „Familienbefragung Brandenburg“ nehmen 55,8 Prozent für ihre Grundschul Kinder nach dem Schulbesuch institutionelle Kinderbetreuungen in Form eines Hortes in Anspruch. Dort verweilen die Grundschul Kinder durchschnittlich 12,9 Stunden pro Woche. Ebenso nehmen 56,0 Prozent der Grundschul Kinder im Schnitt 2,7 Stunden pro Woche an außerschulischen Angeboten teil.

Weder die Betreuungs- und Teilhabequoten noch die jeweilige Verweildauer unterscheiden sich bei den Kindern „Unter 10 Jahren“ und „Über 10 Jahren“ zwischen den Familienformen. Ähnlich wie es bei den „Paarfamilien“ der Fall ist, verändert sich die Betreuungs- und Teilhabequote mit dem Alter des jüngsten Kindes. Grundschul Kinder „Über 10 Jahren“ gehen deutlich seltener zum Hort (17,2 %) als Kinder „Unter 10 Jahren“ (69,5 %). Dagegen besuchen die älteren Kinder häufiger außerschulische Angebote (65,7 %) als die jüngeren Kinder (52,5 %). Während die „Paarfamilien“ mit nur einem Kind im Vergleich zu den „Paarfamilien“ mit mehreren Kindern seltener einen Hortplatz nutzen, gehen die Einzel Kinder der „Alleinerziehenden“ häufiger zum Hort (54,0 %) als die Kinder von „Alleinerziehenden“ mit „Drei oder mehr Kindern“ (44,7 %). Bezogen auf die außerschulischen Aktivitäten gibt es dahingehend keinen Unterschied.

⁹⁶ In der vorliegenden Analyse wurden ausschließlich „Alleinerziehende“ mit Grundschulkindern unter zwölf Jahren berücksichtigt. Diese Teilstichprobe macht 7,2 Prozent der Gesamtstichprobe aus.

Auch bei der Betrachtung der Kinderbetreuung von Grundschulkindern konnten Zusammenhänge mit der realisierten Erwerbstätigkeit der „Alleinerziehenden“ beobachtet werden. Sowohl die Hort-Quote als auch die Nutzung von außerschulischen Aktivitäten ist bei „Teilzeit-Erwerbstätigen“ (Betreuungsquote: 60,8 %; Teilhabequote: 56,2 %) und „Vollzeit-Erwerbstätigen“ (Betreuungsquote: 60,8 %; Teilhabequote: 66,2 %) deutlich höher als bei „Nicht-Erwerbstätigen“ (Betreuungsquote: 29,8 %; Teilhabequote: 35,0 %).

Die Inanspruchnahme eines Horts ist bei einem Äquivalenzeinkommen von „Unter 1.500 €“ am geringsten (48,2 %) und bei einem mittleren Einkommen von „1.500 bis unter 3.000 €“ am größten (64,6 %). Bei einem gewichteten Einkommen von „3.000 € und mehr“ beträgt die Betreuungsquote 59,2 Prozent. Die Nutzung außerschulischer Aktivitäten unterscheidet sich ebenfalls in Abhängigkeit vom Haushaltsnettoeinkommen: Bei einem Einkommen „Unter 1.500 €“ gehen 43,4 Prozent in einen Sportverein, zur Musikschule oder in den Jugendclub, bei einem Einkommen von „1.500 € bis unter 3.000 €“ sind es 65,7 Prozent und bei einem Einkommen von „3.000 € und mehr“ sogar 74,9 Prozent. Die Verweildauer im Hort oder bei außerschulischen Angeboten unterscheidet sich zwischen den Einkommensgruppen nicht.

6.5 Unbetreute Zeiten der Kinder

Die Grundschul Kinder der „Alleinerziehenden“ befinden sich öfter und länger unbetreut zuhause (46,5 %, M = 5,3 Stunden pro Woche) als die Grundschul Kinder von „Paarfamilien“ (37,0 %, M = 4,2 Stunden pro Woche)⁹⁷. Die wöchentliche Anzahl der unbetreuten Stunden variiert zwischen einer und 18 Stunden, womit der maximale Wert bei den „Alleinerziehenden“ drei Stunden über dem maximalen Wert bei den „Paarfamilien“ liegt. Die Anzahl der „Alleinerziehenden“, die ihre Kinder unbetreut zuhause lassen, ist um 10 Prozentpunkte höher als die der „Paarfamilien“. „Alleinerziehende“ lassen ihre Kinder zudem durchschnittlich eine Stunde pro Woche länger unbetreut zuhause als „Paarfamilien“. Dieser Befund verdeutlicht die Situation, dass „Alleinerziehende“ – noch stärker als „Paarfamilien“ – vor großen zeitlichen Konflikten und Vereinbarkeitsproblematiken stehen.⁹⁸

6.6 Zufriedenheit mit der Betreuungssituation

Insgesamt ist der Großteil der „Alleinerziehenden“ zufrieden mit der Betreuungssituation (79,5 %). Davon gaben 24,7 Prozent an, „Sehr zufrieden“, und 54,8 Prozent an „Eher zufrieden“ zu sein.⁹⁹ Damit sind die „Alleinerziehenden“ mit der Betreuungssituation etwas unzufriedener als die „Paarfamilien“. Weiterhin zeigt sich, dass die alleinerziehenden Mütter angeben, zufriedener (81,3 %) mit der Betreuungssituation zu sein als die alleinerziehenden Väter (71,5 %). Das Haushaltsnettoeinkommen und die Erwerbsbeteiligung bedingen die Unterschiede in der Zufriedenheit kaum. Jedoch konnten Zufriedenheitsunterschiede im Zusammenhang mit der Größe des Wohnortes festgestellt werden: „Alleinerziehende“ in den „Landgemeinden“ sind am zufriedensten (83,4 %). Die Zufriedenheit der Befragten in „Kleinstädten“ (81,6 %), „Mittelstädten“ (73,3 %) und der „Großstadt“ Potsdam (79,7 %) fällt jeweils etwas geringer aus.

⁹⁷ In der vorliegenden Analyse wurden ausschließlich „Alleinerziehende“ mit Grundschulkindern unter zwölf Jahren betrachtet. Diese Teilstichprobe macht 4,2 Prozent der Gesamtstichprobe aus.

⁹⁸ BMFSFJ, 2012; BMFSFJ, 2021a.

⁹⁹ Von den unzufriedenen „Alleinerziehenden“ (20,5 %) geben 4,4 Prozent an, „Gar nicht zufrieden“, und 16,1 Prozent an, „Eher nicht zufrieden“ zu sein.

6.7 Familienzeit und Paarzeit

In der „Familienbefragung Brandenburg“ wurde danach gefragt, wie viele Stunden den Familien für gemeinsame Freizeitaktivitäten zur Verfügung stehen. Im Durchschnitt geben „Alleinerziehende“ an, in der Woche 8,3 Stunden für Freizeitaktivitäten mit den Kindern aufzuwenden. Dies entspricht in etwa der Familienzeit der „Paarfamilien“. Dabei gibt es keine Unterschiede zwischen alleinerziehenden Müttern und alleinerziehenden Vätern sowie zwischen „Alleinerziehenden“ aus dem „Berliner Umland“ und „Alleinerziehenden“ aus dem „Weiteren Metropolenraum“. Auch die Anzahl der Kinder in den Familien hat keinen Einfluss auf die angegebene Zeit für gemeinsame Freizeitaktivitäten. Lediglich das Alter des jüngsten Kindes steht im Zusammenhang mit der Zeit für gemeinsame Freizeitaktivitäten: Je älter die Kinder werden, desto weniger gemeinsame Zeit verbringen die „Alleinerziehenden“ mit ihnen. Bei U3-Kindern sind es im Durchschnitt 11,8 Stunden. Dann nimmt die gemeinsame Zeit kontinuierlich ab. Bei Kindern „Über 10 Jahren“ sind es nur noch rund 7,0 Stunden in der Woche.

Am Wochenende investieren die „Alleinerziehenden“ durchschnittlich 11,8 Stunden für gemeinsame Freizeitaktivitäten mit dem Kind bzw. den Kindern. Es zeigen sich bei der gemeinsam verbrachten Freizeit am Wochenende keine Unterschiede zwischen alleinerziehenden Müttern und Vätern, keine Unterschiede in Abhängigkeit von der Anzahl der Kinder im Haushalt und kaum Unterschiede zwischen „Alleinerziehenden“ im „Berliner Umland“ und „Alleinerziehenden“ im „Weiteren Metropolenraum“. Das Alter des jüngsten Kindes hat hier wieder einen Einfluss auf die Freizeitgestaltung. Allerdings bleibt die Dauer der gemeinsam verbrachte Zeit in der Vor- und Grundschulzeit ziemlich konstant. „Alleinerziehende“ und ihre Vor- und Grundschulkinder verbringen am Wochenende rund zwölf Stunden Freizeit miteinander. Erst mit über zwölf Jahren geht die Dauer der gemeinsamen Zeit am Wochenende zurück.

Eltern, die ohne Partner in einem Haushalt leben, werden als „Alleinerziehende“ bezeichnet. Dies schließt jedoch nicht aus, dass Alleinerziehende in einer Partnerschaft leben. Tatsächlich geben 27,2 Prozent der „Alleinerziehenden“ in der „Familienbefragung Brandenburg“ an, einen Partner oder eine Partnerin zu haben. Diese Partner leben jedoch nicht mit ihnen in einem gemeinsamen Haushalt.

Im Durchschnitt verbringen „Alleinerziehende“ insgesamt 3,0 Stunden pro Woche mit ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin. 42,7 Prozent geben an, in der Woche gar keine Zeit für die Partnerschaft zu haben. Am Wochenende verbringen „Alleinerziehende“ durchschnittlich 5,6 Stunden mit ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin ohne Kinder. Jede bzw. jeder vierte „Alleinerziehende“ (25,2%) gibt jedoch an, am Wochenende keine Zeit für die Partnerschaft zu haben. Die Anzahl der Kinder im Haushalt hat keinen Einfluss auf die verfügbare „Paarzeit“ in der Woche oder am Wochenende. Es gibt auch keine Unterschiede im Zusammenhang mit dem Wohnort.

6.8 Zufriedenheit mit der Partnerschaft

„Alleinerziehende“ sind in ihren Partnerschaften etwas unzufriedener als „Paarfamilien“. Im Durchschnitt bewerten sie ihre Partnerschaft mit 7,5 von 10 Punkten auf einer Skala von 0 („Überhaupt nicht zufrieden“) bis 10 („Vollkommen zufrieden“). Es zeigen sich keine Unterschiede in der „Partnerschaftszufriedenheit“ zwischen alleinerziehenden Müttern und alleinerziehenden Vätern sowie zwischen „Alleinerziehenden“ im „Berliner Umland“ und „Alleinerziehenden“ im „Weiteren Metropolenraum“. Im Zusammenhang mit dem Einkommen oder der Anzahl der Kinder im Haushalt zeigen sich ebenso keine Unterschiede. Kaum einen Einfluss auf die Bewertung der Partnerschaft hat auch die Anzahl der Stunden, die

„Alleinerziehende“ mit ihrem Partner oder ihrer Partnerin ohne Kinder verbringen („Paarzeit“).

6.9 Empfindungen zum Elternsein

Die Empfindungen zum Elternsein der „Alleinerziehenden“ stimmt weitestgehend mit den Empfindungen der „Paarfamilien“ überein (siehe Abbildung 11). Mehr als die Hälfte der „Alleinerziehenden“ hat ein „Schlechtes Gewissen“ gegenüber den Kindern, da das Gefühl besteht, sich mehr um die Kinder kümmern zu müssen (57,5 %). Ein Großteil empfindet die Zeit mit den Kindern als „Ausgleich“ (79,5 %) oder „Abwechslung“ (68,7 %); dagegen fühlt sich jede dritte Person von den Kindern persönlich eingeschränkt (30,4 %). „Alleinerziehende“ müssen sich jedoch weitaus häufiger aufgrund der Kinder finanziell einschränken (54,0 %) als „Paarfamilien“ (41,1 %). Hier wird nochmals die schwierige finanzielle Situation von Alleinerziehenden deutlich, die schon in diversen Berichten und Studien betont wurde.¹⁰⁰

Im Vergleich zu Vätern in „Paarfamilien“ (69,5 %) und alleinerziehenden Frauen (66,2 %) sprechen besonders alleinerziehende Väter (80,4 %) davon, dass sich ihr Alltag und die Freizeitgestaltung durch ihre Kinder abwechslungsreich und vielseitig gestaltet. Weitere geschlechtsspezifische Unterschiede konnten nicht festgestellt werden.

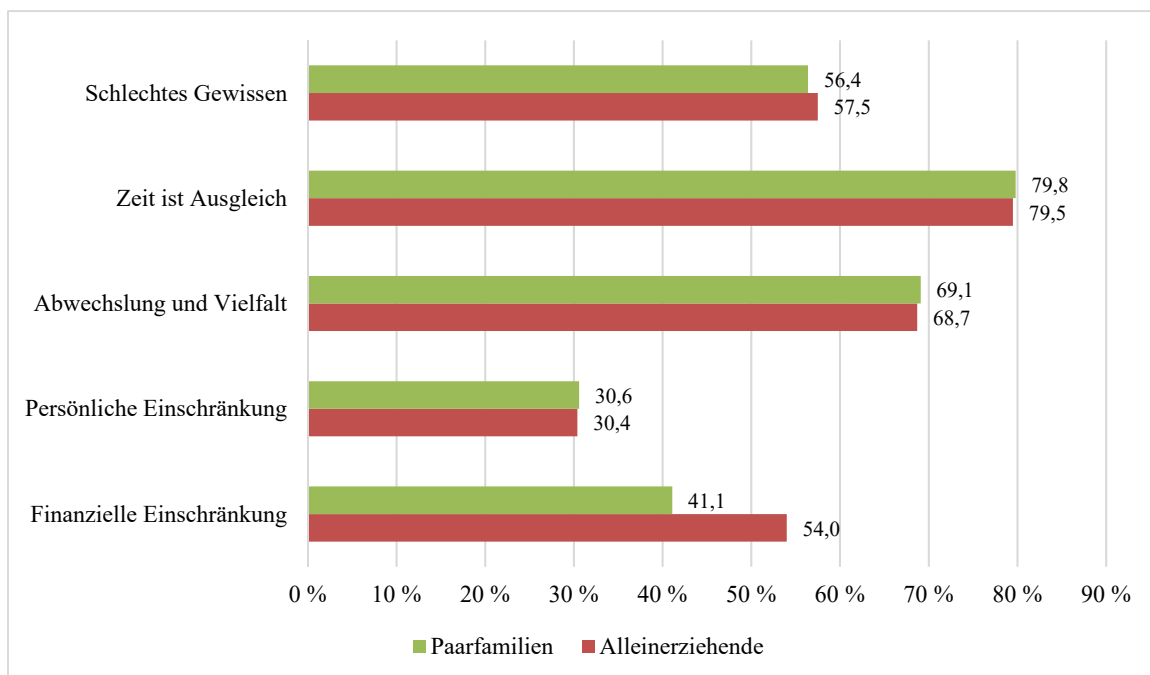


Abbildung 11: Empfindungen zum Elternsein nach Familienformen. Angaben in Prozent.

Anmerkung: Die Angaben für „Trifft eher zu“ und „Trifft völlig zu“ wurden zusammengefasst.

Die Empfindungen zum Elternsein hängen mit dem Alter der Kinder zusammen. Auch für „Alleinerziehende“ scheint die Situation mit jüngeren Kindern schwieriger zu sein als mit älteren Kindern. So geben Eltern mit Kindern „Unter 10 Jahren“ häufiger an, dass sie ihren Kindern gegenüber ein schlechtes Gewissen haben (Diskrepanz von 13 Prozentpunkten) oder sich persönlich eingeschränkt fühlen (Diskrepanz von 20 Prozentpunkten). Auch erleben Eltern von jüngeren Kindern den Alltag mit Kindern seltener als abwechslungsreich und vielseitig (Diskrepanz von 13 Prozentpunkten) als Eltern von Kindern „Über 10 Jahre“. Die

¹⁰⁰ BMFSFJ, 2021b; IfD, 2020b.

Kinderanzahl zeigt lediglich hinsichtlich der finanziellen Situation Unterschiede. Die Notwendigkeit, sich finanziell einzuschränken, nimmt mit der Anzahl der Kinder zu.

Das „Schlechte Gewissen“ und das Empfinden einer „Persönlichen Einschränkung“ verändern sich mit der realisierten Erwerbstätigkeit der „Alleinerziehenden“ (siehe Abbildung 12). „Alleinerziehende“, die erwerbstätig sind, haben öfter ein schlechtes Gewissen gegenüber ihren Kindern als „Alleinerziehende“, die nicht arbeiten. In der Gruppe der „Teilzeit-Erwerbstätigen“ findet sich der größte Anteil der „Alleinerziehenden“, die sich durch die Kinder persönlich eingeschränkt fühlen. In dieser Gruppe sind die Zustimmungswerte jedoch auch besonders hoch bei der Aussage, dass die Zeit mit den Kindern einen „Ausgleich“ darstellt.

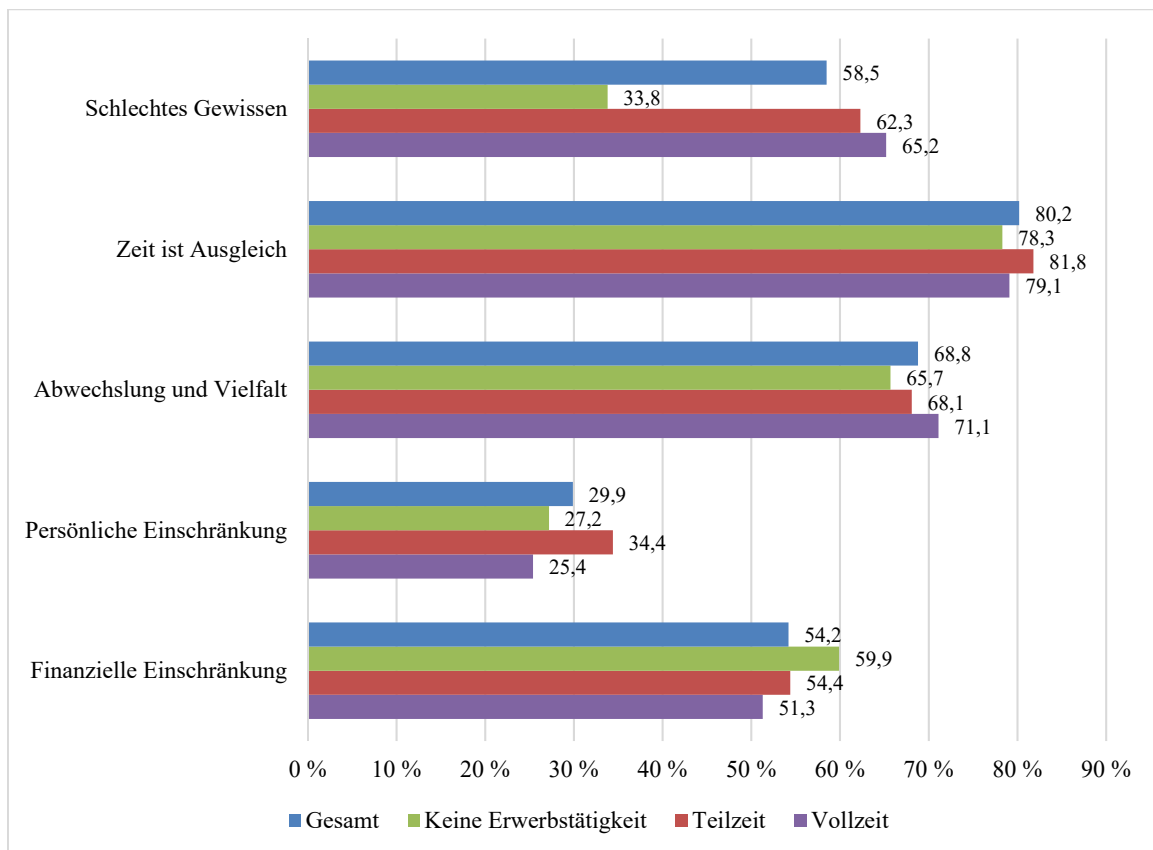


Abbildung 12: Empfindungen zum Elternsein der Alleinerziehenden nach Erwerbstätigkeit. Angaben in Prozent.

Anmerkung: Die Angaben für „Trifft eher zu“ und „Trifft völlig zu“ wurden zusammengefasst.

Im Zusammenhang mit den Empfindungen zum Elternsein konnten weiterhin regionale Disparitäten festgestellt werden. Besonders „Alleinerziehende“ in „Landgemeinden“ erleben die Zeit mit ihren Kindern als „Ausgleich“ (83,6 %). Dieses Gefühl verändert sich im Zusammenhang mit der Größe des Wohnortes und ist in der „Großstadt“ Potsdam nur unter 75,7 Prozent der „Alleinerziehenden“ verbreitet. Die Befragten in größeren Orten tendieren auch eher dazu, die Zeit mit ihren Kindern als „Persönliche Einschränkung“ zu erleben. Der Anteil der „Alleinerziehenden“, die dieser Aussage zustimmen, beträgt in „Landgemeinden“ 20,1 Prozent und in der „Großstadt“ 43,7 Prozent.

6.10 Zwischenfazit

Vor dem Hintergrund der hohen Alltagsbelastung von „Alleinerziehenden“ sind verlässliche Unterstützungsnetzwerke und -strukturen für eine gelingende Vereinbarkeit von Beruf und Familie unerlässlich. In Brandenburg können „Alleinerziehende“ insbesondere bei der „Pflege von Angehörigen“ und bei der „Betreuung und Versorgung der Kinder“ auf Unterstützungsnetzwerke zurückgreifen. Ähnlich wie bei den „Paarfamilien“ sind es auch hier vor allem die (Groß-)„Eltern und Verwandten“, die ihnen bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben zur Seite stehen. Selbst bei der Betreuung und Versorgung ihrer Kinder erhalten sie von ihnen mehr Hilfe als vom anderen „Elternteil des Kindes“. Auf die Hilfe des anderen Elternteils bei der Kinderbetreuung kann nur jede bzw. jeder sechste „Alleinerziehende“ zählen. Die überwiegende Mehrheit der „Alleinerziehenden“ ist meistens oder sogar immer allein für die Erledigung der „Hausarbeit“, der „Betreuung von Kindern“ und den „Besorgungen“ verantwortlich. Die alleinige Verantwortung bleibt auch dann unverändert bestehen, wenn „Alleinerziehende“ durch das Vorhandensein von Kleinkindern einen erhöhten Betreuungsaufwand aufbringen müssen oder wenn sie in einem größeren zeitlichen Umfang erwerbstätig sind.

Neben außerfamiliären und familiären Unterstützungsnetzwerken können „Alleinerziehende“ durch die Inanspruchnahme institutioneller Kinderbetreuung entlastet werden. Die Betreuungsquoten von Vorschul- und Grundschulkindern der „Alleinerziehenden“ liegen in etwa auf dem Niveau der „Paarfamilien“. Diese Übereinstimmung dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Betreuungsquote in „Paarfamilien“ im Land Brandenburg überdurchschnittlich hoch ist. Analog zu den Ergebnissen bei den „Paarfamilien“ variiert die Teilhabe- und Betreuungsquote der Vorschul- und Grundschulkindern mit dem Alter der Kinder: Sind die Vorschulkinder älter und die Grundschulkindern jünger, werden die Betreuungseinrichtungen häufiger in Anspruch genommen. Auch wenn „Alleinerziehende“ häufiger als „Paarfamilien“ vor Betreuungslücken stehen und dadurch ihre Kinder öfter und länger unbetreut zu Hause lassen, sind sie insgesamt mit der Betreuungssituation ähnlich zufrieden wie „Paarfamilien“. Die Zufriedenheit mit der Betreuungssituation ist im ländlichen Raum größer als in Städten.

Die durchschnittliche Anzahl der Stunden, die als „Familienzeit“ zur Verfügung stehen, unterscheidet sich bei „Alleinerziehenden“ und „Paarfamilien“ nicht. Anders verhält es sich mit der „Paarzeit“. Während die „Alleinerziehenden“ in der Woche häufiger als „Paarfamilien“ angeben, gar keine Zeit für ihre Partner bzw. Partnerinnen zu haben, verbringen sie mit ihnen am Wochenende mehr Zeit. Die Zufriedenheit mit der Partnerschaft ist dabei unabhängig von der „Paarzeit“.

Jedes zweite alleinerziehende Elternteil gibt an, ein „Schlechtes Gewissen“ zu haben, weil es sich eigentlich noch mehr um das Kind bzw. die Kinder kümmern müsste. Die Mehrheit nimmt die mit den Kindern verbrachte Zeit als „Ausgleich“ und „Abwechslung“ wahr. Jedes dritte Elternteil fühlt sich allerdings von seinem Kind bzw. seinen Kindern persönlich eingeschränkt. Ein schlechtes Gewissen und eine erlebte Einschränkung ist besonders bei „Alleinerziehenden“ mit Kleinkindern, mit einer Teilzeitstelle und in „Großstädten“ zu beobachten. Im Vergleich zu den „Paarfamilien“ erleben die „Alleinerziehenden“ deutlich häufiger die Notwendigkeit, sich aufgrund der Kinder finanziell einschränken zu müssen. Dies ist ein sich wiederholender Hinweis auf die schwierige finanzielle Situation der „Alleinerziehenden“.

7 Krisen- und Belastungserleben

Die letzten Jahre sind geprägt durch zahlreiche gesellschaftliche Krisen. Es gibt eine Vielzahl von Gründen, warum sich die Bevölkerung verunsichert und in ihrer Sicherheit bedroht fühlt¹⁰¹. Nach den Ergebnissen der Befragung „What Worries the World“¹⁰² und dem aktuellen Sicherheitsreport des IfD Allensbach¹⁰³ steht das Thema „Inflation und Preissteigerungen“ an der Spitze des Sorgenkatalogs¹⁰⁴.

7.1 Allgemeines Bedrohungsgefühl

Auch in Brandenburg wird die „Inflation (steigende Preise)“ von den meisten Personen als bedrohlich empfunden (88,0 %, siehe Abbildung 13). Ebenso sind die Bedrohungen, die vom „Ukraine-Krieg“ (77,6 %) und von der „Wachsenden Kluft zwischen Armen und Reichen“ (76,3 %) ausgehen, für die meisten Befragten spürbar. Themen wie „Arbeitslosigkeit“ (32,3 %) und die „Coronapandemie“ (25,1 %) beschäftigen die Familien im Land Brandenburg weniger.

Frauen empfinden alle Szenarien bedrohlicher als Männer. Besonders groß ist der Unterschied beim Bedrohungsgefühl durch „Terrorismus“ (Frauen: 59,3 %; Männer: 47,3 %). Von wirtschaftlichen Unsicherheiten wie „Inflation“, „Wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen“, „Steigende Staatsverschuldung“ sowie „Arbeitslosigkeit“ fühlen sich „Alleinerziehende“ stärker bedroht als „Paarfamilien“. Bei der „Arbeitslosigkeit“ ist der Unterschied mit rund zehn Prozentpunkten zwischen „Alleinerziehenden“ (29,9 %) und „Paarfamilien“ (40,3 %) am größten.

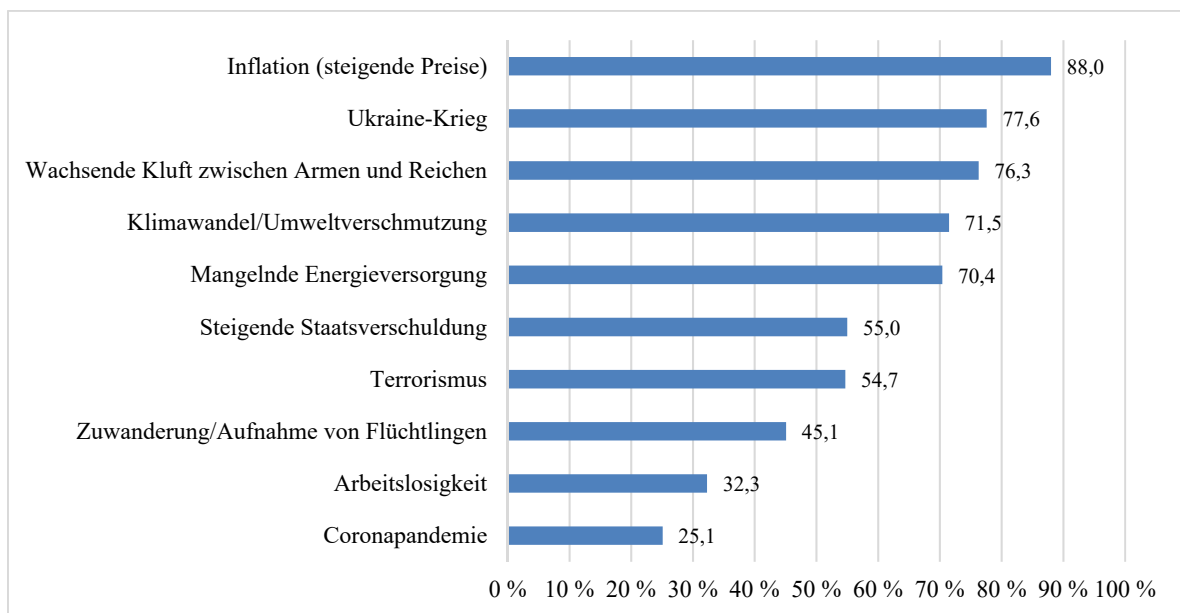


Abbildung 13: Bedrohungsgefühl in den verschiedenen Themenfeldern. Angaben in Prozent.

Anmerkung: Die Angaben für „Eher bedroht“ und „Sehr bedroht“ wurden zusammengefasst.

¹⁰¹ IfD, 2022b; Ipsos, 2023.

¹⁰² Ipsos, 2023.

¹⁰³ IfD, 2022b.

¹⁰⁴ Statista, 2024.

Unter den „Patchwork-Familien“ ist das Gefühl, durch die „Coronapandemie“, „Steigende Staatsverschuldung“, „Inflation“, „Mangelnde Energieversorgung“, „Zuwanderung“ und „Terrorismus“ bedroht zu sein, weiter verbreitet als unter „Kernfamilien“. Die größten Unterschiede zeigen sich bei „Zuwanderung/Aufnahme von Flüchtlingen“: 50,6 Prozent der „Patchwork-Familien“ und 39,9 Prozent der „Kernfamilien“ machen sich Sorgen in diesem Bereich.

Auch der Migrationshintergrund der Familien steht im Zusammenhang mit dem Bedrohungsgefühl in den unterschiedlichen Szenarien. „Familien ohne Migrationshintergrund“ machen sich mehr Sorgen um den „Klimawandel“, die „Steigende Staatsverschuldung“, die „Wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen“, die „Inflation“ sowie die „Zuwanderung“ als „Familien mit Migrationshintergrund“. „Familien mit Migrationshintergrund“ sehen sich hingegen weitaus häufiger von „Arbeitslosigkeit“¹⁰⁵ und den Folgen der „Coronapandemie“ bedroht.

Weiterhin variieren die Angaben stark zwischen den Wohnorten der Befragten. Familien, die im „Berliner Umland“ wohnen, fühlen sich stärker durch den „Klimawandel“ (77,2 %) und den „Ukraine-Krieg“ (80,4 %) bedroht als Familien im „Weiteren Metropolitanraum“ („Klimawandel“: 66,4 %; „Ukraine-Krieg“: 75,3 %). Bezüglich der anderen Szenarien hingegen ist das Bedrohungsgefühl bei den Familien aus dem „Weiteren Metropolitanraum“ ausgeprägter. Sie machen sich häufiger Sorgen über eine „Steigende Staatsverschuldung“, „Inflation“, „Arbeitslosigkeit“, „Terrorismus“ und „Zuwanderung“. Die größte Diskrepanz zeigt sich bei der „Zuwanderung“: Jede zweite Person (52,7 %) im „Weiteren Metropolitanraum“ Brandenburgs fühlt sich durch die „Zuwanderung“ bedroht. Im „Berliner Umland“ erleben 36,9 Prozent die „Zuwanderung“ als bedrohlich.

Die dargestellten regionalen Disparitäten im Bedrohungsleben der Familien zeigen sich noch stärker, wenn man das Bedrohungsgefühl im Zusammenhang mit der Wohnortgröße betrachtet (siehe Tabelle 11). Familien aus „Landgemeinden“ fühlen sich in vielen Bereichen stärker bedroht als Familien, die in der Stadt wohnen. Je kleiner der Ort, desto verbreiteter ist das Gefühl der Bedrohung durch „Arbeitslosigkeit“, „Steigende Staatsverschuldung“, „Inflation“ und „Mangelnde Energieversorgung“. Die größte Diskrepanz findet sich bei der Sorge vor „Zuwanderung“. Über die Hälfte der Familien, die in „Landgemeinden“ (53,9 %) wohnen, machen sich Gedanken über die Zuwanderung und die Aufnahme von Flüchtlingen; in den „Kleinstädten“ sind es 44,8 Prozent, in den „Mittelstädten“ 41,6 Prozent und in der „Großstadt“ nur 30,7 Prozent. Sorgen im Zusammenhang mit dem „Klimawandel“ machen sich hingegen häufiger Familien, die in städtischen Strukturen leben. Die Angst vor den Auswirkungen des „Ukraine-Krieges“ und die Sorge vor einer „Wachsenden Kluft zwischen Armen und Reichen“ bewegt allerorts (zum Teil über) drei Viertel der Familien. Die Coronapandemie hingegen hat ihren Schrecken flächendeckend eingeübt und beschäftigt nur noch rund ein Viertel der Familien im Land Brandenburg.

¹⁰⁵ Rund die Hälfte der „Familien mit Migrationshintergrund“ sorgen sich vor drohender „Arbeitslosigkeit“ (49,5 %). Bei den „Befragten ohne Migrationshintergrund“ sind es hingegen nur 28,7 Prozent.

Tabelle 11: Bedrohungsgefühl in den verschiedenen Themenfeldern nach Wohnortgröße. Angaben in Prozent.

Themenfelder	Wohnortgröße			
	Land- gemeinde	Kleinstadt	Mittelstadt	Großstadt
Inflation (steigende Preise)	90,2	88,6	86,6	82,6
Steigende Staatsverschuldung	61,0	54,2	52,8	47,1
Klimawandel/Umweltverschmutzung	66,4	71,0	73,2	81,9
Arbeitslosigkeit	37,1	31,0	31,6	24,3
Zuwanderung/Aufnahme von Flüchtlingen	53,9	44,8	41,6	30,7
Terrorismus	58,9	52,4	57,2	39,3
Mangelnde Energieversorgung	70,8	72,2	69,4	61,8
<i>Ukraine-Krieg</i>	<i>77,0</i>	<i>76,0</i>	<i>78,6</i>	<i>80,1</i>
<i>Wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen</i>	<i>76,5</i>	<i>77,3</i>	<i>75,5</i>	<i>74,7</i>
<i>Coronapandemie</i>	<i>27,1</i>	<i>24,7</i>	<i>24,1</i>	<i>23,1</i>

Anmerkung: Angaben für „Eher bedroht“ und „Sehr bedroht“ wurden zusammengefasst.

Anmerkung: Die Unterschiede in den Gruppen sind signifikant bis auf in den drei unteren, kursiv gesetzten Themenfeldern.

7.2 Sorgen im Kontext des Klimawandels

Mit Blick auf den Klimawandel fürchten die meisten Familien zukünftige „Katastrophen aufgrund extremer Wetterlagen“ (77,9 %, siehe Abbildung 14). Beinahe ebenso häufig machen sich die Befragten Gedanken darüber, in welchen „Umweltverhältnissen“ ihre Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen (75,7 %). Die zunehmenden „Gesundheitlichen Risiken“ für ihre Familie bewegen 67,7 Prozent der Familien. An letzter Stelle des Sorgenkatalogs, aber immer noch von mehr als jeder zweiten Person geteilt, steht die Befürchtung, dass die Politik zur Erreichung der Klimaziele das alltägliche Leben stark einschränken wird (55,3 %).

Während sich „Paarfamilien“ und „Alleinerziehende“ in ihren Sorgen bezüglich des Klimawandels kaum unterscheiden, machen sich die Frauen in allen Bereichen mehr Sorgen als die Männer. Der größte Unterschied zeigt sich mit zehn Prozentpunkten bei der Sorge um die „Gesundheitlichen Risiken“, die sich für die Familien ergeben (Frauen: 71,5 %; Männer: 62,4 %). „Patchwork-Familien“ sorgen sich mit 63,1 Prozent deutlich häufiger als „Kernfamilien“ (49,6 %), dass politische Maßnahmen den Alltag einschränken werden. Weiterhin lassen sich regionale Disparitäten feststellen: Die Sorgen vor „Extremen Wetterlagen“ und den „Schlechten Umweltverhältnissen für die nächste Generation“ sind im „Berliner Umland“ und in den Städten stärker verbreitet als auf dem Land. Dagegen ist die Sorge vor einer „Einschränkung des Alltags“ im „Weiteren Metropolenraum“ und in den „Landgemeinden“ ausgeprägter.

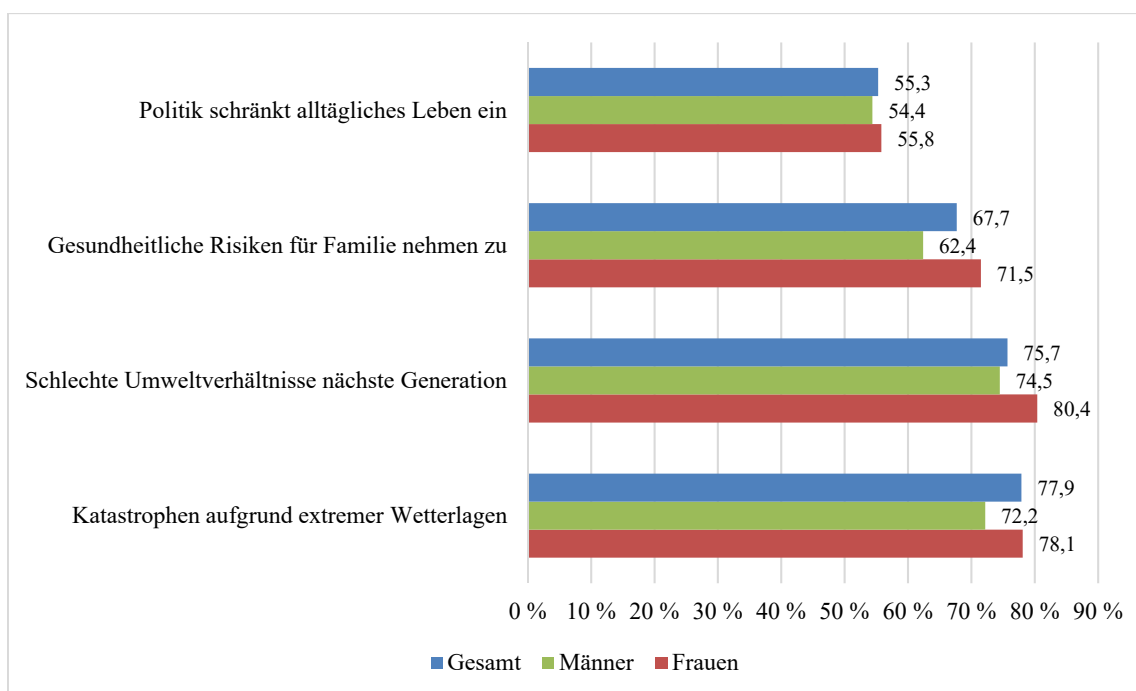


Abbildung 14: Sorgen vor dem Hintergrund des Klimawandels nach Geschlecht. Angaben in Prozent.
Anmerkung: Angaben für „Stimmt eher“ und „Stimmt völlig“ wurden zusammengefasst.

7.3 Sorgen im Kontext der Energiekrise

Zum Zeitpunkt der Befragung im Winter 2022/2023 sorgten sich die Befragten vor allem, dass die „Lebensmittelpreise“ weiter steigen werden (89,3 %, siehe Abbildung 15). An zweiter Stelle stand die Befürchtung, dass es aufgrund der Energiekrise zu „Gesellschaftlichen Konflikten“ kommt (77,2 %), und an dritter Stelle findet sich die Sorge, dass die „Heiz- und Stromkosten“ unbezahlbar werden (73,1 %). „Kurzarbeit“ und „Arbeitslosigkeit“ scheinen die Familien im Zusammenhang mit der Energiekrise kaum zu beunruhigen. Auch hier zeigen sich die Frauen besorgter als die Männer. Die größte Diskrepanz mit zwanzig Prozentpunkten besteht bei der Sorge, im Winter frieren zu müssen: Während 32,6 Prozent der Männer diese Sorge äußern, liegt der Anteil bei den Frauen bei 51,7 Prozent. „Alleinerziehende“ machen sich häufiger Sorgen als „Paarfamilien“, unter denen sich wiederum die „Patchwork-Familien“ häufiger vor negativen Konsequenzen der Energiekrise fürchten. Die Sorgen kreisen hier in erster Linie um die Bezahlbarkeit der „Heiz- und Stromkosten“. Bei der Differenzierung nach Migrationshintergrund zeigt sich erneut, dass sich Familien mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Familien ohne Migrationshintergrund häufiger Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen. Sie befürchten häufiger „Arbeitslosigkeit“ (32,5 %) und „Kurzarbeit“ (28,9 %) verglichen mit Familien ohne Migrationshintergrund („Arbeitslosigkeit“: 16,9 %; „Kurzarbeit“: 17,1 %). Darüber hinaus sind auch Ängste vor „Stromausfällen“ und „Mangelnder Gasversorgung“ bei Familien mit Migrationshintergrund etwas stärker ausgeprägt.

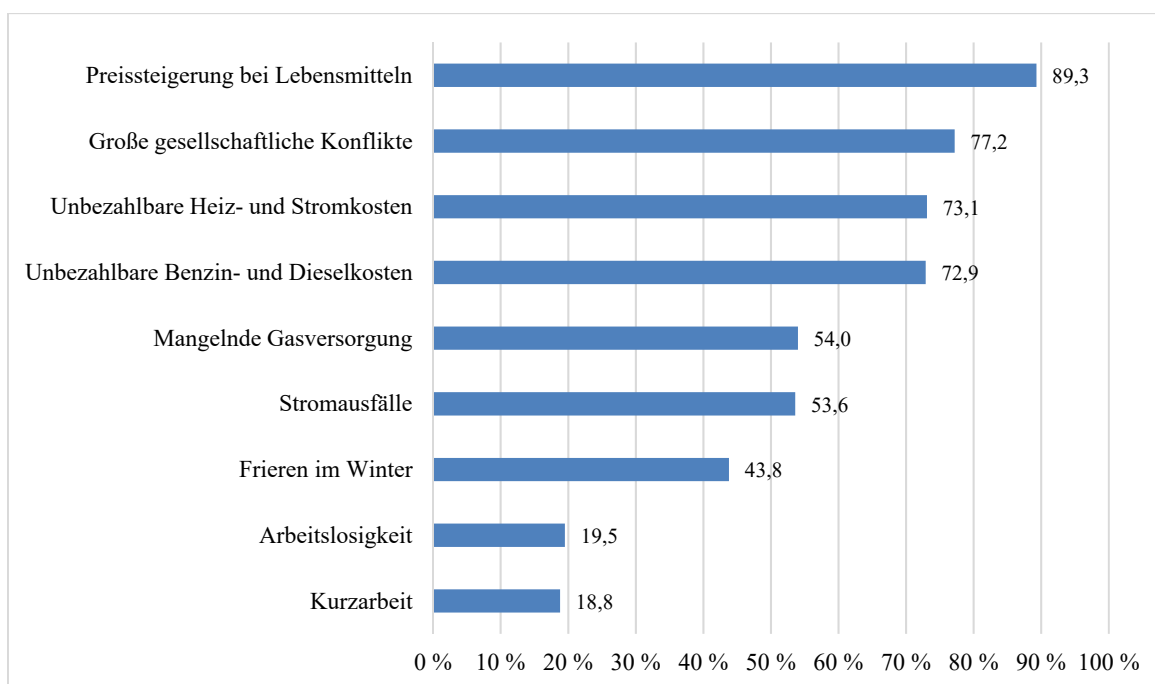


Abbildung 15: Sorgen im Kontext der Energiekrise. Angaben in Prozent.

Anmerkung: Angaben für „Stimmt eher“ und „Stimmt völlig“ wurden zusammengefasst.

Im Zusammenhang mit der Energiekrise sind die Familien im „Weiteren Metropolitanraum“ in allen Bereichen besorgter als die Familien im „Berliner Umland“. Der größte Unterschied besteht bei der Sorge, dass „Benzin und Diesel“ unbezahlbar werden.¹⁰⁶ Auch Familien aus „Landgemeinden“ sorgen sich deutlich häufiger vor steigenden „Benzin- und Dieselpreisen“ (81,4 %) als Familien aus der „Großstadt“ Potsdam (53,2 %).¹⁰⁷ Für Familien in „Landgemeinden“ kommt die Sorge hinzu, dass die „Strom- und Heizkosten“ (78,4 %) weiter steigen könnten. Diese Gedanken machen sich Familien in der „Großstadt“ Potsdam (56,8 %) deutlich seltener.

Die Sorgen vor möglichen Folgen der Energiekrise hängen sehr stark mit dem Einkommen zusammen, das den Familien zur Verfügung steht (siehe Abbildung 16). Unter Familien, die mit einem monatlichen Äquivalenzeinkommen von „Unter 1.500 €“ auskommen müssen, sind die finanziellen Sorgen am weitesten verbreitet. Die Angst vor „Preissteigerung bei den Lebensmitteln“, „Unbezahlbaren Heiz- und Stromkosten“ sowie „Unbezahlbaren Benzin- und Dieselpkosten“ ist sehr weit verbreitet. Die Sorge vor einer drohenden „Arbeitslosigkeit“ und „Kurzarbeit“, die unter Familien mit einem gewichteten Einkommen von „3.000 € und mehr“ fast nicht existent ist, bewegt in der Gruppe der Geringverdiener noch rund ein Drittel der Eltern.

¹⁰⁶ Ein Anteil von 79,1 Prozent der Familien im „Weiteren Metropolitanraum“ befürchtet bei „Benzin und Diesel“ weitere Preissteigerungen, im „Berliner Umland“ sind es 65,8 Prozent der Familien

¹⁰⁷ Hier spielt vermutlich die Tatsache eine Rolle, dass Familien im ländlichen Raum stärker auf das eigene Auto angewiesen sind als Familien, die in der Stadt leben.

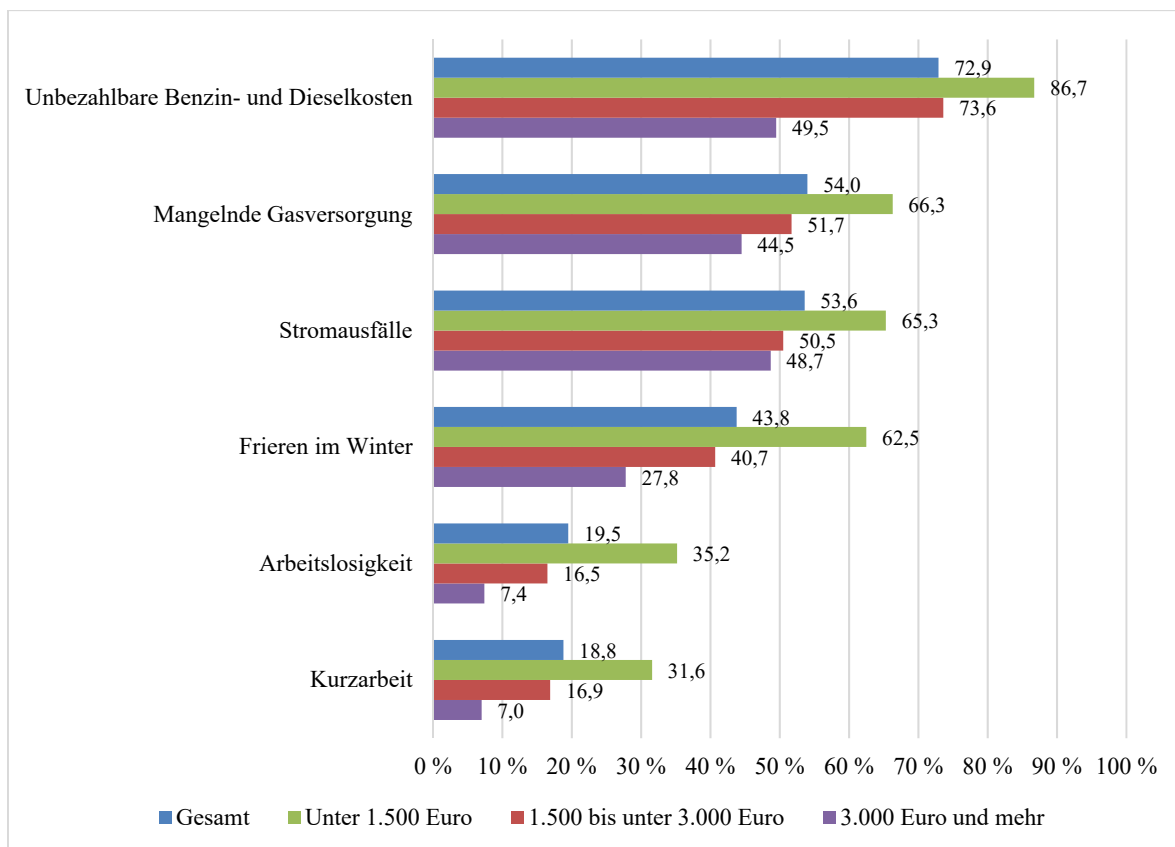


Abbildung 16: Sorgen im Kontext der Energiekrise nach Einkommensklassen. Angaben in Prozent.

Anmerkung: Angaben für „Stimmt eher“ und „Stimmt völlig“ wurden zusammengefasst.

7.4 Veränderungen durch die Krisen

In der „Familienbefragung Brandenburg“ wurde zusätzlich in einem offenen Antwortformat erhoben, welche konkreten Veränderungen die Befragten durch die aktuellen Krisen auf sich und ihre Familie zukommen sehen (siehe Tabelle 12). Am häufigsten wurden hier Einschränkungen des Lebensstandards genannt. Damit waren oft Einschränkungen beim Konsum allgemein und speziell beim Konsum von Luxusgütern gemeint. Weiterhin wurden Einsparungen beim Urlaub, bei der Freizeitgestaltung und im Kontext des Wohnens genannt. Viele Familien gingen zum Befragungszeitpunkt offenbar davon aus, dass es zu einem weiteren Anstieg der Lebenshaltungskosten und der Inflation kommen wird. Weiterhin wurde erwartet, dass Veränderungen durch finanzielle Probleme kommen werden wie bspw. die Abnahme oder das Aufbrauchen von Ersparnissen oder gar Verschuldung und Armut.

17,4 Prozent der Familien gingen davon aus, dass Einsparungen und ein achtsamer Umgang mit Ressourcen beispielsweise im Hinblick auf Geld, Energie oder die Erzeugung von Müll auf sie zukommen werden. Gesamtgesellschaftliche Veränderungen wie beispielsweise ein steigendes Konfliktpotenzial, Politikversagen, eine Demokratiegefährdung, gesellschaftliche Ausgrenzung oder ein wirtschaftlicher Niedergang wurden von 14,9 Prozent der Befragten als zu erwartende Veränderungen genannt. Einige Familien sahen für die Zukunft auch die Notwendigkeit, Alternativen z. B. bezüglich der Energieversorgung und der Mobilität zu entwickeln. Weiterhin wurden Veränderungen wie gesundheitliche Belastungen (Krankheiten, Stress, Ängste, Perspektivlosigkeit), Versorgungsknappheiten in Form von Lieferengpässen oder Strom- und Wassernot sowie eine fehlende medizinische Versorgung befürchtet. Relativ selten wurden Beeinträchtigungen der Bildungschancen und der Betreuungssituation

von Kindern sowie Auswirkungen des Klimawandels auf die Lebenssituation der Familie erwartet.

Tabelle 12: Veränderungen aufgrund der aktuellen Krisen.

Veränderungen	Prozent
Einschränkung des Lebensstandards	38,1
Anstieg Lebenshaltungskosten und Inflation	26,6
Veränderungen durch finanzielle Probleme	23,6
Einsparungen und achtsamer Umgang mit Ressourcen	17,4
Gesamtgesellschaftliche Veränderungen	14,9
Alternativen	7,7
Gesundheitliche Belastung	5,2
Versorgungsknappheit	5,0
Beeinträchtigung der Bildungschancen und Betreuungssituation	3,8
Auswirkungen des Klimawandels	2,6
<i>Sonstiges</i>	<i>4,0</i>

Anmerkung: Kategorisierung offener Antworten von 2.079 Befragten. Mehrfachnennungen waren möglich. Ungewichtete Daten.

7.5 Belastungserleben

Familien stehen täglich vor großen Herausforderungen bei der Organisation ihres Familienalltags. Die bisher dargestellten Ergebnisse der „Familienbefragung Brandenburg“ belegen, dass die Voraussetzungen für die Erfüllung der diversen Aufgaben bei den Familien im Land Brandenburg sehr unterschiedlich sind: Die familiären und institutionellen Unterstützungsstrukturen, die infrastrukturellen Rahmenbedingungen durch die räumliche Verortung von Wohnen, Arbeiten und Betreuen sowie die finanziellen Möglichkeiten, sich Hilfe einkaufen zu können, differieren erheblich.

Betrachtet man das Belastungserleben der Familien, fällt ein Befund positiv ins Auge (siehe Abbildung 17): Die „Versorgung und Betreuung von Kindern“ (32,5 %) ist das Aufgabenfeld, das am seltensten als Belastung erlebt wird, wenn man von den „Sonstigen Arbeiten“ (27,2 %) absieht. Es zeigt sich, dass die Eltern die größte Belastung durch ihre „Erwerbstätigkeit“ erfahren (61,6 %). Dabei sprechen besonders „Schichtarbeitende“ (67,2 %), „Wochenendarbeitende“ (66,6 %) sowie „Fernpendelnde“ (69,9 %) davon, „Eher belastet“ oder gar „Sehr belastet“ zu sein. Zwei weitere große Belastungsposten sind die „Hausarbeit“ und die „Versorgung und Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen [Pflege von Angehörigen]“. Über die Hälfte der Personen, die sich um zu pflegende Angehörige kümmern, empfindet das als große Belastung (51,5 %). Auch die „Hausarbeit“ (51,1 %) stellt für die Hälfte aller Befragten eine große Belastung dar. Deutlich weniger, und zwar 39 Prozent der Eltern, erleben die Erledigung von „Besorgungen (z. B. Einkäufe, Beschaffungen, Behördengänge)“ als belastend.

Vor dem Hintergrund, dass Frauen den Großteil der Haus- und Sorgearbeit übernehmen (siehe Kapitel 5.1), ist es nicht verwunderlich, dass ihr Belastungserleben in den Aufgabebereichen „Hausarbeit“ und „Besorgungen“ größer ist als das der Männer. Besonders deut-

lich wird der Unterschied bei der „Hausarbeit“: 61,4 Prozent der Frauen, aber nur 36,5 Prozent der Männer fühlen sich durch die „Hausarbeit“ belastet. Auch bei den „Besorgungen“ ist die Differenz mit 17 Prozentpunkten sehr groß. Unter den Männern hingegen ist der Anteil der Personen größer, die ihre „Erwerbstätigkeit“ als Belastung erleben (Männer: 64,4 %; Frauen: 58,6 %).

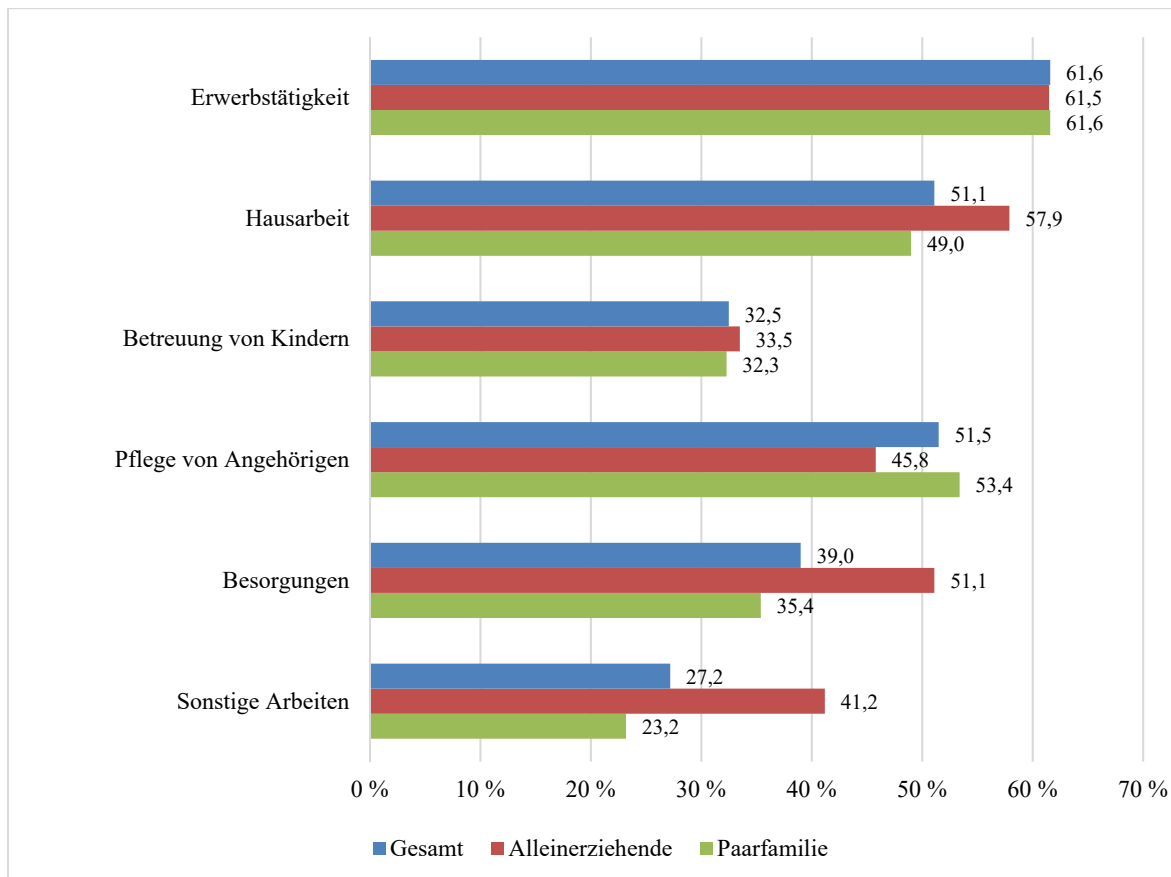


Abbildung 17: Belastungen in den verschiedenen Bereichen der Haus- und Sorgearbeit nach Familienform. Angaben in Prozent.

Anmerkung: Angaben für „Eher belastet“ und „Sehr belastet“ wurden zusammengefasst.

In Kapitel 6 wurde dargelegt, dass die „Alleinerziehenden“ viele der Aufgaben allein ohne Unterstützung durch Dritte erledigen müssen. Sehr erstaunlich ist vor diesem Hintergrund, dass sich das Belastungserleben der „Alleinerziehenden“ bei der „Erwerbstätigkeit“ und bei der „Betreuung von Kindern“ kaum von dem der „Paarfamilien“ unterscheidet (siehe Abbildung 17). In anderen Bereichen wiederum ist der Anteil der „Alleinerziehenden“, die sich „Eher belastet“ oder „Sehr belastet“ fühlen, deutlich größer als bei den „Paarfamilien“: Allen voran werden die „Hausarbeit“ (57,9 %) und die „Besorgungen“ (51,1 %) als Belastung erlebt. Unterschiede zeigen sich auch bei „Sonstigen Arbeiten“ und bei der „Pflege von Angehörigen“. Der Tatsache geschuldet, dass der Anteil der Frauen unter den „Alleinerziehenden“ sehr groß ist, belasten „Sonstige Arbeiten“ (41,2 %) hier stärker, als es bei den „Paarfamilien“ der Fall ist. Die „Pflege von Angehörigen“ (45,8 %) hingegen, bei der „Alleinerziehende“ häufiger Unterstützung von „Eltern und Verwandten“ bekommen als „Paarfamilien“, stellt eine geringere Belastung dar.

Das Belastungserleben in Folge von Haus- und Sorgearbeit steht im Zusammenhang mit der Kindersituation in den Familien. Unter den Familien mit U3-Kindern ist der Anteil der Eltern am größten, der sich durch die „Betreuung von Kindern“ und durch die „Hausarbeit“ belastet fühlt. Mit zunehmendem Alter der Kinder findet sich ein geringerer Anteil von belasteten

Eltern.¹⁰⁸ Auch die Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder steht im Zusammenhang mit dem Gefühl, durch die Haus- und Sorgearbeit belastet zu sein. Die Belastung durch die „Hausarbeit“ nimmt mit der Anzahl der Kinder zu („Ein Kind“: 47,3 %, „Zwei Kinder“: 52,7 %; „Drei oder mehr Kinder“: 53,1 %), ebenso wie die Belastung, die durch die „Betreuung von Kindern“ entsteht („Ein Kind“: 28,0 %; „Zwei Kinder“: 34,1 %; „Drei oder mehr Kinder“: 35,0 %). Auch die zusätzlich anfallenden „Sonstigen Arbeiten“ werden bei „Einem Kind“ (24,6 %) weniger belastend wahrgenommen als bei „Zwei Kindern“ (27,4 %) oder „Drei Kindern“ (30,1 %).

Bei „Vollzeit-Erwerbstätigen“ (64,8 %) ist der Anteil derer, die sich durch ihre Berufstätigkeit belastet fühlen, höher als bei „Teilzeit-Erwerbstätigen“ (56,9 %). Dieser Befund gilt für Männer und für Frauen. Die „Hausarbeit“ erleben in Teilzeit erwerbstätige Männer (43,6 %) belastender als in Vollzeit erwerbstätige Männer (35,2 %). Das mag daran liegen, dass Männer, die in Vollzeit arbeiten, zumindest in „Paarfamilien“ nur einen sehr geringen Anteil an der Arbeit im Haushalt übernehmen müssen (vgl. Kapitel 5.1). Bei den Frauen reduziert sich die Zuständigkeit für die anfallenden Arbeiten im Haushalt bei Vollerwerbstätigkeit nicht. Der Anteil der Frauen, die die „Hausarbeit“ als sehr belastend erleben, unterscheidet sich auch kaum in Abhängigkeit davon, ob sie teilzeiterwerbstätig (64,4 %) oder vollzeiterwerbstätig (62,6 %) sind.

Eltern, die nicht im Home-Office arbeiten, geben zu 31,4 Prozent an, dass sie die „Betreuung von Kindern“ belastet; bei Eltern im Home-Office beträgt der Anteil 38,8 Prozent.

Mit Blick auf potentielle regionale Disparitäten fällt auf, dass die „Betreuung von Kindern“ von den Eltern in „Potsdam“ (37,4 %) als belastender wahrgenommen wird als von Eltern in „Landgemeinden“ (27,1 %).

7.6 Veränderungen im Belastungserleben

Für die Mehrheit der Befragten haben sich die Belastungen im Berufs- und Familienleben seit Beginn der Coronapandemie kaum verändert (siehe Tabelle 13). Am wenigsten haben sich die Belastungen nach Ansicht der Befragten bei den „Sonstigen Arbeiten“ verändert (89,8 %). Auch im Zusammenhang mit der „Hausarbeit“ (81,9 %) und „Besorgungen“ (75,8 %) sind die Belastungen eher gleich geblieben. Von einer Zunahme der Belastungen sprechen die Eltern insbesondere bei der „Betreuung von Kindern“ (45,6 %) und bei der „Pflege von Angehörigen“ (44,6 %). Aber auch bei der „Erwerbstätigkeit“ berichten einige Eltern von einer Zunahme der Belastungen seit Beginn der Coronapandemie (38,5 %).

Frauen leiden etwas häufiger als Männer unter einer Zunahme der Belastungen in den Bereichen „Erwerbsarbeit“ (Frauen: 40,8 %; Männer: 35,7 %) und „Hausarbeit“ (18,2 %; Männer: 12,8 %). „Alleinerziehende“ sehen sich darüber hinaus auch bei „Besorgungen“ und „Sonstigen Arbeiten“ stärker belastet als vor der Pandemie. Der Befund, dass vor allem Frauen und Alleinerziehende von den Auswirkungen der Coronapandemie betroffen sind, deckt sich mit den Ergebnissen anderer Studien.¹⁰⁹

¹⁰⁸ In der Familienforschung spricht man auch von der „Rushhour im Familienzyklus“: Eltern mit Kleinkindern leiden besonders unter einer hohen Arbeitsbelastung (Bujard & Panova, 2014).

¹⁰⁹ Bertelsmann-Stiftung, 2021; Jessen, Spieß & Wrohlich, 2021.

Tabelle 13: Veränderungen der Belastungen durch Haus- und Sorgearbeit seit der Coronapandemie. Angaben in Prozent.

Aufgabenbereiche	Veränderungen der Belastungen		
	Abgenommen	Gleich geblieben	Zugenommen
Erwerbstätigkeit	5,7	55,9	38,5
Hausarbeit	2,1	81,9	15,9
Betreuung von Kindern	3,3	51,1	45,6
Pflege von Angehörigen	2,0	53,4	44,6
Besorgungen	3,0	75,8	21,2
Sonstige Arbeiten	2,7	89,8	7,5

7.7 Konflikte in der Familie

In Zeiten globaler Krisen ist die Zunahme innerfamiliärer Konflikte nicht ungewöhnlich. Laut kriminologischer Hellfelddaten stieg die Zahl der Opfer häuslicher Gewalt zwischen 2019 und 2020 an, die der Opfer von Partnerschaftsgewalt sogar bis 2021.¹¹⁰ Etwas ältere Studien¹¹¹ belegen, dass auch Kinder in Krisenzeiten einem erhöhten Gewaltisiko ausgesetzt sind.

Auch die Ergebnisse der „Familienbefragung Brandenburg“ weisen darauf hin, dass Krisen einen Einfluss auf das familiäre Zusammenleben haben. Insgesamt gab jedes vierte Elternteil (24,7 %) an, dass es aufgrund der Krisen vermehrt zu Konflikten in der Familie kommt. Der Anteil ist in den Familien erhöht, die sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden: In Familien mit einem Äquivalenzeinkommen von „Unter 1.500 €“ sprechen 33,1 Prozent von einer Zunahme der Konflikte, bei nicht-erwerbstätigen Eltern sind es 30,3 Prozent.

Für ein genaueres Bild von den innerfamiliären Konfliktsituationen wurde zusätzlich erhoben, wie häufig es in den letzten zwei Wochen vor der Befragung zu lautstarkem Streit oder einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen der befragten Person, dem Partner bzw. der Partnerin und dem Kind bzw. den Kindern gekommen ist (siehe Tabelle 15 und Tabelle 14). Ein Anteil von 67,0 Prozent der Befragten gab an, in den letzten zwei Wochen einen lautstarken Streit mit dem Kind bzw. einem der Kinder gehabt zu haben¹¹²; 37,4 Prozent hatten „Selten“, 23,5 Prozent „Manchmal“ und 6,1 Prozent „Oft“ gestritten. Frauen (70,1 %) berichteten häufiger von einer Streitsituation als Männer (62,8 %). Die Familienform spielt hier keine Rolle. Von den Personen, die in einer Partnerschaft leben¹¹³, gaben 53,5 Prozent an, dass es in den letzten zwei Wochen vor der Befragung zu einem lautstarken Streit zwischen Kind bzw. den Kindern und dem Partner bzw. der Partnerin gekommen ist.¹¹⁴ Tendenziell berichten die Befragten also eher von einer eigenen Konfliktsituation als von einem Konflikt zwischen Kind und Partner bzw. Partnerin.

¹¹⁰ Bundeskriminalamt [BKA], 2022. S. 17 & 22.

¹¹¹ Brooks-Gunn, Schneider & Waldfoegel, 2013; Schneider, Harknett & McLanahan, 2016.

¹¹² Die Prozentzahl ergibt sich aus der Summe der Anteile von den Antwortmöglichkeiten „Selten“, „Manchmal“ und „Oft“.

¹¹³ 88,0 Prozent der Befragten geben an, in einer festen Partnerschaft zu leben.

¹¹⁴ 35,5 Prozent geben an, dass ein Streit „Selten“ vorkam, 15,2 Prozent sprechen von „Manchmal“ und 2,8 Prozent von „Oft“.

Der Anteil der Befragten, die von körperlichen Auseinandersetzungen mit ihrem Kind bzw. ihren Kindern berichteten, ist viel geringer und dennoch nicht unbedeutend (siehe Tabelle 14). Die Frage, ob es in den letzten zwei Wochen vor der Befragung zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Kind bzw. den Kindern und der befragten Person gekommen ist, bejahen 5,9 Prozent. Etwas weniger Befragte erwähnen körperliche Auseinandersetzungen zwischen dem Kind und dem Partner bzw. der Partnerin (3,8 %).

Tabelle 14: Konfliktsituationen mit den Kindern in den letzten zwei Wochen. Angaben in Prozent.

	Nie	Selten	Manchmal	Oft
Lautstarker Streit				
Befragte/r und Kind	33,0	37,4	23,5	6,1
Partner/in und Kind	46,6	35,5	15,2	2,8
Körperliche Auseinandersetzung				
Befragte/r und Kind	94,1	4,8	0,9	0,2
Partner/in und Kind	96,3	2,9	0,6	0,2

Zusätzlich wurde im Rahmen der „Familienbefragung Brandenburg“ das Konfliktverhalten in den Partnerschaften untersucht (siehe Tabelle 15). 59,9 Prozent der Befragten, die in einer Partnerschaft leben, gaben an, dass es in den letzten zwei Wochen vor der Befragung zu lautstarken Auseinandersetzungen zwischen ihnen selbst und ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin gekommen ist. Den Angaben der Befragten zufolge gibt es demnach häufiger Streit bei der Kindererziehung als in der Partnerschaft. Frauen (61,8 %) berichten häufiger von einem lautstarken Streit als Männer (58,0 %). Auch körperliche Auseinandersetzungen sind nach Angaben der Befragten in der Partnerschaft etwas seltener als bei der Kindererziehung: 2,7 Prozent der Befragten gaben an, dass es in den letzten zwei Wochen vor der Befragung zu einer körperlichen Auseinandersetzung gekommen ist.

Tabelle 15: Konfliktsituationen in Paarbeziehungen in den letzten zwei Wochen. Angaben in Prozent.

	Nie	Selten	Manchmal	Oft
Lautstarker Streit	40,1	38,6	17,4	3,9
Körperliche Auseinandersetzung	97,3	2,2	0,4	0,1

7.8 Zwischenfazit

Krisen und gesellschaftliche Veränderungen wie die „Inflation“, der „Ukraine-Krieg“ oder die „Wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen“ werden von der Mehrheit der befragten Familien als bedrohlich wahrgenommen. Frauen erleben diese Bedrohung im Allgemeinen stärker als Männer (vor allem in Bezug auf „Terrorismus“). „Alleinerziehende“ und „Familien mit Migrationshintergrund“ sorgen sich im Vergleich häufiger vor „Arbeitslosigkeit“. Es zeigen sich deutliche regionale Unterschiede im Bedrohungsempfinden, wobei Familien aus dem „Berliner Umland“ vermehrt Sorgen bezüglich des „Klimawandels“ und des „Krieges in der Ukraine“ äußern, während für Befragte aus dem „Weiteren Metropolraum“ die „Zuwanderung“ im Vordergrund steht. Das Bedrohungsgefühl variiert zudem nach Wohnortgröße.

Angesichts der Energiekrise machen sich Familien vor allem um mögliche „Preissteigerungen bei Lebensmitteln“, „Gesellschaftliche Konflikte“ und „Unbezahlbare Heiz- und Strom-

kosten“ Sorgen. Frauen äußern dabei eine generell höhere Besorgnis als Männer, insbesondere bezüglich der Gefahr, „Im Winter frieren“ zu müssen. „Alleinerziehende“ und „Patchwork-Familien“ äußern sich ebenfalls häufiger besorgt, vor allem hinsichtlich der Bezahlbarkeit von „Heiz- und Stromkosten“. Die Familien im „Weiteren Metropolitanraum“ zeigen in allen Bereichen eine größere Besorgnis als Familien im „Berliner Umland“, besonders hinsichtlich „Unbezahlbarer Benzin- und Dieselpreise“. Die Sorgen vor den möglichen Folgen der Energiekrise hängen stark mit dem Einkommen zusammen.

Durch die aktuellen Krisen sehen die befragten Familien konkrete Veränderungen auf sich und ihre Familien zukommen, darunter steigende Lebenshaltungskosten, Einschränkungen des Lebensstandards sowie Einsparungen bei Konsum- und Luxusgütern, Urlaub, Freizeit und Wohnen.

Die „Erwerbstätigkeit“ wird insbesondere von Befragten, die „Schicht-“ oder „Wochenendarbeit“ leisten, sowie von „Fernpendlern“ als große Belastung empfunden. Die Belastung durch „Kinderbetreuung“ und „Hausarbeit“ ist bei Familien mit Kindern „Unter 3 Jahren“ am höchsten, nimmt aber mit zunehmendem Alter der Kinder ab. Besonders hoch ist die Belastung bei Frauen und „Alleinerziehenden“, vor allem seit Beginn der Coronapandemie. Auch die „Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger“ wird von Frauen als besonders belastend empfunden.

Fast ein Viertel der befragten brandenburgischen Familien gibt an, dass es durch die Krisen in der Familie vermehrt zu Konflikten gekommen sei. Dieser Aussage stimmen vermehrt Familien zu, die mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert sind.

Lautstarke Auseinandersetzungen sind relativ weit verbreitet, wobei Streitigkeiten in den Paarbeziehungen seltener vorkommen als Streitereien zwischen Eltern und Kindern. Von körperlichen Auseinandersetzungen wird deutlich seltener berichtet. Auch hier kommen Auseinandersetzungen zwischen Eltern und ihren Kindern häufiger vor als innerhalb der Partnerschaften.

8 Gesundheitliche Situation

Die gesundheitlichen Belastungen der Eltern in Deutschland haben laut einer Studie der AOK im Jahr 2022 im Vergleich zum Jahr 2018 zugenommen.¹¹⁵ Im Jahr 2018 wurde der eigene gesundheitliche Zustand von 76 Prozent der Eltern als „Gut“ oder „Sehr gut“ eingeschätzt. Im Jahr 2022 war dies nur noch bei 64 Prozent der Eltern der Fall. Die körperliche Belastung der Eltern ist von 6 auf 23 Prozent gestiegen, während sich die psychische Belastung um ganze 27 Prozent erhöht hat und im Jahr 2022 bei 34 Prozent lag.

Auch die Auswirkungen der Coronapandemie auf Kinder sind erheblich. Laut dem Abschlussbericht der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA) „Gesundheitliche Auswirkungen von Corona auf Kinder und Jugendliche“ der Bundesregierung im Jahr 2023 sind erhöhte psychische Belastungen, eine Zunahme von Depressionen und Angststörungen sowie das Auftreten von Lernrückständen und Bewegungsmangel bei Kindern zu beobachten.¹¹⁶ Besonders hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang die Rolle der sozialen Benachteiligung als Risikofaktor, der einen erheblichen Einfluss auf die Situation der betroffenen Kinder hat.

8.1 Auswirkung der Coronapandemie auf die Kinder

In der „Familienbefragung Brandenburg“ wurde erfragt, ob die Kinder mit negativen Auswirkungen der Coronapandemie zu kämpfen haben. Die am häufigsten genannten Belastungen sind „Exzessive Mediennutzung“ (36,2 %), gefolgt von „Lernrückständen“ (30,4 %) und „Abnahme der körperlichen Bewegung“ (24,8 %).¹¹⁷ Weiterhin sehen die Eltern ihre Kinder in Folge der Coronapandemie mit folgenden Problemen konfrontiert: „Probleme im Umgang mit Freunden/soziale Ausgrenzung“ (19,8 %), „Beeinträchtigung des psychischen Wohlbefindens“ (15,6 %), „Psychosomatische Beschwerden (z. B. Bauchschmerzen, Kopfschmerzen)“ (14,6 %), „Einschlafprobleme, Schlafstörungen“ (12,1 %) sowie „Gewichtszunahme, Essstörung“ (9,8 %, siehe Abbildung 18).

Teilt man die Familien in zwei Gruppen, unterschieden danach, ob ihre jüngsten Kinder unter oder über zwölf Jahre alt sind, zeigt sich, dass sich die Prävalenzraten in den Gruppen deutlich voneinander unterscheiden. Familien mit älteren Kindern berichten weit häufiger von negativen Auswirkungen der Coronapandemie als Familien mit jüngeren Kindern. Probleme wie „Exzessive Mediennutzung“ treten in mehr als der Hälfte der Haushalte mit Kindern auf, die „12 Jahre und älter“ sind. Von „Lernrückständen“ berichten 43,6 Prozent der Familien mit älteren Kindern und 26,6 Prozent der Familien mit jüngeren Kindern. Ältere Kinder haben zudem häufiger mit „Einschlafproblemen, Schlafstörungen“ zu kämpfen (siehe Abbildung 18).

¹¹⁵ An der Heiden, Ochmann & Bernhard, 2022.

¹¹⁶ Die Bundesregierung, 2023.

¹¹⁷ Die Befragten wurden gebeten, ihre Antworten auf einer vierstufigen Skala von „Trifft nicht zu“ über „Trifft eher nicht zu“ und „Trifft eher zu“ bis „Trifft völlig zu“ anzugeben. Für die Auswertung wurden die Antwortmöglichkeiten „Trifft eher zu“ und „Trifft völlig zu“ zusammengefasst.

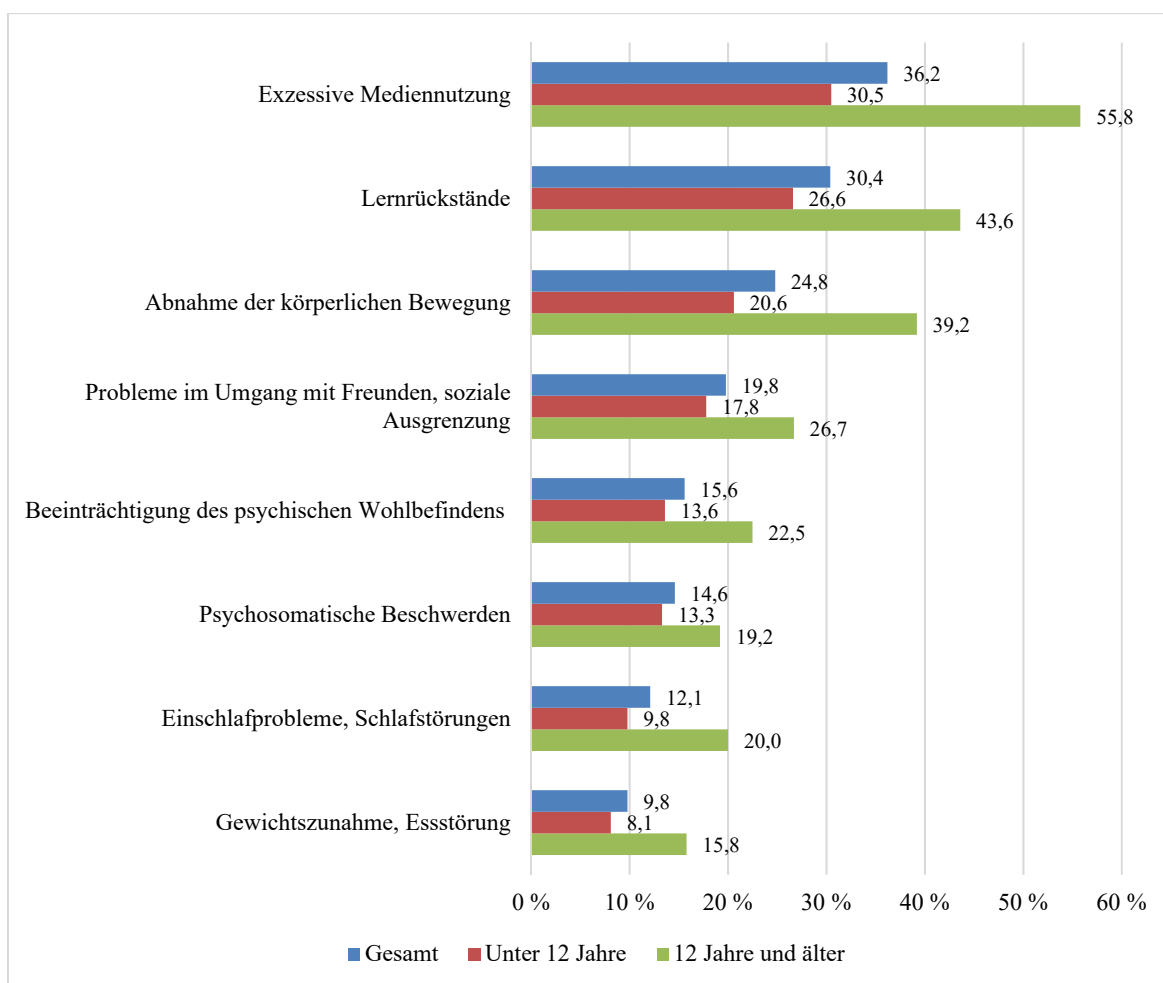


Abbildung 18: Negative Auswirkungen der Coronapandemie auf die Kinder nach Alter der Kinder. Angaben in Prozent.

Anmerkung: Die Angaben für „Trifft eher zu“ und „Trifft völlig zu“ wurden zusammengefasst.

Differenziert nach Familienform zeigt sich, dass „Alleinerziehende“ in allen Kategorien häufiger angeben, dass ihre Kinder unter Folgen der Coronapandemie leiden, als „Paarfamilien“. Während 45,1 Prozent der Kinder von „Alleinerziehenden“ exzessiv Medien nutzen, sind es bei den Kindern aus „Paarfamilien“ 33,5 Prozent. Auch hat bei jedem dritten Kind von „Alleinerziehenden“, aber nur bei jedem fünften Kind aus „Paarfamilien“ die körperliche Bewegung abgenommen. Von einer „Gewichtszunahme oder Essstörung“ berichten nur 8,2 Prozent der „Paarfamilien“, aber 15,3 Prozent der „Alleinerziehenden“. Besonders bedeutsam sind die Unterschiede bei den „Lernrückständen“ und der „Beeinträchtigung des psychischen Wohlbefindens“: Knapp 40 Prozent der „Alleinerziehenden“ glauben, dass ihre Kinder „Lernrückstände“ haben; bei den Eltern in „Paarfamilien“ gehen 27,6 Prozent davon aus. „Psychische Belastungen“ in Folge der Coronapandemie sehen 23,2 Prozent der „Alleinerziehenden“ bei ihren Kindern; in „Paarfamilien“ sind es 13,3 Prozent (siehe Abbildung 19).

Betrachtet man nur die „Paarfamilien“ für sich, so zeigt sich, dass Kinder aus „Patchwork-Familien“ von allen abgefragten Belastungen stärker betroffen sind als Kinder aus „Kernfamilien“. Der größte Unterschied zeigt sich bei den „Lernrückständen“. Kinder aus „Patchwork-Familien“ (34,7 %) sind hier verglichen mit Kindern aus „Kernfamilien“ (24,2 %) häufiger betroffen.

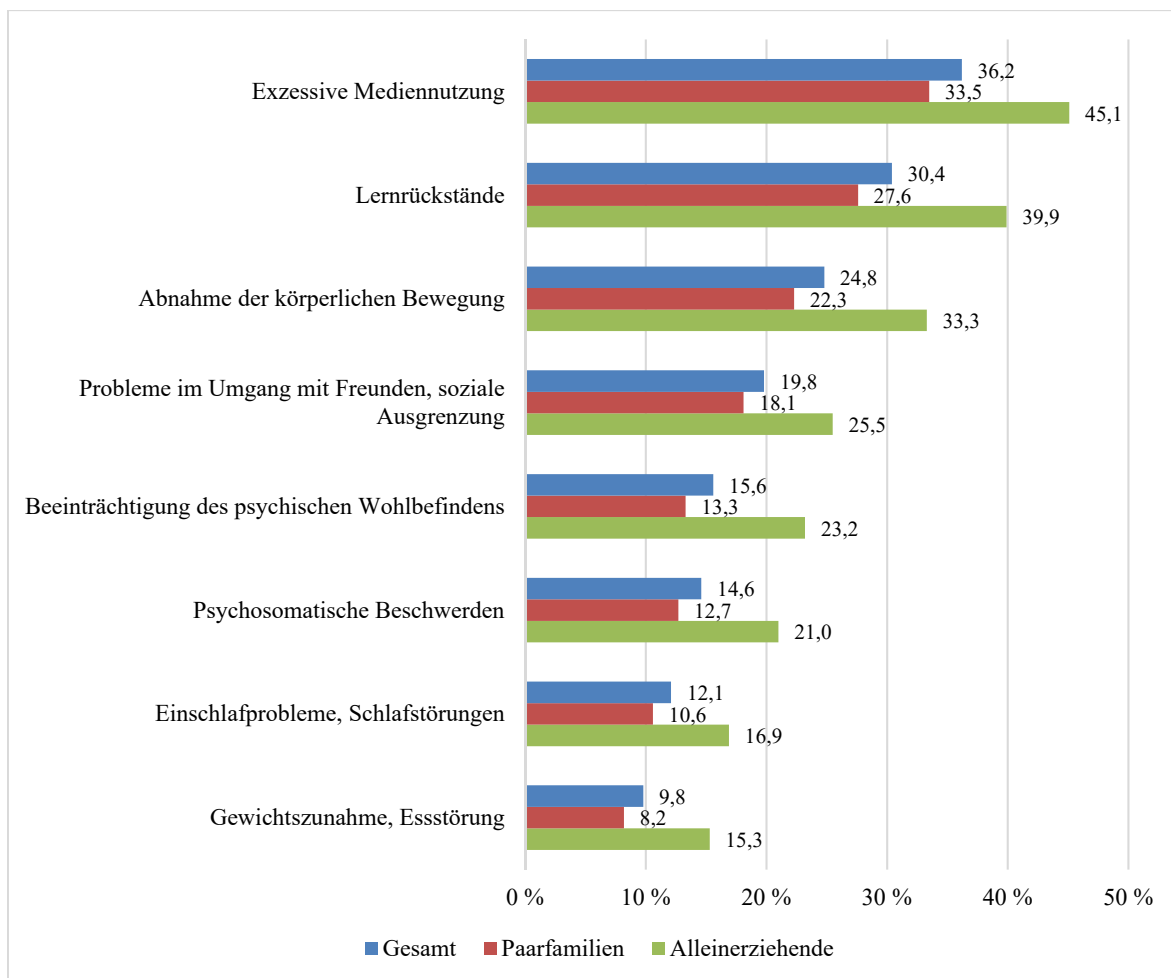


Abbildung 19: Negative Auswirkungen der Coronapandemie auf Kinder nach Familienform. Angaben in Prozent.

Anmerkung: Die Angaben für „Trifft eher zu“ und „Trifft völlig zu“ wurden zusammengefasst.

Bei einer Differenzierung nach dem Migrationshintergrund der Familien zeigen sich zwei Unterschiede: Auf der einen Seite sind Kinder aus „Familien mit Migrationshintergrund“ (23,8 %) laut ihren Eltern häufiger von sozialen „Problemen im Umgang mit Freunden/sozialer Ausgrenzung“ oder sozialer Isolation betroffen als Kinder aus „Familien ohne Migrationshintergrund“ (19,3 %). Auf der anderen Seite weisen Kinder aus „Familien ohne Migrationshintergrund“ (25,1 %) nach Angaben ihrer Eltern weniger „Lernrückstände“ auf als Kinder aus „Familien ohne Migrationshintergrund“ (31,2 %).

8.2 Körperliche Beschwerden der Eltern

Die Abfrage der körperlichen Beschwerden der Eltern orientierte sich an dem Gesundheitsfragebogen für Patienten (PHQ)¹¹⁸. Die Befragten sollten angeben, wie stark sie sich in den letzten vier Wochen durch verschiedene Beschwerden beeinträchtigt fühlten (siehe Abbildung 20).¹¹⁹

¹¹⁸ Löwe et al., 2002.

¹¹⁹ Die vier Antwortmöglichkeiten reichten dabei von „Nicht beeinträchtigt“ über „Eher nicht beeinträchtigt“ und „Eher beeinträchtigt“ bis „Sehr beeinträchtigt“. Für die Auswertung wurden die Antwortmöglichkeiten „Eher beeinträchtigt“ und „Sehr beeinträchtigt“ zusammengefasst.

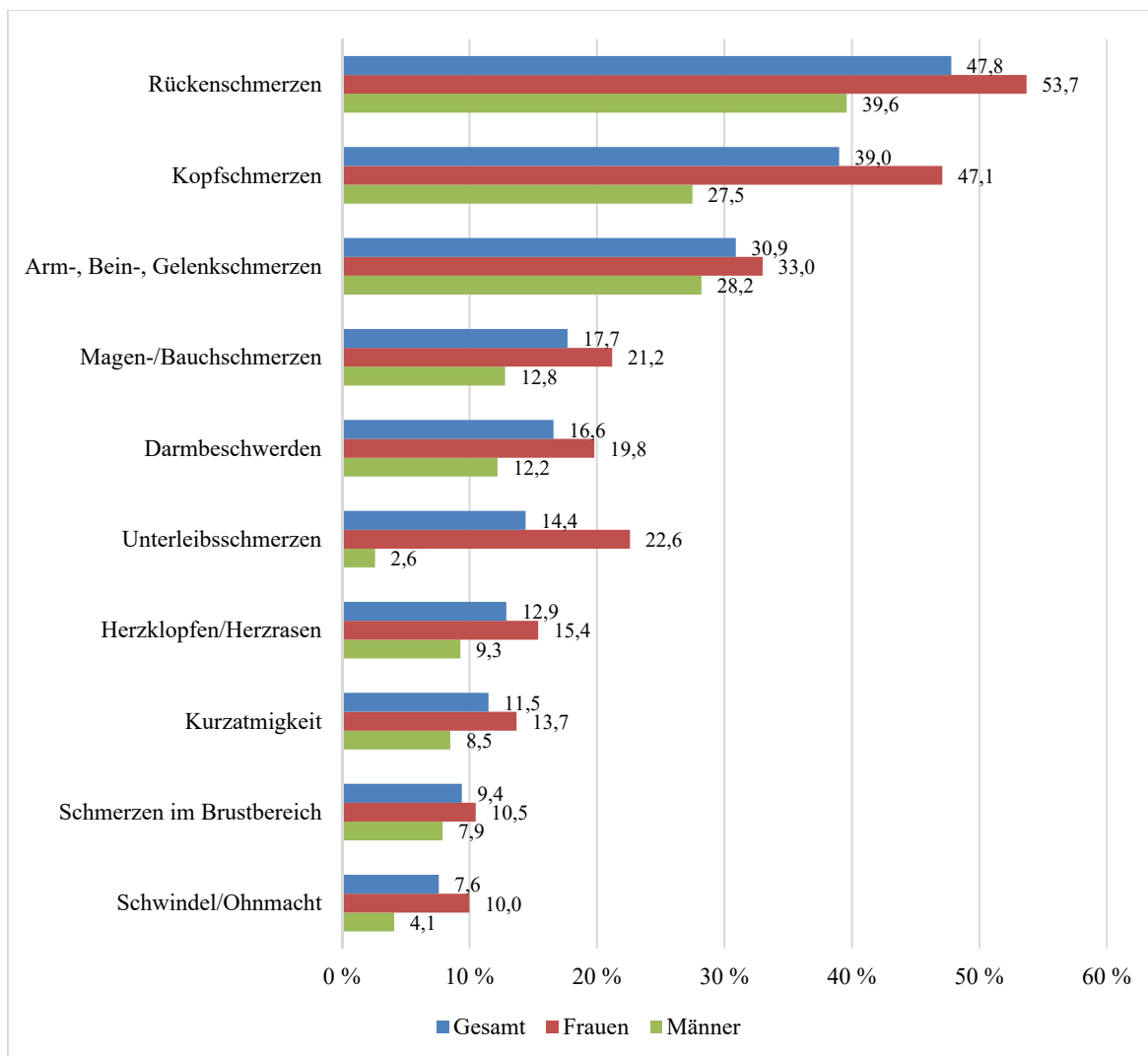


Abbildung 20: Körperliche Beschwerden nach Geschlecht. Angaben in Prozent.

Anmerkung: Angaben für „Eher beeinträchtigt“ und „Sehr beeinträchtigt“ wurden zusammengefasst.

Betrachtet man die unterschiedlichen Beschwerdearten für alle Eltern, zeigt sich, dass die häufigsten Beschwerdeformen „Rückenschmerzen“ (47,8 %), „Kopfschmerzen“ (39,0 %) und „Schmerzen in Armen, Beinen und Gelenken [Arm-, Bein-, Gelenkschmerzen]“ (30,9 %) darstellen. Beschwerden wie „Herzklopfen/-rasen“, „Kurzatmigkeit“, „Schmerzen im Brustbereich“ sowie „Schwindel“ treten, wenn man alle Eltern insgesamt betrachtet, nur selten auf. Unterscheidet man nach Geschlecht, zeigt sich, dass Frauen bezüglich aller Beschwerdeformen häufiger betroffen sind als Männer. Die größte Differenz findet sich – nach den frauentypischen „Unterleibsschmerzen“ – bei „Kopfschmerzen“. Aber auch „Rückenschmerzen“ treffen Frauen deutlich häufiger als Männer. Eine bedeutsame Mehrbelastung besteht zudem bei „Schwindel oder Ohnmacht“ sowie „Magen-/Bauchschmerzen“ (siehe Abbildung 20).

Differenziert nach Familienform ergibt sich, dass bei allen abgefragten Beschwerdebildern „Alleinerziehende“ stärker beeinträchtigt sind als Eltern in „Paarfamilien“. Bei der Betrachtung dieses Gruppenvergleiches ist zu beachten, dass der Frauenanteil unter den „Alleinerziehenden“ – in der Grundgesamtheit und in der Stichprobe – deutlich größer ist als unter den „Paarfamilien“. Die bedeutendsten Differenzen zeigen sich – neben „Unterleibsschmerzen“ – bei „Herzklopfen/-rasen“, „Schmerzen in Armen, Beinen und Gelenken“ sowie „Schmerzen im Brustbereich“ und „Kurzatmigkeit“ (siehe Abbildung 21).

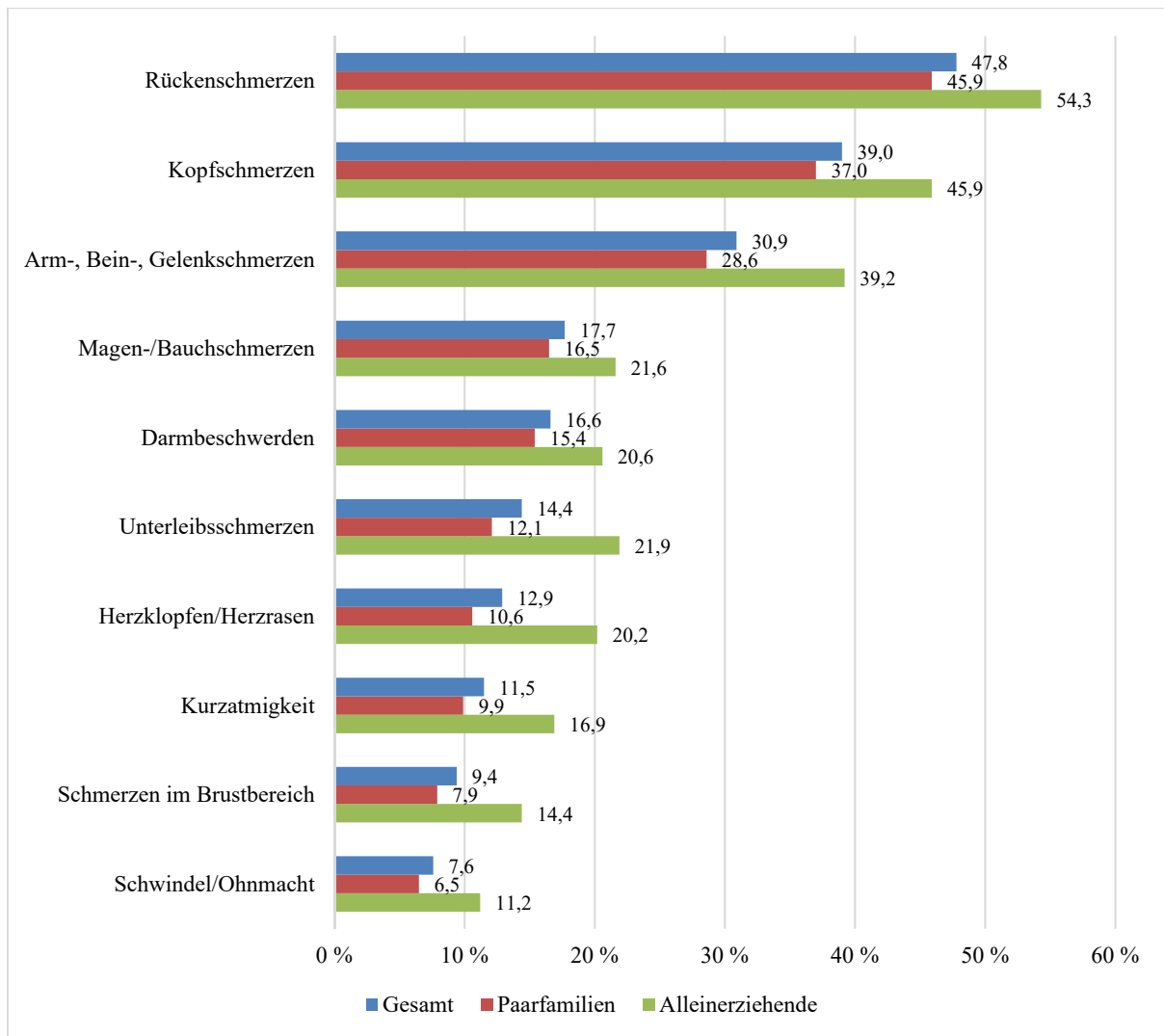


Abbildung 21: Körperliche Beschwerden nach Familienform. Angaben in Prozent.

Anmerkung: Angaben für „Eher beeinträchtigt“ und „Sehr beeinträchtigt“ wurden zusammengefasst.

Vergleicht man „Alleinerziehende Frauen“ und „Frauen in Paarfamilien“, zeigt sich, dass alle Beschwerdearten – mit Ausnahme von „Unterleibsschmerzen“ – bei „Alleinerziehenden Frauen“ häufiger auftreten. Besonders deutlich sind die Mehrbelastungen bei „Schmerzen in Armen, Beinen und Gelenken“, „Schmerzen im Brustbereich“ und „Herzklopfen/Herzrasen“.

Betrachtet man „Paarfamilien“ näher und unterscheidet hier nach Geschlecht, bestätigt sich die gesundheitliche Mehrbelastung von Frauen gegenüber Männern. Neben den frauentypischen „Unterleibsschmerzen“ leiden Frauen vor allem weit häufiger unter „Kopfschmerzen“ und „Rückenschmerzen“ als Männer. Eltern aus „Patchwork-Familien“ sind bei allen genannten Beschwerden stärker betroffen als Eltern aus „Kernfamilien“. Besonders ins Auge dabei fallen die Beschwerden „Unterleibsschmerzen“ sowie „Schmerzen in Armen, Beinen und Gelenken“. „Befragte mit Migrationshintergrund“ leiden etwas häufiger unter „Magen-/Bauchschmerzen“ sowie unter „Schwindel, Ohnmacht“ als „Befragte ohne Migrationshintergrund“.

Eine Betrachtung des Zusammenhangs von Arbeit und Gesundheit zeigt, dass die „Erwerbstätigen“ durchweg über eine bessere gesundheitliche Konstitution verfügen als die „Nicht-Erwerbstätigen“. Bedeutend schlechter geht es „Nicht-Erwerbstätigen“ bei „Rückenschmer-

zen“, „Schwindel/Ohnmacht“ und „Unterleibsschmerzen“. Die Mehrbelastung durch „Unterleibsschmerzen“ resultiert aus dem hohen Frauenanteil unter den „Nicht-Erwerbstätigen“. Die Alterseffekte in diesem Bereich sind minimal und können keine erhöhte Anfälligkeit für Krankheiten erklären.

Da davon auszugehen ist, dass Personen, die im Schichtdienst und/oder am Wochenende arbeiten, einer größeren körperlichen Belastung ausgesetzt sind, werden diese beiden Gruppen im Folgenden genauer betrachtet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass hier starke Überschneidungen bestehen: Von den „Schichtarbeitenden“ arbeiten 66,8 Prozent auch am Wochenende. Andersherum betrachtet sind von den Personen, die am Wochenende arbeiten müssen, 57,7 Prozent auch im Schichtdienst tätig. Es zeigt sich eine bedeutende Mehrbelastung der „Schichtarbeitenden“ bei „Rückenschmerzen“ und „Schmerzen in Armen, Beinen und Gelenken“. „Wochenendarbeitende“ leiden im Vergleich auch häufiger unter „Schmerzen in Armen, Beinen und Gelenken“. Weiterhin tritt bei ihnen häufiger „Herzklopfen/Herzrasen“ auf.

8.3 Psychische Belastungen der Eltern

Bei der Abfrage der psychischen Belastungen wurde sich ebenfalls an dem Gesundheitsfragebogen für Patienten (PHQ) orientiert.¹²⁰ Die Befragten wurden gebeten anzugeben, wie oft sie sich in den letzten zwei Wochen durch verschiedene Beschwerden beeinträchtigt fühlten (siehe Abbildung 22).¹²¹ Es zeigt sich, dass weit über die Hälfte der Befragten mit „Müdigkeit oder dem Gefühl, keine Energie zu haben [Müdigkeit]“ (61,4 %) zu kämpfen haben. Bei je über einem Drittel bestehen „Wenig Interesse und Freude an den üblichen Tätigkeiten [Wenig Interesse/Freude]“ (38,4 %) oder auch „Niedergeschlagenheit, Schwermut oder Hoffnungslosigkeit [Niedergeschlagenheit]“ (30,9 %). Ein Viertel der brandenburgischen Eltern quält das „Gefühl, versagt zu haben [Versagensgefühl]“ (25,4 %).

Betrachtet man Frauen und Männer im Vergleich, so zeigt sich, dass bei allen Beschwerdeformen Frauen häufiger angeben, in den letzten beiden Wochen „Manchmal“ oder „Oft“ beeinträchtigt gewesen zu sein als Männer. „Müdigkeit oder das Gefühl, keine Energie zu haben“ (Frauen: 69,1 %) sind unter den Müttern in Brandenburg sehr weit verbreitet (siehe Abbildung 22). In einem besonders bedeutenden Maße stärker belastet als die Männer sind die Frauen zudem bei dem „Gefühl, versagt zu haben“.

¹²⁰ In einer Studie aus dem Jahr 2017 wurden unter Anwendung dieses Instruments bei knapp 20 Prozent der Eltern mit Kindern bis zu drei Jahren Hinweise auf eine depressive oder ängstliche Symptomatik festgestellt. Solche psychischen Belastungen können für Familien eine große Herausforderung darstellen und die Eltern-Kind-Beziehung beeinflussen (Eickhorst, Fullerton und Schreier, 2017).

¹²¹ Die vier Antwortmöglichkeiten waren „Nie“, „Selten“, „Manchmal“ und „Oft“. Die Angaben für „Manchmal“ und „Oft“ wurden für die Analyse zusammengefasst.

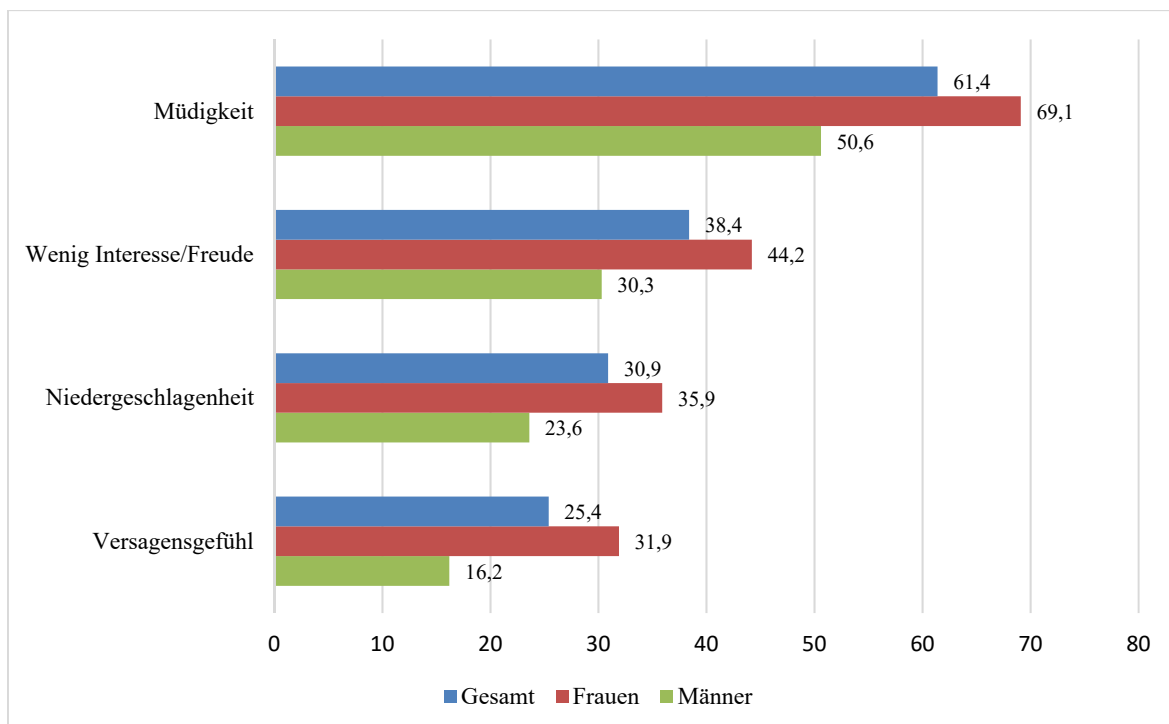


Abbildung 22: Psychische Beschwerden nach Geschlecht. Angaben in Prozent.

Anmerkung: Angaben für „Manchmal“ und „Oft“ wurden zusammengefasst.

Auch die Unterscheidung nach Familienform zeigt – noch stärker als bei den körperlichen Beschwerden – eine erhebliche Mehrbelastung der „Alleinerziehenden“ im Vergleich zu den Eltern in „Paarfamilien“ (siehe Abbildung 23). Neben der fast allgegenwärtigen „Müdigkeit oder dem Gefühl, keine Energie zu haben“ (72,5 %) sind unter den „Alleinerziehenden“ insbesondere „Wenig Interesse oder Freude an den üblichen Tätigkeiten“ (48,4 %) und „Niedergeschlagenheit, Schwermut oder Hoffnungslosigkeit“ (45,0 %) sehr weit verbreitet. Der größte Unterschied zwischen den „Alleinerziehenden“ und den Eltern in „Paarfamilien“ besteht bei „Niedergeschlagenheit, Schwermut oder Hoffnungslosigkeit“ und dem „Gefühl, versagt zu haben“.

Auch hier ist auf den hohen Frauenanteil unter den „Alleinerziehenden“ hinzuweisen. Betrachtet man nur die Frauen separat und unterscheidet nach Familienform, wird deutlich, dass „Alleinerziehende Frauen“ bei allen abgefragten Beschwerdeformen häufiger angeben betroffen zu sein als „Frauen in Paarfamilien“. Die bedeutsamsten Unterschiede sind – auch bei der reinen Betrachtung der Mütter – bei „Niedergeschlagenheit, Schwermut oder Hoffnungslosigkeit“ und dem „Gefühl, versagt zu haben“ auszumachen.

Legt man einen Fokus auf die „Paarfamilien“ und unterscheidet hier nach Geschlecht, bestätigt sich eine durchgängige Mehrbelastung der Frauen. In besonderem Maße stehen im Vergleich „Müdigkeit“ und das „Gefühl, versagt zu haben“ hervor: 66,6 Prozent der „Frauen in Paarfamilien“ berichten, „Manchmal“ oder „Oft“ unter Müdigkeit zu leiden. Unter den „Männern in Paarfamilien“ beträgt der Anteil 49,2 Prozent. Das „Gefühl, versagt zu haben“ begleitet 28,0 Prozent der „Frauen in Paarfamilien“ und nur 14,3 Prozent der „Männer in Paarfamilien“. Eltern aus „Patchwork-Familien“ sind bezüglich aller Beschwerden stärker belastet als Eltern aus „Kernfamilien“.

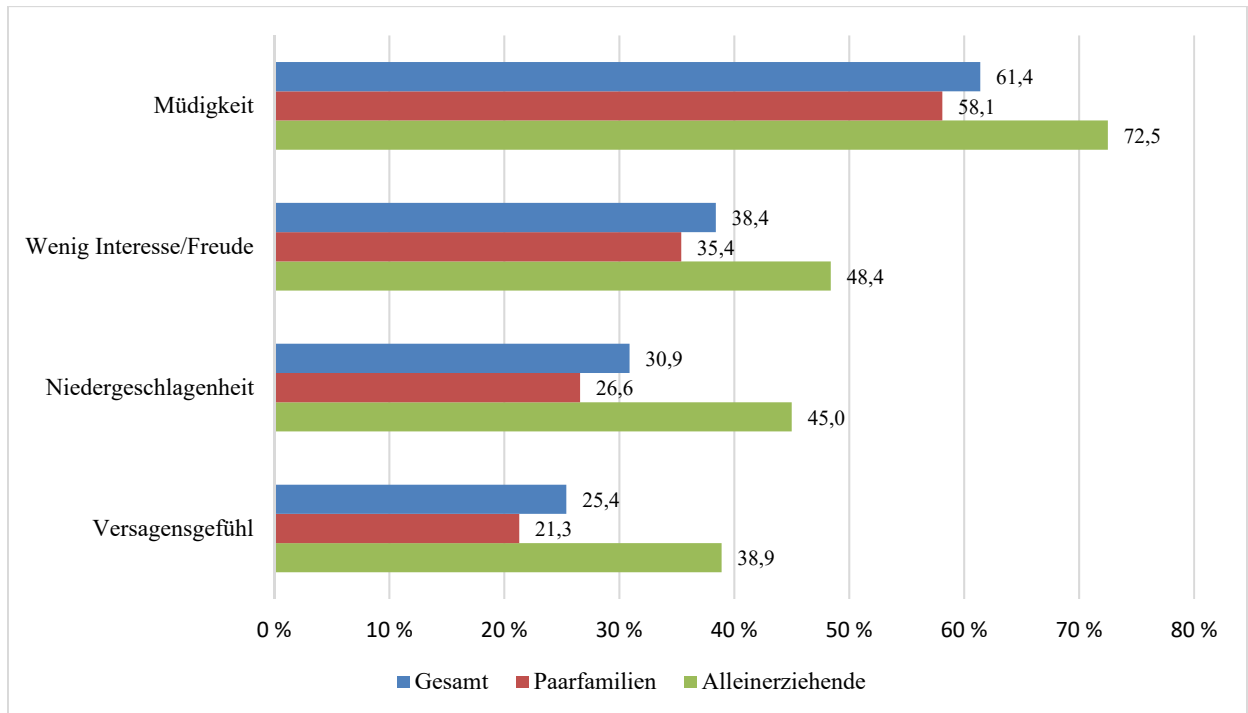


Abbildung 23: Psychische Beschwerden nach Familienform. Angaben in Prozent.

Anmerkung: Angaben für „Manchmal“ und „Oft“ wurden zusammengefasst.

Eine differenzierte Betrachtung nach Migrationshintergrund zeigt, dass es zwar nur geringe, aber signifikante Unterschiede zwischen Familien mit und ohne Migrationshintergrund gibt. „Befragte mit Migrationshintergrund“ berichten häufiger als „Befragte ohne Migrationshintergrund“ über „Wenig Interesse oder Freude an den üblichen Tätigkeiten“ und „Niedergeschlagenheit, Schwermut oder Hoffnungslosigkeit“.

Die Anzahl der Kinder im Haushalt, unterteilt in die drei Kategorien „Ein Kind“, „Zwei Kinder“ und „Drei oder mehr Kinder“, hat keinen berichtenswerten Einfluss auf das psychische Wohlbefinden der Eltern.

Ein Vergleich zwischen Personen, die aktiv erwerbstätig sind, und denen, die zurzeit keiner Erwerbsarbeit nachgehen, zeigt, dass die psychische Konstitution der „Erwerbstätigen“ durchgängig besser ist als die der „Nicht-Erwerbstätigen“. Wählt man die Gruppe der aktiv „Erwerbstätigen“ aus und betrachtet „Schichtarbeitende“ und „Wochenendarbeitende“ näher, dann fällt auf, dass in diesen Gruppen häufiger von „Niedergeschlagenheit, Schwermut oder Hoffnungslosigkeit“ berichtet wird als in den Gruppen der Eltern, die nicht im Schichtdienst oder Wochenenddienst tätig sind.¹²²

¹²² Die in Anlehnung an die "Depressivität"-Skala des Gesundheitsfragebogens für Patienten (PHQ) entwickelte Abfrage über die psychische Befindlichkeit ist in der hier vorliegenden Befragung eindimensional und lässt sich daher ähnlich wie die "Depressivität"-Skala auch als ein alle Beschwerdearten zusammenfassender Mittelwertindex verwenden. Ein Vergleich des auf diesem Wege ermittelten Depressivitätswertes zwischen den Gruppen bestätigt die Analyse auf Ebene der Einzelitems: „Alleinerziehende“ haben den höchsten Depressivitätswert, und er ist bedeutend höher als der von Eltern in „Paarfamilien“ (Cohen's d: 0.41); „Frauen“ haben einen bedeutend höheren Depressivitätswert als „Männer“ (Cohen's d: 0.42); „Nicht-Erwerbstätige“ haben einen höheren Depressivitätswert als „Erwerbstätige“ (Cohen's d: 0.20); die Mehrbelastung bei Schicht- und Wochenendarbeit ist zwar signifikant, aber weniger bedeutsam („Schicht vs. Nicht-Schicht“ Cohen's d: 0.14; „Wochenendarbeit vs. Keine Wochenendarbeit“ Cohen's d: 0.09).

8.4 Phasen der Regeneration

In Kapitel 8.3 wurde dargestellt, dass viele brandenburgische Eltern unter Schlafproblemen leiden: „Müdigkeit oder das Gefühl, keine Energie zu haben“, „Vermehrter Schlafbedarf“ und „Schwierigkeiten beim Ein- oder Durchschlafen“ sind sehr weit verbreitet. Es herrscht in der Fachwelt weitgehend Einigkeit darüber, dass Schlafprobleme bedeutende körperliche, seelische und gesellschaftliche Auswirkungen haben können.¹²³

Die Schlafdauer der Eltern im Land Brandenburg entspricht im Durchschnitt – Woche und Wochenende zusammengenommen – mit 7,0 Stunden genau dem bundesweiten Durchschnitt des üblichen elterlichen Nachtschlafs.¹²⁴ Im Folgenden wird die Schlafdauer der brandenburgischen Eltern unterschieden nach dem „Schlaf in der Woche“ und dem „Schlaf am Wochenende“, differenziert nach Geschlecht, Familienform, Anzahl der Kinder im Haushalt und besonderen Merkmalen der Erwerbstätigkeit (Schicht- und Wochenendarbeit) dargestellt.

In der Woche schlafen die Befragten im Durchschnitt rund 6,7 Stunden. „Frauen“ schlafen etwas mehr als „Männer“, „Paarfamilien“ ungefähr so lang wie „Alleinerziehende“, „Befragten mit Migrationshintergrund“ etwas länger als „Befragten ohne Migrationshintergrund“ und aktiv „Erwerbstätige“ so lang wie „Nicht-Erwerbstätige“. Bedeutsame Unterschiede finden sich bei den „Schichtarbeitenden“: Sie schlafen mit 6,4 Stunden deutlich weniger als Erwerbstätige, die nicht im Schichtdienst tätig sind (6,7 Stunden). Gleiches gilt für Personen, die angeben, auch am Wochenende zu arbeiten. Die Schlafdauer ist auch hier (6,5 Stunden) kürzer als bei Personen, die nicht am Wochenende arbeiten (6,7 Stunden).

Betrachtet man die Schlafdauer der Eltern in Abhängigkeit von der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder, zeigt sich, dass die Schlafdauer mit der Anzahl der Kinder abnimmt.¹²⁵ Zwischen einem und zwei Kindern ist der Unterschied nicht signifikant. Danach bringt jedes weitere Kind weniger Nachtschlaf mit sich. Das Alter des jüngsten Kindes hat hingegen keinen Einfluss auf die Schlafdauer der Eltern in der Woche.

Am Wochenende schlafen die Befragten erwartungsgemäß etwas mehr als in der Woche, und zwar genau eine Stunde länger. Die durchschnittliche Schlafdauer am Wochenende beträgt somit 7,7 Stunden. „Frauen“ schlafen am Wochenende in etwa so lange wie „Männer“, „Alleinerziehende“ so lange wie Eltern in „Paarfamilien“ und „Befragte mit Migrationshintergrund“ etwas mehr als „Befragte ohne Migrationshintergrund“. Im Gegensatz zu Tagen in der Woche schlafen die aktiv „Erwerbstätigen“ (7,7 Stunden) am Wochenende länger als die „Nicht-Erwerbstätigen“ (7,5 Stunden). Das trifft jedoch nur auf die Erwerbstätigen zu, die nicht im Schicht- oder Wochenenddienst arbeiten müssen. „Schichtarbeitende“ schlafen im Schnitt 7,5 Stunden und „Wochenendarbeitende“ 7,6 Stunden. Bei beiden Gruppen unterscheidet sich die Schlafdauer von der Gruppe der Personen, die nicht im Schicht- bzw. Wochenenddienst tätig sind (7,7 Stunden).

Die Schlafdauer der Eltern in Abhängigkeit von der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder unterscheidet sich bei der Schlafdauer am Wochenende nur bedingt. Signifikant kürzer wird der Schlaf am Wochenende erst ab vier Kindern. Auch das Alter des jüngsten Kindes hat nur einen geringen Einfluss auf die Schlafdauer der Eltern am Wochenende.

¹²³ Kneifel, 2016.

¹²⁴ Richter et al., 2019, S. 3.

¹²⁵ In dieser Analyse wird unterschieden zwischen „Ein Kind“, „Zwei Kinder“, „Drei Kinder“ und „Vier oder mehr Kinder“.

Analysen im Rahmen der „Familienbefragung Brandenburg“ zeigen, dass die Schlafdauer einen positiven Einfluss auf das psychische Befinden hat. Dabei kommt dem Schlaf in der Woche eine größere Bedeutung zu als dem Schlaf am Wochenende.¹²⁶ Neben dem Nachtschlaf wird auch der Zeit, die man für sich allein hat („Me-Time“), erholsame Wirkung nachgesagt. Im Durchschnitt stehen den Eltern 3,3 Stunden pro Woche für eigene Freizeitaktivitäten zur Verfügung. Ein Anteil von 29,0 Prozent gibt an, in der Woche gar keine Zeit für sich zu haben.

Differenziert nach Geschlecht zeigt sich, dass Männer (3,6 Stunden) in der Woche mehr „Me-Time“ zur Verfügung haben als Frauen (3,0 Stunden). Unterscheidet man nach Familienform, so zeigen sich Unterschiede in der „Me-Time“ zwischen „Paarfamilien“ (3,0 Stunden) und „Alleinerziehenden“ (4,1 Stunden). Alleinerziehende geben an, in der Woche durchschnittlich eine Stunde mehr Zeit für sich allein zu haben als Befragte aus „Paarfamilien“.

Kein Unterschied in der Dauer der „Me-Time“ besteht zwischen „Patchwork-Familien“ und „Kernfamilien“. Unterschiede zeigen sich hingegen zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund. Während „Befragte mit Migrationshintergrund“ durchschnittlich 3,8 Stunden „Me-Time“ pro Woche haben, sind es bei den „Befragten ohne Migrationshintergrund“ nur 3,2 Stunden. Auch die Anzahl der Kinder hat einen Einfluss auf die „Me-Time“: Je mehr Kinder im Haushalt leben, desto weniger Zeit haben die Befragten für sich allein. Eltern mit „Einem Kind“ haben im Durchschnitt 54 Minuten mehr Zeit für sich allein als Eltern mit „Zwei Kindern“ und eine Stunde mehr als Eltern mit „Drei oder mehr Kindern“.¹²⁷ Während zwischen Befragten mit „Einem Kind“ und Befragten mit zwei oder mehr Kindern ein deutlicher Unterschied in der „Me-Time“ besteht, sind die Unterschiede zwischen den Befragten mit „Zwei Kindern“ und den Befragten mit „Drei oder mehr Kindern“ eher gering.

Das Alter des jüngsten Kindes hat erwartungsgemäß einen Einfluss auf die Dauer der „Me-Time“ der Eltern. Eltern mit Kindern „Unter 3 Jahren“ oder „Zwischen 3 und 5 Jahren“ haben durchschnittlich 2,7 Stunden „Me-Time“ in der Woche zur Verfügung. Sind die Kinder der Befragten „Zwischen 6 und 9 Jahre“ alt, nimmt die Zeit für individuelle Freizeitaktivitäten auf 2,9 Stunden zu. Bei den Eltern der „10- bis 11-Jährigen“ beträgt die Dauer der „Me-Time“ 3,5 Stunden und bei den Eltern der „12- bis 15-Jährigen“ 4,3 Stunden. Eltern von „16- bis 17-jährigen“ Kindern stehen durchschnittlich 5,5 Stunden in der Woche für persönliche Freizeitaktivitäten zur Verfügung.

Wird das Wochenende im Zusammenhang mit der „Me-Time“ betrachtet, so zeigt sich, dass die Befragten an Samstagen und Sonntagen durchschnittlich 2,9 Stunden persönliche Freizeit zur Verfügung haben. Andererseits gibt fast ein Drittel der Befragten (31,0 %) an, am Wochenende überhaupt keine Zeit für sich zu haben. Zudem zeigt sich ein Geschlechterunterschied, da Männer (3,1 Stunden) mehr persönliche Freizeit am Wochenende angeben als Frauen (2,7 Stunden). Differenziert nach Familienform zeigt sich, dass „Alleinerziehende“ (4,2 Stunden) signifikant mehr „Me-Time“ am Wochenende haben als „Paarfamilien“ (2,5 Stunden). Vergleicht man innerhalb der „Paarfamilien“ „Patchwork-Familien“ mit „Kernfamilien“, so zeigen sich keine Unterschiede in der Dauer der verfügbaren „Me-Time“. Auch zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund gibt es keine Unterschiede.

¹²⁶ Es besteht ein signifikanter Einfluss von „Schlafdauer“ auf die „Psychischen Beschwerden“. Die Schlafdauer kann jedoch natürlich nur einen kleinen Teil der Existenz psychischer Beschwerden erklären. Der Schlaf in der Woche hat einen größeren Einfluss als der Schlaf am Wochenende.

¹²⁷ „Ein Kind“: 3,9 Std., „Zwei Kinder“: 3,0 Std., „Drei oder mehr Kinder“: 2,9 Std.

Betrachtet man die „Me-Time“ in Anhängigkeit von der Anzahl der Kinder im Haushalt, wird deutlich, dass die persönliche Freizeit auch am Wochenende mit steigender Kinderzahl abnimmt. Befragte mit „Einem Kind“ haben durchschnittlich 3,5 Stunden Zeit für sich, während Befragte mit „Zwei Kindern“ 2,7 Stunden und Befragte mit „Drei und mehr Kindern“ 2,4 Stunden persönliche Freizeit angeben. Ein weiterer wichtiger Faktor ist das Alter des jüngsten Kindes. Erwartungsgemäß zeigt sich: Je älter die Kinder, desto mehr freie Zeit haben die Eltern. Befragte mit Kindern „Unter 3 Jahren“ haben durchschnittlich 1,9 Stunden „Me-Time“ am Wochenende. Eltern mit Kindern im Alter von „3 bis 5 Jahren“ haben 2,3 Stunden für sich. Bei den Eltern der „6- bis 9-Jährigen“ sind es 2,5 Stunden und bei den Eltern von „10- bis 11-Jährigen“ 3,2 Stunden. Eltern von „12- bis 15-Jährigen“ steht 4,4 Stunden „Me-Time“ zur Verfügung, und bei den „16- bis 17-Jährigen“ haben die Eltern durchschnittlich sogar 5,7 Stunden Freizeit.

8.5 Zufriedenheit mit der gesundheitlichen Situation

Trotz der zum Teil massiven gesundheitlichen und psychischen Belastungen ist die allgemeine Zufriedenheit mit der gesundheitlichen Situation unter den befragten Eltern im Land Brandenburg vergleichbar hoch. Zwei Drittel der Befragten geben an, „Eher zufrieden“ oder „Sehr zufrieden“ zu sein. Gut ein Drittel (33,4 %) hadert demnach mit seinem Gesundheitszustand und ist „Eher nicht zufrieden“ oder „Gar nicht zufrieden“ (siehe Abbildung 24).¹²⁸

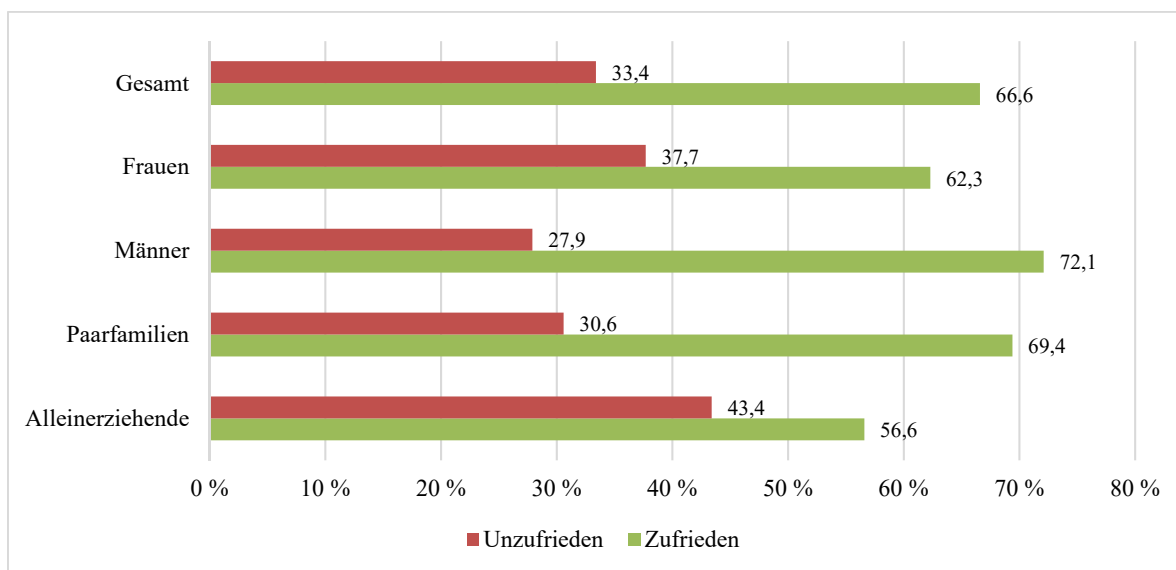


Abbildung 24: Zufriedenheit mit der gesundheitlichen Situation nach Geschlecht und Familienform. Angaben in Prozent.

Der Anteil der gesundheitlich unzufriedenen Eltern ist unter den „Frauen“ größer (37,7 %) als unter den „Männern“ (27,9 %) und bei den „Alleinerziehenden“ deutlich größer (43,4 %) als bei den Eltern in „Paarfamilien“ (30,6 %). Differenziert man nach Frauen und Männern in diesen beiden Familienformen, so zeigt sich, dass ein bedeutender Unterschied bei der Unzufriedenheit mit der gesundheitlichen Situation zwischen alleinerziehenden Frauen (44,3 %) und Frauen in „Paarfamilien“ (34,5 %) besteht. Alleinerziehende Männer sind ebenfalls deutlich unzufriedener (39,1 %) mit ihrer Gesundheit als Männer in „Paarfamilien“

¹²⁸ Die Befragten wurden gebeten, ihre Antworten auf einer vierstufigen Skala von „Gar nicht zufrieden“ und „Eher nicht zufrieden“ über „Eher zufrieden“ bis „Sehr zufrieden“ anzugeben. Für die Analyse wurden die Antwortmöglichkeiten zu zwei Kategorien zusammengefasst: „Unzufrieden“ und „Zufrieden“.

(26,8 %). Unter den „Paarfamilien“ sind zudem „Patchwork-Familien“ (35,5 %) unzufriedener als „Kernfamilien“ (28,2 %). Zwischen „Familien mit Migrationshintergrund“ und „Familien ohne Migrationshintergrund“ gibt es hingegen keine signifikanten Unterschiede. Es finden sich zudem keine Unterschiede bei der gesundheitlichen Zufriedenheit in Bezug auf das Alter oder die Anzahl der Kinder sowie der regionalen Verortung oder der Größe des Wohnortes.

Die gesundheitliche Zufriedenheit unterscheidet sich zwischen den unterschiedlichen Einkommensklassen auf Basis des Äquivalenzeinkommens. Familien mit einem gewichteten Einkommen „Unter 1.500 Euro“ (43,9 %) sind deutlich unzufriedener als Familien mit einem Einkommen von „1.500 bis unter 3.000 €“ (31,4 %) und Familien mit einem Einkommen von „3.000 Euro und mehr“ (25,1 %). Den größten Effekt auf die Zufriedenheit mit der Gesundheit haben erwartungsgemäß das (selbstberichtete) körperliche und psychische Befinden der Befragten.

8.6 Zwischenfazit

Die Auswirkungen der Coronapandemie auf Kinder erstrecken sich von exzessiver Mediennutzung, Lernrückständen und Bewegungsmangel bis hin zu sozialen und psychischen Problemen. Ältere Kinder, Kinder von „Alleinerziehenden“ und Kinder aus „Patchwork-Familien“ leiden häufiger unter den Folgen der Pandemie als jüngere Kinder, Kinder aus „Paarfamilien“ oder aus „Kernfamilien“.

Die befragten Eltern haben mit diversen gesundheitlichen Problemen zu kämpfen. Im somatischen Bereich sind es vor allem Rücken-, Kopf-, Glieder- und Gelenkschmerzen, die den Eltern Probleme bereiten. Bei den psychischen Beschwerden dominiert die Müdigkeit, aber auch Symptome wie „Wenig Interesse und Freude an den üblichen Tätigkeiten“, „Niedergeschlagenheit, Schwermut oder Hoffnungslosigkeit“ und das „Gefühl, versagt zu haben werden von je über einem Viertel der brandenburgischen Eltern angegeben. Bezüglich aller Beschwerden sind Frauen und „Alleinerziehende“ stärker betroffen als Männer und Eltern in „Paarfamilien“. Innerhalb der „Paarfamilien“ berichten „Patchwork-Familien“ häufiger über Beschwerden als „Kernfamilien“. Die größten Unterschiede zwischen „Alleinerziehenden“ und „Paarfamilien“ finden sich bei dem „Gefühl, versagt zu haben“, und bei „Niedergeschlagenheit, Schwermut und Hoffnungslosigkeit“. Erwerbstätige weisen im Allgemeinen eine bessere physische und psychische Gesundheit auf als Nicht-Erwerbstätige. Arbeiten die Eltern im Schicht- oder Wochenenddienst, sind sie gesundheitlich stärker belastet. Wie es zu erwarten ist, schlafen Befragte, die im Schichtdienst oder am Wochenende arbeiten, im Durchschnitt kürzer. Ihnen steht folglich weniger Zeit zur Regeneration zur Verfügung.

Die persönliche Freizeit („Me-Time“) der Befragten beträgt durchschnittlich 3,3 Stunden in der Woche und 2,9 Stunden am Wochenende. Die Anzahl und das Alter der Kinder, die im Haushalt leben, haben einen Einfluss auf die Dauer der „Me-Time“ der Befragten.

Trotz der gesundheitlichen und psychischen Belastungen ist die Zufriedenheit mit der Gesundheit unter den befragten Eltern im Land Brandenburg insgesamt hoch. Nur etwa ein Drittel ist unzufrieden, wobei Frauen und „Alleinerziehende“, aber auch „Patchwork-Familien“ häufiger unzufrieden sind.

9 Unterstützungswünsche

In der „Familienbefragung Brandenburg“ wurden die Zufriedenheit der Familien mit ihrer Lebenssituation und konkrete Unterstützungswünsche zur Verbesserung der Situation zu folgenden vier Themenbereichen erfragt: „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Betreuung der Kinder“, „Aufteilung von Haus- und Sorgearbeit“ sowie „Gesundheitliche Situation“. Weiterhin sollten die Familien angeben, welche Unterstützung sie sich bei der Bewältigung der Krisen wünschen. Die Abfrage der Unterstützungswünsche erfolgte – im Gegensatz zu den meisten anderen Fragen im Erhebungsbogen – in einem offenen Antwortformat. Die Befragten konnten frei formulieren und aufschreiben, welche Unterstützung und welche Maßnahmen oder Angebote sie sich in dem jeweiligen thematischen Bereich wünschen. Diese „offenen Antworten“ wurden im Zuge der Auswertung zu inhaltlichen Kategorien zusammengefasst. Die im Folgenden dargestellten Befunde geben demnach (nur) die Wünsche derjenigen Familien wieder, die dieses Format genutzt und ihre Wünsche eingetragen haben.¹²⁹ Die Ergebnisse sind entsprechend einzuordnen.

9.1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Insgesamt geben, wie in Kapitel 4.6 beschrieben, zwei Drittel der Familien (68,9 %) an, mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf „Eher zufrieden“ oder „Sehr zufrieden“ zu sein. Damit fällt die diesbezügliche Zufriedenheit geringer aus als im bundesweiten Vergleich (85,9 %).¹³⁰ Eine Entlastung wäre in den Augen der Familien¹³¹ am ehesten durch eine „Reduzierung der Arbeitszeit“ bei gleichbleibendem Gehalt gegeben (beispielsweise durch eine 4-Tage-Woche, 5-Tage-Woche mit reduzierter Stundenzahl oder Jobsharing-Modelle ohne starke finanzielle Einbußen, siehe Tabelle 16). In den Antworten der Familien offenbart sich eine verbreitete Unzufriedenheit mit der Vollerwerbstätigkeit. Mit dieser Einstellung sind die Familien im Land Brandenburg nicht allein. So zeigt eine Studie des IAB, dass mehr als die Hälfte der Vollzeit-Beschäftigten ihre Arbeitszeit reduzieren wollen.¹³² Um für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Brandenburger Familien zu sorgen, scheint ein „neues Normal in der bezahlten Erwerbsarbeit“ notwendig zu sein.¹³³

Viele brandenburgische Familien wünschen sich zudem „Flexible Arbeitsmodelle“ in Form von flexiblen Arbeitszeiten und einer grundlegenden Flexibilität des Arbeitgebers sowie die Möglichkeit, im „Home-Office“ zu arbeiten. Es wird der Wunsch nach einem „Familienfreundlichen Arbeitgeber“ laut, der Verständnis und Anerkennung für die diversen Familienproblematiken aufbringt, mehr Toleranz bei Kinderkrankheitstagen zeigt, die Väterrolle stärkt sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit und ohne Familien gleichberechtigt dieselben Karrierechancen einräumt. Weiterhin wünschen sich einige Familien ein „Verbessertes (Zeit-)Management des Arbeitgebers“ (wie geregelte Arbeitszeiten, weniger Überstunden, Gesundheitsmanagement etc.), die besondere „Rücksichtnahme auf Familien bei

¹²⁹ Eine Darstellung des Anteils der Befragten an der gesamten Stichprobe, der eine „offene Antwort“ zum jeweiligen Thema gegeben hat, findet sich in den Fußnoten und als Anmerkung unter der entsprechenden Tabelle.

¹³⁰ BMFSFJ, 2019.

¹³¹ Von den erwerbstätigen Befragten haben 36,4 Prozent die Möglichkeit genutzt, in einem offenen Antwortformat konkrete Unterstützungswünsche zu äußern. Dies entspricht einem Anteil von 32,9 Prozent der gesamten Stichprobe.

¹³² Wanger & Weber, 2023.

¹³³ Stat & Boden, 2023, S. 598.

der Urlaubs- und Schichtplanung“ und vereinzelt auch, dass sie nicht in Schichten oder am Wochenende arbeiten müssen („Keine Schicht- und Wochenendarbeit“).

Neben den Arbeitgebern adressieren die Eltern im Rahmen ihrer Wünsche für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die Betreuungsinstitutionen ihrer Kinder. Ein Teil der Familien wünscht sich „Alternative Betreuungsmöglichkeiten [im Notfall und am Wochenende] und flexiblere und längere Betreuungszeiten“ in den Kindertagesstätten sowie einen „Ausbau und Vergünstigung der staatlichen Kinderbetreuung“. Weiterhin betonen die Befragten die Notwendigkeit einer „Verlässlichen, qualitativ hochwertigen Schul- und Kitabetreuung“ mit ausreichend Personal, Hausaufgabenbetreuung und schulischer Förderung.

Auch eine „Staatliche finanzielle Unterstützung“ in Form eines Kinderzuschlags, einer Erhöhung des Elterngelds und Steuererleichterungen für Familien findet sich im Wunschkatalog der Eltern sowie „Optimierungen der Arbeits- und Schulwege“ durch z. B. einen verbesserten ÖPNV und den Ausbau der Fahrradwege sowie weiterhin einen „Wohnortnahen Arbeitsplatz“. Die Eltern denken im Kontext der Vereinfachung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch an eine „Entlastung bei der Haus- und Sorgearbeit“ durch Haushaltshilfen, monatliche bezahlte Hausarbeitstage oder familiäre Unterstützung. Die unter „Sonstiges“ zusammengefassten Antworten beziehen sich auf den Wunsch nach einer wohnortnahen Kita, weniger Bürokratie bei Anträgen, Unterstützung bei der Pflege von Angehörigen oder pflegebedürftigen Kindern sowie einen Ausbau von Freizeitangeboten für Kinder und Eltern.

Tabelle 16: Unterstützungswünsche bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Unterstützungswünsche	Prozent
Reduzierung der Arbeitszeit	20,4
Flexible Arbeitsmodelle	15,9
Alternative Betreuungsmöglichkeiten und flexiblere und längere Betreuungszeiten	13,0
Ausbau und Vergünstigung der staatlichen Kinderbetreuung	12,1
Familienfreundlicher Arbeitgeber	12,1
Home-Office	10,3
Verlässliche, qualitativ hochwertige Schul- und Kita-Betreuung	9,8
Staatliche finanzielle Unterstützung	8,4
Optimierungen der Arbeits- und Schulwege	6,7
Verbessertes (Zeit-)Management des Arbeitgebers	5,6
Entlastung bei der Haus- und Sorgearbeit	5,5
Wohnortnaher Arbeitsplatz	2,7
Rücksichtnahme auf Familien bei der Urlaubs- und Schichtplanung	2,6
Keine Schicht- und Wochenendarbeit	1,2
Sonstiges (inkl. Freizeitangebote)	6,2

Anmerkung: Kategorisierung offener Antworten von 1.552 Befragten. Mehrfachnennungen waren möglich. Ungewichtete Daten.

Ein Vergleich zwischen Müttern und Vätern sowie „Paarfamilien“ und „Alleinerziehenden“ zeigt, dass Müttern ein „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ wichtiger ist und Väter stärker für den „Ausbau und Vergünstigung der staatlichen Kinderbetreuung“ plädieren. „Alleinerziehende“ priorisieren häufiger „Home-Office“ sowie „Staatliche finanzielle Unterstützung“

in Form von Kinderzuschlägen, Elterngelderhöhungen oder Steuererleichterungen als „Paarfamilien“.

Bei den „Familien mit Migrationshintergrund“ werden „Ausbau und Vergünstigung der staatlichen Kindebetreuung“ als zweithäufigste Unterstützungswünsche geäußert. „Alternative Betreuungsmöglichkeiten und flexiblere und längere Betreuungszeiten“ verlieren dagegen im Vergleich zur gesamten Stichprobe und den „Befragten ohne Migrationshintergrund“ an Bedeutung. Auch hinsichtlich der Wünsche an den Arbeitgeber fallen die Prioritäten unterschiedlich aus. „Befragte mit Migrationshintergrund“ sprechen sich häufiger für ein „Verbessertes (Zeit-)Management des Arbeitgebers“ aus.

Bei der Analyse der räumlichen Bezüge fällt auf, dass Familien im „Berliner Umland“ besonders eine „Verlässliche Schul- und Kita-Betreuung“ wichtig ist. Die Befragten, die in einer „Landgemeinde“ leben, nennen im Vergleich zu den Befragten in den größeren Wohnorten häufiger den Wunsch nach „Optimierungen der Arbeits- und Schulwege“. Zudem legen sie und die Befragten aus einer „Mittelstadt“ besonderen Wert auf einen „Familienfreundlichen Arbeitgeber“. Der Wunsch nach „Finanzieller Unterstützung“ ist bei den Familien in der „Großstadt“ weiter verbreitet als bei den Familien in kleineren Orten.

9.2 Betreuung der Kinder

Ein Großteil der Familien gibt an, mit der Betreuungssituation zufrieden zu sein (82,5 %, siehe auch Kapitel 5.6 und Kapitel 6.6). Dennoch nutzen die Befragten¹³⁴ die Möglichkeit, zahlreiche Wünsche zu äußern, die zu einer Verbesserung der Betreuungssituation führen sollen. Auf Platz eins der Wunschliste stehen der „Ausbau und [die] Förderung von Freizeit- und Nachmittagsangeboten“ wie AGs, Sportangebote, Ausbau von Jugendtreffs, Ganztagsangebote oder auch Ferienbetreuung (siehe Tabelle 17). Viele Familien wünschen sich zudem einen „Personalausbau und verbesserte Betreuungsschlüssel in Bildungsstätten“. Auch die Notwendigkeit einer „Flexiblen und längeren Betreuungszeit“ wird benannt. Die Befragten sprechen Themen an, die sich schon seit vielen Jahren im familienpolitischen Diskurs befinden und für die zum Teil schon Lösungen auf den Weg gebracht wurden. Zum einen ist die Betreuungslücke bei den Grundschulkindern für die Familien noch ein Problem. Sie wird erst schrittweise zwischen 2026 und 2029, zumindest für die Jahrgangsstufen eins bis vier, geschlossen werden¹³⁵. Zum anderen wird der seit einigen Jahren in den Kinderbetreuungseinrichtungen herrschende Personalmangel kritisiert. Die bisher implementierten Maßnahmen wie die Ausweitung der Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher scheinen das Problem mit den Personalausfällen noch nicht gelöst zu haben.¹³⁶ Trotz des Bundesprogramms „KitaPlus“, das bereits im Jahr 2016 vorgestellt wurde und eine Förderung flexibler und längerer Betreuungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen verspricht, scheint im Jahr 2023 die Nachfrage nach längeren und flexiblen Betreuungszeiten noch immer nicht gestillt zu sein.

Ein weiterer Wunsch stellt die „Qualitätssicherung bei der Kinderbetreuung“ in den Betreuungseinrichtungen dar, z. B. durch besser geschultes Personal und eine Verbesserung der Qualität der Angebote, der Organisation, der Ausstattung und der Verpflegung in den Kindertageseinrichtungen. Weiterhin werden der „Ausbau von Betreuungsplätzen in Kinderta-

¹³⁴ Ein Anteil von 37,6 Prozent der gesamten Stichprobe machte Angaben auf die offene Abfrage nach Unterstützungswünschen zur Verbesserung der Betreuungssituation.

¹³⁵ BMFSFJ, 2023b.

¹³⁶ Deutsches Jugendinstitut [DJI], 2020.

gesstätten“, „Weniger Ausfallzeiten“ durch Schließtage, eine Notfallbetreuung und Vertretungsangebote gefordert. Gewünscht wird zudem eine finanzielle Entlastung durch die „Abschaffung bzw. Reduzierung der Kita-Beiträge“.

Einige Familien benötigen des Weiteren eine „Verbesserte Möglichkeit zur schulischen Förderung“ wie Nachhilfe, Lernzeiten, Förderunterricht oder pädagogische Unterstützung. Ferner besteht der Wunsch nach einem „Verbesserten Nahverkehrsangebot“. Einige Eltern wünschen sich aus der eigenen Familie mehr Unterstützung („Familiäre Unterstützung“), andere würden gern häufiger auf „Externe Unterstützung“ zurückgreifen können wie z. B. auf einen Babysitter oder eine Tagesmutter. Am Ende der Wunschliste finden sich noch die Wünsche „Mehr Zeit für die Kinder“ und „Familienfreundliche Maßnahmen des Arbeitgebers“ (z. B. flexible Arbeitszeiten, Home-Office, Teilzeitstelle bei gleichem Gehalt).

Tabelle 17: Unterstützungswünsche bei der Betreuung von Kindern.

Unterstützungswünsche	Prozent
Ausbau und Förderung von Freizeit- und Nachmittagsangeboten	32,2
Personalausbau und verbesserter Betreuungsschlüssel in Bildungsstätten	18,5
Flexible und längere Betreuungszeiten	17,8
Qualitätssicherung bei der Kinderbetreuung	13,1
Abschaffung bzw. Reduzierung der Kita-Beiträge	12,4
Verbesserte Möglichkeit zur schulischen Förderung	11,5
Ausbau von Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten	7,5
Weniger Ausfallzeiten	7,2
Verbessertes Nahverkehrsangebot	5,1
Familiäre Unterstützung	3,2
Externe Unterstützung	2,5
Mehr Zeit für die Kinder	2,3
Familienfreundliche Maßnahmen des Arbeitgebers	1,9
Sonstiges	3,1

Anmerkung: Kategorisierung offener Antworten von 1.773 Befragten. Mehrfachnennungen waren möglich. Ungewichtete Daten.

Die Unterstützungswünsche der Mütter und Väter in „Paarfamilien“ entsprechen in der Rangfolge der gesamten Stichprobe. Alleinerziehenden Müttern fehlt nach dem „Ausbau und [der] Förderung von Freizeit- und Nachmittagsangeboten“ und „Flexiblen und längeren Betreuungszeiten“ an dritter Stelle eine „Verbesserte Möglichkeit zur schulischen Förderung“ ihrer Kinder. Auch bei den alleinerziehenden Vätern spielen der „Ausbau und [die] Förderung von Freizeit- und Nachmittagsangeboten“ sowie „Flexible und längere Betreuungszeiten“ eine wichtige Rolle. An dritter Stelle wünschen sich alleinerziehende Väter gleichermaßen eine „Verbesserte Möglichkeit zur schulischen Förderung“, finanzielle Entlastungen in Form einer „Abschaffung bzw. Reduzierung der Kita-Beiträge“ sowie „Familiäre Unterstützung“ bei der Betreuung.

Die Top-3-Wünsche unterscheiden sich nicht zwischen den Familien mit und ohne Migrationshintergrund. Die Wünsche nach einer „Verbesserten Möglichkeit zur schulischen Förderung“, einem „Ausbau von Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten“ sowie nach „Externer Unterstützung“ werden von den „Familien mit Migrationshintergrund“ im Vergleich häufiger angegeben.

Während der Wunsch nach „Abschaffung bzw. Reduzierung der Kita-Beiträge“ bei den Befragten aus dem „Berliner Umland“ weniger häufig genannt wird, belegt dieser Wunsch bei den Befragten aus dem „Weiteren Metropolenraum“ Platz drei. Befragte in „Landgemeinden“ haben einen höheren Bedarf an „Flexiblen und längeren Betreuungszeiten“ und wünschen sich häufiger eine „Abschaffung bzw. Reduzierung der Kita-Beiträge“. Der „Personalausbau und ein verbesserter Betreuungsschlüssel in den Bildungsstätten“ ist ihnen im Vergleich hingegen deutlich weniger wichtig. Den Befragten in der „Großstadt“ Potsdam ist eine „Externe Betreuungsunterstützung“ wichtiger als den Befragten in den kleineren Orten.

9.3 Aufteilung von Haus- und Sorgearbeit

Mit der Aufteilung der Haus- und Sorgearbeit sind 79,8 Prozent der „Paarfamilien“ „Eher zufrieden“ oder „Sehr zufrieden“ (siehe Kapitel 5.1). Bei den „Alleinerziehenden“ ist lediglich ein Anteil von 52,7 Prozent mit der Verteilung der Haus- und Sorgearbeit zufrieden (siehe Kapitel 6.2). Der von allen Familien¹³⁷ gleichermaßen am häufigsten geäußerte Wunsch im Zusammenhang mit einer Unterstützung bei der Haus- und Sorgearbeit ist eine „Haushaltshilfe“ (siehe Tabelle 18). Ein Wunsch, der nur konsequent erscheint, wenn man die hohe Belastung betrachtet, die durch die „Hausarbeit“ ausgelöst wird (siehe Kapitel 7.5). An zweiter Stelle folgt der Wunsch nach „Familiärer Unterstützung“. Letzterer beinhaltet die Unterstützung durch den eigenen Partner bzw. die Partnerin, aber auch durch die eigenen Kinder und/oder andere Familienmitglieder. Darüber hinaus besteht der Wunsch nach „Mehr Zeit bzw. Haushaltstagen“: Ein Wunsch, mit dem die Befragten an Unterstützungs-Formate vergangener Zeiten anknüpfen.¹³⁸ „Flexible Kinderbetreuungsmöglichkeiten“ spielen auch hier wieder eine Rolle, damit sind Babysitter, flexible Betreuungszeiten und eine Notfallbetreuung in den Kitas gemeint. Weiterhin wünschen sich die Befragten „Externe Unterstützung“ durch „Leih-Omas“, Gemeindehilfen, Begegnungsräume und Beratungsangebote.

Etwas abgeschlagen finden sich auf der Wunschliste zudem „Finanzielle Unterstützungen“ (wie Kindergeld und Zuschüsse, um u. a. hohe Lebenshaltungskosten zu decken), „Qualitätsmaßnahmen in Schulen und Kitas“ (wie Ausbau schulischer Angebote, kein Homeschooling, mehr Unterstützung beim Lernen und bei den Hausaufgaben, Nachmittagsangebote, Digitalisierung), „Optimierung von Behördengängen“ (wie Abbau von Bürokratie, Digitalisierung, bessere Erreichbarkeit, optimierte Bearbeitungsprozesse), „Freizeitangebote“, „Flexible Arbeitsmodelle“ (wie reduzierte und flexible Arbeitszeiten sowie Home-Office), „Ausbau von ÖPNV bzw. Car-Sharing“, „Anerkennung der Sorgearbeit“ (wie Gleichberechtigung im Job, finanzieller Ausgleich für die Sorgearbeit), „Dienstleistungen“ (wie Lieferservice für Einkäufe, Ausbau von Dienstleistungen von z. B. Handwerkern), und „Sonstiges“ (wie z. B. eine bessere Abstimmung und Flexibilisierung von Arbeits- und Betreuungsöffnungszeiten, Betreuung bei Krankheit der Kinder, Karenztage).

¹³⁷ Ein Anteil von 22,6 Prozent der gesamten Stichprobe formulierte hierzu Unterstützungswünsche.

¹³⁸ Ein Haushaltstag war ein voll bezahlter, arbeitsfreier Tag, an dem eine Arbeitnehmerin sich um Arbeiten im Haushalt und andere Familienangelegenheiten kümmern konnte. Er wurde erstmals 1943 gesetzlich eingeführt, galt in der BRD nur in einigen Bundesländern und wurde im Jahr 1979 vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft. In der DDR war ein Haushaltstag ab 1952 üblich und wurde dort (und in der BRD) nach der Wiedervereinigung durch das Arbeitszeitgesetz mit Wirkung zum 1. Juli 1994 abgeschafft (vgl. Sachse, 2002).

Tabelle 18: Unterstützungswünsche bei der Haus- und Sorgearbeit.

Unterstützungswünsche	Prozent
Haushaltshilfe	30,8
Familiäre Unterstützung	20,1
Mehr Zeit bzw. Haushaltstage	14,5
Flexible Kinderbetreuungsmöglichkeiten	11,9
Externe Unterstützung	11,9
Finanzielle Unterstützung	5,8
Qualitätsmaßnahmen in Schulen und Kitas	5,4
Optimierung von Behördengängen	5,4
Freizeitangebote	3,5
Flexible Arbeitsmodelle	3,5
Ausbau von ÖPNV bzw. Car-Sharing	2,4
Anerkennung der Sorgearbeit	2,4
Dienstleistungen	2,2
Sonstiges	2,6

Anmerkung: Kategorisierung offener Antworten von 1.066 Befragten. Mehrfachnennungen waren möglich. Ungewichtete Daten.

Mütter und Väter unterscheiden sich in ihrer Wunschreihenfolge nicht voneinander. Alleinerziehende Mütter wünschen sich eher „Externe Unterstützung“ als „Mehr Zeit bzw. Haushaltstage“. Für Familien mit pflegebedürftigen Kindern im eigenen Haushalt steht der Wunsch nach „Haushaltshilfen“ an oberster Stelle, danach folgen „Externe Unterstützung“, „Familiäre Unterstützung“, „Flexible Kinderbetreuungsmöglichkeiten“ und „Mehr Zeit bzw. Haushaltstage“. Insbesondere „Alleinerziehende“ und Elternteile von pflegebedürftigen Kindern wünschen sich „Externe Unterstützung“ wie Unterstützungsnetzwerke und sogenannte „Leih-Omas“. Hier wird der erhöhte Bedarf an Unterstützung der Alleinerziehenden und Pflegenden deutlich, der durch stärkere lokale Netzwerke etabliert werden könnte.

„Familien mit Migrationshintergrund“ wünschen sich – neben einer „Haushaltshilfe“ und „Familiärer Unterstützung“ – besonders häufig „Flexible Kinderbetreuungsmöglichkeiten“. Der Wunsch nach „Mehr Zeit bzw. Haushaltstagen“ verliert in dieser Gruppe dagegen an Bedeutung. Der Wunsch nach „Qualitätsmaßnahmen in Schulen und Kitas“ wird von den „Familien mit Migrationshintergrund“ dagegen als weniger wichtig erachtet und rangiert am Ende der Prioritätenliste.

Erwähnenswert ist, dass sich die Befragten aus dem „Berliner Umland“ weniger häufig eine „Finanzielle Unterstützung“ bei der Haus- und Sorgearbeit wünschen als Befragte aus dem „Weiteren Metropolenraum“. Dies trifft auch auf „Landgemeinden“ im Vergleich zur berlinnahen „Großstadt“ Potsdam zu. In der „Großstadt“ ist hingegen der Wunsch nach „Flexiblen Arbeitsmodellen“ und „Qualitätsmaßnahmen in Schulen und Kitas“ deutlich präsenter als bei Familien in „Landgemeinden“. Gemein ist beiden, dass sie sich einen „Ausbau von ÖPNV bzw. Car-Sharing“ wünschen. Familien in „Klein“- und „Mittelstädten“ sehen hier deutlich weniger Bedarf.

9.4 Gesundheitliche Situation

Die Familien sind mit ihrer gesundheitlichen Situation mehrheitlich „Eher zufrieden“ oder „Sehr zufrieden“ (66,6 %, siehe auch Kapitel 8.5). Als Unterstützung im Bereich Gesundheit wünschen sich die meisten Befragten eine bessere „Lokale Verfügbarkeit von Ärzten“.¹³⁹ Diese Kategorie beinhaltet den Wunsch der Familien nach (mehr) Fachärzten, Kinderärzten und Allgemeinmediziner*innen in ihrer näheren räumlichen Umgebung (siehe Tabelle 19).

Tabelle 19: Unterstützungswünsche im Bereich Gesundheit.

Unterstützungswünsche	Prozent
Lokale Verfügbarkeit von Ärzten	22,7
Bessere Erreichbarkeit von Ärzten	19,2
Entlastung bei der Haus- und Sorgearbeit	13,9
Breitere Kostenübernahme	9,5
Ausbau der Sportangebote im ländlichen Raum	8,7
Gesundheitskurse	8,5
Familienfreundliche Freizeitangebote	7,0
Zugang zu Therapie- oder Beratungsangeboten	6,9
Erholungsangebote	6,5
Empathische Ärzte	5,2
Ernährungsberatung	5,0
Ausbau von kostenfreien Sportangeboten	5,0
Freizeitangebote für Kinder	4,4
Gesundheitsmanagement	4,3
Ausbau der Infrastruktur	3,7
Medikamentenversorgung	1,5
Sonstiges	4,7

Anmerkung: Kategorisierung offener Antworten von 1.552 Befragten. Mehrfachnennungen waren möglich. Ungewichtete Daten.

Am zweithäufigsten ist eine „Bessere Erreichbarkeit von Ärzten“ gewünscht. Das beinhaltet arbeitnehmerfreundliche Öffnungszeiten, eine bessere telefonische Erreichbarkeit sowie eine schnellere Terminvergabe und kürzere Wartezeiten. Platz drei belegt der Wunsch nach einer „Entlastung bei der Haus- und Sorgearbeit“ in Form von mehr Zeit, einer Haushalts-hilfe oder Unterstützung bei der Kinderbetreuung. Am vierthäufigsten wird eine „Breitere Kostenübernahme“ im Bereich der präventiven und alternativen Gesundheitsmaßnahmen, der ganzheitlichen medizinischen Versorgung oder der Vorsorgeuntersuchungen genannt. Weiterhin wünschen sich die Befragten den „Ausbau der Sportangebote im ländlichen Raum“, gefolgt von „Gesundheitskursen“ zur Prävention, Bewegung und Entspannung. Auf der Wunschliste stehen zudem „Familienfreundliche Freizeitangebote“ (d. h. Angebote, die mit Kindern wahrgenommen werden können), ein verbesserter „Zugang zu Therapie- oder Beratungsangeboten“ sowie „Erholungsangebote“ (z. B. aus dem Bereich Wellness). Einige Familien wünschen sich „Empathische Ärzte“ (Ärzte, die ihre Patienten ganzheitlich wahrnehmen und beraten), Angebote aus dem Bereich „Ernährungsberatung“, den „Ausbau von

¹³⁹ Ein Drittel der gesamten Stichprobe (32,8 %) verfassten konkrete Wünsche, von denen sie sich eine Verbesserung der gesundheitlichen Situation versprechen.

kostenfreien Sportangeboten“, „Freizeitangebote für Kinder“, ein verbessertes „Gesundheitsmanagement“ des Arbeitgebers, den „Ausbau der Infrastruktur“ (wie Fahrradwege, Schwimmbäder, Outdoor Fitness Möglichkeiten) sowie eine bessere „Medikamentenversorgung“. Die Top-3-Wünsche unterscheiden sich nicht zwischen den Geschlechtern oder den Familienformen. Die Rangfolge der sich anschließenden Wünsche entspricht bei den Frauen auch der Rangfolge der Gesamtstichprobe. Die Männer hingegen äußern häufiger den Wunsch nach einem besseren „Zugang zu Therapie- oder Beratungsangeboten“ und nach einem „Ausbau der Infrastruktur“. Als weniger wichtig empfinden die Männer „Familienfreundliche Freizeitangebote“ und „Erholungsangebote“. Bei den „Alleinerziehenden“ werden zur Unterstützung im Bereich Gesundheit deutlich häufiger „Gesundheitskurse“, „Erholungsangebote“ sowie ein verbesserter „Zugang zu Therapie- oder Beratungsangeboten“ genannt. Häufiger wird zudem der Wunsch nach „Ernährungsberatung“ geäußert. Eine „Breitere Kostenübernahme“ und „Familienfreundliche Freizeitangebote“ treten hinter diesen Wünschen – im Vergleich zu den „Paarfamilien“ – weiter zurück.

„Familien mit Migrationshintergrund“ sehen einen höheren Bedarf an Unterstützung in Bezug auf eine „Breitere Kostenübernahme“, „Gesundheitskurse“, „Erholungsangebote“, „Zugang zu Therapie- oder Beratungsangeboten“, „Empathische Ärzte“, „Freizeitangebote für Kinder“ sowie „Ausbau der Infrastruktur“. Im Gegensatz dazu schätzen sie „Ernährungsberatung“, „Familienfreundliche Freizeitangebote“ sowie „Entlastung bei der Haus- und Sorgearbeit“ weniger wichtig ein als die „Familien ohne Migrationshintergrund“.

Die Entfernung zu Berlin macht bezüglich der Rangfolge der Wünsche keine Unterschiede, mit einer Ausnahme: Bei den Familien im „Berliner Umland“ ist der Wunsch nach „Freizeitangeboten für Kinder“ deutlich verbreiteter als bei den Familien im „Weiteren Metropolitanraum“.

Die Größe des Wohnortes steht in einem engen Zusammenhang mit der Verbreitung der Wünsche unter den Familien. Die „Lokale Verfügbarkeit von Ärzten“, der Top-1-Wunsch der Familien im Gesundheitsbereich, spielt überall die größte Rolle, außer in der „Großstadt“ Potsdam. Hier gibt es in den Augen der Familien Fachärzte etc. in angemessener räumlicher Entfernung. Auf Platz eins der Wunschliste steht in der „Großstadt“ stattdessen eine „Bessere Erreichbarkeit von Ärzten“. Die Familien würden die Praxen gern – telefonisch, per Mail oder online – besser erreichen können. Zudem wünschen sie sich eine schnellere Terminvergabe, arbeitnehmerfreundliche Öffnungszeiten und kürzere Wartezeiten. Familien in der „Großstadt“ geben häufiger als Familien in kleineren Wohnorten an, dass „Erholungsangebote“ und „Freizeitangebote für Kinder“ ihre gesundheitliche Situation verbessern würde. In der „Mittelstadt“ werden sich – im Vergleich zu den anderen Wohnorten – hingegen häufiger „Familienfreundliche Freizeitangebote“ gewünscht.

Abschließend lässt sich feststellen, dass die drei häufigsten Unterstützungswünsche im Bereich Gesundheit auch bei der Betrachtung verschiedener Gruppen wie Geschlecht, Familienform oder Wohnortgröße dieselben sind: Die Familien wünschen sich eine bessere „Lokale Verfügbarkeit von Ärzten“, eine „Bessere Erreichbarkeit von Ärzten“ und eine „Entlastung bei der Haus- und Sorgearbeit“ in Form von mehr Zeit, einer Haushaltshilfe oder Unterstützung bei der Kinderbetreuung.

9.5 Bewältigung der Krise

Die „Familienbefragung Brandenburg“ fand zu einem Zeitpunkt statt (Winter 2022/2023), an dem die Bevölkerung in Deutschland insgesamt und mit ihnen auch die Familien im Land Brandenburg sehr stark unter dem Einfluss der Energiekrise standen. Die größten Bedrohungen gingen zu diesem Zeitpunkt in den Augen der Familien von der „Inflation (steigende Preise)“, dem „Ukraine-Krieg“ und einer „Wachsenden Kluft zwischen Armen und Reichen“ aus. Am häufigsten fürchteten die Familien in Folge der Energiekrise eine „Einschränkung des Lebensstandards“, einen „Anstieg der Lebenshaltungskosten und der Inflation“ und dass es zu „Veränderungen durch finanzielle Probleme“ kommt wie bspw. die Abnahme oder das Aufbrauchen von Ersparnissen bis hin zu Verschuldung und Armut (siehe auch Kapitel 7.3).

Es verwundert nicht, dass die Familien¹⁴⁰ auf die Frage, welche konkrete Unterstützung ihnen zur Bewältigung der Krisen fehlt, davon sprechen, dass sie sich eine „Finanzielle Entlastung“ wünschen (siehe Tabelle 20). Auf sich und ihre Situation blickend, äußern viele Familien weiterhin den Wunsch nach speziellen „Entlastungen für Familien“. Dazu zählen die Senkung des Kita-Beitrages und der Mehrwertsteuer für Kinderprodukte, kostenfreies Schulesen und Freizeitaktivitäten sowie ein ÖPNV-Zuschuss für die Kinder. Darüber hinaus wünschen sich die Familien „Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation“, worunter die Deckelung von Lebenshaltungskosten (wie für Energie, Lebensmittel und Wohnraum) verstanden wird. Zudem nennen sie „Maßnahmen zur Verkehrswende“ (wie ein Tempolimit, Vergünstigungen und Ausbau des ÖPNVs, der E-Mobilität und der Fahrradwege) und „Maßnahmen für eine Energiesicherheit“, die eine (finanzielle) Förderung von individuellen Energiesparmaßnahmen, den Ausbau von erneuerbaren Energien und Investitionen in energetische Sanierungen beinhalten.

Mit Blick auf die Arbeitgeber wird auch der Wunsch nach „Inflationsausgleich und Lohnerhöhungen“ laut. Weiterhin wünschen sich die Familien „Aufklärungs- und Bildungsangebote“, „Maßnahmen zur Gesundheitsförderung“ (z. B. Psychotherapie, Beratungen, Gesundheits- und Pflegeangebote), „Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit“ (u. a. eine „Reichenssteuer“ und Geschlechtergerechtigkeit) und einen „Abbau von Bürokratie“.

Die vier häufigsten Unterstützungswünsche in der Gesamtstichprobe sind sowohl bei den Frauen und Männern als auch in den Gruppen der „Paarfamilien“ und „Alleinerziehenden“ vertreten, unterscheiden sich aber jeweils bei der Priorisierung. Während sich die Häufigkeit der Wünsche bei „Paarfamilien“ kaum von der Rangfolge der gesamten Stichprobe unterscheidet, fällt bei der Betrachtung von „Alleinerziehenden“ auf, dass der Unterstützungswunsch nach einer „Entlastung der Familien“ eine deutlich höhere Priorität besitzt als bei „Paarfamilien“.

Zwischen den Familien mit oder ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich die Rangfolge und die Häufigkeit der wichtigsten Wünsche ebenfalls kaum. Allerdings erscheint den „Familien mit Migrationshintergrund“ der Bedarf an „Maßnahmen zur Gesundheitsförderung“ und ein „Abbau von Bürokratie“ etwas wichtiger als den „Familien ohne Migrationshintergrund“.

¹⁴⁰ Auf die Frage, welche konkreten Unterstützungen ihnen zur Bewältigung der Krise fehlt, antwortet rund ein Drittel der gesamten Stichprobe (35,7 %).

Es hat keinen nennenswerten Einfluss auf die Wunschrangfolge, in welcher Entfernung die Familien zur Hauptstadt wohnen. Der Bedarf der „Großstadt“-Familien nach einer „Finanziellen Entlastung“ fällt deutlich geringer aus als in den kleineren Orten. „Aufklärungs- und Bildungsangebote“ hingegen werden in der „Großstadt“ im Vergleich häufiger gewünscht.

Tabelle 20: Unterstützungswünsche zur Bewältigung der Krisen.

Unterstützungswünsche	Prozent
Finanzielle Entlastung	22,4
Entlastung der Familien	15,9
Maßnahmen zur Eingrenzung der Inflation	13,2
Maßnahmen zur Verkehrswende	8,8
Maßnahmen für eine Energiesicherheit	8,2
Inflationsausgleich und Lohnerhöhungen	6,9
Aufklärungs- und Bildungsangebote	5,6
Gesellschaftliche Solidarisierung und Politisierung	2,9
Maßnahmen zur Gesundheitsförderung	2,7
Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit	2,3
Abbau von Bürokratie	2,0
Sonstiges	3,1

Anmerkung: Kategorisierung offener Antworten von 1.685 Befragten. Mehrfachnennungen waren möglich. Ungewichtete Daten.

10 Zusammenfassung und Ausblick

Die Darstellung der Befunde der „Familienbefragung Brandenburg“ veranschaulicht die Heterogenität der Familien im Land Brandenburg und die vielfältigen Anforderungen an die familiäre Lebensführung. Bei näherer Betrachtung zeigen sich gravierende Unterschiede in den Bedingungen, unter denen die Familien ihren Alltag realisieren (müssen). Die Analysen zeigen, dass sich in zwei Familienformen problematische finanzielle Rahmenbedingungen auf besondere Weise und mit weitreichenden Folgen manifestieren. Das sind zum einen die „Alleinerziehenden“ und zum anderen die „Familien mit Migrationshintergrund“. Weiterhin hat im Land Brandenburg die regionale Lage des Wohnortes einen bedeutenden Einfluss auf die Gestaltung des Alltags der Familien. Für eine pointierte Darstellung dieser Disparitäten werden die Befragungsergebnisse im Folgenden noch einmal neu strukturiert dargestellt. Auf diese Weise entsteht eine Zusammenschau der Erkenntnisse zur Situation von „Alleinerziehenden“ und „Familien mit Migrationshintergrund“ sowie zum Einfluss der Lage des Wohnortes auf die Lebenssituation von Familien. Aufbauend auf dieser Zusammenschau wird der weitere Analysebedarf skizziert.

*Alleinerziehende*¹⁴¹

Die Betrachtung des monatlichen Äquivalenzeinkommens im Vergleich zwischen den Familienformen verdeutlicht die schwierige finanzielle Situation von vielen „Alleinerziehenden“. Nahezu die Hälfte der „Alleinerziehenden“ muss mit einem Äquivalenzeinkommen von unter 1.500 Euro monatlich zurechtkommen. Alleinerziehende Väter stehen finanziell besser da als alleinerziehende Mütter. Im „Weiteren Metropolenraum“, also mit einer größeren Entfernung zur Hauptstadt, ist die finanzielle Situation „Alleinerziehender“ deutlich schlechter als im „Berliner Umland“. Die im Rahmen der „Familienbefragung Brandenburg“ berechnete Armutsgefährdungsquote beträgt für „Alleinerziehende“ im Durchschnitt 28,7 Prozent. Das Armutsrisiko steigt mit der Anzahl der Kinder massiv an. Im „Weiteren Metropolenraum“ liegt die Armutsgefährdungsquote zehn Prozentpunkte über der im „Berliner Umland“. Im Zuge der Coronapandemie und in Folge der Energiekrise haben „Alleinerziehende“ weitaus häufiger eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation erlebt als „Paarfamilien“. Zudem verfügen „Alleinerziehende“ viel seltener über finanzielle Rücklagen und sind folglich deutlich unzufriedener mit ihrer finanziellen Situation als „Paarfamilien“.

Die schlechtere finanzielle Lage von „Alleinerziehenden“ hat massive Auswirkungen auf viele Lebensbereiche und die Ausgestaltung des Familienalltags. Allen voran ist die Wohnsituation im Vergleich zu den „Paarfamilien“ unkomfortabler. „Alleinerziehende“ wohnen sehr viel häufiger in „Mehrfamilienhäusern mit zwei bis neun Wohnungen“ und weitaus seltener in „Einfamilienhäusern“. Im „Berliner Umland“, wo es den „Alleinerziehenden“ finanziell besser geht, wohnen sie häufiger in einem „Einfamilienhaus“ als im „Weiteren Metropolenraum“. Derartige räumliche Disparitäten bezüglich der Wohnsituation finden sich bei „Paarfamilien“ nicht, obwohl die Einkommenssituation im „Weiteren Metropolenraum“ bei ihnen auch schlechter ist.

¹⁴¹ Anmerkung: Der Anteil der Alleinerziehenden in der „Familienbefragung Brandenburg“ beträgt 23,1 Prozent. Die Angaben beziehen sich auf die gewichteten Daten. Die Verteilung des Geschlechts in der Gruppe der Alleinerziehenden unterscheidet sich deutlich von der Verteilung in der Gesamtstichprobe. Von den Alleinerziehenden sind 83,0 Prozent weiblich, 16,5 Prozent männlich und 0,1 Prozent divers (0,4 % haben keine Angabe zu ihrem Geschlecht gemacht).

Die Ursachen für die schlechtere finanzielle Situation und das erhöhte Armutsrisiko von Alleinerziehenden werden in einem Zusammenspiel aus familiärer Gemeinschaft, den Arbeitsmarktbedingungen und dem Wohlfahrtsstaat gesehen, dem so genannten „Wohlfahrtsdreieck“. ¹⁴² „Alleinerziehende“ müssen den Großteil der Versorgungs- und Betreuungsarbeit für ihre Kinder allein verantworten. Zudem müssen sie häufig einen überproportional großen Anteil des Barunterhaltes ihrer Kinder übernehmen, da dieser in vielen Fällen nur unzureichend vom getrenntlebenden anderen Elternteil erbracht wird und der Sozialstaat die – im Vergleich zu Paarhaushalten – entstehenden Ungleichgewichte nur teilweise kompensiert. ¹⁴³ Weiterhin sind „Alleinerziehende“ mit einer verteuerten Haushaltsführung konfrontiert. In der Folge sind sie dazu gezwungen, mit im Vergleich weniger finanziellen Mitteln auszukommen als Eltern in „Paarfamilien“. Viele spüren einen erhöhten Druck, arbeiten zu gehen, um sich und ihren Kindern den gewünschten Lebensstandard zu ermöglichen. ¹⁴⁴

Obwohl die Herausforderungen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für „Alleinerziehende“ deutlich größer sind, ist ihre Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit nur etwas geringer als bei den „Paarfamilien“. Auch das durch die Erwerbstätigkeit ausgelöste Belastungserleben unterscheidet sich erstaunlicherweise kaum zwischen den „Alleinerziehenden“ und den Eltern in „Paarfamilien“. Als konkrete Unterstützung bzw. Maßnahme für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wünschen sich viele „Alleinerziehende“ – neben einer „Reduzierung der Arbeitszeit“, „Flexiblen Arbeitsmodellen“ sowie „Alternativen Betreuungsmöglichkeiten und flexibleren und längeren Betreuungszeiten“ – insbesondere die Möglichkeit zum „Home-Office“ sowie „Staatliche finanzielle Unterstützung“ in Form von Kinderzuschlägen, Elterngelderhöhungen oder Steuererleichterungen.

„Alleinerziehende“ können insbesondere bei der „Pflege von Angehörigen“ und bei der „Betreuung und Versorgung der Kinder“ auf Unterstützungsnetzwerke zurückgreifen. Ähnlich wie bei den „Paarfamilien“ sind es auch hier vor allem die (Groß-)Eltern und andere Verwandte, die ihnen bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben zur Seite stehen. Selbst bei der „Betreuung und Versorgung ihrer Kinder“ erhalten sie von ihnen mehr Hilfe als vom anderen Elternteil des Kindes. Auf die Hilfe des anderen Elternteils bei der Kinderbetreuung kann nur jede bzw. jeder sechste „Alleinerziehende“ zählen.

Die überwiegende Mehrheit der „Alleinerziehenden“ ist weitgehend allein für die Erledigung der verschiedenen „Haus- und Sorgearbeiten“ verantwortlich. Das daraus resultierende Belastungserleben ist in diesem Bereich viel größer als bei den „Paarfamilien“. Allen voran werden die „Hausarbeit“ und „Besorgungen“ als Belastung erlebt. Zur Unterstützung bei der „Haus- und Sorgearbeit“ wünschen sich die „Alleinerziehenden“ oft – wie alle anderen Befragten auch – an erster Stelle eine „Haushaltshilfe“ und an zweiter Stelle mehr „Familiäre Unterstützung“. Auf Platz drei steht bei alleinerziehenden Müttern der Wunsch nach „Ex-terner Unterstützung“ und an vierter Stelle „Mehr Zeit bzw. Haushaltstage“.

Die Betreuungsquoten von Vorschul- und Grundschulkindern liegen bei den „Alleinerziehenden“ in etwa auf dem Niveau der „Paarfamilien“. Analog zu den Ergebnissen bei den „Paarfamilien“ variiert die Teilhabe- und Betreuungsquote der Vorschul- und Grundschul- kinder mit dem Alter der Kinder: Sind die Vorschulkinder älter bzw. die Grundschul- kinder jünger, werden die Betreuungseinrichtungen öfter in Anspruch genommen. „Alleinerziehende“ stehen häufiger als „Paarfamilien“ vor Betreuungslücken und müssen daher ihre Kin-

¹⁴² Hübgen, 2019.

¹⁴³ Ebd.

¹⁴⁴ Ebd.

der öfter und länger unbetreut zu Hause lassen. Sie sind jedoch insgesamt mit der Betreuungssituation ähnlich zufrieden wie „Paarfamilien“. Auch das Belastungserleben durch die Betreuung der Kinder unterscheidet sich kaum vom Belastungserleben der „Paarfamilien“.

Im Zusammenhang mit den Wünschen nach Unterstützung äußern alleinerziehende Mütter – neben dem „Ausbau und der Förderung von Freizeit- und Nachmittagsangeboten“ und „Flexiblen und längeren Betreuungszeiten“ – an dritter Stelle eine „Verbesserte Möglichkeit zur schulischen Förderung“ ihrer Kinder. Bei alleinerziehenden Vätern stehen auf Platz drei der Wunschliste gleich drei Wünsche mit derselben Dringlichkeit nebeneinander: „Verbesserte Möglichkeit zur schulischen Förderung“, „Abschaffung bzw. Reduzierung der Kita-Beiträge“ sowie „Familiäre Unterstützung“ bei der Betreuung.

Die Mehrheit der „Alleinerziehenden“ empfindet die mit den Kindern verbrachte „Zeit als Ausgleich“ sowie als „Abwechslung und Vielfalt“. Jedes zweite alleinerziehende Elternteil gibt an, ein „Schlechtes Gewissen“ zu haben, weil es sich eigentlich noch mehr um das Kind bzw. die Kinder kümmern müsste. Von seinem Kind bzw. seinen Kindern persönlich eingeschränkt zu werden, bejaht jedes dritte Elternteil. Ein „Schlechtes Gewissen“ und eine erlebte „Persönliche Einschränkung“ ist besonders bei „Alleinerziehenden“ mit Kleinkindern, mit einer Teilzeitstelle und in Großstädten zu beobachten. Im Vergleich zu den „Paarfamilien“ erleben die „Alleinerziehenden“ deutlich häufiger die Notwendigkeit, sich aufgrund der Kinder finanziell einschränken zu müssen. Dies ist ein sich wiederholender Hinweis auf die schwierige finanzielle Situation der Alleinerziehenden.

Positiv lässt sich an dieser Stelle der ebenfalls wiederkehrende Befund hervorheben, dass „Alleinerziehende“ – trotz der hohen Anforderungen und der vielfältigen Belastungen – die Zeit mit ihren Kindern und die im Kontext der Kinder anfallenden Aufgaben nicht als belastender erleben als Eltern in „Paarfamilien“.

Nach ihren Sorgen gefragt, geben die „Alleinerziehenden“ weit häufiger als „Paarfamilien“ an, sich von „Arbeitslosigkeit“ bedroht zu fühlen. Auch andere wirtschaftliche Unsicherheiten wie die „Inflation“, eine „Wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen“ sowie eine „Steigende Staatsverschuldung“ beängstigen die „Alleinerziehenden“ stärker. Im Kontext der Energiekrise sind es vor allem die „Unbezahlbaren Heiz- und Stromkosten“, die den Alleinerziehenden Sorgen bereiten. Vor diesem Hintergrund erscheint es konsequent, dass sich die „Alleinerziehenden“ auf die Frage, welche konkrete Unterstützung ihnen zur Bewältigung der Krisen fehlt, „Finanzielle Entlastungen“ für alle Bevölkerungsgruppen und spezielle „Entlastungen für Familien“ wünschen.

„Alleinerziehende“ geben weitaus häufiger an, dass ihre Kinder unter den Folgen der Coronapandemie leiden, als „Paarfamilien“. Eine „Exzessive Mediennutzung“, die „Abnahme von körperlicher Bewegung“ sowie eine „Gewichtszunahme oder auch Essstörungen“ sind unter den Kindern von „Alleinerziehenden“ sehr viel weiter verbreitet als unter den Kindern aus „Paarfamilien“. Besonders bedeutsam sind die Unterschiede bei den „Lernrückständen“ und der „Beeinträchtigung des psychischen Wohlbefindens“.

Neben den vergleichsweise höheren Belastungen durch die schlechteren finanziellen Rahmenbedingungen und die alleinige Zuständigkeit bei den meisten „Haus- und Sorgearbeiten“ fallen Mehrbelastungen der „Alleinerziehenden“ im gesundheitlichen Bereich auf. Alle abgefragten somatischen bzw. psychischen Beschwerdebilder treten unter „Alleinerziehenden“ häufiger auf als unter Eltern in „Paarfamilien“. Die bedeutendsten Differenzen im somatischen Bereich zeigen sich bei „Herzklopfen/-rasen“, „Schmerzen in Armen, Beinen und Gelenken“, „Schmerzen im Brustbereich“ sowie „Kurzatmigkeit“. „Kopfschmerzen“, „Rückenschmerzen“ und „Unterleibsschmerzen“ treten unter Frauen sehr viel häufiger auf als unter Männern. Hier unterscheiden sich alleinerziehende Frauen nicht von Frauen in

„Paarfamilien“. Bei allen anderen Beschwerden sind alleinerziehende Frauen stärker belastet als Frauen in „Paarfamilien“.

Noch stärker als bei den körperlichen Beschwerden zeigt sich bei psychischen Beschwerden eine erhebliche Mehrbelastung der „Alleinerziehenden“ im Vergleich zu den Eltern in „Paarfamilien“. Die größten Unterschiede finden sich bei dem „Gefühl, versagt zu haben“ und bei „Niedergeschlagenheit, Schwermut und Hoffnungslosigkeit“.

Vor dem skizzierten Hintergrund erscheint es nicht überraschend, dass über 40 Prozent der „Alleinerziehenden“ mit ihrer gesundheitlichen Situation unzufrieden sind.¹⁴⁵ Danach gefragt, welche konkrete Unterstützung ihnen fehlt, antworten die „Alleinerziehenden“, dass sie sich – neben einer optimierten „Räumlichen Verfügbarkeit von Ärzten“ und einer „Besseren Erreichbarkeit von Ärzten“ – insbesondere „Gesundheitskurse“, einen verbesserten „Zugang zu Therapie- oder Beratungsangeboten“ sowie „Erholungsangebote“ wünschen. Häufiger wird zudem der Wunsch nach „Ernährungsberatung“ geäußert. Eine „Breitere Kostenübernahme“ und „Familienfreundliche Freizeitangebote“ treten – im Vergleich zu den „Paarfamilien“ – hinter diesen Wünschen weiter zurück.

Familien mit Migrationshintergrund¹⁴⁶

Ein Vergleich des monatlichen Äquivalenzeinkommens zwischen migrantischen und nicht-migrantischen Familien zeigt, dass der Anteil finanziell schlechter gestellter Familien unter den „Familien mit Migrationshintergrund“ deutlich größer ist. Dagegen ist der Anteil an Familien, die der finanziellen Mittelschicht zuzuordnen sind, im Vergleich wesentlich kleiner als bei nicht-migrantischen Familien. In der einkommensstärksten Klasse wiederum sind die Anteile zwar nicht gleich groß, nähern sich jedoch stark einander an, d. h. es gibt eine ungefähr ähnlich große finanzielle „Oberschicht“. Dabei spielt die räumliche Lage des Wohnortes eine zentrale Rolle: Einkommensschwache migrantische Familien leben überdurchschnittlich häufig in größerer Entfernung zur Hauptstadt, im so genannten „Weiteren Metropolitanraum“. In Hauptstadtnähe, dem „Berliner Umland“, hingegen ist die finanzielle Mittel- und Oberschicht der migrantischen Familien deutlich größer als im „Weiteren Metropolitanraum“.

Mit Blick auf die Armutsgefährdung wird deutlich, dass die „Familien mit Migrationshintergrund“ die am stärksten von Armut bedrohte Gruppe sind. Wie in allen anderen Gruppen auch, hängt die Armutsgefährdungsquote stark von der Anzahl der Kinder ab: Je mehr Kinder in der Familie leben, desto größer ist die Armutsgefährdung. Hat die migrantische Familie „Drei oder mehr Kinder“, liegt die Armutsgefährdungsquote bei über 50 Prozent. Wird die regionale Lage des Wohnortes in die Betrachtung einbezogen, zeigt sich, dass im „Weiteren Metropolitanraum“ auch ohne Berücksichtigung der Anzahl der Kinder über die Hälfte der migrantischen Familien von Armut bedroht bzw. betroffen ist. Leben hier „Drei oder mehr Kinder“ im Haushalt, steigt die Armutsgefährdungsquote auf 66 Prozent an.

„Familien mit Migrationshintergrund“ waren in Folge der Coronapandemie häufiger von Einkommenseinbußen betroffen als nicht-migrantische Familien. Die Energiekrise hingegen hat sich flächendeckend auf alle Familien ausgewirkt. Hier ist vor allem das Einkommensniveau entscheidend: Je niedriger das Einkommensniveau, desto gravierender die negativen Auswirkungen der Energiekrise. Das Einkommensniveau wirkt zudem ausschlaggebend auf

¹⁴⁵ Bei den Paarfamilien sind gut 30 Prozent mit ihrer gesundheitlichen Situation nicht zufrieden.

¹⁴⁶ Anmerkung: Der Anteil der Familien mit Migrationshintergrund in der „Familienbefragung Brandenburg“ beträgt gut 12 Prozent. Die Angaben beziehen sich auf die gewichteten Daten. Die Verteilung des Geschlechts in der Gruppe „Familien mit Migrationshintergrund“ entspricht der Verteilung in der Gruppe „Familien ohne Migrationshintergrund“ und der Gruppe „Familien gesamt“. Auch die Anteile von Paarfamilien, Alleinerziehenden, Patchwork-Familien und Kernfamilien sind in den Gruppen sehr ähnlich.

die Existenz von finanziellen Rücklagen. Im Durchschnitt verfügen rund 40 Prozent der migrantischen und rund 60 Prozent der nicht-migrantischen Familien über Rücklagen. Die Spannweite bei der Existenz von Rücklagen reicht unter den migrantischen Familien jedoch von gut 10 Prozent in der einkommensschwächsten Klasse bis hin zu über 80 Prozent in der einkommensstärksten Klasse.

All das hat Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation, die Überlegungen zu möglichen Einsparpotentialen und die Wohnsituation. So sind migrantische Familien im Schnitt unzufriedener mit ihrer finanziellen Situation als nicht-migrantische Familien und sehen häufiger die Notwendigkeit, auch in als wichtig empfundenen Bereichen zu sparen. „Familien mit Migrationshintergrund“ würden eher bei „Nachhilfeunterricht und Schulmaterial“ sparen als nicht-migrantische Familien. Auch Ausgaben für „Spielzeuge und Hobbys der Kinder“ stehen weitaus häufiger auf der Streichliste, besonders im „Weiteren Metropolitanraum“, wo die finanzielle Situation besonders prekär ist.

Die finanzielle Situation und deren räumliche Disparitäten spiegeln sich in der Wohnsituation der migrantischen Familien wider: Im Durchschnitt leben migrantische Familien seltener in „Einfamilienhäusern“ als nicht-migrantische Familien. Im „Berliner Umland“ liegt der Anteil jedoch immerhin bei knapp 50 Prozent, im „Weiteren Metropolitanraum“ deutlich darunter. „Mehrfamilienhäuser“ und vor allem „Wohnblocks“ werden weitaus häufiger von migrantischen Familien bewohnt als von nicht-migrantischen Familien. Im „Weiteren Metropolitanraum“ lebt über ein Viertel der „Familien mit Migrationshintergrund“ in Wohnblocks. Hier ist der Anteil sogar größer als im „Berliner Umland“ und liegt fast 20 Prozentpunkte über dem Anteil bei nicht-migrantischen Familien.

Die Erwerbstätigenquote unterscheidet sich zwischen Familien mit und ohne Migrationshintergrund. Diese Diskrepanz speist sich vor allem durch die geringere Müttererwerbstätigkeit bei den Frauen mit einem Migrationshintergrund. Erste Analysen deuten darauf hin, dass diese niedrige Erwerbstätigenquote nichts mit einer schlechteren Qualifikation der migrantischen Frauen zu tun hat. Im Gegenteil, der Anteil der Frauen mit einem hohen Bildungsniveau ist unter den migrantischen nicht-erwerbstätigen Frauen vergleichsweise hoch.

Betrachtet man nur die Erwerbstätigen, ist die Quote von Vollzeit-Erwerbstätigen und Teilzeit-Erwerbstätigen unter „Familien mit Migrationshintergrund“ und „Familien ohne Migrationshintergrund“ ähnlich. Keine Unterschiede zwischen migrantischen und nicht-migrantischen Familien bestehen auch bei der durchschnittlichen Anzahl an Schicht- und Wochenendarbeitenden, dem durchschnittlichen Weg zur Arbeitsstelle, dem durch die Erwerbstätigkeit ausgelösten Belastungserleben und dem Grad an Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Nach konkreten Maßnahmen zur Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefragt, rückt bei den „Familien mit Migrationshintergrund“ der „Ausbau und die Vergünstigung der staatlichen Kindebetreuungen“ auf Platz zwei der Wunschliste¹⁴⁷, „Alternative Betreuungsmöglichkeiten und flexiblere und längere Betreuungszeiten“ verlieren dagegen im Vergleich zur gesamten Stichprobe und den „Familien ohne Migrationshintergrund“ an Bedeutung.

Betrachtet man die Aufgabenteilung in „Paarfamilien“, fällt auf, dass sich die migrantischen Väter häufiger bei der „Betreuung von Kindern“, bei den „Besorgungen“ und bei den „Sonstigen Arbeiten“ einbringen als Väter in nicht-migrantischen Familien. Lediglich in der Domäne „Hausarbeit“ fällt das Engagement in beiden Gruppen gleich niedrig aus. Im Bereich der Unterstützungsnetze können „Familien ohne Migrationshintergrund“ bei der Betreuung

¹⁴⁷ Auf Platz eins steht auch hier die „Reduzierung der Arbeitszeit“.

ihrer Kinder häufiger auf Eltern und Verwandte zugreifen als „Familien mit Migrationshintergrund“. In der Folge erleben die migrantischen Familien die Betreuung ihrer Kinder auch als etwas belastender und wünschen sich als Unterstützung bei der „Haus- und Sorgearbeit“ besonders häufig „Flexible Kinderbetreuungsmöglichkeiten“.

Die niedrige Müttererwerbstätigkeit ist vermutlich mit dafür verantwortlich, dass Kinder aus „Familien mit Migrationshintergrund“, obwohl sie seltener extern betreut werden, nicht so häufig unbetreut zuhause sind wie Kinder aus „Familien ohne Migrationshintergrund“. Alles in allem sind die migrantischen Familien nicht unzufriedener mit der Betreuungssituation ihrer Kinder als die nicht-migrantischen Familien. Auch die Top-3-Wünsche zur Unterstützung bei der Kinderbetreuung unterscheiden sich nicht. Allerdings äußern migrantische Familien häufiger den Wunsch nach einer „Verbesserten Möglichkeit zur schulischen Förderung“, einem „Ausbau von Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten“ sowie nach „Externer Unterstützung“ bei der Kinderbetreuung.

Ähnlich wie bei den „Alleinerziehenden“ bestimmt die schwierige finanzielle Situation der „Familien mit Migrationshintergrund“ viele Lebensbereiche sowie die Sorgen mit Blick auf die Krisen und das, was die Krisen auslösen könnten. So sehen sich migrantische Familien weitaus häufiger von „Arbeitslosigkeit“, „Kurzarbeit“ und der „Unbezahlbarkeit der Heiz- und Stromkosten“ bedroht als nicht-migrantische Familien.

Bei der Einschätzung darüber, welche Auswirkung die Coronapandemie auf ihre Kinder hatte, fallen zwei Befunde ins Auge: Kinder aus „Familien mit Migrationshintergrund“ sind laut ihren Eltern häufiger von „Problemen im Umgang mit Freunden bzw. sozialer Ausgrenzung“ betroffen als Kinder aus „Familien ohne Migrationshintergrund“. Auf der anderen Seite geben die Eltern migrantischer Kinder seltener an, dass ihre Kinder in Folge der Coronapandemie „Lernrückstände“ aufweisen.

Für „Familien mit Migrationshintergrund“ haben eine „Breitere Kostenübernahme“, „Gesundheitskurse“, „Erholungsangebote“, der „Zugang zu Therapie- oder Beratungsangeboten“, „Empathische Ärzte“, „Freizeitangebote für Kinder“ sowie der „Ausbau der Infrastruktur“ einen höheren Stellenwert bei den gewünschten Unterstützungsangeboten als für „Familien ohne Migrationshintergrund“. Dagegen schätzen sie eine „Ernährungsberatung“, „Familienfreundliche Freizeitangebote“ sowie eine „Entlastung bei der Haus- und Sorgearbeit“ als weniger wichtig ein.

Lage des Wohnortes

Betrachtet man die Situation der Familien im Land Brandenburg unter regionalen Gesichtspunkten und analysiert den Einfluss, den die Größe des Wohnortes und die Entfernung zur Hauptstadt auf die Bedingungen bei der Herstellungsleistung von Familie haben, so fallen als erstes die Diskrepanzen bei der finanziellen Situation der Familien in den unterschiedlichen räumlichen Bezügen auf. Der Anteil der Familien mit niedrigem Äquivalenzeinkommen ist im „Weiteren Metropolenraum“ größer und der Anteil mit hohem Äquivalenzeinkommen deutlich kleiner als im „Berliner Umland“. Dementsprechend wirkt sich die Nähe zur Hauptstadt auch auf die Quoten der Armutsgefährdung aus. Die allgemeine Armutsgefährdungsquote der Familien liegt im „Berliner Umland“ deutlich unter jener im „Weiteren Metropolenraum“. Diese Disparitäten sind abhängig von den unterschiedlichen Familienformen. Die mit Abstand größte Diskrepanz ist bei den migrantischen Familien festzustellen.

Bei geringerem Einkommen lassen sich schwerer Rücklagen bilden. In der Folge können Familien im „Weiteren Metropolenraum“ seltener auf finanzielle Rücklagen zugreifen als Familien im „Berliner Umland“. Ist das Einkommen niedrig und fehlen Rücklagen, geht die

die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation zurück. So sind Familien im „Weiteren Metropolitanraum“ im Durchschnitt unzufriedener mit ihrer finanziellen Lage als Familien im „Berliner Umland“.

Die finanzielle Situation einer Familie hat naturgemäß einen großen Einfluss auf die Wohnsituation. In der Folge leben die Familien im „Berliner Umland“ etwas häufiger in „Einfamilienhäusern“ als jene im „Weiteren Metropolitanraum“. „Mehrfamilienhäuser“ werden mit Distanz zu Berlin und „Wohnblocks“ in der Nähe von Berlin etwas häufiger als Wohngebäude angegeben. Beim Wohnen macht sich jedoch noch ein weiterer bedeutsamer Einfluss bemerkbar: Die Größe des Wohnortes. Je kleiner der Ort, desto größer der Wohnkomfort. Leben in „Landgemeinden“ mehr als drei Viertel der Familien in „Einfamilienhäusern“, sind es in der „Großstadt“ nicht einmal 30 Prozent. Andersherum leben nur sehr wenige Familien in „Landgemeinden“ in einem „Wohnblock“, in der „Großstadt“ sind es jedoch gut 30 Prozent.

Die durchschnittliche Erwerbstätigenquote variiert nicht im Zusammenhang mit der Lage oder der Größe des Wohnortes. Es fällt jedoch auf, dass Mütter im „Berliner Umland“ häufiger erwerbstätig sind als Mütter im „Weiteren Metropolitanraum“. Weiterhin sind Schicht- und Wochenendarbeit in „Landgemeinden“ verbreiteter als in der „Großstadt“. Eltern, die im „Berliner Umland“ wohnen, müssen einen deutlich längeren Arbeitsweg auf sich nehmen als Eltern, die im „Weiteren Metropolitanraum“ ansässig sind. Auch die Quote der „Fernpendler“ mit einem Arbeitsweg von mindestens 60 Minuten ist im „Berliner Umland“ entsprechend größer als im „Weiteren Metropolitanraum“.

Die Analyse der räumlichen Bezüge im Zusammenhang mit der Familienfreundlichkeit der Arbeitsbedingungen ergibt, dass es im „Berliner Umland“ in den Augen von deutlich mehr Eltern zu einer Verbesserung kam als im „Weiteren Metropolitanraum“. Besonders in „Landgemeinden“ gab es kaum Veränderungen. In der Folge ist hier die Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch geringer. Damit sich die Situation für sie verbessert, wünschen sich die Befragten aus „Landgemeinden“ – neben der von allen gewünschten „Reduzierung der Arbeitszeit“ – besonders häufig eine „Optimierung der Arbeits- und Schulwege“.

Der Gender Care Gap ist in allen fünf abgefragten Bereichen der „Sorge- und Hausarbeit“ in „Landgemeinden“ größer als in der „Großstadt“. Die größten Unterschiede zeigen sich im Zusammenhang mit der „Hausarbeit“. Frauen in „Landgemeinden“ übernehmen die anfallende „Hausarbeit“ viel häufiger allein als Frauen in der „Großstadt“. Entsprechend höher ist dort der Anteil an Familien, in denen die „Hausarbeit“ paritätisch aufgeteilt wird. Bei der Zufriedenheit mit der Aufgabenteilung lassen sich allerdings keine regionalen Disparitäten finden. Bei den Unterstützungswünschen zur besseren Bewältigung der „Haus- und Sorgearbeiten“ hingegen schon: Die Familien aus dem „Weiteren Metropolitanraum“ und die Familien aus „Landgemeinden“ wünschen sich im Vergleich häufiger eine „Finanzielle Unterstützung“. In der „Großstadt“ sind die Wünsche nach „Flexiblen Arbeitsmodellen“ und „Qualitätsmaßnahmen in Schulen und Kitas“ deutlich präsenter als bei Familien in „Landgemeinden“. Gemein ist beiden, dass sie sich einen „Ausbau von ÖPNV bzw. Car-Sharing“ wünschen. Familien in „Klein“- und „Mittelstädten“ sehen hier deutlich weniger Bedarf.

Einen positiven Effekt hat das Leben fern der Hauptstadt und in kleineren Wohnorten offensichtlich auf die Partnerschaft in „Paarfamilien“. Die Zufriedenheit mit der Partnerschaft ist im „Weiteren Metropolitanraum“ und in „Landgemeinden“ sowie „Klein“- und „Mittelstädten“ größer als im „Berliner Umland“ und in der „Großstadt“. „Alleinerziehende“ hingegen sind weitaus zufriedener mit ihrer Partnerschaft, wenn sie in der „Großstadt“ leben – im Vergleich zum Leben in einer „Landgemeinde“.

Es zeigen sich keine regionalen Disparitäten bei der Betreuungsquote von Vorschulkindern aus „Paarfamilien“. Sie liegt im gesamten Land Brandenburg bei über 90 Prozent. Die Teilhabequote an außerschulischen Aktivitäten bei Kindern im Vorschulalter aus „Paarfamilien“ hingegen verändert sich vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl des Wohnortes. In „Landgemeinden“ ist der Anteil an „Paarfamilien“, die ihre Kinder zu außerschulischen Aktivitäten bringen, deutlich geringer als in der „Großstadt“. Auch die Inanspruchnahme von Hort und außerschulischen Aktivitäten bei Grundschulkindern von „Paarfamilien“ ist in der „Großstadt“ weiter ausgeprägt als in „Landgemeinden“. Trotz der höheren Betreuungsquote wird die Betreuung von Kindern von den Eltern in der „Großstadt“ als belastender wahrgenommen. Anders als bei „Paarfamilien“ gibt es bei den Betreuungs- und Teilhabequoten der Vorschul- und Grundschulkinde von „Alleinerziehenden“ keine regionalen Disparitäten.

Viele Familien im Land Brandenburg fänden es besonders hilfreich, wenn sie durch den „Ausbau und die Förderung von Freizeit- und Nachmittagsangeboten“ bei der Kinderbetreuung unterstützt würden. Der Wunsch nach einem „Personalausbau und einen verbesserten Betreuungsschlüssel in Bildungsstätten“ steht im „Berliner Umland“ sowie in „Kleinstädten“, „Mittelstädten“ und der „Großstadt“ auf Platz zwei der Wunschliste, im „Weiteren Metropolenraum“ und in „Landgemeinden“ ist dieser Punkt den Familien weniger wichtig. Hier wird hingegen besonders Wert auf „Flexible und längere Betreuungszeiten“ sowie auf eine „Abschaffung bzw. Reduzierung der Kita-Beiträge“ gelegt.

Die Einstellung zum Elternsein unterscheidet sich bei Berücksichtigung regionaler Merkmale nur beim Gefühl, sich durch die Kinder finanziell einschränken zu müssen. Der Anteil an Eltern aus „Paarfamilien“, die dieses Gefühl umtreibt, nimmt mit zunehmender Größe des Wohnortes ab. „Paarfamilien“ in „Landgemeinden“ müssen sich wegen der Kinder deutlich häufiger finanziell einschränken als „Paarfamilien“ in der „Großstadt“. Dieser Befund korrespondiert mit den Einkommensunterschieden nach Wohnortgröße.

Analysiert man bei den „Alleinerziehenden“ den Einfluss regionaler Gegebenheiten auf die Einstellungen zum Elternsein, zeigt sich, dass „Alleinerziehende“ in „Landgemeinden“ die Zeit mit ihren Kindern sehr häufig als „Ausgleich“ erleben. Dieses Gefühl variiert mit der Größe des Ortes: „Alleinerziehende“ in größeren Orten tendieren im Vergleich häufiger dazu, ihre Kinder als „Persönliche Einschränkung“ zu erleben. So unterscheidet sich der Anteil der „Alleinerziehenden“, die dieser Aussage zustimmen, um über 20 Prozentpunkte zwischen „Landgemeinden“ und der „Großstadt“.

Das Krisenerleben variiert stark in Abhängigkeit von der Lage des Wohnortes der Befragten. Familien, die im „Berliner Umland“ wohnen, fühlen sich stärker durch den „Klimawandel“ und den „Ukraine-Krieg“ bedroht als Familien im „Weiteren Metropolenraum“. Bezüglich der anderen Szenarien hingegen ist das Bedrohungsgefühl bei den Familien aus dem „Weiteren Metropolenraum“ ausgeprägter: Sie fühlen sich stärker von einer „Steigenden Staatsverschuldung“, der „Inflation“ und von „Arbeitslosigkeit“ bedroht. Weiterhin sorgen sie sich häufiger vor „Zuwanderung bzw. der Aufnahme von Flüchtlingen“. Diese regionalen Disparitäten im Bedrohungsleben der Familien zeigen sich noch differenzierter, wenn man das Bedrohungsgefühl im Zusammenhang mit der Wohnortgröße betrachtet. Die Familien aus „Landgemeinden“ fühlen sich in vielen Bereichen stärker bedroht als Familien, die in der Stadt wohnen. Je kleiner der Ort, desto verbreiteter ist das Gefühl der Bedrohung. Eine Ausnahme bildet hier die Bedrohung durch den „Klimawandel“. Diese Sorgen ist in städtischen Strukturen weiter verbreitet.

Die Auswirkungen des „Ukraine-Krieges“ und eine „Wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen“ sind die beiden am meisten befürchteten Bedrohungsszenarien. Hier bestehen keine regionalen Unterschiede. Die Coronapandemie hat flächendeckend ihren Schrecken eingebüßt. Die Sorgen vor Katastrophen, die durch extreme Wetterlagen ausgelöst werden

und die Sorge darüber, dass die nächste Generation mit sehr schlechten Umweltverhältnissen klarkommen muss, sind im „Berliner Umland“ und in den Städten stärker verbreitet als im „Weiteren Metropolenraum“ und auf dem Land. Dagegen ist die Sorge vor einer möglichen Einschränkung des alltäglichen Lebens durch politische Entscheidungen zur Erreichung der Klimaziele im „Weiteren Metropolenraum“ und in den „Landgemeinden“ ausgeprägter.

Im Zusammenhang mit der Energiekrise sind die Familien im „Weiteren Metropolenraum“ in allen Bereichen besorgter als die Familien im „Berliner Umland“. Der größte Unterschied besteht bei der Sorge, dass Benzin und Diesel unbezahlbar werden. Dementsprechend sorgen sich Familien aus „Landgemeinden“ auch deutlich häufiger als Familien aus der „Großstadt“ vor steigenden Benzin- und Dieselpreisen. Für Familien in „Landgemeinden“ kommt die Sorge hinzu, dass die Strom- und Heizkosten weiter steigen könnten. Diese Gedanken machen sich Familien in der „Großstadt“ deutlich seltener.

Familien aus dem „Weiteren Metropolenraum“ berichten häufiger darüber, dass ihre Kinder in Folge der Coronapandemie „Lernrückstände“ aufweisen als Familien im „Berliner Umland“. Im Zusammenhang mit der gesundheitlichen Situation der Eltern zeigen sich keine regionalen Disparitäten. Allerdings haben die Unterstützungswünsche für eine Verbesserung der gesundheitlichen Situation unterschiedliche Prioritäten in Abhängigkeit von der Wohnortgröße. Die „Räumliche Verfügbarkeit von Ärzten“, der Top-1-Wunsch der Familien, spielt überall die größte Rolle, außer in der „Großstadt“. Hier steht er weit abgeschlagen auf Platz vier. Auf Platz eins der Wunschliste steht in der „Großstadt“ die „Bessere Erreichbarkeit von Ärzten“; damit sind arbeitnehmerfreundliche Öffnungszeiten, eine bessere telefonische Erreichbarkeit, eine schnellere Terminvergabe sowie kürzere Wartezeiten gemeint. Erwartungsgemäß ist in „Mittelstädten“ und in der „Großstadt“ der Wunsch nach einem „Ausbau der Sportangebote“ nicht so weit verbreitet. In der „Großstadt“ wünscht man sich vielmehr „Erholungsangebote“ sowie „Freizeitangebote für Kinder“ und in der „Mittelstadt“ häufiger „Familienfreundliche Freizeitangebote“. Die Entfernung zu Berlin macht bezüglich der Rangfolge der Wünsche keine Unterschiede, mit einer Ausnahme: Bei den Familien im „Berliner Umland“ ist der Wunsch nach „Freizeitangeboten für Kinder“ deutlich verbreiteter als bei den Familien im „Weiteren Metropolenraum“.

Weiterer Analysebedarf

Die bisherigen Analysen im Rahmen der „Familienbefragung Brandenburg“ lassen bereits einen umfassenden Einblick in die Situation der Familien im Land Brandenburg zu. Mithilfe weiterführender Analysen könnten nun bei Bedarf multiple Zusammenhänge sowie mögliche kausale Effekte vertiefend untersucht werden.¹⁴⁸ Dabei ist insbesondere der Einfluss des Belastungserlebens, der Unterstützungsnetzwerke und der finanziellen Ressourcen auf die gesundheitliche Situation der Familien zu analysieren. Was ist z. B. ursächlich für die deutlich erhöhten Raten bei den körperlichen Beschwerden der „Alleinerziehenden“? Wie stark hängen eine schwierige finanzielle Situation und Sorgen vor einer wirtschaftlichen Notlage mit psychischen Beschwerden zusammen, wie es die bisherigen Analysen zu „Alleinerziehenden“ und „Familien mit Migrationshintergrund“ suggerieren? Welche Moderator- und Mediatoreinflüsse gibt es und welche intermittierenden Effekte, um die zu vermutenden Wirkketten aufzubrechen? Könnten beispielsweise Unterstützungsnetzwerke den negativen Effekt einer schwierigen finanziellen Situation auf die Sorgen der Menschen und ihr psychisches Befinden abschwächen?

¹⁴⁸ An geeigneter Stelle sollten hier zudem das Konzept der Selbstwirksamkeit und die Anwendung verschiedener Bewältigungsstrategien einbezogen werden.

Weiterhin muss den räumlichen Disparitäten bei der Verteilung von Ressourcen und der sich abzeichnenden Benachteiligung des ländlichen Raums im Land Brandenburg nachgegangen werden. Inwieweit bedingen sich z. B. die erhöhte Armutsgefährdungsquote und die niedrige Müttererwerbstätigkeit – insbesondere in migrantischen Familien – im „Weiteren Metropolenraum“? Welche Rolle spielen dabei eine egalitäre Aufgabenteilung in Paarbeziehungen, die Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder und weitere infrastrukturelle Rahmenbedingungen? Im Rahmen der Analyse der räumlichen Bezüge sollte zudem näher auf die Unterschiede bei den Unterstützungsbedarfen, dem Bedrohungsgefühl und dem Krisenerleben in den verschiedenen räumlichen Kontexten eingegangen werden.

Im vorliegenden Ergebnisbericht werden viele Bereiche der familiären Lebensführung beleuchtet, die Vorgehensweisen bei der Organisation und Ausgestaltung des Familienalltags dargelegt und der Grad an Zufriedenheit mit den unterschiedlichen Lebensbereichen sowie das Belastungserleben und die Unterstützungswünsche beschrieben. Auf Basis dieses Berichtes lassen sich bereits zahlreiche evidenzbasierte Ansätze für eine bedarfsgerechte Unterstützung der Familien im Land Brandenburg ableiten. Weitere Analysen können den Diskurs über mögliche wirkungsvolle Maßnahmen für die weitere Verbesserung der Lebenssituation brandenburgischer Familien noch bereichern.

Literatur

- Alipour, J.-V., Falck, O. & Schüller, S. (2020). Homeoffice während der Pandemie und die Implikationen für eine Zeit nach der Krise. *ifo Schnelldienst*, 73(07), 30–36. Verfügbar unter <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-07-alipour-falck-schueller-homeoffice.pdf> (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Allmendinger, J. & Boden, M. (2023). Der Weg zu einer zukunftsfähigen Familienpolitik. *Wirtschaftsdienst*, 103(9), 595-599.
- Allmendinger, J. & Schroeder, W. (2023). Souveränitätsgewinne oder Freiheitsverluste – wohin treibt der Arbeitsmarkt? In: J. Legrand, B. Linden & H.-J. Arlt (Hrsg.), *Transformation und Emanzipation* (S. 113–124). Wiesbaden: Springer VS.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. (2020). *Regionaler Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2019*. Verfügbar unter: https://download.statistik-berlin-brandenburg.de/d0e9a12355b4b477/d60bd1c1cac8/AfS_Sozialbericht_2019_BBB.pdf (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. (2024). *Raumbezüge. Vom Block bis zur Hauptstadtregion*. Verfügbar unter: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/raumbezeuge> (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- An der Heiden, I., Ochmann, R. & Bernhard, J. (2023). *AOK-Familienstudie 2022. Eine Befragung von Eltern mit Kindern im Alter von 4 bis 14 Jahren*. Verfügbar unter: <https://www.aok.de/pk/magazin/cms/fileadmin/pk/pdf/aok-familienstudie-2022.pdf> (Zugegriffen am: 30.01.2024).
- Aust, A. (2020). *Arm, abgehängt, ausgegrenzt. Eine Untersuchung zu Mangellagen eines Lebens mit Hartz IV*. Verfügbar unter: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/expertise-armutsfest-bedarfsgerecht_2020_web.pdf (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Bertelsmann Stiftung. (2021). *Vor allem Alleinerziehende sind trotz Arbeit auf Sozialleistungen angewiesen* [Pressemitteilung]. Verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2021/dezember/vor-allem-alleinerziehende-sind-trotz-arbeit-auf-sozialleistungen-angewiesen> (Zugegriffen am: 26.01.2024).
- Bertelsmann Stiftung. (2022). *Ländermonitor. Frühkindliche Bildungssysteme*. Verfügbar unter: <https://www.laendermonitor.de/de/vergleich-bundeslaender-daten/kinder-und-eltern/bildungsbeteiligung/bildungsbeteiligung-in-kitas-und-kindertagespflege-gesamt-4> (Zugegriffen am: 26.01.2024).
- Beznoska, M., Niehues, J. & Stockhausen, M. (2020). Stabil durch die Krise? Verteilungsfolgen der Corona-Pandemie – eine Mikrosimulationsanalyse. *IW-Report*, 65. Verfügbar unter: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2020/IW-Report_2020_Verteilungswirkungen-COVID-19.pdf (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Bortz, J. (2005). *Statistik für Sozialwissenschaftler*. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Brooks-Gunn, J., Schneider, W. & Waldfogel, J. (2013). The Great Recession and the risk for child maltreatment. *Child abuse & neglect*, 37(10), 721-729. Verfügbar unter: <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC5408954/> (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Bujard, M. & Pajova, R. (2014). *Rushhour des Lebens*. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/familie/familienpolitik/197927/rushhour-des-lebens/> (Zugegriffen am: 23.01.2024).
- Bundesforum Familie. (2015). *Familie ist Vielfalt. Inklusion leben, Teilhabe sichern*. Verfügbar unter: https://bundesforum-familie.de/familie/wp-content/uploads/2015/12/BFF_2015_Familie_ist_Vielfalt_Inklusion_leben_Teilhabe_sichern.pdf (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Bundeskriminalamt. (2022). *Partnerschaftsgewalt. Kriminalstatistische Auswertung – Berichtsjahr 2021*. Verfügbar unter: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Partnerschaftsgewalt/Partnerschaftsgewalt_2021.pdf?__blob=publication-File&v=10 (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2012). *Zeit für Familie. Familienzeit als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht*. Verfügbar unter:

- <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93196/b8a3571f0b33e9d4152d410c1a7db6ee/8--familienbericht-data.pdf> (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2013). *Stief- und Patchworkfamilien in Deutschland. Monitor Familienforschung – Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik. Ausgabe 31.* Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/76242/1ab4cc12c386789b943fc7e12fdef6a1/monitor-familienforschung-ausgabe-31-data.pdf> (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2016). *Arbeiten im Home-Office bringt Vereinbarkeit von Familie und Beruf voran* [Pressemitteilung]. Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/arbeiten-im-home-office-bringt-vereinbarkeit-von-familie-und-beruf-voran-75932> (Zugegriffen am: 16.01.2024).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2019). *Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2019.* Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/138446/b9fd33ee4455a4f67595790080da7196/unternehmensmonitor-familienfreundlichkeit-2019-data.pdf> (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2021a). *Neunter Familienbericht. Eltern sein in Deutschland.* Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/179392/195baf88f8c3ac7134347d2e19f1cdc0/neunter-familienbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2021b). *Pandemie befördert Bewusstseinswandel in Unternehmen* [Pressemitteilung]. Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/pandemie-befoerdert-bewusstseinswandel-in-unternehmen-183808> (Zugegriffen am: 16.01.2024).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2023a). *Familienbarometer. Stand und Perspektiven einer krisensicheren und chancenorientierten Familienpolitik.* Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/222674/25e0f2ef258b6cc4192d0836f1c38b9d/familienbarometer-data.pdf> (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2023b). *Kindertagesbetreuung Kompakt. Ausbaustand und Bedarf 2022.* Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/228470/dc2219705eeb5b8b9c117ce3f7e7bc05/kindertagesbetreuung-kompakt-ausbaustand-und-bedarf-2022-data.pdf> (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2023c). *Väterreport 2023. Entwicklungen und Daten zur Vielfalt der Väter in Deutschland.* Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/230374/1167ddb2a80375a9ae2a2c9c4bba92c9/vaeterreport-2023-data.pdf> (Zugegriffen am: 17.01.2024).
- Chassé, K.A., Zander, M. & Rasch, K. (2010). Kinderleben in Armutslagen – Ergebnisse einer empirischen Studie. In: K.A. Chassé, M. Zander & K. Rasch, *Meine Familie ist arm* (S. 112–221). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Cohen, J. (1988). *Statistical power analysis for the behavioral sciences* (2. Aufl.). Hillsdale, N.J.: L. Erlbaum Associates.
- Deutsches Jugendinstitut. (2020). *Akuter Personalmangel in westdeutschen Kitas, Potenzial für Qualitätsverbesserungen in Ostdeutschland.* Verfügbar unter: <https://www.dji.de/themen/kinderbetreuung/kita-personalbedarf.html> (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Die Bundesregierung. (2023). *Interministerielle Arbeitsgruppe. Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona. Abschlussbericht.* Verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/K/Kindergesundheit/Abschlussbericht_IMA_Kindergesundheit.pdf (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Eickhorst, A., Fullerton, B. & Schreier, A. (2017). *Psychische Belastungen bei Eltern mit Kleinkindern. Faktenblatt 5 zur Prävalenz- und Versorgungsforschung der Bundesinitiative Frühe Hilfen.* Verfügbar unter: https://www.fruehehilfen.de/fileadmin/user_upload/fruehehilfen.de/pdf/faktenblaetter/Faktenblatt-5-NZFH-Praevalenzforschung-Psychische-Belastungen-Eltern-mit-Kleinkindern.pdf (Zugegriffen am: 31.01.2024).

- Fahrmeir, L., Künstler, R., Pigeot, I. & Tutz, G. (2011). *Statistik. Der Weg zur Datenanalyse*. Berlin: Springer.
- Familienbeirat des Landes Brandenburg. (2022). *Handlungsempfehlungen an die Landesregierung zum Umgang mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Familien*. Verfügbar unter: https://msgiv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/FamBeirat-Handlungsempfehlungen-Corona_21032022_FINAL_V2.pdf (letzter Zugriff: 10.04.2024)
- Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung. (2019). *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland: Exklusive Teilhabe – ungenutzte Chancen; dritter Bericht*. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.3278/6004498w> (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Franke, S. (2022). *30 Prozent der Deutschen ohne jegliche Ersparnisse*. Verfügbar unter: https://www.ing.de/binaries/content/assets/pdf/ueber-uns/presse/publikationen/2022/ing_economic_analysis-30_prozent_ohne_ersparnisse.pdf (Zugegriffen am: 18.01.2024).
- Frondel, M., Kussel, G., Larysch, T. & Osberghaus, D. (2020). Klimapolitik während der Corona-Pandemie: Ergebnisse einer Haushaltserhebung. *RWI Materialien*, 136. Verfügbar unter: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/222597/1/1726262596.pdf> (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Gehring, U. & Weins, C. (2010). *Grundkurs Statistik für Politologen und Soziologen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Goebel, J., Gornig, M. & Häußermann, H. (2010). Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. *DIW Wochenbericht*, 24. Verfügbar unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.357505.de/10-24-1.pdf (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Hübgen, S. (2019). *Armutrisiko alleinerziehend: Die Bedeutung von sozialer Komposition und institutionellem Kontext in Deutschland*. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.3224/86388818> (Zugegriffen am: 21.03.2024).
- Hochgürtel, T. (2018). Realisierte Erwerbstätigkeit zur Messung des Vereinbarkeitsarrangements von Familie und Beruf. *WISTA – Wirtschaft und Statistik*, 1, 23–34. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2018/01/realisierte-erwerbstaetigkeit-012018.pdf?__blob=publicationFile (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Hövermann, A. & Kohlrausch, B. (2020). Soziale Ungleichheit und Einkommenseinbußen in der Corona-Krise – Befunde einer Erwerbstätigenbefragung. *WSI-Mitteilungen*, 73(6), 485–492. Verfügbar unter: https://www.wsi.de/data/wsimit_2020_06_hoevermann.pdf (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Institut für Demoskopie Allensbach. (2015). *Zu Hause arbeiten. Chancen der Digitalisierung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bericht über eine Befragung im Herbst 2015 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/75938/508d01a6051fae61633ce098b84f58d3/bericht-zu-hause-arbeiten-data.pdf> (Zugegriffen am: 18.01.2024).
- Institut für Demoskopie Allensbach. (2020a). *Lebens- und Einkommenssituation von Alleinerziehenden. Zusammenfassung von Kernergebnissen und Schaubilder zu einer repräsentativen Befragung von Alleinerziehenden im Juni/Juli 2020*. Verfügbar unter: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/8229_Alleinerziehende_Lebenssituation.pdf (Zugegriffen am: 17.01.2024).
- Institut für Demoskopie Allensbach. (2020b). *Elternschaft heute. Eine Repräsentativbefragung von Eltern unter 18-jähriger Kinder*. Verfügbar unter: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/8214_Elternschaft_heute.pdf (Zugegriffen am: 17.01.2024).
- Institut für Demoskopie Allensbach. (2022a). *Weichenstellung für die Aufgabenteilung in Familie und Beruf. Zweite Befragung – 2022. Untersuchungsbericht zu einer repräsentativen Befragung von Eltern in Paarverbindungen im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. Verfügbar unter: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/9213_Weichenstellungen.pdf (Zugegriffen am: 23.01.2024).

- Institut für Demoskopie Allensbach. (2022b). *Sicherheitsreport 2022* [Pressemitteilung]. Verfügbar unter: https://www.sicherheitsreport.net/wp-content/uploads/PM_SICHERHEITSREPORT_2022.pdf (Zugegriffen am: 26.01.2024).
- Ipsos. (2023). *What Worries the World*. Verfügbar unter: <https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2023-12/Global-Report-What-Worries-the-World-December-23.pdf> (Zugegriffen am 23.01.2024).
- Jessen, J., Spieß, C.K. & Wrohlich, K. (2021). Sorgearbeit während der Corona-Pandemie: Mütter übernehmen größeren Anteil – vor allem bei schon zuvor ungleicher Aufteilung. *DIW Wochenbericht* 9(88), 131–139. Verfügbar unter: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/232998/1/1752188977.pdf> (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Klewes, J. & Rauh, C. (2019). *Abschlussbericht. Experten- und Familienbefragung zur Familienpolitik in Brandenburg*. Verfügbar unter: https://msgiv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Abschlussbericht_Evaluation_Familienpolitik_BB_Juni_2019.pdf (letzter Zugriff: 18.07.2022).
- Klünder, N. & Meier-Gräwe, U. (2018). Caring, Cooking, Cleaning – repräsentative Zeitverwendungsmuster von Eltern in Paarbeziehungen. *Zeitschrift für Familienforschung*, 30(1), 9–28.
- Kneifel, G. (2016). Schlafstörungen: Häufig – und deutlich unterschätzt. *Deutsches Ärzteblatt*, 133(6). Verfügbar unter: <https://www.aerzteblatt.de/archiv/174912/Schlafstoerungen-Haeufig-und-deutlich-unterschaetzt> (Zugegriffen am: 31.01.2024)
- Lehner, S., Hohgardt, H. & Umbricht, B. (2023). *Mehr Einkommen, weniger finanzielle Sorgen? Erkenntnisse zum finanziellen Wohlbefinden in der Schweiz*. Verfügbar unter: https://www.zhaw.ch/storage/hochschule/medien/news/2023/231031_mm_finanzielles-wohlbefinden/Finanzielles_Wohlbefinden_Lehner_Hohgardt_Umbricht.pdf (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Lorberg, D. & Janusch, H. (2023). Pfadbruch? Internationale Entwicklungen der räumlichen Dimension der Arbeitswelt nach Corona. *WSI-Mitteilungen*, 76(1), 46–54.
- Löwe, B., Spitzer, R. L., Zipfel, S. & Herzog, W. (2002). *PHQ-D. Gesundheitsfragebogen für Patienten. Manual und Testunterlagen* (2. Aufl.). Verfügbar unter: https://www.klinikum.uni-heidelberg.de/fileadmin/Psychosomatische_Klinik/download/PHQ_Manual1.pdf (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. (2023). *Angebote der Kindertagesbetreuung*. Verfügbar unter: <https://mbjs.brandenburg.de/kinder-und-jugend/kindertagesbetreuung/angebote-der-kindertagesbetreuung.html> (Zugegriffen am: 26.01.2024).
- Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz. (2024). *Sozialmonitoring*. Verfügbar unter: <https://sozialmonitoring.brandenburg.de/#/Thema/BIBE/bil22> (Zugegriffen am: 26.01.2024).
- Prognos. (2020). *Neue Chancen für Vereinbarkeit! Wie Unternehmen und Familien der Corona-Krise erfolgreich begegnen*. Verfügbar unter: https://www.prognos.com/sites/default/files/2021-02/prognos_studie_neue_chancen_f%C3%BCr_vereinbarkeit.pdf (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Richter, D., Krämer, M.D., Nicole, K.Y.T., Montgomery-Downs, H.E. & Lemola, S. (2019). Long-term effects of pregnancy and childbirth on sleep satisfaction and duration of first-time and experienced mothers and fathers. *Sleep*, 42(4), 1-10.
- Sachse, C. (2002). *Der Hausarbeitstag: Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939–1994*. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Samtleben, C., Lott, Y. & Müller, K.-U. (2020). *Auswirkungen der Ort-Zeit-Flexibilisierung von Erwerbsarbeit auf informelle Sorgearbeit im Zuge der Digitalisierung. Expertise im Auftrag der Sachverständigenkommission für den Dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung*. Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/227416/ce4f393b152069ebd345e6aeb4cc2edf/samtleben-claire-lott-yvonne-mueller-kai-uwe-auswirkungen-der-ort-zeit-flexibilisierung-von-erwerbsarbeit-auf-informelle-sorgearbeit-im-zuge-der-digitalisierung-data.pdf> (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Schneider, D., Harknett, K., & McLanahan, S. (2016). Intimate Partner Violence in the Great Recession. *Demography*, 53(2), 471–505.

- Schroedter J.H., Lechert, Y. & Lüttinger, P. (2006). Die Umsetzung der Bildungsskala ISCED-1997 für die Volkszählung 1970, die Mikrozensus-Zusatzerhebung 1971 und die Mikrozensus 1976-2004 (Version 1). ZUMA-Methodenbericht, 2006/08. Verfügbar unter: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/26239/ssoar-2006-schroedter_et_al-die_umsetzung_der_bildungsskala_isced-1997.pdf?sequence=1 (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Staatsinstitut für Familienforschung. (2020). *ifb-Familienreport Bayern 2020. Kinderreiche Familien in Bayern*. Verfügbar unter: https://www.ifb.bayern.de/imperia/md/content/stmas/ifb/sonstiges/ifb-familienreport_bayern_2020.pdf (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Statista. (2018). *Pendeln. Auf dem Arbeitsweg*. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/infografik/13644/laenge-von-arbeitswegen/> (Zugegriffen am: 16.01.2024).
- Statista. (2024). *Umfrage zu den größten Sorgen der Deutschen im Oktober 2023*. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/180147/umfrage/groesste-sorgen-der-deutschen/> (Zugegriffen am: 23.01.2024).
- Statistikportal (Statistische Ämter des Bundes und der Länder). (2024a). *A.2 Armutsgefährdungsquoten*. Verfügbar unter: <https://www.statistikportal.de/de/sbe/ergebnisse/einkommen-armutsgefaehrung-und-soziale-lebensbedingungen/armutsgefaehrung-und-4> (Zugegriffen am: 18.01.2024).
- Statistikportal (Statistische Ämter des Bundes und der Länder). (2024b). *Einkommen, Armutsgefährdung und soziale Lebensbedingungen*. Verfügbar unter: <https://www.statistikportal.de/de/sbe/ergebnisse/einkommen-armutsgefaehrung-und-soziale-lebensbedingungen> (Zugegriffen am: 18.01.2024).
- Statistisches Bundesamt. (2023a). *Einkommen, Konsum und Lebensbedingungen. Armutsgefährdungsquote nach Sozialleistungen nach Haushaltstyp*. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrung/Tabellen/armutsgef-quote-typ-mz-silc.html> (Zugegriffen am: 18.01.2024).
- Statistisches Bundesamt. (2023b). *Armutsgefährdungsschwelle und Armutsgefährdung (monetäre Armut)*. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrung/Tabellen/armutschwelle-gefaehrung-mz-silc.html> (Zugegriffen am: 18.01.2024).
- Statistisches Bundesamt. (2023c). *Erwerbstätigenquoten 1991 bis 2022*. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/erwerbstaetigenquoten-gebietsstand-geschlecht-altergruppe-mikrozensus.html> (Zugegriffen am: 16.01.2024).
- Statistisches Bundesamt. (2023d). *Armutsgefährdungsquote nach Migrationshintergrund und ausgewählten Merkmalen*. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-armutsgefaehrung.html> (Zugegriffen am: 16.01.2024).
- Statistisches Bundesamt. (2024a). *Einkommen, Konsum und Lebensbedingungen. Äquivalenzeinkommen*. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Glossar/aequivalenzeinkommen.html> (Zugegriffen am: 18.01.2024).
- Statistisches Bundesamt. (2024b). *Einkommen und Lebensbedingungen, Armutsgefährdung*. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrung/_inhalt.html (Zugegriffen am: 18.01.2024).
- Statistisches Bundesamt. (2024c). *Verbraucherpreisindex – Preisentwicklung für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke – Januar 2020 bis Dezember 2023*. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/Tabellen/sonderauswertung-nahrungsmittel.xlsx?__blob=publicationFile (Zugegriffen am: 18.01.2024).

- Wanger, S. & Weber, E. (2023). Arbeitszeit: Trends, Wunsch und Wirklichkeit. *IAB-Forschungsbericht*, 16. Verfügbar unter: <https://doku.iab.de/forschungsbericht/2023/fb1623.pdf> (Zugegriffen am: 31.01.2024).
- Wiener, B. (2013). Auswirkungen von Schichtarbeit auf die Work-Life-Balance. In: M. Bornewasser & G. Zülch (Hrsg.), *Arbeitszeit – Zeitarbeit. Flexibilisierung der Arbeit als Antwort auf die Globalisierung* (S. 243–260). Wiesbaden: Springer Gabler.
- Zerle, C. & Keddi, B. (2011). „Doing Care“ im Alltag Vollzeit erwerbstätiger Mütter und Väter. Aktuelle Befunde aus AID:A. *Gender*, 3, 55–72.

Anhang

Tabelle 21: Verteilung nach Geschlecht, Familienform und Planungsregion der befragten Personen. Ungewichtete und gewichtete Daten im Vergleich.

	Ungewichtet		Gewichtet	
	Prozent	N	Prozent	N
Geschlecht				
Weiblich	65,9	3.112	57,8	2.728
Männlich	33,2	1.565	41,3	1.949
Divers	0,1	6	0,1	6
Keine Angabe	0,8	38	0,8	38
Familienform				
Paarfamilien	83,5	3.944	76,6	3.616
Alleinerziehende	16,1	760	23,0	1.088
Keine Angabe	0,4	17	0,4	17
Planungsregion				
Uckermark-Barnim	10,8	511	11,4	538
Prignitz-Oberhavel	14,3	677	13,9	654
Oderland-Spree	16,1	758	18,0	847
Havelland-Fläming	38,4	1.814	35,4	1.671
Lausitz-Spreewald	17,9	845	18,9	894
Keine Angabe	2,5	116	2,4	116
Gesamt	100,0	4.721	100,0	4.721

Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und
Jugendforschung e. V. an der Universität Potsdam (IFK)
Staffelder Dorfstraße 19
16766 Kremmen OT Staffelde
Tel.: +49 (0) 33055 239160
Fax: +49 (0) 33055 239103
Internet: www.ifk-potsdam.de